

Phot. C. J. von Dühren

Dr. phil. h. c. Dr.-Ing. e. h. Emil Rathenau

DIE
ELEKTRICITÄTS-
LIEFERUNGS-
GESELLSCHAFT
BERLIN



EIN RÜCKBLICK
AUF
25 JAHRE IHRER ENTWICKLUNG
VON
Dr.-Ing. G. SIEGEL



ISBN 978-3-662-27566-5 ISBN 978-3-662-29053-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-662-29053-8

Additional material to this book can be downloaded from <http://extras.springer.com>.



m 8. April 1922 sind 25 Jahre seit Gründung der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft verflossen. Auf den folgenden Blättern ist der Versuch gemacht, durch Wort, Bild und Zahl ihren Werdegang zu schildern und die Wechselbeziehungen zwischen ihr und der deutschen Elektrizitätswirtschaft darzustellen, mit deren Entwicklung die Geschichte der E. L. G. aufs engste verknüpft ist. Die weitere Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung ist für den Wiederaufbau Deutschlands von größter Wichtigkeit. Dies möge die ausführliche Darstellung rechtfertigen; sie soll dazu beitragen, die Erfahrungen der Vergangenheit zu sammeln, damit sie der Zukunft zugute kommen.

G E S C H I C H T L I C H E
E N T W I C K L U N G



Die wirtschaftliche Lage Deutschlands im letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende ist gekennzeichnet durch einen fast ununterbrochenen Aufschwung der deutschen Industrie. Gesicherter Frieden, wachsender Reichtum und günstige Handelsverträge bildeten das Fundament, auf dem Unternehmungsgeist und Kapital, Intelligenz und Fleiß einen Stein um den anderen zu jenem stolzen Gebäude zusammenfügten, das die Anerkennung und die Bewunderung des In- und Auslandes hervorrufen sollte. Namentlich die noch junge Elektroindustrie befand sich in einem Zustand lebhaftester Entwicklung; sie hatte sich im Kampf mit ihren älteren Schwestern, unter der Führung tatkräftiger und weitblickender Männer, bereits einen Platz an der Sonne erobert. In zähem Ringen war es ihr gelungen, das Bedürfnis nach Verwendung der neuen Naturkraft zu wecken und zu steigern und sich einen Markt für ihre Erzeugnisse zu sichern.

Unermüdliche und erfolgreiche Vorkämpfer auf diesem Gebiete erstanden der elektrotechnischen Industrie in Emil Rathenau und seinen Mitarbeitern bei der von ihm ins Leben gerufenen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Schon frühzeitig hatten sie erkannt, daß die zentrale Erzeugung des elektrischen Stromes die Vorbedingung für seine weitere Verbreitung sei. Die erste bedeutsame Frucht dieser Erkenntnis war die Errichtung der Berliner Elektrizitäts-Werke, die zum ersten Male in Deutschland elektrische Arbeit, zunächst für Beleuchtungszwecke, über städtische Straßen fortleiteten und an jedermann gegen Entgelt verteilten. Mit der Einrichtung dieser ersten öffentlichen Elektrizitätsversorgung hatte sich die Elektroindustrie, die sich bisher fast ausschließlich der Fabrikation gewidmet hatte, der Unternehmertätigkeit in großem Umfang zugewendet. Der nach anfänglichen Schwierigkeiten sich einstellende Erfolg ermutigte zu weiterem Fortschreiten auf diesem Wege. Die Entwicklung der Berliner Elektrizitäts-Werke gab willkommene Gelegenheit, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die den zahlreichen

Unternehmungen zugute kamen, die nach dem Jahre 1890 in Angriff genommen wurden.

Die elektrotechnische Industrie hat in jenen Jahren die Zeit des wirtschaftlichen und technischen Versuches überwunden; an seine Stelle ist wissenschaftliche Erkenntnis und planmäßige Herstellung getreten. Die zur Elektrizitätserzeugung und Verteilung notwendigen Einrichtungen sind bis zu einem solchen Grade entwickelt, daß sie einen sicheren und ununterbrochenen Betrieb zu führen gestatten. Glüh- und Bogenlampen, Elektromotoren, Meß- und Schaltvorrichtungen, Draht- und Kabelleitungen jeder Art stehen in zweckmäßig durchgebildeten Ausführungen den Verbrauchern in beliebiger Menge zur Verfügung; ein scharfer Wettbewerb zahlreicher Erzeugungsstätten sorgt für eine dauernde Verbilligung der Preise. Die A. E. G. hat um die Mitte des Jahrzehnts den Bau einer großen Maschinenfabrik und eines Kabelwerkes in Angriff genommen und in kurzer Zeit vollendet. Ein Stamm tüchtiger Fachleute für die Ausführung elektrischer Anlagen jeglichen Umfangs ist herangebildet; Richtlinien und Regeln für die Herstellung und Beurteilung elektrischer Anlagen sind nach langen und eingehenden Beratungen von dem Verband deutscher Elektrotechniker erlassen. — So sind die technischen Vorbedingungen für die ausgebreitete Anwendung des elektrischen Stromes gegeben.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Lage nicht ungünstig. Die elektrische Beleuchtung hat sich, selbst im Wettkampf mit dem Gasglühlicht, siegreich behauptet und beginnt, sich neben ihrer Wertschätzung als Luxuslicht den Rang einer Gebrauchsbeleuchtung zu erobern. Die elektrische Zugförderung auf Straßen- und Kleinbahnen ist bereits eine alltägliche Erscheinung geworden. Der Elektromotor findet Eingang in die Werkstätten des Kleingewerbes, als dessen immer bereiter, sparsamer und unermüdlicher Helfer er allmählich erkannt und geschätzt wird. Der chemischen Industrie bietet sich die Möglichkeit, mit Hilfe des elektrischen Stromes neue Verfahren auszubilden und neue Stoffe von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung zu erzeugen. Noch beherrscht der Gleichstrom das Feld, und zwar meist in Ver-

bindung mit Akkumulatoren, an deren Vervollkommnung unablässig gearbeitet wird. Schon hat jedoch die Frankfurter Ausstellung die Möglichkeit der Fernübertragung elektrischer Energie mittels hochgespannten Drehstromes erwiesen und dabei Ausblicke auf ein neues, verheißungsvolles Arbeitsgebiet eröffnet. Die A. E. G. schickt sich gerade an, die ersten großen Drehstromwerke in Magdeburg, Straßburg i. Els., an der Oberspree, in Oberschlesien und bei Rheinfelden dem Betrieb zu übergeben.

So ist wirtschaftlich und technisch der Boden bereitet, auf dem sich der Bau der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft erheben sollte.

D I E G R Ü N D U N G

Die Tatsachen und Erwägungen, die unmittelbar zur Gründung der Elektricitäts - Lieferungs - Gesellschaft geführt haben, sind in bemerkenswerten Ausführungen niedergelegt, die die A. E. G. im Jahre 1896 den Ältesten der Kaufmannschaft Berlins für ihren Jahresbericht über Handel und Industrie in der Reichshauptstadt zur Verfügung gestellt hat. Es heißt dort :

„Die frühere Technik, vor allem der Maschinenbau, beschränkte sich im wesentlichen auf Fabrikation, Lieferung und Montage. In diesem Verhältnis steht z. B. noch jetzt fast ausnahmslos der Bau von Lokomotiven, Waggonen und anderem Bedarf zum Eisenbahnwesen. Der Elektrotechnik dagegen war seit ihrem Entstehen nicht nur die Stellung einer Fabrikantin, sondern auch einer Unternehmerin zugewiesen. Während es als selbstverständlich gilt, daß eine Schiffswerft z. B. nicht Reederei betreibt, hatten die elektrotechnischen Werke die Zentralstationen und Straßenbahnen, die sie bauten, selbst zu exploitierten. Die Erklärung liegt darin, daß die neue Industrie nicht neue Arbeitsgebiete schuf, sondern mit älteren Betrieben in Wettbewerb trat : die Zentralstationen mit den Gasanstalten, die elektrischen Bahnen mit der animalischen Traktion, die Kraftübertragung mit Einzelbetrieben. Das Vertrauen der elektrotechnischen Industrie auf ihre Neuerungen wurde von den Interessenten nicht von Anfang geteilt, und so mußten jene die Durchführbarkeit zunächst in eigener Regie nachweisen. Ein zweites Moment kam hinzu : die Größe der erforderlichen Kapitalbeschaffungen. Waren die Gasanstalten und Straßenbahnen schrittweise mit dem Wachstum der Städte vorangegangen, so mußten die elektrischen Parallelunternehmungen, die an sich kompliziertere Einrichtungen erforderten, mit einem Schlage hergestellt sein. Die Kapitalaufwendungen, die nötig waren, überstiegen die verfügbaren Mittel der bestehenden Organisationen. Sollte daher die Einführung der Elektrizität nicht ins Ungewisse verschoben werden, so mußte die Elektrotechnik selbst die Finanzmittel beschaffen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die überwunden waren, sobald die ersten Erfolge sich zeigten, gelang dies nach einem System, auf das wir sogleich eingehen werden ; und noch jetzt, nachdem die Vorteile der Einführung elektrischer Betriebe längst erkannt sind, ist die Kapitalbeschaffung und ihr Risiko die Hauptursache,

weshalb gerade in Deutschland die Unternehmertätigkeit immer wieder den elektrotechnischen Firmen vorbehalten geblieben ist

Angesichts dieser bedeutenden Geldbedürfnisse war es erforderlich, die Kapitalbeschaffung zu organisieren. Dies geschah entweder in der Weise, daß Bank- und Finanzgruppen den elektrischen Firmen zur Seite traten und gemeinsam mit ihnen die entstehenden Unternehmungen von Fall zu Fall finanzierten, oder daß besondere Institutionen geschaffen wurden, die nach Art der Trusts gleichartige Werke unter gemeinschaftlicher Verwaltung und Kontrolle vereinigten und dagegen eigene Aktien oder Obligationen ausgeben. Zuweilen behielten auch elektrotechnische Gesellschaften die Werte neugeschaffener Unternehmungen so lange in ihrem Besitz, bis eine nachweisbare Rentabilität die erfolgreiche Durchführung der Emission sicherstellte, und erhöhten zu diesem Zwecke erforderlichenfalls ihr eigenes Kapital."

*

Auf den in dieser Auslassung angedeuteten Grundlagen erfolgte am 8. April 1897 vor dem Königlichen Notar Maximilian Kempner die Gründung der Gesellschaft. Als Gründer treten auf:

ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS - GESELLSCHAFT,

vertreten durch

- Generaldirektor EMIL RATHENAU,
- Direktor PAUL JORDAN,
- Direktor PAUL MAMROTH,
- Ingenieur KARL AGTHE,
- Kaufmann FRANZ STRANDT.

Das Unternehmen sollte zunächst den Namen „Allgemeine Stromlieferungs-Gesellschaft“ erhalten, doch wurde die Firma laut Notariatsprotokoll vom 2. Mai 1897 in

„ELEKTRICITÄTS-LIEFERUNGS-GESELLSCHAFT“
umgeändert. Als Aufsichtsratsmitglieder wurden gewählt:

- Herr EMIL RATHENAU als Vorsitzender,
- Herr FELIX DEUTSCH als stellvertr. Vorsitzender,
- Herr PAUL JORDAN,
- Herr RICHARD KOLLE,
- Herr LEOPOLD ASCHENHEIM.

Zum Vorstand wurde Herr MAMROTH,
zum stellvertretenden Direktor Herr AGTHE,
und zum Prokuristen Herr STRANDT bestellt.

*

Am 11. Juni 1897 erfolgte die Eintragung der Firma in das Handelsregister.

Als Gegenstand des Unternehmens wird die Errichtung, der Erwerb, jede Art der Veräußerung, Pachtung oder Verpachtung und des Betriebes von Einrichtungen und Anlagen für gewerbsmäßige Lieferung und Verwendung von Elektrizität bezeichnet. Das Grundkapital betrug 5 Millionen Mark, eingeteilt in 5000 auf den Inhaber und je über 1000 M. lautende Aktien.

Von der erfolgten Gründung der neuen Gesellschaft gibt der 15. Geschäftsbericht der A. E. G. für das Geschäftsjahr 1896/97 wie folgt Kenntnis :

„Nach dem Muster der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft haben wir eine Stromlieferungs-Gesellschaft unter der Firma „Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft“ gegründet. Wie jene eine Anzahl von elektrischen Bahnen in sich vereinigt und nach einheitlichem Prinzip mit wirtschaftlichem Erfolge verwaltet, wird diese den Betrieb auch von solchen Elektrizitätswerken übernehmen, die den kostspieligen Apparat einer selbständigen Organisation nicht zu tragen vermögen oder einer längeren Entwicklungszeit bedürfen, bevor sie eine angemessene Rente gewähren. Wir haben das gesamte, 5 Millionen betragende Aktienkapital unserem Effektenbestande zu dauerndem Besitz einverleibt und einen maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft uns gesichert. Die Betriebe der Beleuchtungsanlagen für den Anhalter und Potsdamer Bahnhof, das Freihafengebiet in Kopenhagen und die Gemeinden Craiova, Deidesheim, Magdeburg, Schmalkalden und Zehlendorf wurden der Gesellschaft zu Buchwerten übergeben. Die Preise und Bedingungen für den weiteren Bau von Zentralen sind mit Rücksicht auf die engen Beziehungen der Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft zu unserer Gesellschaft in billiger Weise durch Verträge festgelegt; auf Grund derselben wurden bereits drei kleinere Stationen für ihre Rechnung von uns errichtet. Auch haben wir ihr unsere Aktien der Elektricitätswerke Eisenach, Traben-Trarbach, Hermannstadt und Geschäftsanteile der Gesellschaften mit beschränkter Haftung: Elektricitätswerk Schwandorf, Dachau, Oranienburg und Elektromotor übereignet.“

DAS ERSTE JAHRZEHNT

DIE ZEIT DER ORTSZENTRALEN

Durch die Verträge mit der A. E. G. waren nunmehr die Grundlagen für das Unternehmen geschaffen. Sie sicherten ihm nicht nur ein umfangreiches Arbeitsgebiet, sondern boten ihm auch in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht einen erwünschten Rückhalt. Von besonderer Wichtigkeit war hierbei die Bestimmung, daß die A. E. G. für sämtliche übergebenen Unternehmungen auf eine Reihe von Jahren eine Verzinsung von mindestens 5% nach Abzug aller Betriebskosten und der erforderlichen Abschreibungen und Rücklagen gewährleistete. Andererseits verpflichtete sich die neue Gesellschaft, der A. E. G. den Bau der Anlagen und die Lieferung aller erforderlichen Einrichtungen zu den Bedingungen der meistbegünstigten Abnehmer zu übertragen. Diese beiden Vereinbarungen sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung der E. L. G. geworden; sie sicherten ihr nicht nur die beste Ausführung ihrer Betriebsanlagen zu, die auf Grund der jeweiligen Erfahrungen zu erzielen war, sondern gaben ihr vor allem auch die Möglichkeit, die übernommenen Werke ihrer Eigenart entsprechend ohne Überstürzung zu entwickeln und zur Blüte zu bringen.

Die einzelnen Unternehmungen, die der E. L. G. bei der Gründung überantwortet wurden, seien im folgenden kurz gekennzeichnet:

Elektrizitätswerk für den Potsdamer und Anhalter Bahnhof,

ein kleines Gleichstrom-Kraftwerk auf bahnfiskalischem Gelände, das für die Beleuchtung der umfangreichen Gleisanlagen des Potsdamer und des Anhalter Bahnhofs diente und bereits seit Mitte des Jahres 1892 in Betrieb war. Nach Ablauf von 20 Jahren mußten die Anlagen kostenlos in den Besitz der Eisenbahnverwaltung übergehen.

Elektrizitätswerk für das Freihafengebiet in Kopenhagen,

das auf Grund eines Vertrages mit der Kopenhagener Freihafen-Aktiengesellschaft errichtet war und zur Beleuchtung der Hafenanlagen diente. Die Übernahme konnte nach voraufgegangener Kündigung jederzeit zum Buchwerte erfolgen.

Elektrizitätswerk Deidesheim,

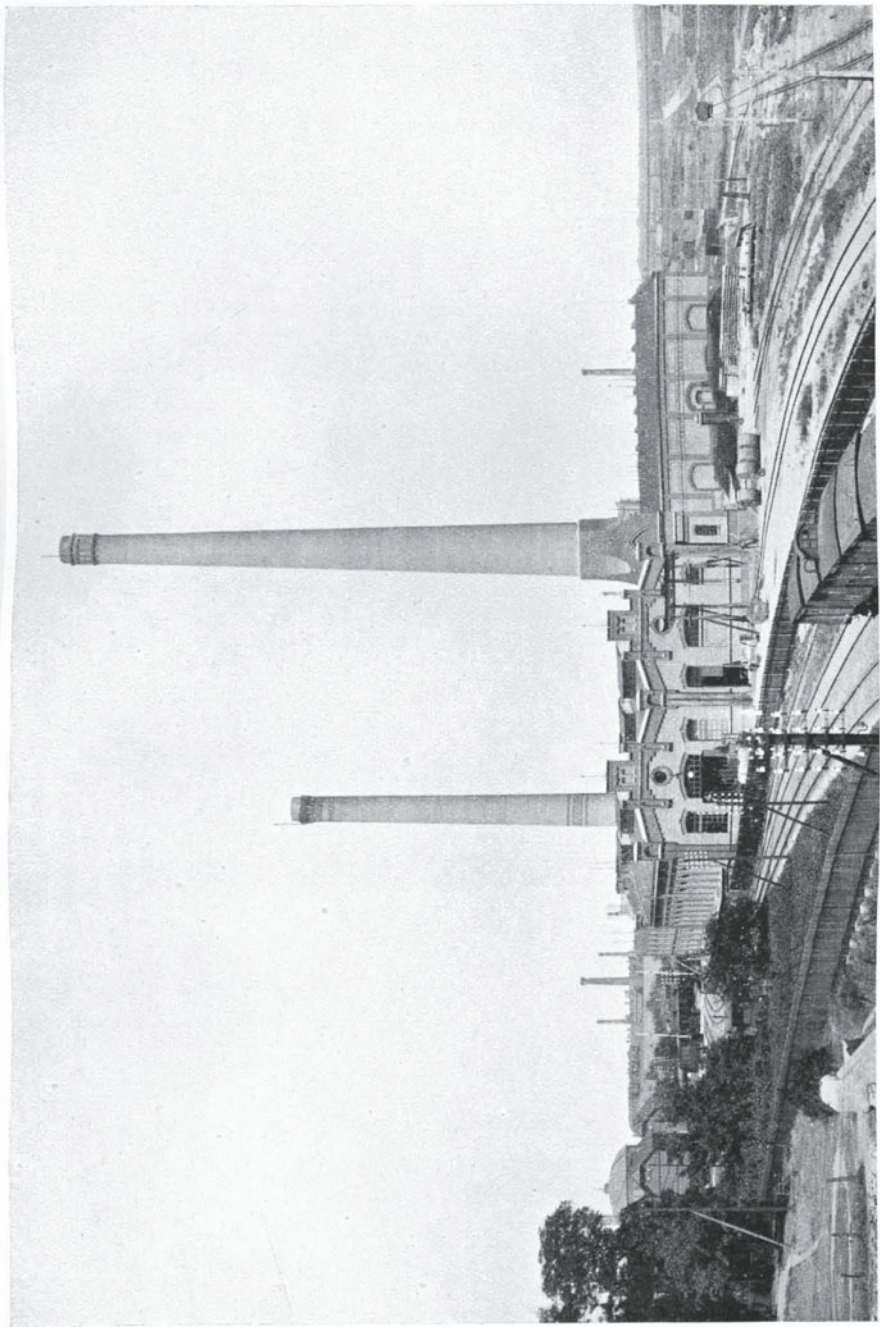
ein mit Lokomobilen angetriebenes Gleichstromwerk, das bereits seit April 1896 die Gemeinden Deidesheim und Ruppertsberg mit elektrischer Arbeit versorgte. Die Stadt Deidesheim konnte jederzeit die Übereignung des Werkes zu einem Preise verlangen, der sich aus dem Buchwert und einem Zuschlag für entgangenen Gewinn zusammensetzen sollte.

Elektrizitätswerk Magdeburg,

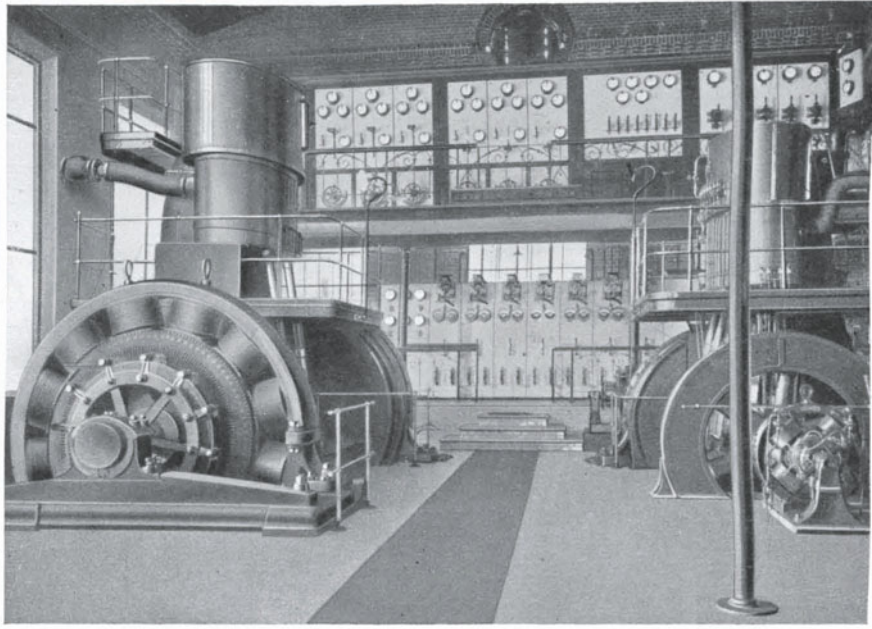
ein auf dem Gelände des städtischen Hafens errichtetes, für damalige Verhältnisse völlig neuzeitliches Drehstrom - Elektrizitätswerk. Es erzeugte Drehstrom mit einer verketteten Spannung von 2750 Volt, die in der Stadt durch Transformatoren auf 122 Volt umgewandelt wurden. Die Betriebseröffnung hatte bereits im August 1896 stattgefunden. Der Vertrag gab der Unternehmerin eine 40jährige Konzession, wofür die Stadt eine Abgabe von der Roheinnahme und von dem 6% übersteigenden Reingewinn erhielt. Die Stadt hatte das Recht, die Anlagen vom zehnten Betriebsjahre ab gegen Zahlung der Herstellungskosten abzüglich bestimmter Abschreibungen zu übernehmen.

Elektrizitätswerk Craiova,

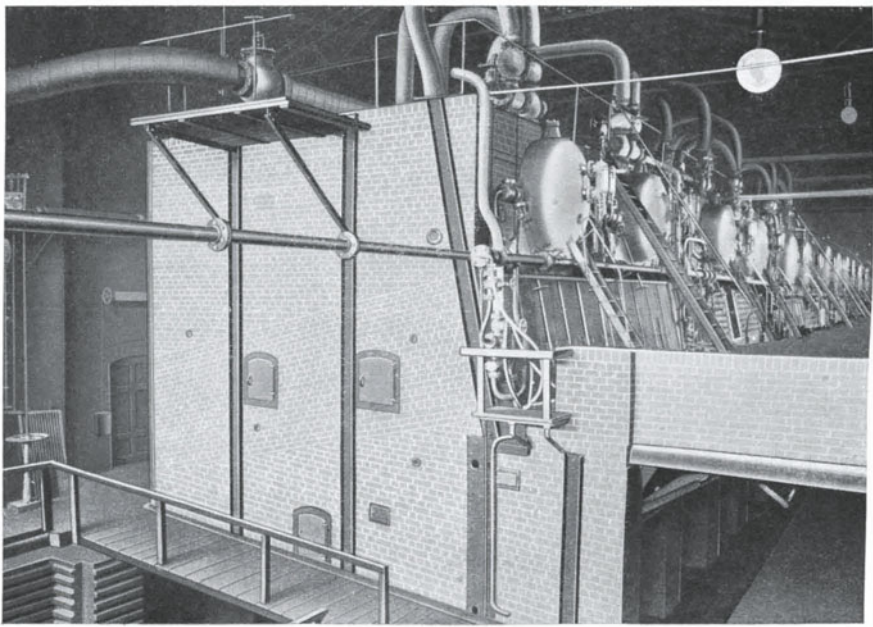
ein zunächst mit Dampf-, später mit Ölmaschinen ausgestattetes Gleichstromwerk in der rumänischen Provinzstadt Craiova. Die Konzession erstreckte sich auf die Dauer von 40 Jahren; die Stadt hatte jedoch das Recht jederzeitiger Übernahme zu Preisen, die für die einzelnen Jahre besonders festgesetzt waren.



Elektrizitätswerk Magdeburg



E. W. Magdeburg, Maschinen- und Schaltanlage



E. W. Magdeburg, Kesselanlage

Elektrizitätswerk Zehlendorf,

das von der A. E. G. gemeinsam mit der Imperial-Continental-Gas-Association errichtet war. Der Betrieb war von der E. L. G. zu überwachen. Die Gemeinde war zu jederzeitiger Übernahme berechtigt und nach fünfjährigem Betrieb unter gewissen Voraussetzungen hierzu verpflichtet.

Elektrizitätswerk Plauen,

das von der A. E. G. für Rechnung der Stadt im Jahre 1896 erbaut worden war. Für den Betrieb war mit der A. E. G. ein Pachtvertrag vereinbart, der auf die E. L. G. übertragen wurde.

Gleichzeitig wurden Anteile folgender Unternehmungen übernommen:

Elektrizitätswerk Dachau G. m. b. H.

Die Gesellschaft, an der neben der E. L. G. Herr Oscar von Miller und eine Anzahl Dachauer Bürger beteiligt waren, versorgte den namentlich in Künstlerkreisen berühmt gewordenen Münchener Vorort Dachau mit elektrischem Licht. Das gesamte Stammkapital betrug 200 000 M., wovon die E. L. G. 60 000 M. besaß. Die Betriebsführung lag in den Händen des Herrn von Miller.

Elektrizitäts- und Wasserwerk Oranienburg G. m. b. H.,

ein Unternehmen, das zur Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Berliner Vorortgemeinde Oranienburg errichtet war. Die Inbetriebsetzung hatte bereits im Dezember 1896 stattgefunden. Das Stammkapital betrug 300 000 M., von denen sich die Hälfte im Besitz der E. L. G. befand, der auch die Betriebsüberwachung oblag.

Elektrizitätswerk Schwandorf,

eine G. m. b. H., die nach den Plänen des Herrn Oscar von Miller eine mit einer Mühle verbundene Wasserkraft zur Beleuchtung der Straßen und des Bahnhofes des oberpfälzischen Städtchens Schwandorf ausnutzte. Die Leitung lag in den Händen des Herrn von Miller.

Elektrizitätswerk Eisenach A.-G.

Diese Gesellschaft war von der A. E. G. zur Errichtung eines Elektrizitätswerkes in der Stadt Eisenach unter Minderheitsbeteiligung der Stadt im Jahre 1890 gegründet worden und betrieb das im Jahre 1892 fertiggestellte Gleichstrom-Elektrizitätswerk, dem bereits im Jahre 1895 eine elektrische Straßenbahn, die vom Bahnhof nach dem Mariental führte, angegliedert wurde.

Hermannstädter Elektrizitäts-Werks-Aktiengesellschaft,

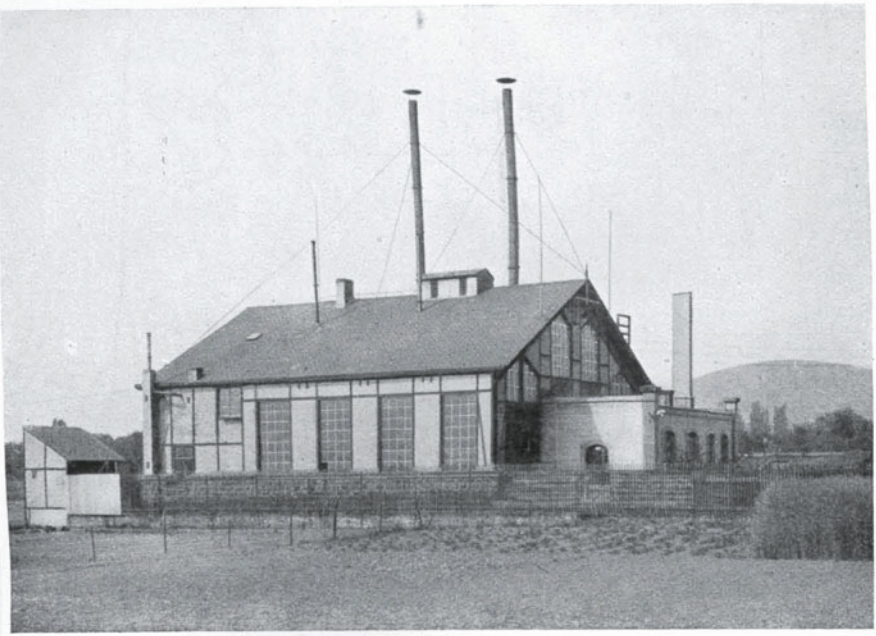
von der das Elektrizitätswerk der ungarischen Gemeinde Hermannstadt betrieben wurde; die E. L. G. übernahm eine Beteiligung von 7500 Gulden.

Traben-Trarbacher Beleuchtungs-Gesellschaft.

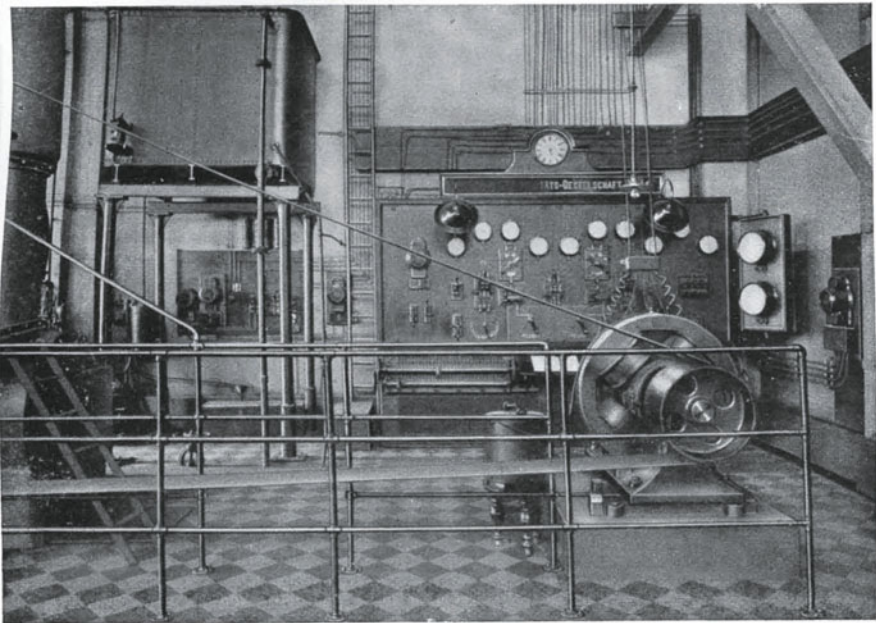
Die Anlagen dieser Gesellschaft, an der neben der E. L. G. die Gemeinden Traben und Trarbach und einige dortige Weingutsbesitzer beteiligt waren, besorgten die Beleuchtung der bekannten Weinorte an der Mosel bereits seit dem Jahre 1890.

Weiter übernahm die E. L. G. noch 165 000 M. Anteile der Elektromotor G. m. b. H., einer mit 300 000 M. Stammkapital ausgestatteten Gesellschaft, deren Zweck die Förderung des Anschlusses von Elektromotoren der A. E. G. an das Netz der Berliner Elektrizitäts-Werke war.

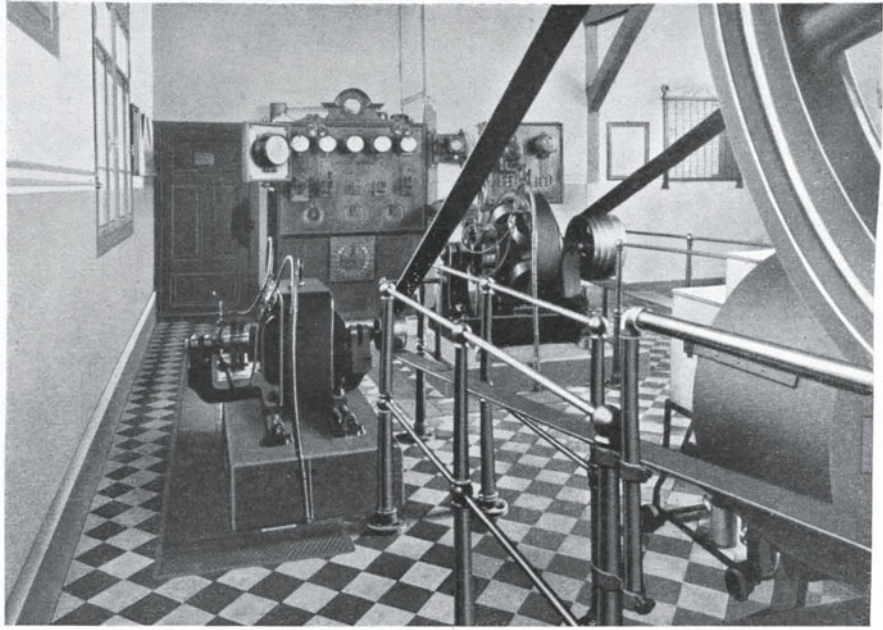
Noch in den ersten Geschäftsjahren wurde das Arbeitsgebiet der E. L. G. wesentlich erweitert. In den verschiedensten Teilen Deutschlands, so in Schmalkalden, Brotterode i. Thür., Liebenwerda Prov. Sachsen, Ruhla i. Thür., Trebbin Kreis Teltow, Oberlungwitz i. Sa., Oppenheim a. Rh., Pleschen Prov. Posen und Dahme (Mark) wurden Konzessionen für den Bau und Betrieb von Elektrizitätswerken erworben und mit der Errichtung der Anlagen begonnen, deren Betrieb zum Teil noch



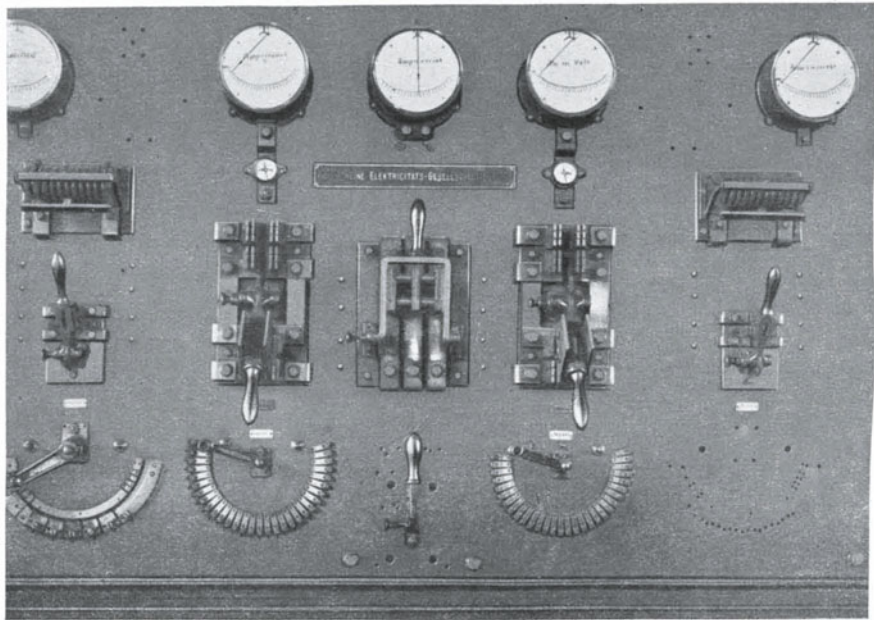
Elektricitätswerk Deidesheim



E. W. Deidesheim, Maschinen- und Schaltanlage



E. W. Oppenheim, Maschinenanlage



E. W. Eisenach, Schalttafel aus dem Jahre 1892

in dem ersten Geschäftsjahre eröffnet wurde. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um die Errichtung von Gleichstrom-Lokomobil-Zentralen mit Akkumulatoren, deren Versorgungsgebiet naturgemäß auf das Weichbild der Ortschaften beschränkt blieb.

In Oberlungwitz dagegen wurde eine Hochspannungsanlage geplant und in Aussicht genommen, die umliegenden Ortschaften in weiterem Umfang mit Licht und Kraft zu versorgen.

Ferner wurde im gleichen Jahre mit den Elektrochemischen Werken in Bitterfeld eine Vereinbarung zur Elektrizitätsversorgung der Stadt B i t t e r f e l d und U m g e b u n g getroffen. Die erforderliche elektrische Kraft sollte von den Zentralen der Elektrochemischen Werke geliefert werden. Der Bau und Betrieb des Leitungsnetzes blieb der E. L. G. überlassen, jedoch waren die Elektrochemischen Werke an dem Ertrag des Unternehmens beteiligt. Gleichzeitig erwarb und betrieb die E. L. G. gemeinsam mit der letztgenannten Gesellschaft das Kohlenwerk Hermine bei Bitterfeld, das jedoch bereits am 1. April 1900 vertragsgemäß den Elektrochemischen Werken ganz überlassen wurde.

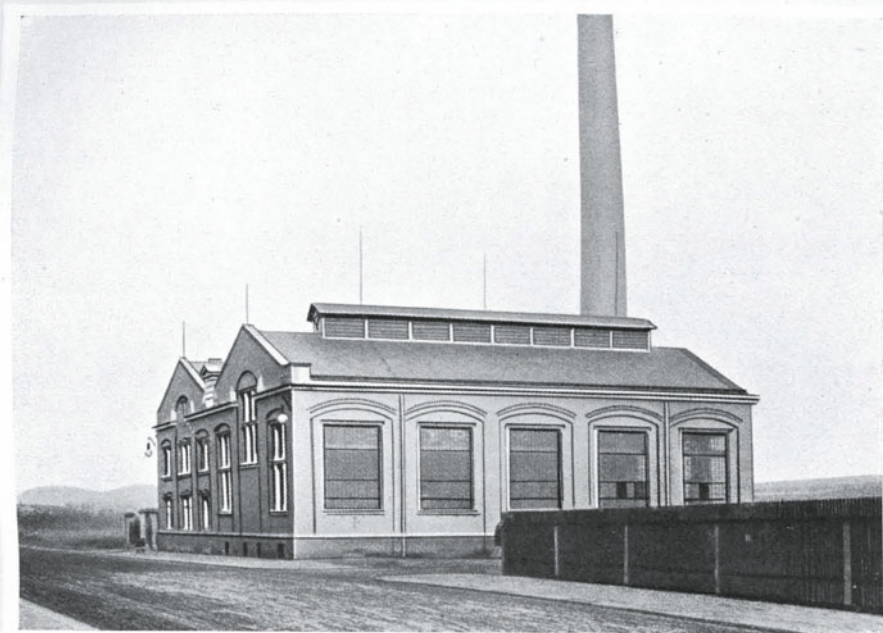
Die der Gründung folgenden drei Betriebsjahre brachten dann in rascher Folge die Inbetriebsetzung der neu angegliederten Werke. So begannen die Elektrizitätswerke Pleschen am 1. Januar 1899, Dahme (Mark) am 14. Januar 1899, Bitterfeld am 15. Januar 1899 ihre Tätigkeit, während die Werke in Oberlungwitz, sowie in Schirmeck für das mittlere Breuschtal, in Molsheim für das untere Breuschtal, sich noch im Bau befanden.

Ferner wurde in Z e l z die Ausnutzung der Wasserkraft der Neiße zur Versorgung der nahegelegenen Ortschaften Triebel und Muskau in Angriff genommen. Das Eigentum an letzterem Unternehmen, wie auch an dem Elektrizitätswerk Craiova, wurde übrigens Ende 1899 wieder auf die A. E. G. übertragen, weil für den Ausbau dieser Unternehmungen größere Mittel erforderlich waren, die unter den damaligen Zeit- und Geldverhältnissen leichter von der A. E. G. aufgebracht werden konnten. Das große Kapitalbedürfnis des Lausitzer Elektrici-

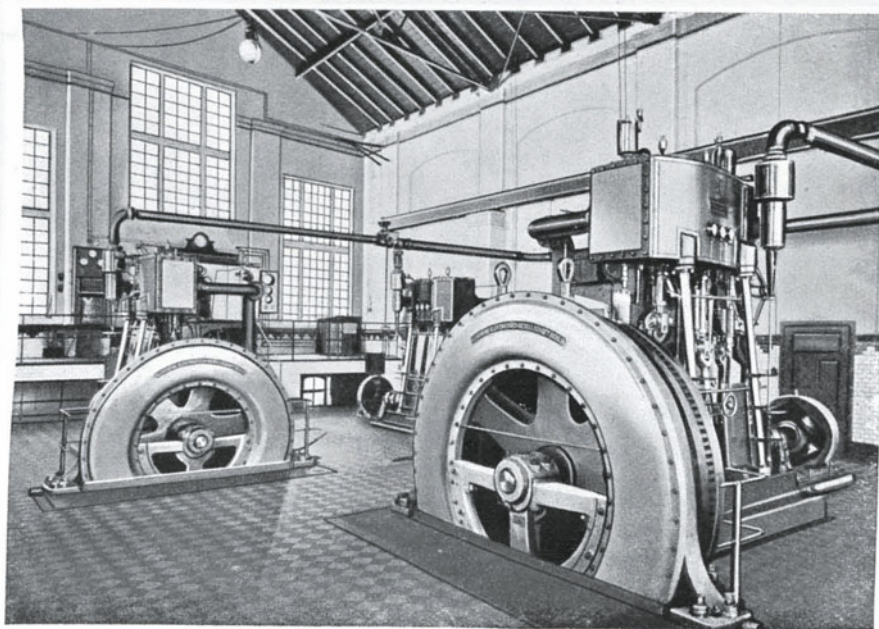
tätswerkes, das durch die Wasserbauten bedingt war, gab in der Folge Veranlassung, dieses Unternehmen in eine selbständige Gesellschaft „Lausitzer Elektrizitäts-Werk G. m. b. H.“ umzuwandeln. Die Betriebsführung blieb jedoch in den Händen der E. L. G. Zur Erzielung größerer Beweglichkeit und freierer Finanzgebarung und mit Rücksicht auf lokale Interessen hatte es die E. L. G. für zweckmäßig befunden, auch für den Betrieb des Elektrizitätswerkes Magdeburg am 22. September 1898 eine besondere Aktiengesellschaft: „Magdeburger Elektrizitäts-Werk“ mit einem Kapital von 1 500 000 M. zu errichten. Das Aktienkapital wurde ganz von der E. L. G. übernommen und bereits im Dezember 1899 auf zwei Millionen Mark erhöht. Vorstand der Gesellschaft wurde der damalige Direktor des Werkes, Tellmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates Herr Emil Rathenau, stellvertretender Vorsitzender Herr Paul Mamroth; die Verwaltung wurde weiter durch die E. L. G. überwacht.

Inzwischen waren in den Orten Elsterwerda und Neuburg a. D. Konzessionen erworben und mit der Universitätsstadt Göttingen ein Pachtvertrag abgeschlossen worden. Alle drei Unternehmungen eröffneten im Jahre 1900 den Betrieb, und zwar wurden in Elsterwerda zum ersten Male Sauggasmaschinen aufgestellt, während Göttingen und Neuburg mit Dampfkraft arbeiteten. In Neuburg wurde jedoch sehr bald der unwirtschaftliche Dampfbetrieb eingestellt und Sauggas als Antriebskraft eingeführt.

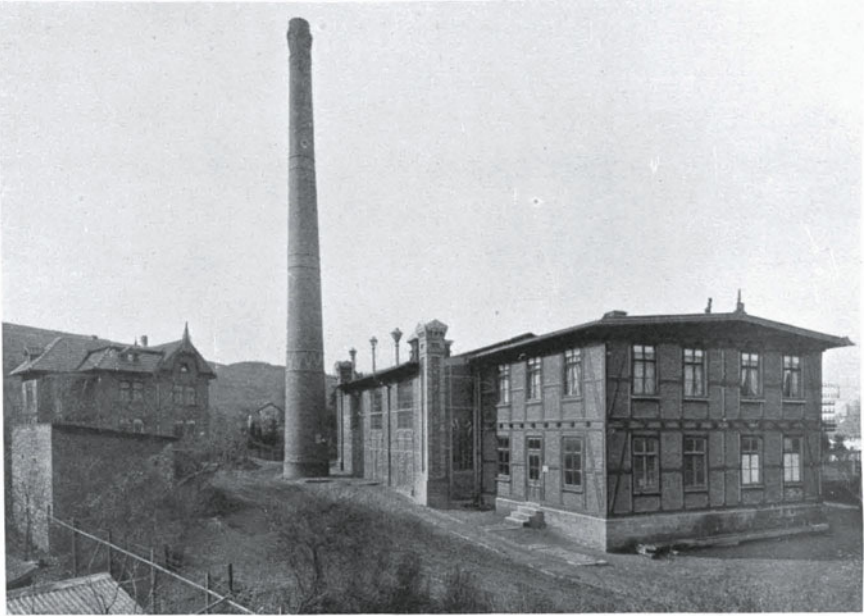
In dem gleichen Zeitraum erfuhren die Beteiligungen der E. L. G. nur eine geringe Veränderung. Abgesehen von der durch die Umwandlung des Magdeburger Unternehmens in eine besondere Gesellschaft bedingten Übernahme der Aktien wurden lediglich von der neugegründeten Brennerwerke G. m. b. H. 235 000 M. Anteile von dem 750 000 M. betragenden Stammkapital übernommen und diese Beteiligung bei der Erhöhung des Kapitals auf 1 350 000 M. im Jahre 1900 auf 423 000 M. erhöht. Dieses Unternehmen, an dessen Gründung Oscar von Miller führend beteiligt war, sollte zur Aus-



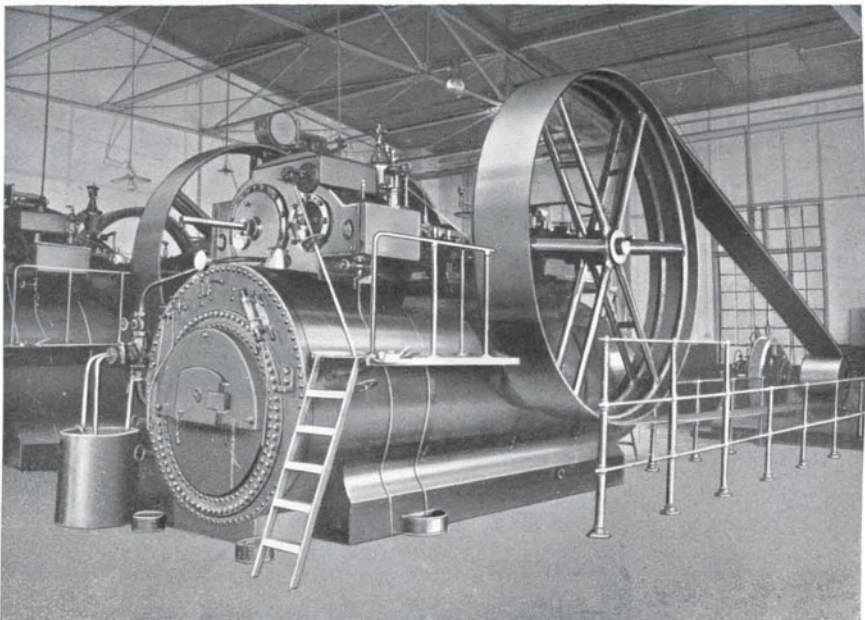
Elektrizitätswerk Plauen



E. W. Plauen, Dampfdynamomaschinen



Elektrizitätswerk Schmalkalden



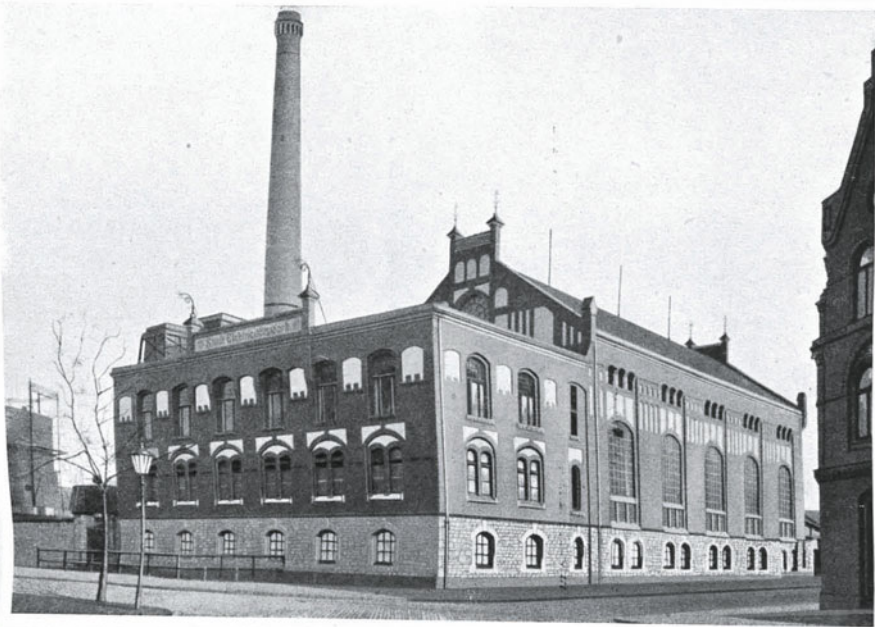
E. W. Ruhla, Maschinenraum

nutzung von Wasserkräften bei Matriei am Brenner und zur Stromversorgung ausgedehnter chemischer Anlagen (Karbidfabrikation) dienen.

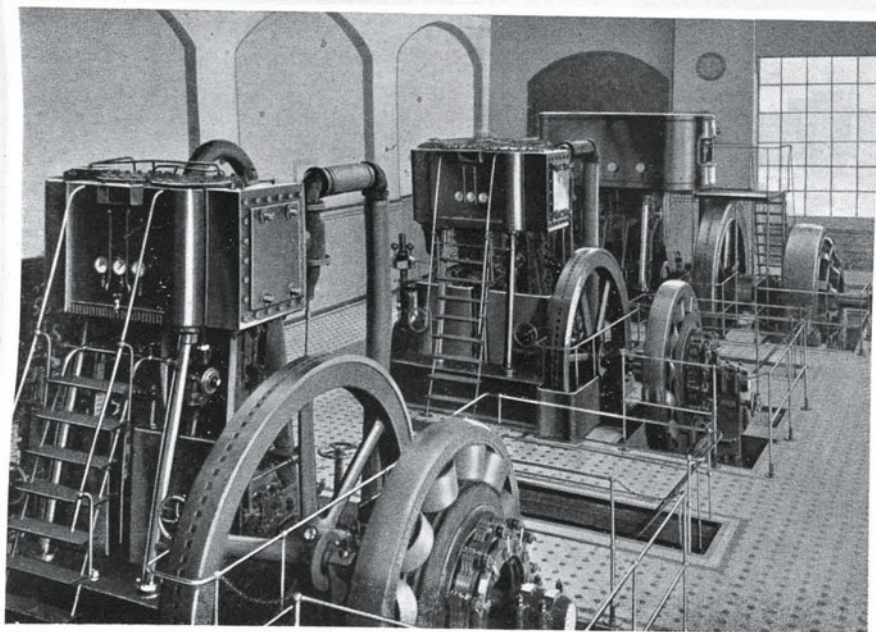
Das Jahr 1900 bedeutet in der Entwicklungsgeschichte der E. L. G. einen gewissen Abschluß. Die Anlaufzeit konnte damit als überwunden betrachtet werden. In verhältnismäßig weit gestecktem Rahmen hatte das junge Unternehmen, zunächst noch fast ganz im Schatten der A. E. G., seine Tätigkeit begonnen. Groß waren die Schwierigkeiten aller Art, die hierbei überwunden werden mußten. Der Ausbreitung des Wirkungskreises stellten sich schon allerlei Hindernisse in den Weg. Die Großstädte, in denen ein ausreichender Ertrag mit Sicherheit erwartet werden konnte, waren bereits mit elektrischen Anlagen ausgerüstet. Die Gemeinwesen mittlerer Größe ließen sich zwar bereitwillig auf Verhandlungen über die Versorgung ihrer Gebiete ein und waren geneigt, selbst die erforderlichen Anlagekosten aufzubringen, beanspruchten aber den erwarteten Erfolg im wesentlichen für sich allein und wollten den Unternehmern nur das Wagnis überlassen, wobei sie sich noch allerlei Maßregeln zum Schutze ihrer Gasanstalten vorbehielten. Auch die kleineren Orte stellten schon hinsichtlich der Bau- und Übernahmehedingungen und der Strompreise weitgehende Ansprüche; zudem trat hier der Wettbewerb der Gasindustrie hinzu, die damals, ermuntert durch die Erfolge des Auerbrenners und durch die Fortschritte der Gasküche, auch kleinere Plätze in den Bereich ihrer Unternehmertätigkeit einzu beziehen begann. War es dennoch gelungen, die Vereinbarungen mit den Gemeinden ihren Wünschen und den Forderungen des Unternehmers einigermaßen anzupassen, so bot die Gewinnung eines ausreichenden Absatzes neue große Schwierigkeiten, denn die Bewohner der Kleinstädte, die in jenen Jahren zumeist noch recht bescheiden lebten und sich nur schwer zur Einführung von Neuerungen bewegen ließen, waren von den wirtschaftlichen und kulturellen Vorzügen der Elektrizitätsverwendung noch keineswegs so überzeugt, daß sie leichten Herzens die mit ihrer Einführung verbundenen einmaligen und laufenden Ausgaben ohne weiteres übernehmen

wollten. Nur ganz allmählich gelang es, durch eine eifrige und großzügige Werbetätigkeit die Zahl der Anschlüsse und den Verbrauch so zu steigern, daß die Lebensfähigkeit wenigstens der meisten dieser Unternehmungen sichergestellt war. Hierfür war die einwandfreie Gestaltung der technischen Einrichtungen und sparsamste Betriebsführung die weitere Voraussetzung, Bedingungen, deren Erfüllung damals bei dem Mangel an Erfahrungen zu unaufhörlichen Sorgen und Mühen Veranlassung gab. Durchblättert man die Berichte über die Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen jener Jahre mit der Feststellung all dieser Schwierigkeiten, den zahlreichen, wohldurchdachten Vorschlägen zu ihrer Überwindung, den Erörterungen über kostspielige Versuche, die solange unternommen wurden, bis das erstrebte Ziel erreicht war, so kann man erst ermessen, welch großes Wagnis die E. L. G. mit der Gründung und Betriebsführung der einzelnen Werke übernahm und welch schätzbare Verdienste sie sich damit für den Aufbau der deutschen Elektrizitätswirtschaft erworben hat. Es festigt sich aber auch die Erkenntnis, daß die einzelnen Unternehmungen, auf sich selbst gestellt, wohl kaum zur Blüte hätten gebracht werden können, und daß das Mißlingen so vieler einzelner Versuche die weitere Entwicklung um viele Jahre aufgehalten hätte. Nur durch die Zusammenfassung der Verwaltung, durch die Sammlung und Verwertung der Einzelerfahrungen, durch eine großzügige Finanzpolitik, die sich auf eine durch die Erfolge oder Mißerfolge des Augenblicks nicht getrübe Voraussicht stützte, gelang es, der zahlreichen Schwierigkeiten Herr zu werden und das Schiffelein der E. L. G. über die Klippen der Ausfahrt in freieres Fahrwasser zu steuern.

In den nächstfolgenden drei Jahren, den ersten des neuen Jahrhunderts, hielt sich die Unternehmertätigkeit der E. L. G. in verhältnismäßig engen Grenzen. Dies hatte verschiedene Gründe: einmal gebot nach der anfänglich raschen Ausdehnung die von der A. E. G. überkommene vorsichtige Geschäftsgebarung eine gewisse Mäßigung, damit das Gewonnene gefestigt, die neu angegliederten Betriebe entwickelt und die angewendeten Geschäftsgrundsätze



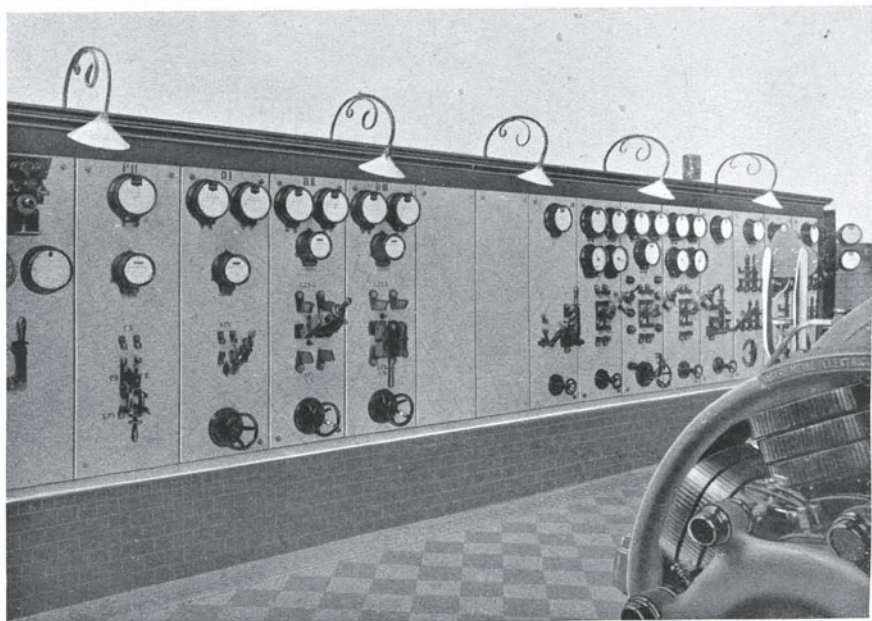
Elektrizitätswerk Osnabrück



E. W. Osnabrück, Maschinenanlage



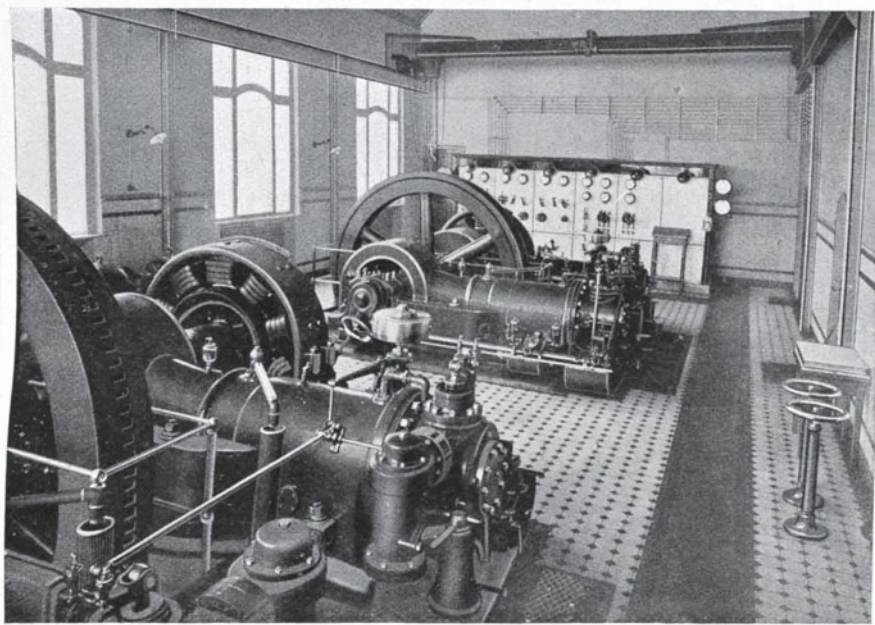
Elektricitätswerk und Straßenbahn Norrköping



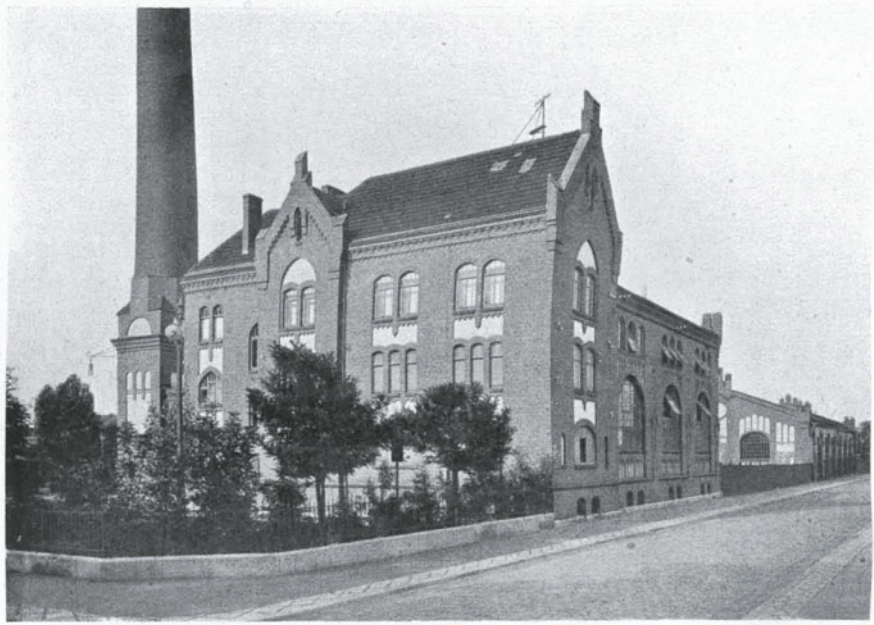
E. W. Norrköping, Schaltanlage



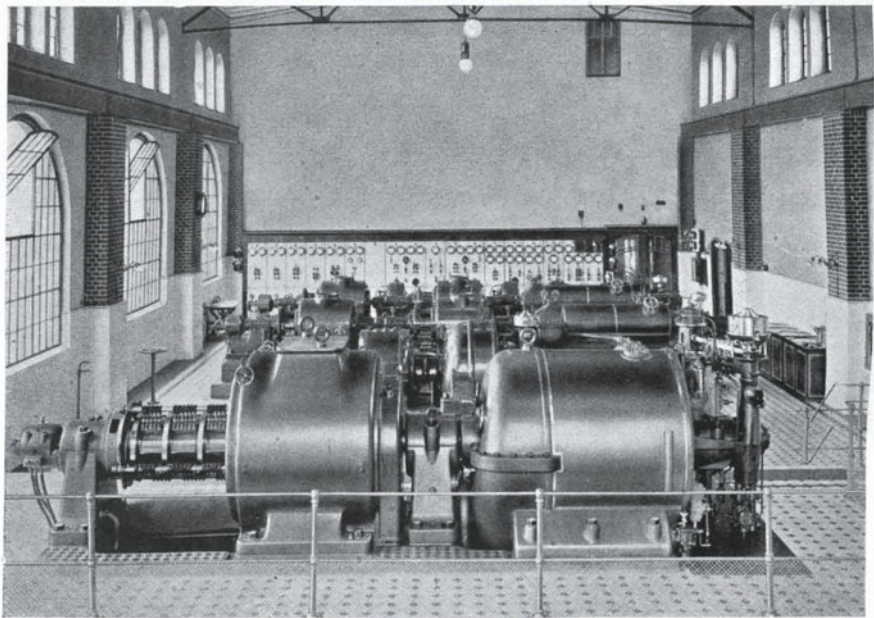
Elektrizitätswerk Insterburg



E. W. Rathenow, Sauggasmaschinen



Elektrizitätswerk Hildesheim



E. W. Hildesheim, Gleichstromdampfturbinen

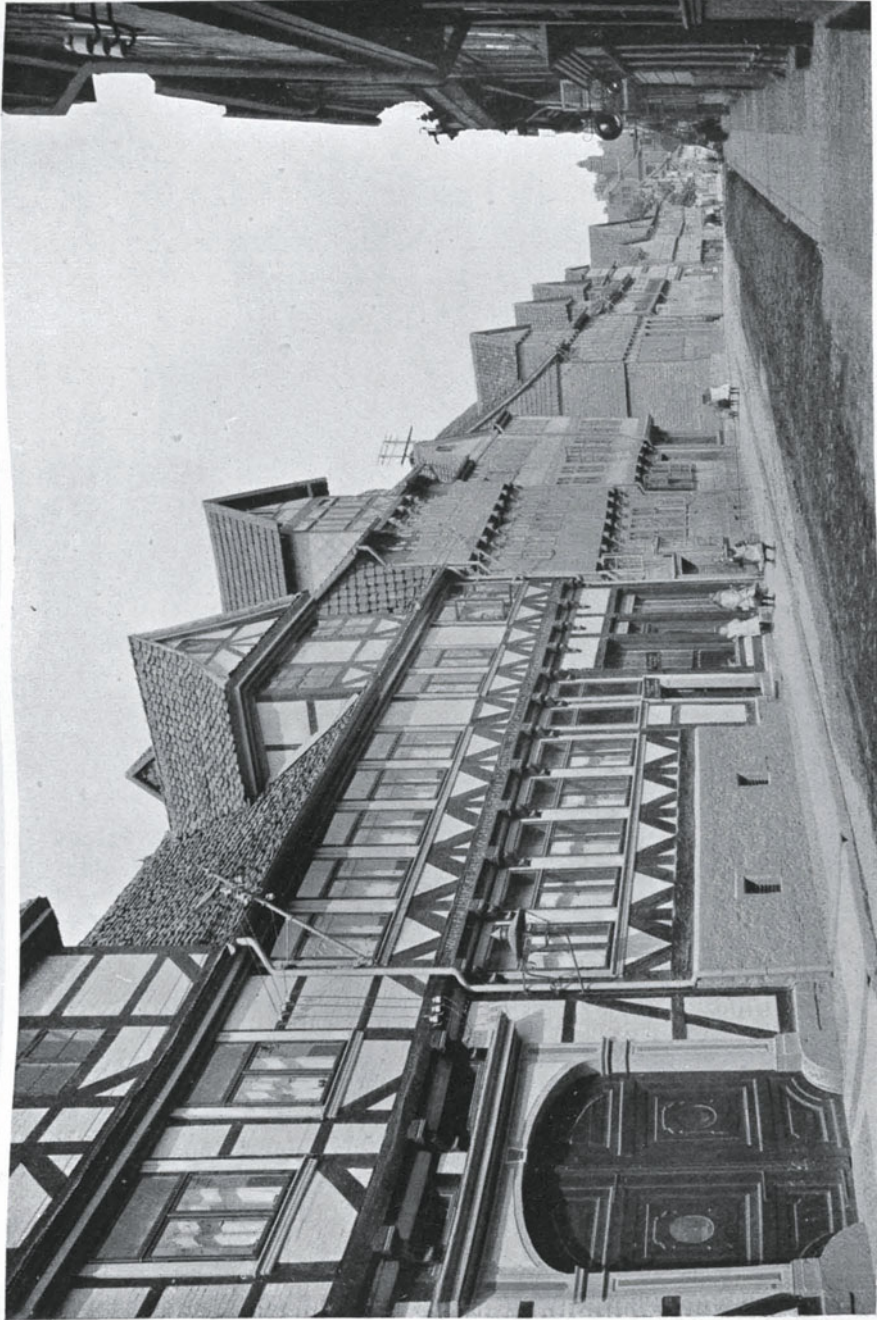
durch die Erfahrung gerechtfertigt werden konnten. Dazu kam, daß durch die bereits oben erwähnten Schwierigkeiten das Arbeitsgebiet immer mehr Einschränkungen erfahren mußte. Die Zahl der Gemeinwesen, die eine Gewähr für erfolgreiche Betätigung boten, wurde von Jahr zu Jahr geringer, und falls sie sich dazu entschlossen, die Elektrizitätsversorgung aus ihren Händen zu geben, so geschah dies vielfach auf Grund von Ausschreibungen, die bei dem gerade in jenen Jahren besonders heftigen Wettbewerb dem Unternehmer kaum mehr die Möglichkeit ausreichender Erträge beließen. Die Erfahrung hat denn auch bald gezeigt, daß Unternehmungen aus dieser Zeit, die um jeden Preis ausgeführt wurden, nicht lebensfähig waren und erst, in neue Hände übergeführt, zur Entwicklung gebracht werden konnten. Schließlich gebot der durch eine schrankenlose Überproduktion verursachte Tiefstand der gesamten Wirtschaftslage äußerste Zurückhaltung in der Übernahme neuer Geschäfte. Die E. L. G. hat sich daher in dieser Zeit fast nur solche Unternehmungen angegliedert, die keine größeren Aufwendungen erforderten, also hauptsächlich Pachtungen, und zwar in den Städten Freiberg i. Sa., Heiligenstadt, Osnabrück, Querfurt, Osterwieck, Jägerndorf, Norrköping, Rathenow, Troppau, Insterburg, Hildesheim. Andererseits wurden die beiden größten Pachtwerke an die Eigentümer zurückgegeben, und zwar das Werk in Plaue n nach fünfjähriger, in Göttingen schon nach dreijähriger Betriebsführung. Auch einige der eben aufgezählten Unternehmungen, so die Betriebe in Jägerndorf, Osterwieck und Osnabrück, behielt die E. L. G. nur kurze Zeit in ihrer Verwaltung.

Mit dem Jahre 1903 konnte der Tiefstand als überwunden angesehen werden; der folgende Zeitraum, der durch das allmähliche Erstarren des Wirtschaftslebens gekennzeichnet ist, brachte der E. L. G. neuen bedeutenden Zuwachs. Die Wirtschaftskrise hatte die Standfestigkeit zahlreicher Unternehmungen erschüttert und zum Teil ihren Zusammenbruch, zum Teil ihre Anlehnung an unversehrt

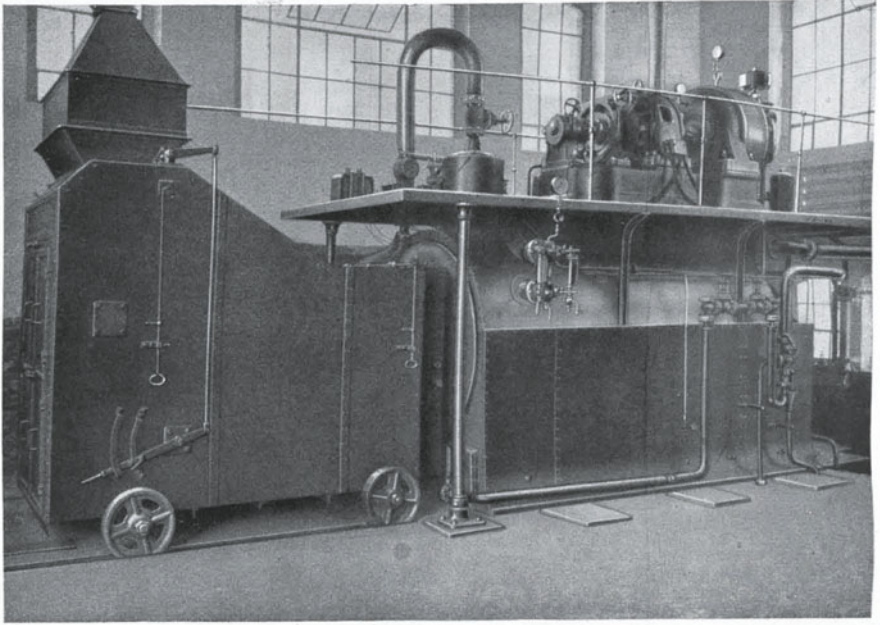
und stark gebliebene Konzerne veranlaßt. Zunächst wurden der E. L. G. infolge des Zusammenschlusses der A. E. G. mit der Union Elektrizitäts-Gesellschaft die von dieser betriebenen Unternehmungen Soest, Werl und Neusalza zugeführt. Sie übernahm ferner nach Erwerb der Mehrheit der Geschäftsanteile die Verwaltung der Licht- und Kraft-Werke, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die namentlich in Sachsen eine Anzahl kleiner Werke betrieb, so in Oberoderwitz, Hirschfelde, Bad Elster, Brambach-Fleiß, Königsbrück und Mehliß. Thüringen; weiter gingen durch Kauf von den Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerken, Danzig, die Betriebe in Briesen und Strassburg i. Westpr. an sie über.

Auch den Stadt- und Gemeindeverwaltungen hatte der Verlauf der Wirtschaftskrise vor Augen geführt, daß der Betrieb der Elektrizitätsunternehmungen nicht ganz so einfach und gefahrlos sei, wie die vorhergehende Zeit des Aufschwungs fast hätte glauben machen können. Die Städte, namentlich die kleineren und mittleren, wurden denn auch mit der Gründung und Durchführung eigener Unternehmungen zurückhaltender und zeigten sich Verhandlungen mit dem privaten Unternehmertum zugänglicher. So wurden in den Jahren 1904—1907 wieder mehrere Konzessionsverträge mit Städten abgeschlossen, und zwar 1904 mit Reichenau i. Sa., 1905 mit Lahri. Baden, Cöthen i. Anh., Oldenburg i. Gr., Freudenthal in Österr.-Schles., 1906 mit Wolfenbüttel, 1907 mit Fürstenwalde. Von besonderer Bedeutung wurden späterhin die in diesen Jahren mit den Städten Werdau und Crimmitschau i. Sa. vereinbarten Verträge, aus denen in der Folge die bedeutendste Überlandzentrale Westsachsens entstehen sollte.

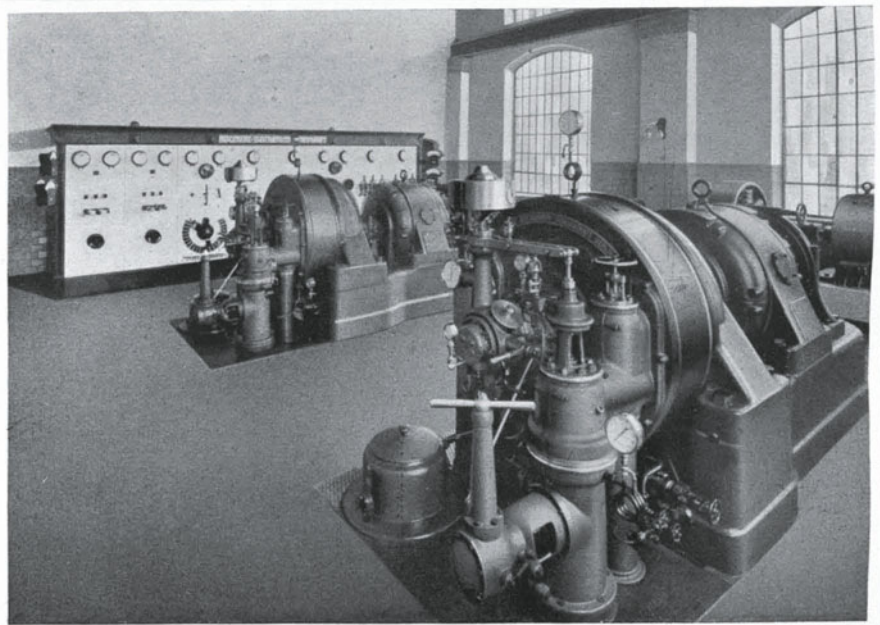
In diesen letzten Abschnitt des ersten Jahrzehnts der E. L. G. fallen einige bemerkenswerte Beteiligungen, Umwandlungen und Neugründungen, die die kommende Entwicklung vorbereiteten und den Weg andeuteten, der in Zukunft zur Erfüllung größerer Aufgaben häufig beschrritten werden sollte.



Straßenleitungsnetz in Wolfenbüttel



E. W. Reichenau, Turbolokomobile



E. W. Oldenburg, Maschinenraum

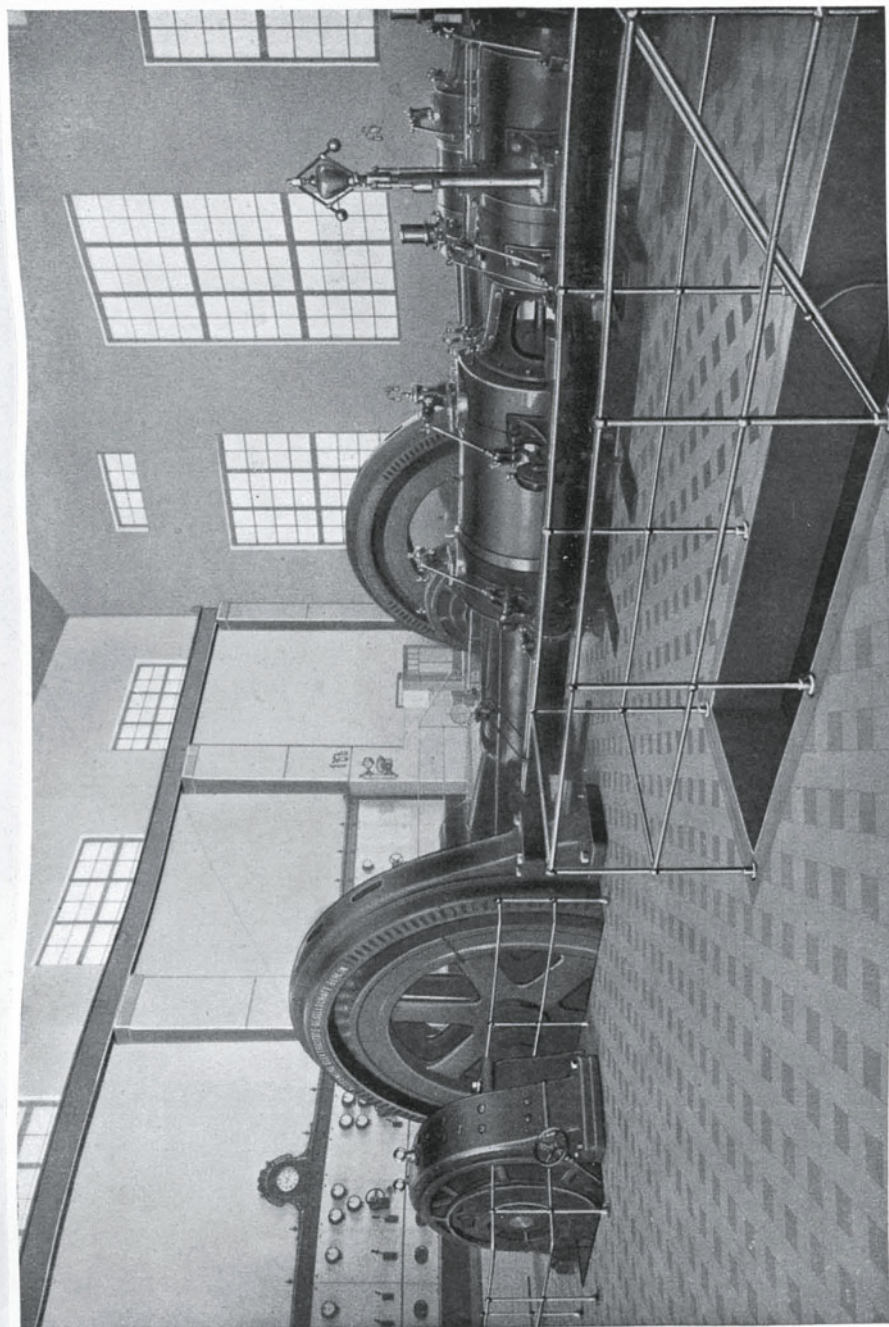
Zunächst sind hier einige kleinere Unternehmungen zu nennen, wie die bereits erwähnten Licht- und Kraft-Werke, ferner das Elektrizitätswerk **R e u t l i n g e n G. m. b. H.**, deren Anteile aber bereits Ende 1906 wieder veräußert wurden, und die kleine Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk **W a n n s e e**, die durch die Verwaltung der E. L. G. lebensfähig gemacht werden sollte.

Inzwischen hatte die Stadt **M a g d e b u r g** von dem ihr vertraglich zustehenden Recht Gebrauch gemacht und das durch die E. L. G. zu voller Entfaltung gebrachte Unternehmen gegen Zahlung des vereinbarten Kaufpreises am 16. August 1906 in eigene Verwaltung übernommen. Die Gesellschaft als solche blieb bestehen; die E. L. G., die sämtliche Aktien behielt, überließ ihr das zur Überlandzentrale ausgebaute Elektrizitätswerk an der Lungwitz, mit sicherem Blick die günstige Entwicklung voraussehend, die diesem Werk in der Zukunft beschieden sein würde. Der Name der Gesellschaft wurde in „**B e t r i e b s - A k t i e n g e s e l l s c h a f t d e u t s c h e r E l e k t r i z i t ä t s w e r k e v o r m a l s M a g d e b u r g e r E l e k t r i z i t ä t s w e r k**“ umgeändert, der Sitz zunächst nach Berlin und Anfang 1909 nach Oberlungwitz i. Sa. verlegt.

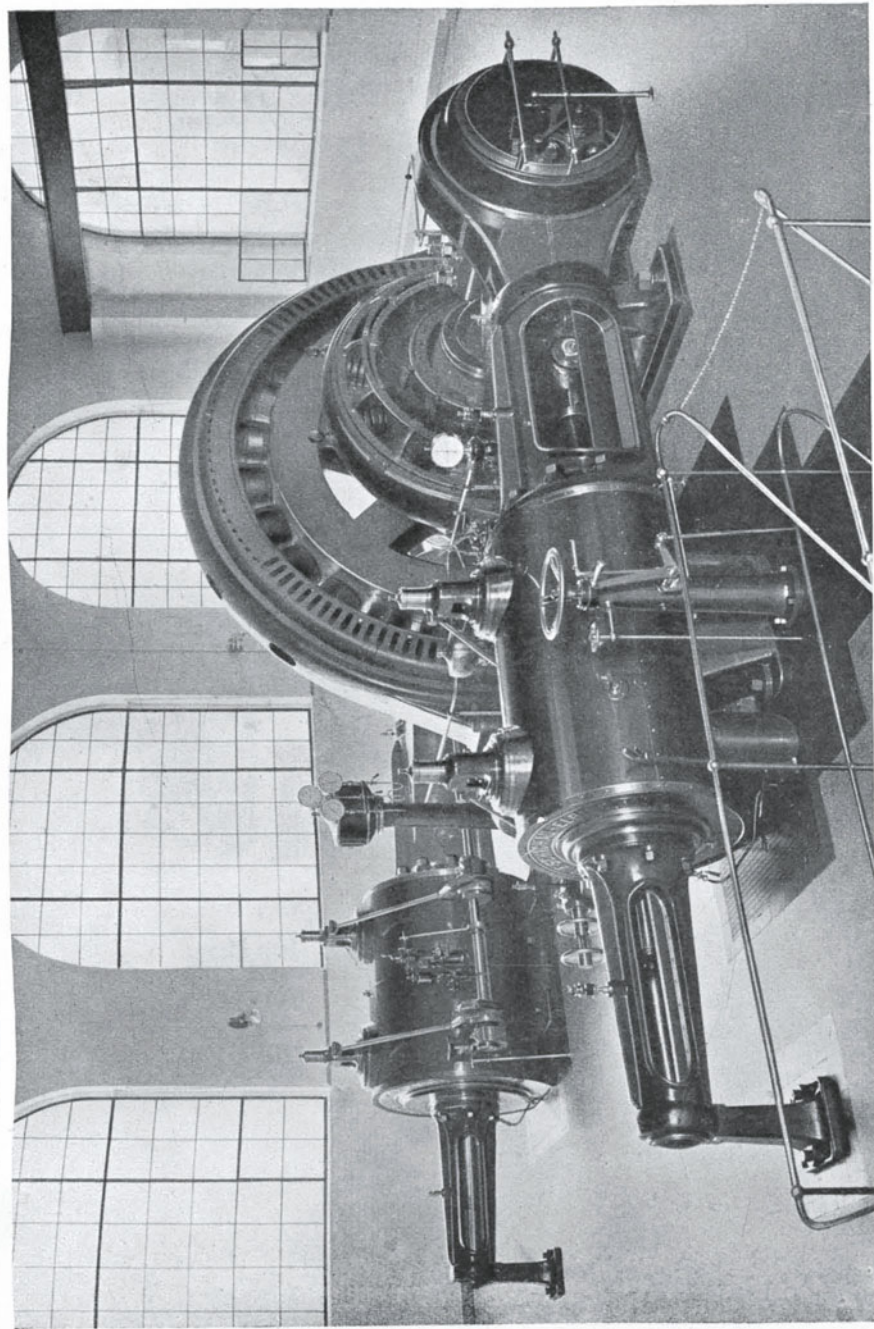
Weiterhin erstand im Jahre 1906 unter Beteiligung der E. L. G. ein neues Unternehmen, dem in der Geschichte der Elektrizitätswirtschaft Deutschlands eine besondere Bedeutung zukommt, das Elektrizitätswerk Westfalen. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk war schon damals der großzügige Plan aufgetaucht, unter Zusammenfassung sämtlicher Stadt- und Landkreise und unter Einbeziehung des bereits in günstiger Entwicklung begriffenen „**Rheinisch - Westfälischen Elektrizitätswerkes**“ eine gemeinsame Elektrizitätsversorgung auf rein kommunaler Grundlage in die Wege zu leiten. Dieser Plan stellte sich zwar zunächst als undurchführbar heraus, hatte aber nicht nur das Interesse der unmittelbar beteiligten Gemeinden und Unternehmer erweckt, sondern auch die dort ansässige Schwerindustrie erkennen lassen, daß ihr der Ausbau einer umfangreichen Elektrizitätsversorgung ein erwünschtes Absatzgebiet

für die aus Nebenprodukten zu gewinnenden überschüssigen Energiemengen eröffnen würde. Unter Mitwirkung der A. E. G. und E. L. G. wurden mit den Beteiligten weitere Verhandlungen gepflogen, die dazu führten, daß Mitte 1906 von der A. E. G., den ihr nahestehenden Bankhäusern, sowie der besonders interessierten Bergwerksgesellschaft Hibernia die Aktiengesellschaft „Elektricitätswerk Westfalen“, mit dem Sitz in Bochum, mit einem Grundkapital von zunächst zwei Millionen Mark, gegründet wurde. Zum Vorstand der Aktiengesellschaft wurde der Direktor der E. L. G., A. Hempel, bestellt. Die E. L. G. übernahm 200 000 M. Aktien, welcher Betrag im Jahre 1907 auf 290 000 M. erhöht wurde. Wenn auch die Verwaltung nicht in den Händen der E. L. G. lag und ihr Besitz an Aktien des Elektrizitätswerkes Westfalen durch eine Vereinbarung mit den beteiligten Kreisen bereits im Jahre 1908 an diese abgetreten wurde, so blieb sie doch mit diesem für die Entwicklung der deutschen Elektrizitätswirtschaft so bedeutsamen Unternehmen in dauernder Berührung, da Direktor Hempel bis an sein Lebensende als Mitglied des Vorstandes beider Gesellschaften tätig war.

Besondere Erwähnung verdient ferner die im Jahre 1907 erfolgte Übernahme von Anteilen der Berliner Vororts-Elektricitätswerke. Diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung war hervorgegangen aus einem kleinen Unternehmen mit der Firma „Tempelhofer Elektrizitätswerke Karl Friedrich, Kommandit-Gesellschaft“ in Tempelhof, das im Jahre 1895 die Versorgung der Gemeinden Mariendorf und Tempelhof mit elektrischer Arbeit aufgenommen hatte. Es wurden Verträge mit dem Provinzialverband von Brandenburg, sowie später mit der Teltowschen Kreiskorporation über die Benutzung der Provinzial- und Kreisstraßen vereinbart und weiterhin noch die Gemeinde Lankwitz angeschlossen. Da ein Ertrag aus dem Unternehmen nur durch Vergrößerung des Absatzgebietes erzielt werden konnte, hierzu aber nicht nur die Beschaffung größerer Geldsummen, sondern auch Vereinbarungen mit der Imperial Continental Gas-Association, die gewisse Vorrechte besaß, nötig waren,



E. W. Åbo, Maschinenanlage



E. W. Oranienburg, Zwillingsdampfmaschine mit Gleich- und Drehstromgenerator

wurde von der A. E. G. in Gemeinschaft mit diesem letzteren Unternehmen im Jahre 1898 die „Berliner Vororts-Elektricitäts-Werke Gesellschaft m. b. H.“ gegründet. Die Beteiligung der A. E. G. wurde im Jahre 1907 von der E. L. G. übernommen und ihr die Führung des Unternehmens übertragen, nachdem weitere Vorortgemeinden, wie Steglitz, Lichterfelde, Grunewald und Dahlem, in das Versorgungsbereich einbezogen und in Steglitz ein neues Drehstrom-Kraftwerk errichtet worden war. Durch die Verwaltung der Berliner Vororts-Elektricitäts-Werke ist die E. L. G. auch mit der Elektrizitätswirtschaft Groß-Berlins lange Jahre aufs engste verknüpft gewesen.

Auch auf das Ausland wurde die Tätigkeit der E. L. G. erstreckt. Nach jahrelangen Verhandlungen hatte die A. E. G. in der bedeutenden finnischen Hafen- und Handelsstadt Å b o eine Konzession für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes und einer Straßenbahn erworben. Sie wurde auf eine im Jahre 1907 gegründete Gesellschaft „Elektricitätswerk Å b o A.-G.“ übertragen, an der die E. L. G. neben der A. E. G. und der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich mit je einem Drittel des Aktienkapitals beteiligt wurde; die Führung ging auf die E. L. G. über.

Alle diese Unternehmungen und Beteiligungen erhöhten naturgemäß die Verbindlichkeiten der E. L. G. und machten die Bereitstellung neuer Mittel erforderlich. Nachdem im Jahre 1904 das Aktienkapital um drei Millionen Mark auf acht Millionen Mark erhöht worden war, folgte im Jahre 1907 eine weitere Erhöhung um zwei Millionen Mark und — um dies vorwegzunehmen — im Jahre 1908 um fünf Millionen Mark. Außerdem wurden neue Schuldverschreibungen in Höhe von fünf Millionen Mark ausgegeben, so daß Ende 1908 die E. L. G. über ein Kapital von 25 Millionen Mark verfügen konnte.

1907-1914

DIE ZEIT DER ÜBERLANDWERKE

Die zuletzt geschilderten Unternehmungen hatten bereits eine neue Ära geschäftlicher Betätigung der E. L. G. eingeleitet. In dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens hatten sich die technischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Elektrizitätsversorgung in gegenseitiger Wechselwirkung wesentlich verändert. Das Bedürfnis nach Elektrizität war allenthalben gewaltig angewachsen. Dank der raschen Verbesserung der Beleuchtungsmittel — Kohlenfaden-, Nernst-, Tantal-, Metalldraht-Lampen — war die elektrische Beleuchtung längst über die ausschließliche Eignung zu Luxuszwecken hinausgewachsen und zur allgemeinen Erwerbs- und Wohnungsbeleuchtung geworden. Der Elektromotor hatte sich nicht nur das gesamte Kleingewerbe erobert, sondern begann auch in der Großindustrie allmählich alle anderen Antriebsarten zu verdrängen. Die Landwirtschaft, infolge günstiger Zolltarife und Handelsverträge zu neuer Blüte gelangt, hatte unter steigender Leutenot zu leiden und erheischte dringend mechanische Arbeitskraft, die nur die Elektrizität bereitstellen konnte. Ihre Versorgung durch Ortszentralen war zwar technisch möglich, aber wirtschaftlich undurchführbar; nur die gemeinsame Versorgung mehrerer Ortschaften in Verbindung mit industriellen Gebieten konnte im Anschluß an Überlandzentralen vorgesehen werden. Die technischen Vorbedingungen hierfür waren im Laufe des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts geschaffen worden. Die Dampfturbine ermöglichte die durch die Vergrößerung der Kraftwerke bedingte Übersichtlichkeit und Betriebssicherheit neben sparsamer Betriebsführung; die Hochspannungstechnik setzte die Werke in den Stand, die Versorgungsgebiete ohne allzu große Ausgaben für Leitungsbauten immer weiter auszudehnen.

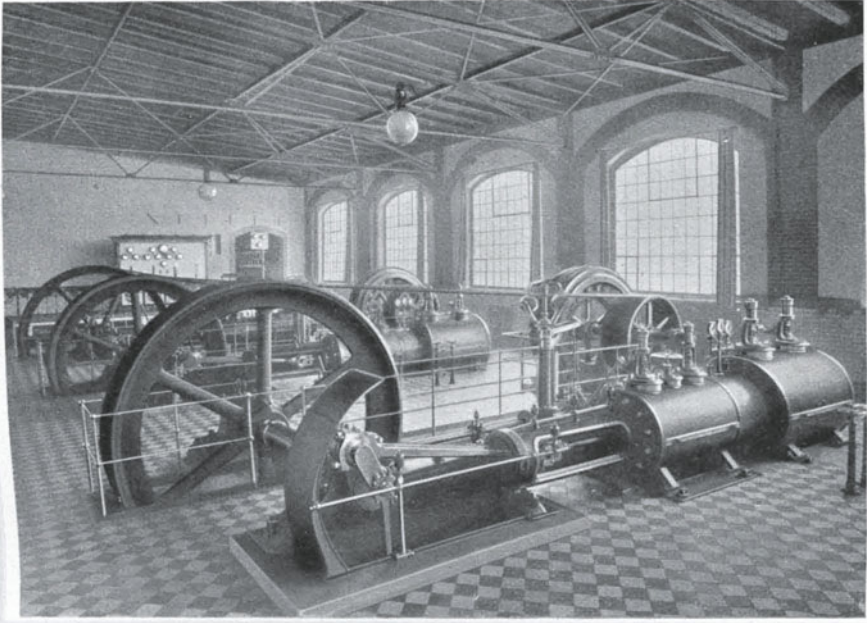
Die E. L. G. ist auf diesem Gebiete bahnbrechend vorangegangen; mehrere der ihr in der ersten Periode ihrer Tätigkeit angegliederten Unternehmungen waren von vornherein zur Überlandversorgung bestimmt. So war bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens mit der Errichtung der Rheingau-Elektricitäts-Werke begonnen worden, die von einem Kraftwerk in Eltville aus in einer größeren Anzahl der weltberühmten Rheingau-Weinorte, wie Geisenheim, Winkel, Östlich, Johannesberg, Hattenheim, Licht und Kraft verteilen sollten. Das Unternehmen wurde jedoch mit Rücksicht auf die hohen Anlagekosten, für die zunächst ein ausreichender Ertrag nicht erzielt werden konnte, der A. E. G. wieder zurückgegeben, die im Jahre 1906 unter der Beteiligung der Elektrobank die Anlagen in eine besondere Aktiengesellschaft: „Rheingau-Elektricitäts-Werke A.-G.“, umwandelte, deren geschäftliche Überwachung der E. L. G. oblag.

Ferner waren dem Elektrizitätswerk Bitterfeld von Anbeginn an die Orte Jeßnitz und Raguhn zur Stromversorgung überwiesen; ihnen folgten im Laufe der ersten Jahre des Jahrzehnts acht weitere Orte, darunter die Stadt Delitzsch, so daß dort mit Beginn des Jahres 1908 bereits elf Ortschaften mit rund 46 000 Einwohnern an der Fernversorgung teilnahmen. Die Energiemengen, die von dem bisherigen Stromlieferanten, der Elektrochemischen Fabrik Bitterfeld, zur Verfügung gestellt werden konnten, genügten bald nicht mehr den Ansprüchen der Industrie und Landwirtschaft; es wurden Verhandlungen mit dem nahegelegenen Braunkohlenwerk Grube Leopold in Holzweißig eingeleitet, das im Begriff stand, sein auf der Grube gelegenes Kraftwerk zu erweitern, und Anfang 1910 kam ein Stromlieferungsvertrag zustande, der das Elektrizitätswerk Bitterfeld in die Lage versetzte, nunmehr auch den Anschluß der in seinem Bezirk zahlreich vertretenen Großindustrie eifriger zu betreiben.

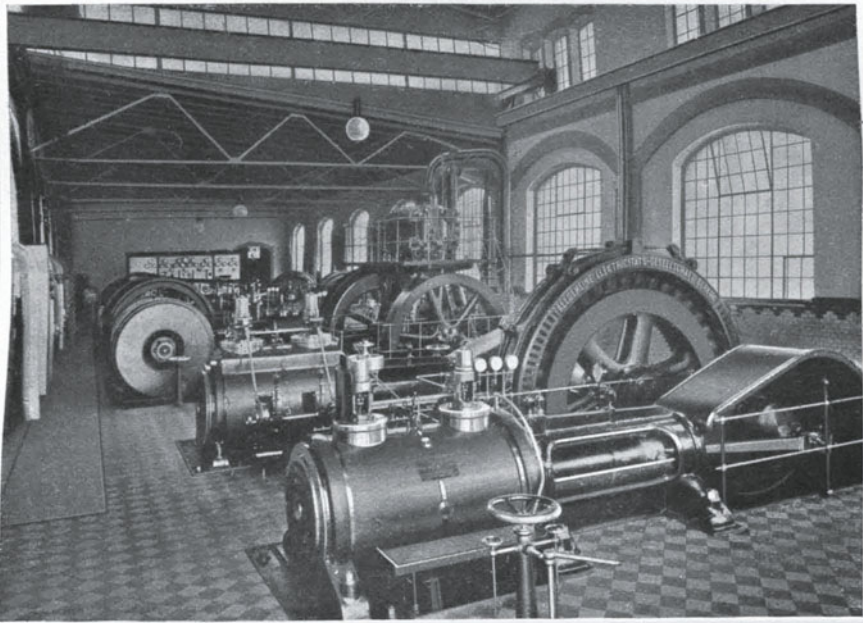
Auch das Lausitzer Elektrizitäts-Werk, das neben der Wasserkraft der Neiße in Zelz das auf einer Braunkohlengrube gelegene Kraftwerk in Tschöpel als Stromquelle benutzte, war bereits zu einer Überlandzentrale kleineren Umfangs ausgebaut worden; es ver-

sorgte Anfang 1908 sieben Ortschaften mit etwa 17 000 Einwohnern. Zum besseren Ausgleich zwischen den verschiedenen Kraftquellen und zur zweckmäßigeren Versorgung der bekannten Glashüttenstadt Weißwasser wurde eine 20 000-Volt-Leitung erbaut, ein Beginnen, das in der damaligen Zeit ein nicht geringes Wagnis bedeutete, das aber glückte und auf diesem Wege fortzuschreiten ermutigte. So wurden die beiden Werke Soest und Werl, welch letzteres bereits als Stromquelle für einige Landgemeinden der Umgegend diente, durch eine Hochspannungsleitung verbunden, die es ermöglichte, das kleine Kraftwerk in Werl stillzusetzen und eine Anzahl in der Nähe der Fernleitung gelegener landwirtschaftlicher Orte anzuschließen.

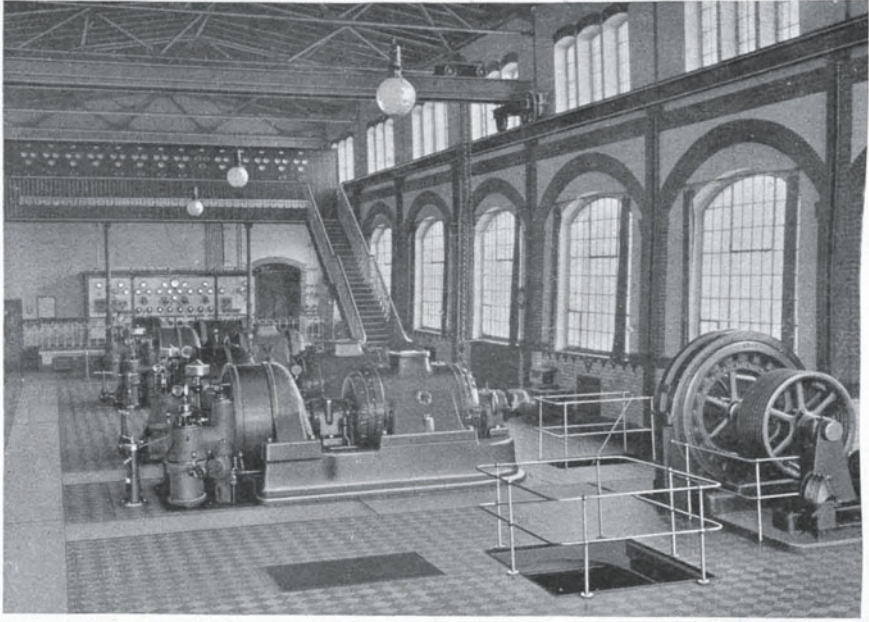
Neben diesen kleineren Fernversorgungen hatte sich das Elektrizitätswerk an der Lungwitz bereits zu einem stattlichen, umfangreichen Überlandwerk entwickelt. Als bald nach Inbetriebsetzung dieses Werkes, das, wie oben erwähnt, inzwischen in die „Betriebs-Aktiengesellschaft deutscher Elektrizitätswerke, vormals Magdeburger Elektrizitätswerk“ eingebracht worden war, wurden die Leitungsnetze auf die umliegenden Ortschaften ausgedehnt und bereits im Jahre 1900 zwölf Ortschaften mit etwa 50 000 Einwohnern mit Licht und Kraft versorgt. Das Unternehmen fand günstigen Boden für seine Entwicklung. In dem dichtbevölkerten, stark industriell besiedelten Landstrich, in nächster Umgebung der Stadt Chemnitz, waren die Wirkindustrie und die mit ihr im Zusammenhang stehenden Gewerbe ansässig. Viele kleine Hausbetriebe konnten nach Errichtung des Werkes durch Verwendung des elektrischen Stromes den mühseligen und wenig gewinnbringenden Hand- und Fußbetrieb einstellen; es entstanden kleinere und größere Fabrikbetriebe, die unter Ersparnis großer Baukosten für eine eigene Kraftanlage Mittel und Aufmerksamkeit dem Erwerb und dem Betrieb guter Arbeitsmaschinen zuwenden und mit Hilfe des elektrischen Stromes die Menge und die Güte ihrer Erzeugnisse allmählich derart steigern konnten, daß sie in kurzer Zeit den Welt-



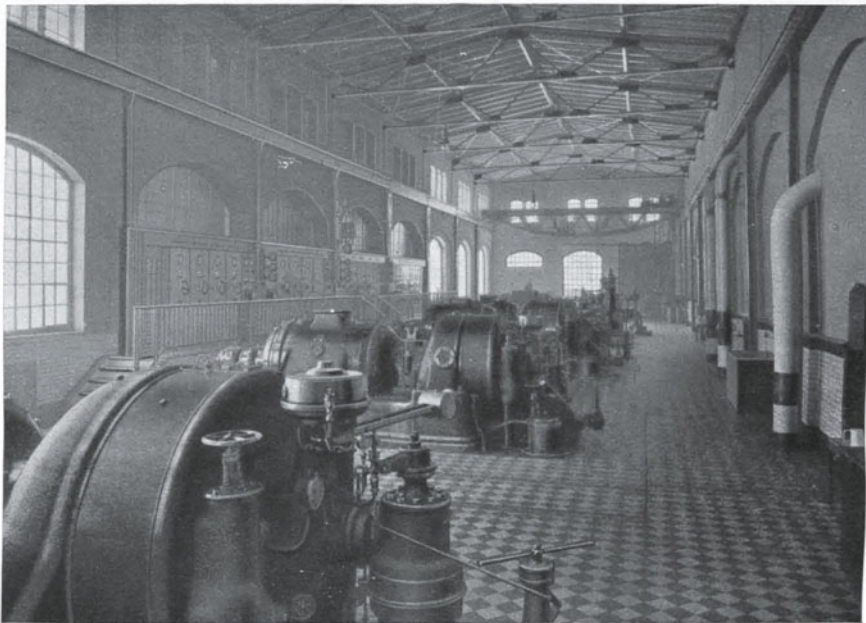
Maschinenanlage Oberlungwitz 1900



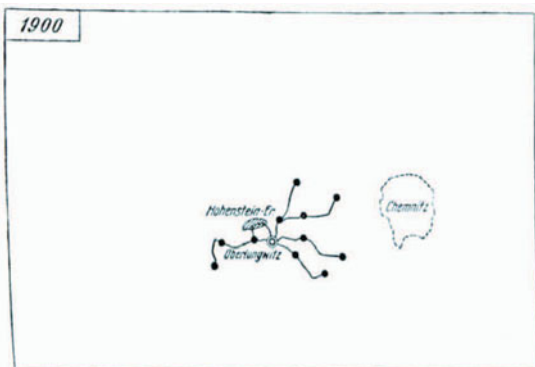
Maschinenanlage Oberlungwitz 1905



Maschinenanlage Oberlungwitz 1908



Maschinenanlage Oberlungwitz 1920



- Zeichen-Erklärung:
- 30 000 Volt Leitungen
 - 10 000 " "
 - 6 000 " "
 - 3 000 " "
 - 30 000 - Leitg. nach EW Oberlungwitz
 - Projektierte Leitungen
 - 30 000 Volt Stationen
 - 30 000 " Stationen projektiert
 - Abgeschlossene Ortsnetze
 - Projektierte ungeschlossene Ortsnetze
 - Bahnel

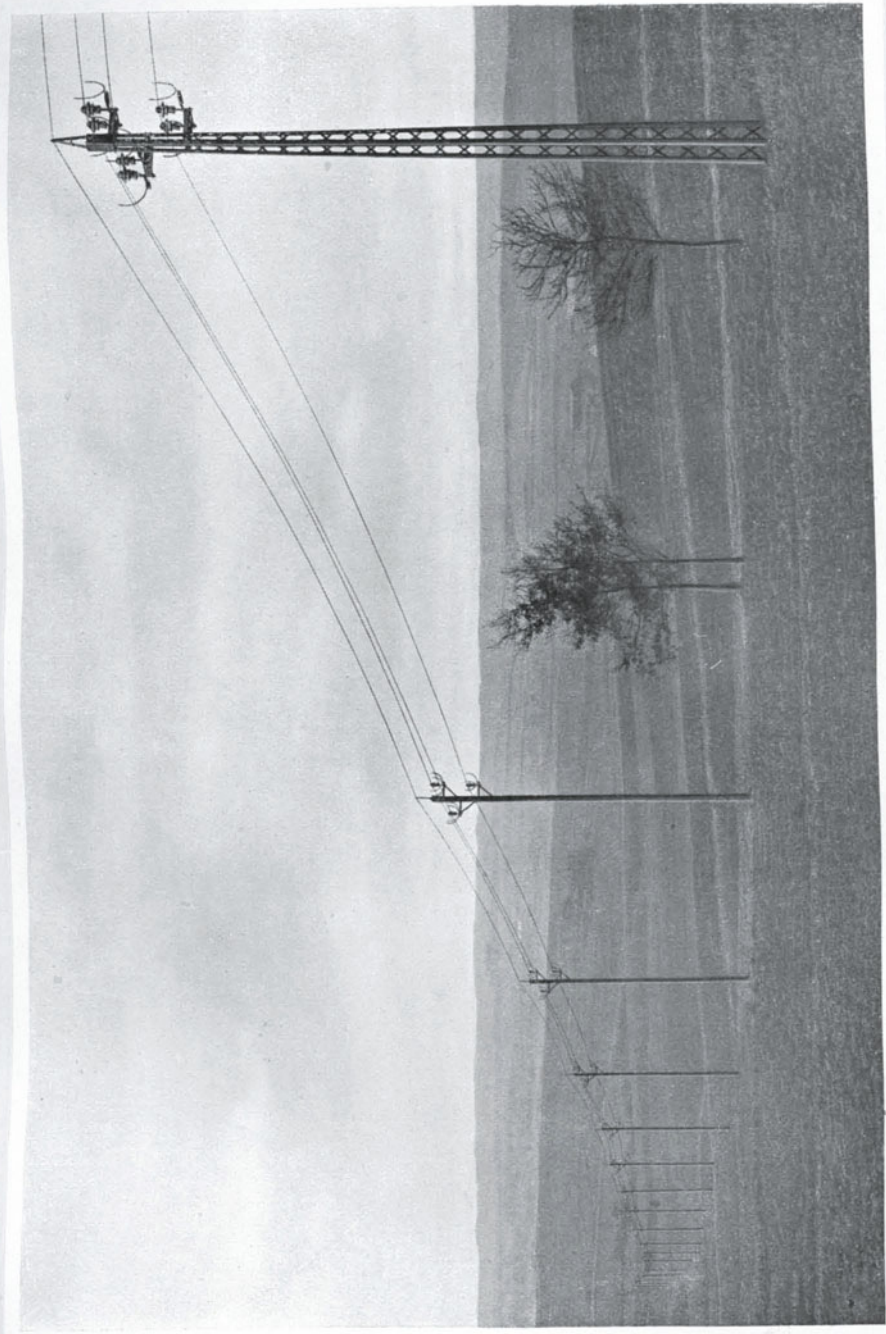
Entwicklung
des
Versorgungsgebietes
des
ELEKTR. WERKES A.D. LUNGWITZ,
OBERLUNGWITZ



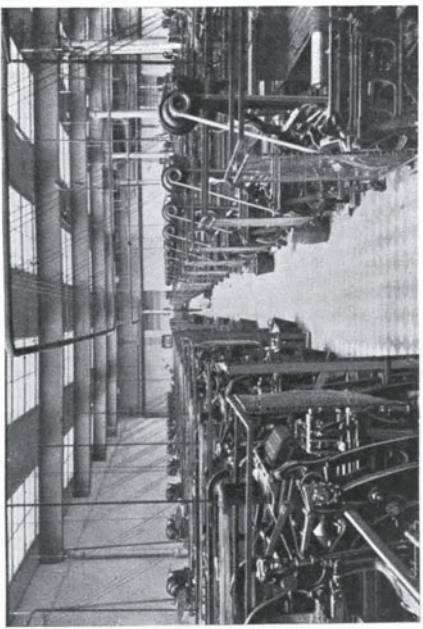
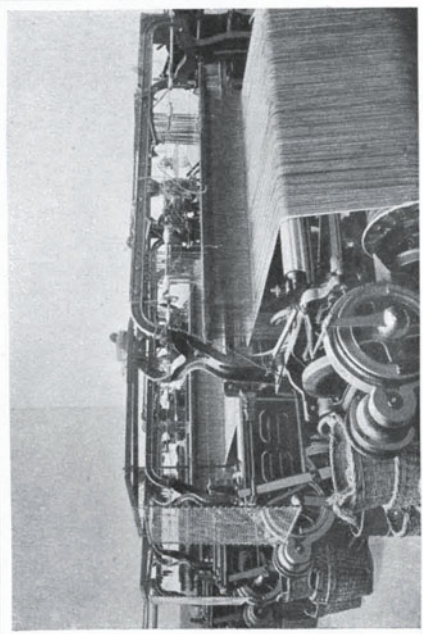
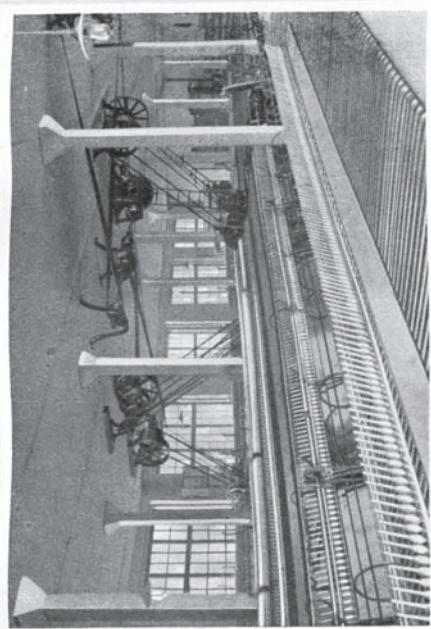
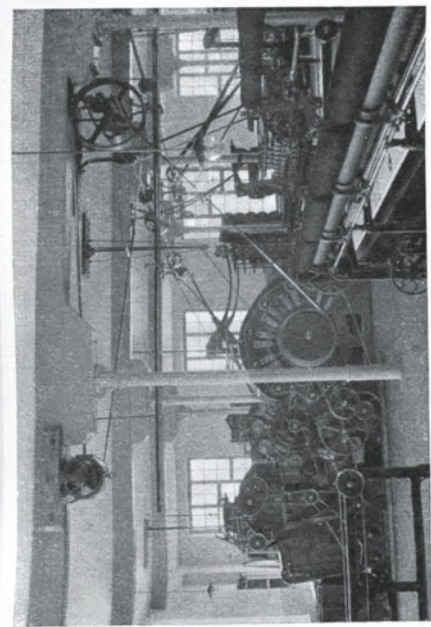
markt eroberten. Angesichts dieser immer mehr und mehr zutage tretenden Vorzüge des elektrischen Antriebs breitete sich das Versorgungsgebiet des Elektrizitätswerkes an der Lungwitz rasch aus und umfaßte im Jahre 1907 bereits 36 Ortschaften mit rund 115 000 Einwohnern. Die E. L. G. scheute das Wagnis und die bedeutenden Kosten nicht, die infolge der steigenden Ansprüche dauernd an sie herantraten, und hat unablässig für die Erweiterung, Anpassung und Verbesserung ihrer Anlagen Sorge getragen. Unter beträchtlichen Kosten wurde die Spannung, die zuerst 3000 Volt betragen hatte, auf 6000, dann auf 10 000 und später für die Hauptspeiseleitung auf 30 000 Volt erhöht; die Dampfmaschinen des Kraftwerkes wurden nach und nach durch Dampfturbinen immer größerer Einzelleistungen ersetzt, die Schaltanlagen vergrößert und ausgebaut, für die Kühlwasserbeschaffung auf dem ungünstig gelegenen Gelände Rückkühlanlagen errichtet, kurz, es wurden weder Kosten noch Arbeitskraft, noch Erfahrungen gespart, um das Werk zu einer ausreichenden und zuverlässigen Kraftquelle für die gesamte dortige Industrie auszugestalten.

Bereits nach Überwindung der Anlaufzeit hatte die Entwicklung des Unternehmens erkennen lassen, welche günstige wirtschaftliche Aussichten sich derartigen Anlagen in den Schwerpunkten der sächsischen Industrie eröffneten; in dieser Erkenntnis hatte sich die E. L. G. bereits zwei neue Stützpunkte geschaffen, aus denen weitere große Unternehmungen in Sachsen hervorgingen. Im östlichen Teil wurde von der Union das Elektrizitätswerk Neusalza, dem eine kleine Überlandzentrale angegliedert war, übernommen. Im westlichen Teil wurde durch Abschluß von Konzessionsverträgen mit den Städten Werdau und Crimmitschau der Grundstein zu dem bedeutendsten Überlandwerke Westsachsens, dem Elektrizitätswerk an der Pleiße, gelegt. Zwar waren bei der Errichtung dieses Unternehmens im Jahre 1907 die Ansichten über seine Entwicklungsmöglichkeiten geteilt; manche Sachverständige glaubten damals nicht, daß es gelingen würde, das dort geplante Elektrizitätswerk zur

Kraftquelle für die ansässige Industrie — meist größere Spinnereien und Webereien, die in ihrem Fabrikationsgang selbst große Dampf-mengen benötigen — auszugestalten, und man hielt die Errichtung einer Lokomobilen-Zentrale mit einer Leistung von einigen hundert Pferdestärken für ausreichend. Die E. L. G. hat sich aber an der Ausführung ihres Planes, in der richtigen Voraussicht, daß auch die Großindustrie mit Vorteil aus dem geplanten Kraftwerk versorgt werden könne, nicht irre machen lassen, und so erstand zwischen den beiden Städten Werdau und Crimmitschau, bei der Station Schweinsburg, ein Kraftwerk mit Dampfturbinen von einigen tausend Kilowatt Leistung, dessen Versorgungsgebiet sehr bald über die Städte Werdau und Crimmitschau hinaus auf etwa 30 Ortschaften erstreckt wurde. Nach kurzer Zeit gelang es auch, mit einer der größten Spinnereien der dortigen Gegend einen Stromlieferungsvertrag für einen von ihr geplanten Neubau abzuschließen, zu dessen Erfüllung der Bau einer Fernleitung mit einer Betriebsspannung von 30 000 Volt notwendig wurde. Trotzdem Erfahrungen mit einer solchen Anlage fast ganz fehlten, entschied sich die E. L. G. mit frischem Wagemut zu ihrer Errichtung, um selbst Erfahrungen auf diesem Gebiet zu gewinnen. Nach Überwindung zahlreicher anfänglicher Schwierigkeiten begann sich das Unternehmen bei eifrigster Werbetätigkeit und zweckmäßigster Ausgestaltung der Betriebsführung allmählich günstig zu entwickeln. Nunmehr erschien es der E. L. G. teils aus politischen Rücksichten, teils aus finanz-technischen Erwägungen heraus vorteilhaft, das Elektrizitätswerk an der Pleiße mit Wirkung vom 1. Januar 1911 ab in die Betriebs-Aktiengesellschaft deutscher Elektrizitätswerke, in deren Vorstand inzwischen der Direktor der E. L. G., Kurt Loebinger, berufen worden war, überzuführen. Zugleich wurde der Name der Gesellschaft in „Sächsische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft“ umgeändert, um sowohl den örtlichen Charakter als auch die Zusammengehörigkeit mit der Stammgesellschaft mehr zum Ausdruck zu bringen. Zur Durchführung des



30 000-Volt-Leitung Schweinsburg-Lichtentanne

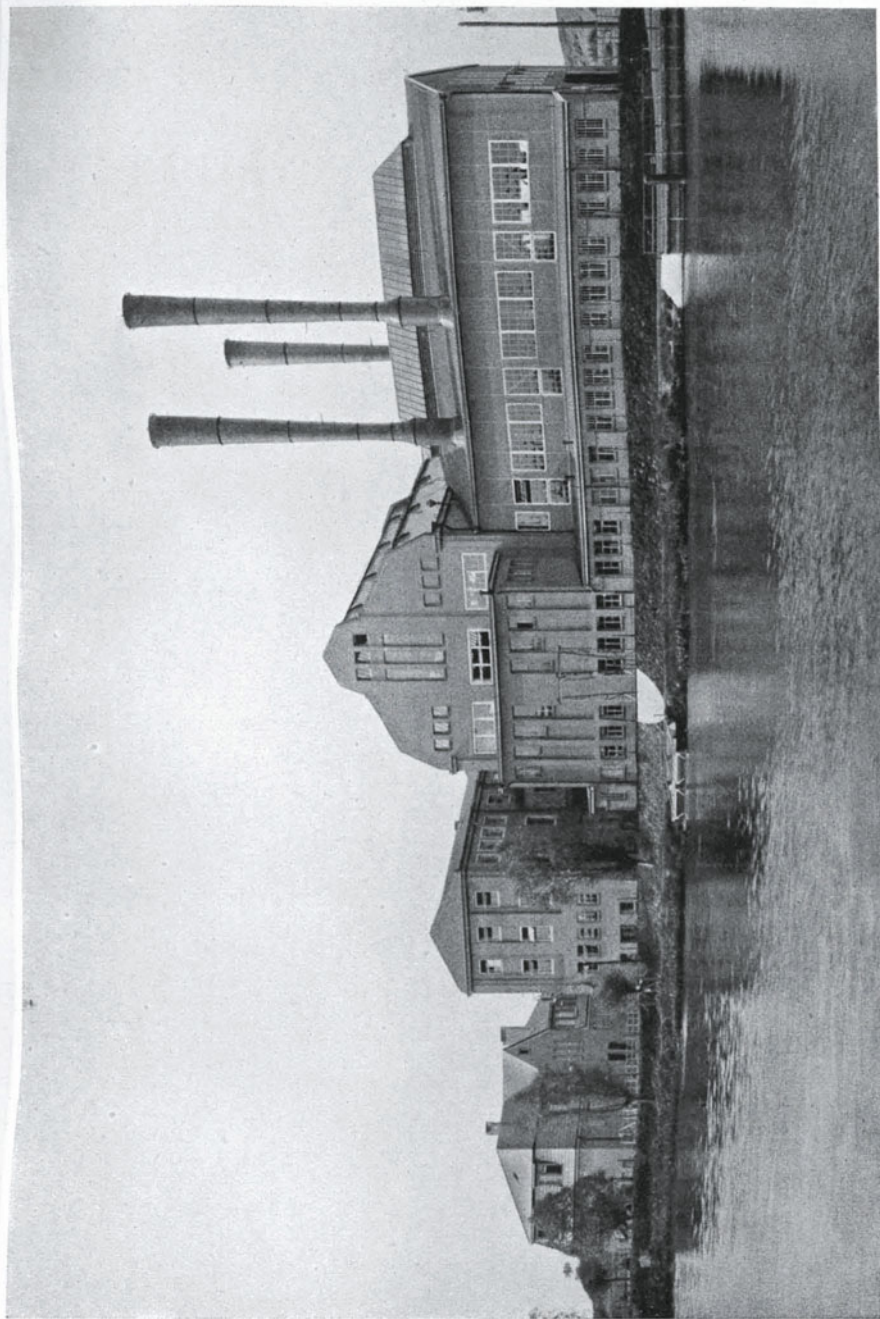


Elektrisch angetriebene Textilmaschinen im Anschluß an das E. W. a. d. Pleiße

Erwerbes durch die S. E. L. G. wurde das Stammkapital um 2 Millionen Mark auf 4,5 Millionen Mark erhöht, nachdem sie sich bereits im Laufe des Jahres 1910 durch Ausgabe von Schuldverschreibungen neue Mittel in Höhe von 3 Millionen Mark beschafft hatte. Steigender Anschlußwert und wachsende Ausdehnung der Versorgungsgebiete erforderten weiteren Ausbau der Netze und Kraftwerke, so daß im Jahre 1911 das Stammkapital der Sächsischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft um weitere 2 Millionen Mark erhöht wurde, die den Berliner Elektrizitäts-Werken überlassen wurden.

Während die E. L. G. auf Grund der bei den Elektrizitätswerken an der Lungwitz und an der Pleiße gemachten Erfahrungen die Errichtung weiterer großer Werke in Sachsen vorbereitete, wurde vor den Toren Berlins ein Unternehmen ins Leben gerufen, das als eines der bedeutendsten jener Zeit bezeichnet werden muß, das „Märkische Elektrizitäts-Werk“, das im Jahre 1909 als Aktiengesellschaft gegründet wurde. Dieses Unternehmen verdankt seine Entstehung der Absicht, für die Versorgung der Kreise Ober- und Niederbarnim, insbesondere für die am Finowkanal bei Eberswalde bereits angesiedelte und an dem damals im Ausbau befindlichen Großschiffahrtsweg zu erwartende Industrie, ferner für die im Nordosten von Berlin in größerem Umfang betriebenen Ziegeleien ein modernes Großkraftwerk als Musteranlage zu schaffen. Das Unternehmen sollte die gesamte weitere Umgebung im Westen, Norden und Osten von Berlin umfassen; seine Verbindung mit den Berliner Elektrizitäts-Werken und den Vororts-Elektrizitäts-Werken, sowie seine Ausdehnung weit nach Norden hinauf, bis zu den Netzen der Stadt Stettin, war in Aussicht genommen. Die Großzügigkeit dieses Planes war jedoch dem Verständnis, der Kirchturmpolitik und dem Wettbewerbsneid jener Zeit weit vorausgeeilt. Im Westen und Norden wurden von anderen Interessenten Konzessionsunternehmungen ins Leben gerufen, die die Ausdehnung des Märkischen Elektrizitäts-Werkes wesentlich einschränkten, so daß zunächst nur die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Angermünde und Templin

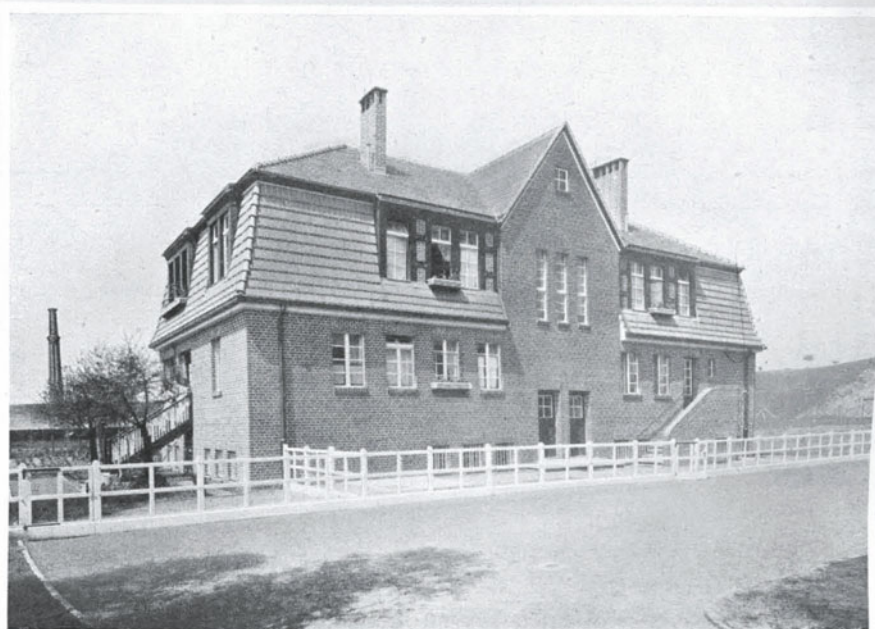
in das Versorgungsbereich einbezogen werden konnten. Im Osten gelang es später, mit den Städten Frankfurt a. O., Guben und Sommerfeld Stromlieferungs- bzw. Pacht- und Konzessionsverträge abzuschließen; auch übernahm das M. E. W. auf dem Wege der Pacht die Elektrizitätsversorgung des gesamten Kreises Neumark, dessen Gemeinden sich zu einem Zweckverband zusammenschlossen, um das Kapital für die Errichtung der Leitungsnetze selbst aufzubringen. Auch in der Stadt Fürstenwalde stellte die E. L. G., die schon damals für eine starke Zusammenfassung der Elektrizitätserzeugung eintrat, nach langwierigen Verhandlungen mit der Stadtgemeinde den Betrieb des eigenen Werkes ein und ging zum Strombezug aus dem Hochspannungsnetz des M. E. W. über; sie überließ ferner ihren Anteil an dem Elektrizitäts- und Wasserwerk Oranienburg dem Märkischen Elektrizitäts-Werk, so daß auch diese Anlagen künftig von dem Kraftwerk des letzteren versorgt wurden. — Für die Stromerzeugung wurde in der Nähe von Eberswalde, bei dem Orte Heegermühle, am Finowkanal, nach neuartigen Plänen von Professor Klingenberg, die unter möglicher Vermeidung von Wärmeverlusten höchste Wirtschaftlichkeit bei größter Betriebssicherheit zum Ziele hatten, das Kraftwerk Heegermühle errichtet. Hierbei wurden folgende Grundsätze durchgeführt: Völlig automatische Kohlenzufuhr von den Kähnen bis zu den selbsttätigen Feuerungen, Fortlassung großer Bunkerräume, die schwere und teure Eisenkonstruktionen bedingten und dem Kesselhaus Licht und Luft benahmen, Verwendung neuartiger, nach Vorschlägen Klingenberg's ausgestalteter Hochleistungskessel mit oben liegenden Economisern, Ersatz des natürlichen Schornsteinzuges durch künstlichen Saugzug, Anwendung höchster Dampfgeschwindigkeiten, Anordnung der Kesselhausachse senkrecht zur Maschinenhausachse und des Kesselhausfußbodens in gleicher Höhe mit dem Flur des Kondensatorraumes, völlige Trennung des Schalthauses vom Maschinenraum u. a. m. Diese Klingenberg'sche Ausgestaltung von Großkraftwerken ist seitdem vorbildlich geworden.



Märkisches Elektrizitätswerk, Kraftwerk Heegermühle



Kohlenförderanlage Heegermühle



Beamtenwohnhaus beim Kraftwerk Heegermühle

Nachdem die nicht geringen Schwierigkeiten der ersten Betriebsjahre überwunden waren, übernahm die E. L. G. im Jahre 1911, anlässlich einer Erhöhung des Aktienkapitals des M. E. W. auf 6 Millionen Mark, ein Drittel dieser Anteile, während der Rest zu gleichen Teilen bei der A. E. G. und der Elektrobank verblieb; gleichzeitig ging die Führung des Unternehmens auf die E. L. G. über.

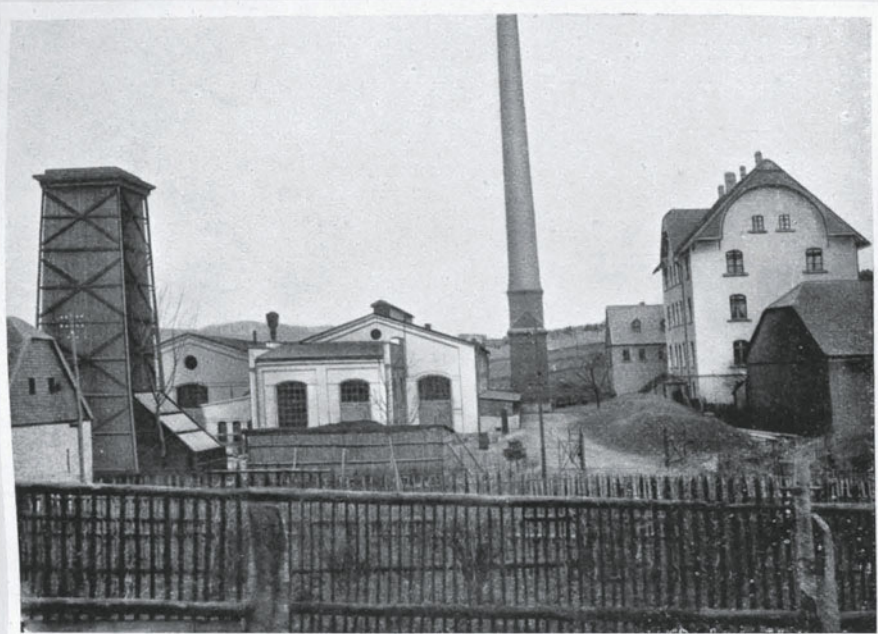
Mittlerweile hatte sie sich auf Anregung einiger Großindustriellen zur Vornahme von Vorarbeiten für die Elektrizitätsversorgung weiterer sächsischer Gebiete im oberen Erzgebirge entschlossen. In den Jahren 1909 und 1910 wurden zunächst in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg mit zahlreichen Gemeinden Konzessionsverträge vereinbart und in der Nähe von Schwarzenberg, zwischen der Bahnstrecke Werdau—Annaberg und dem Schwarzwasser, nach dem Muster der Anlage in Heegermühle, ein Kraftwerk errichtet, das bereits zu Anfang des Jahres 1911 den Betrieb aufnehmen konnte. Durch Kauf wurden diesem Unternehmen die bereits bestehenden Elektrizitätswerke in Schönheide, Lauter, Thalheim sowie das Elektrizitätswerk des Falckschachts, das die Vororte von Zwickau mit elektrischer Arbeit versorgte, angegliedert. Ferner wurde das Kraftwerk in Schwarzenberg mit den beiden Zentralen der Sächsischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Oberlungwitz und Schweinsburg durch Hochspannungsleitungen mit einer Betriebsspannung von 30 000 Volt verbunden, wodurch gegenseitige Unterstützung und Belastungsausgleich zwischen den drei Werken ermöglicht wurde. Der Betrieb dieser verhältnismäßig langen und durch Haupttransformatorenstationen unterbrochenen Verbindungsleitungen und das Parallelarbeiten der drei Werke boten anfangs nicht geringe Schwierigkeiten, die erst allmählich überwunden werden konnten. Dies Vorgehen war damals neuartig und erforderte Unternehmungsgeist und hohe Kosten; die E. L. G. ist auch hier auf einem Wege vorangegangen, der späterhin von vielen beschritten wurde; heute gilt die Verbindung der Kraftwerke untereinander als eine der hauptsächlichsten Richtlinien neuzeitlicher Elektrizitätswirtschaft.

Additional material from Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin
ISBN 978-3-662-27566-5 (978-3-662-27566-5_OSFO1.pdf),
is available at <http://extras.springer.com>

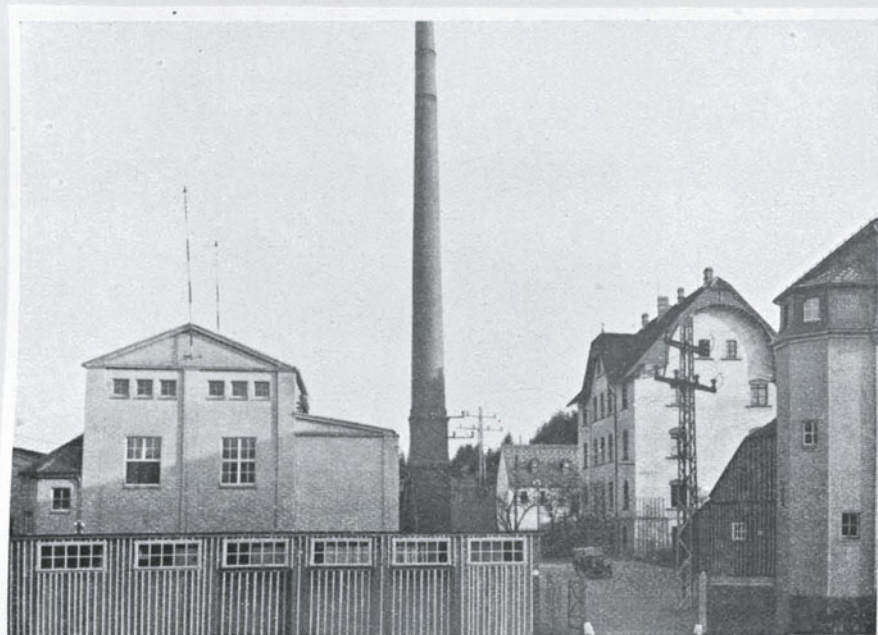


Noch ein weiteres großzügig geplantes Unternehmen der E. L. G. wurde im Jahre 1911 seiner Bestimmung übergeben. Wie früher erwähnt, hatte sie von der Union die **Elektrizitätswerke Oberlausitz** übernommen, die von einem kleinen Kraftwerk in Neusalza i. Sa. einer Anzahl nahegelegener Ortschaften elektrische Arbeit zuführten. Die Anlage war insofern bemerkenswert, als sie nach dem monozyklischen System erbaut war, das, praktisch nicht erprobt, zu erheblichen technischen Schwierigkeiten Anlaß gab. Die E. L. G. führte alsbald nach der Übernahme den Umbau in das Drehstromsystem durch und dehnte das Versorgungsgebiet auf zahlreiche industrielle und landwirtschaftliche Ortschaften beiderseits der sächsisch-böhmischen Grenze, südlich und südwestlich der Stadt Zittau, aus. Bald wurden auch die bisher selbständigen kleineren Werke der E. L. G. bzw. der Licht- und Kraft-Werke in Reichenau, wo der interessante Versuch unternommen worden war, Turbolokomobilen als Betriebsmaschinen zu verwenden, ferner in Eibau-Oberoderwitz, Hirschfelde und später in Ebersbach, einer kleinen G. m. b. H., deren Anteile durch die E. L. G. übernommen worden waren, unter Stilllegung der eigenen Maschinenanlagen an das Leitungsnetz der Oberlausitzer Elektrizitäts-Werke angeschlossen. Damit bekannte sich die E. L. G. schon damals zu dem Grundsatz einer möglichst umfassenden Zusammenlegung der Elektrizitätserzeugung, der sich erst sehr viel später zur allgemeinen Anerkennung durchgerungen hat und gegen dessen Durchführung sich, zum größten Schaden der deutschen Volkswirtschaft, so viele kleine gemeindliche Werke sträubten.

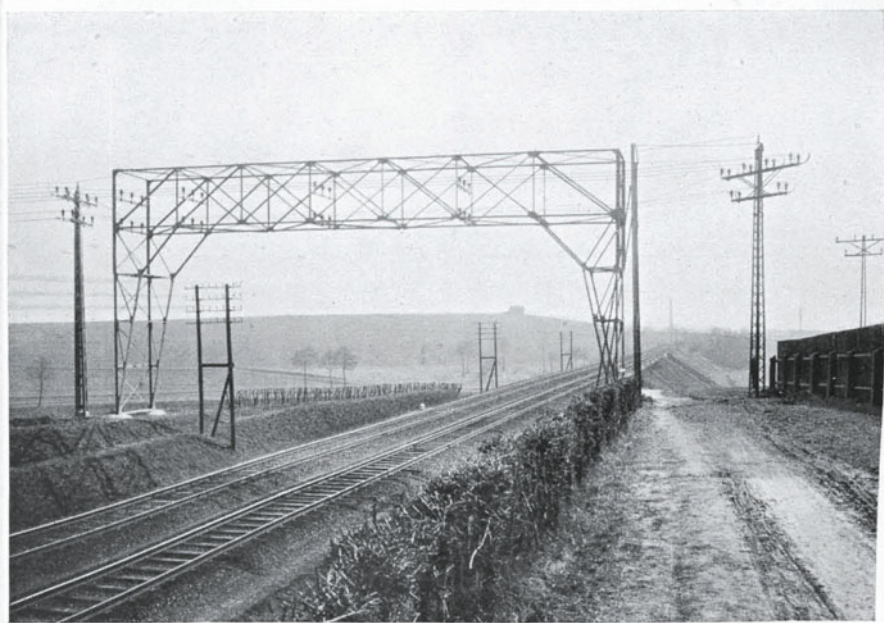
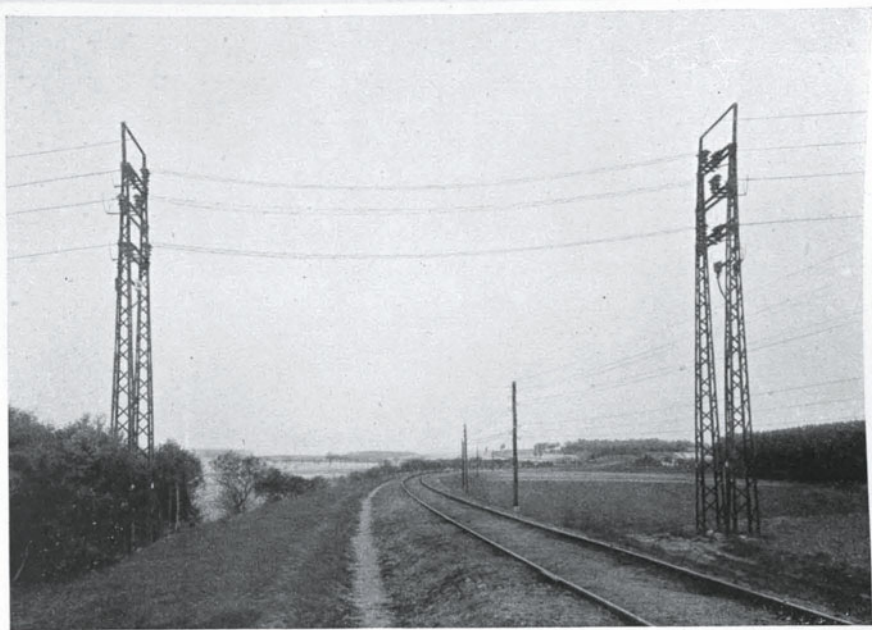
Das Anwachsen des Versorgungsgebietes erforderte immer neue Vergrößerungen der verfügbaren Maschinenleistung. Zu ihrer Ausführung fehlten jedoch in Neusalza die Vorbedingungen, und nach eingehenden Erwägungen und Berechnungen wurde der Entschluß gefaßt, bei Hirschfelde, in nächster Nähe der Braunkohlengrube Herkules, mit der ein Kohlenlieferungsvertrag abgeschlossen wurde, ein großes Kraftwerk zu errichten, dem die Kohlen unmittelbar von



Elektrizitätswerk Neusalza



E. W. Neusalza zur Transformatorenstation umgebaut



Bahnkreuzungen nach Vorschrift der sächsischen Staatsbahnen
oben: Netzleiter, unten: Brückenüberführung

der Grube durch eine Seilbahn zugeführt werden sollten. Gleichzeitig wurde die Verwaltung des Unternehmens nach Zittau verlegt und dort ein stattliches Verwaltungsgebäude errichtet. Der Plan eines völligen Umbaus des Kraftwerks, unter bedeutender Vergrößerung der Leistungsfähigkeit, und seiner Verlegung an die Energiequelle selbst war neuartig und bedingte hohe Aufwendungen, ohne daß der wirtschaftliche Erfolg mit Sicherheit gewährleistet werden konnte. Man hielt es daher für zweckmäßig, die Ansichten einiger außenstehender Sachverständiger hierüber zu hören; sie billigten zwar den Vorschlag an sich, hielten aber die vorgeschlagenen Maschinensätze (3000 bis 4000 kW) für viel zu groß und zweifelten an der Möglichkeit, ausreichende Anschlüsse zu gewinnen. Die Entwicklung hat jedoch die Erwartungen, die die E. L. G. auf dieses Unternehmen setzte, vollauf gerechtfertigt. Die Betriebseröffnung des Kraftwerkes Hirschfelde erfolgte mit einer Maschinenleistung von 3400 kW; sie wurde noch im gleichen Jahre verdoppelt, und im Jahre 1912 wurde die Aufstellung einer Turbodynamo von 7500 kW und 1914 einer solchen von 13 000 kW Leistung erforderlich. Das Kraftwerk wurde zur Energiezentrale des ganzen industriellen Osten Sachsens, sowie der angrenzenden Teile Böhmens und Schlesiens; das Versorgungsgebiet umfaßte schließlich 102 Gemeinden mit 211 000 Einwohnern, hiervon 30 Orte mit 45 000 Einwohnern auf der böhmischen Seite.

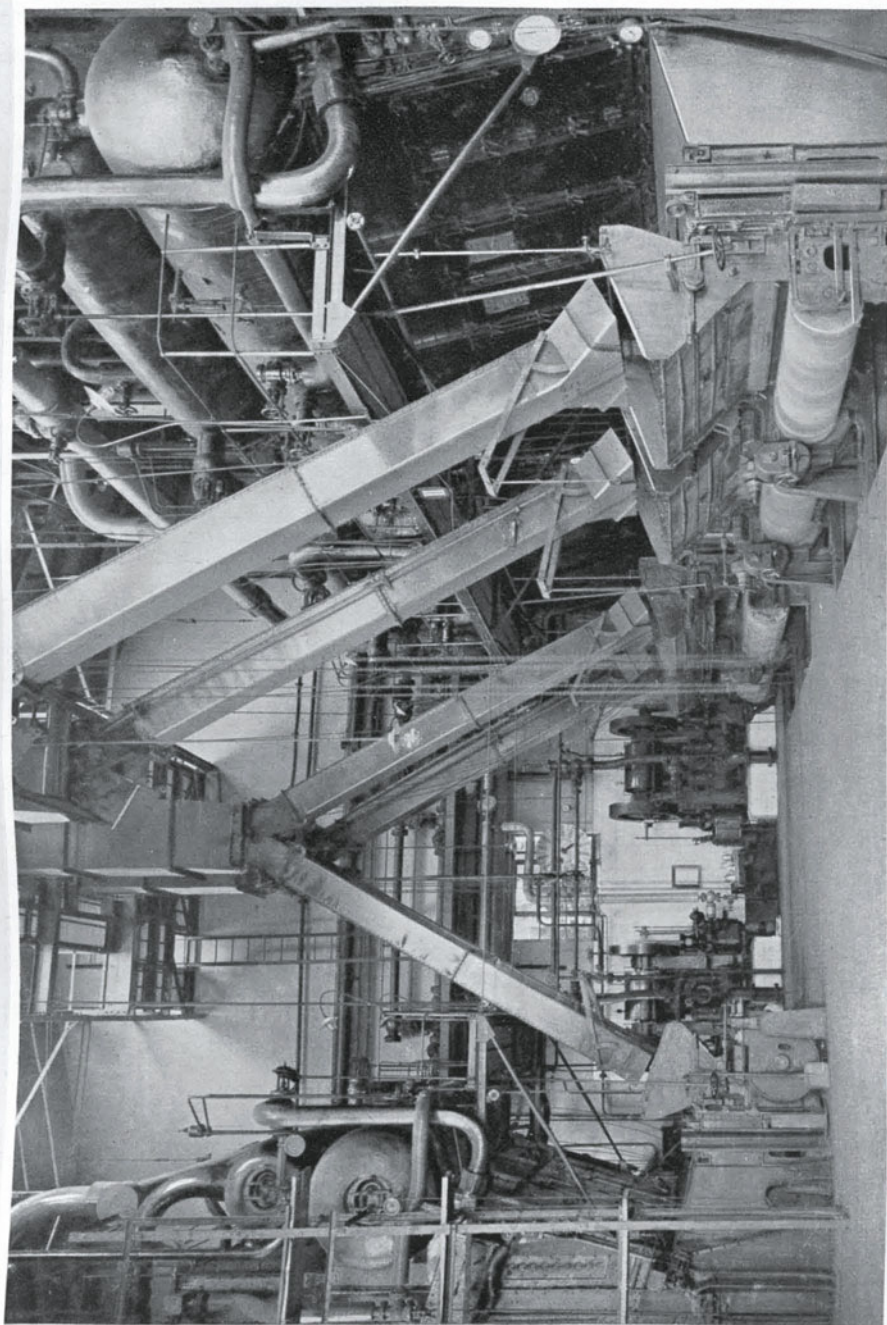
Es sei hier mit einem Worte der außerordentlichen Schwierigkeiten gedacht, die gerade die sächsischen Unternehmungen der E. L. G., insbesondere die Elektrizitätswerke Oberlausitz, hinsichtlich der Leitungsführung zu überwinden hatten. Nicht nur, daß die Behörden die höchsten Ansprüche bezüglich der Wege- und Bahnüberführungen stellten und die verwickeltsten Ausführungen vorschrieben, die große Kosten verursachten und, wie die vorgeschriebenen Schutznetze, späterhin zu zahlreichen Störungen Veranlassung gaben, auch Gemeinden und Besitzer von Grundstücken waren infolge des Fehlens eines zweckmäßigen Enteignungsgesetzes in der Lage,

den Bau wichtiger Leitungsstränge monatelang hinzuhalten oder durch Forderung unerhörter Entschädigungen zu kostspieligen Umwegen zu zwingen, ja, es kam vor, daß die Erbauer der Leitungen von den Grundstücksbesitzern mit Gefahr von Leib und Leben bedroht wurden. Viel Geduld, Ausdauer und Kosten, die einer besseren Sache würdig gewesen wären, mußten infolge des mangelnden Verständnisses für die Bedeutung dieser Unternehmungen zur Überwindung solcher Schwierigkeiten geopfert werden.

Aber noch andere und noch schwerer wiegende Hindernisse stellten sich allmählich der ferneren Tätigkeit der E. L. G. in den Weg; sie ergaben sich aus der veränderten Stellungnahme der Gemeinden und öffentlichen Körperschaften höherer Ordnung gegenüber der privaten Elektrizitätsversorgung. Wenn auch dem Privatunternehmer seither selten mit dem verdienten Wohlwollen, so doch wenigstens mit einem gewissen Interesse begegnet worden war, so verkehrte sich dieses Verhalten in dem Maße ins Gegenteil, als es ihm scheinbar ohne allzu große Schwierigkeiten gelang, die Stromversorgung selbst ausgedehnter Gebiete mit wirtschaftlichem Erfolg zur Durchführung zu bringen. Die Forderungen nach Ermäßigung der Strompreise und nach Beteiligung an dem Ertrag, nach möglichst billiger und baldiger Übernahme der Anlagen in öffentlichen Besitz wurden immer höher geschraubt, die Bedingungen für die Erteilung der Konzession und die Benutzung der Wege immer mehr verschärft. Während die Gemeinden, die an die Elektrizitätswerke an der Lungwitz und an der Pleiße angeschlossen worden waren, auf die spätere Übernahme der Anlagen kaum Gewicht gelegt und sich mit einem Anteil an den Einnahmen zufriedengegeben hatten, der angesichts des Unternehmerwagnisses erträglich war, wurden schon bei der Gründung des Elektrizitätswerkes Obererzgebirg höhere Abgaben von den Gemeinden verlangt; es wurde auch die Bedingung gestellt, daß jede einzelne Gemeinde das Recht haben sollte, zehn Jahre nach Inbetriebsetzung das Leitungsnetz innerhalb ihres Weichbildes zu den Anlagekosten abzüglich einer Abschreibung



Electricitätswerk Obererzgebirg

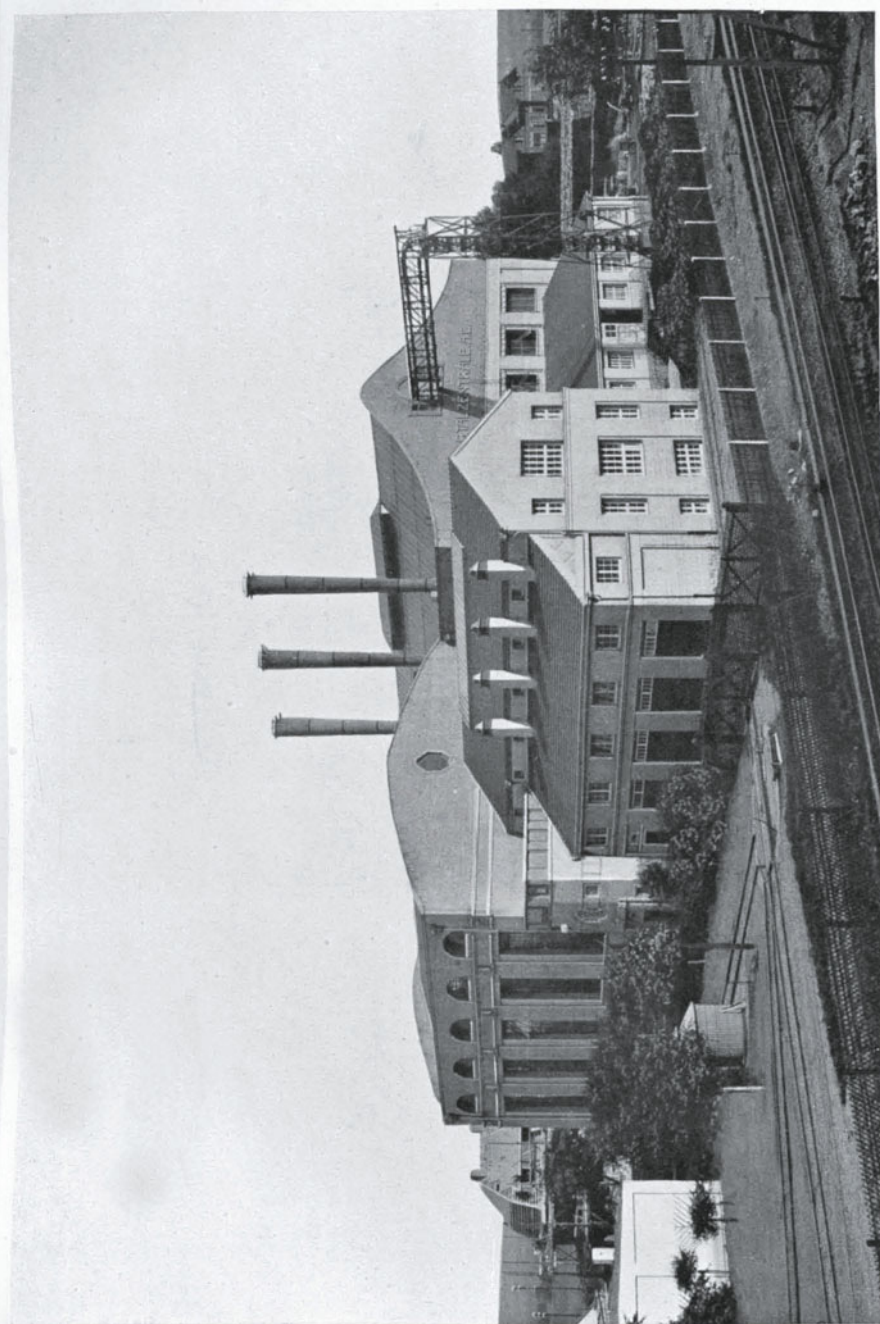


E. W. Obererzgebirg, Kesselhaus

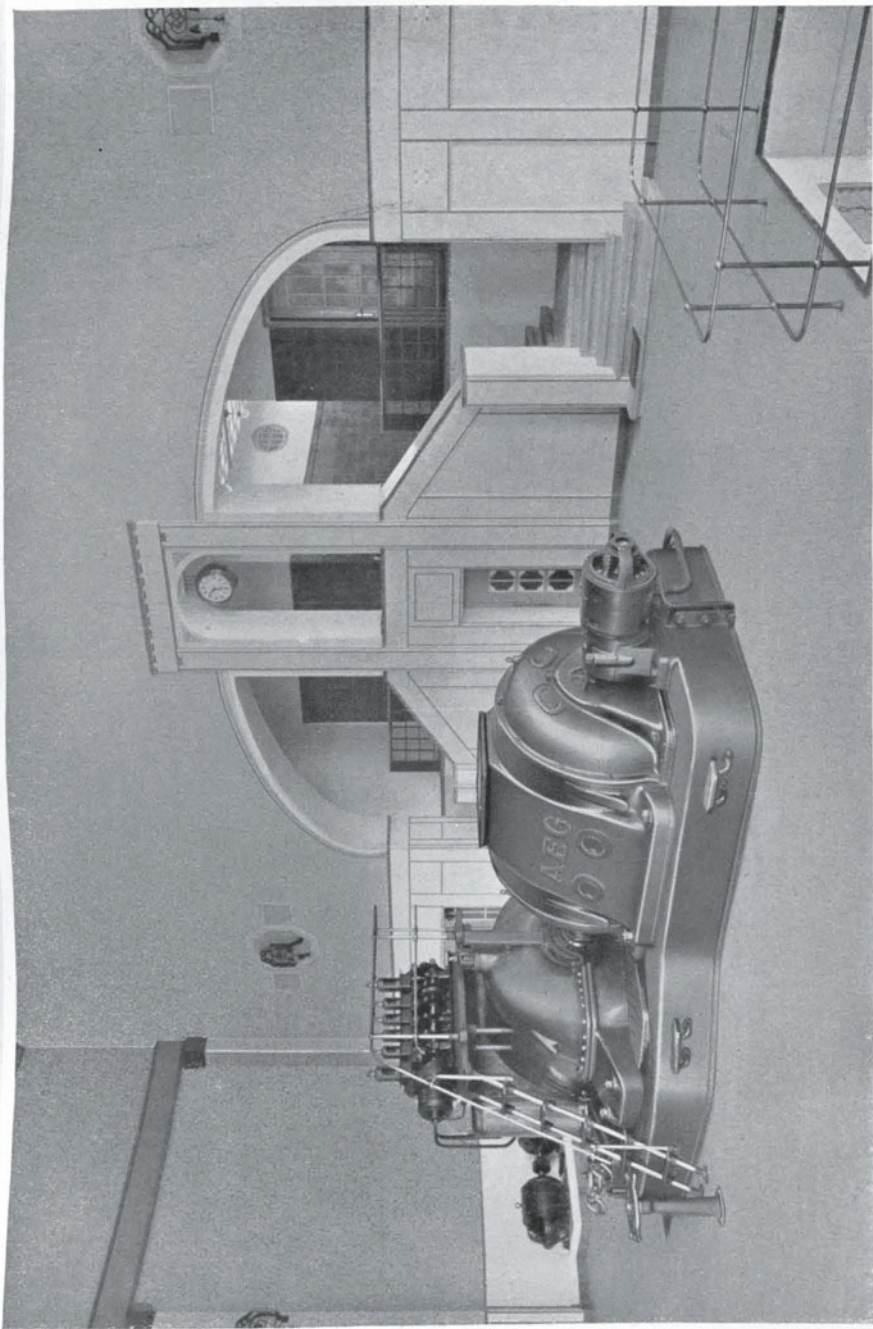
von 2 Prozent des Anlagewertes käuflich zu übernehmen; es mußte ferner die Bestimmung angenommen werden, daß ein aus der Mehrheit der Gemeinden gebildeter Verband das gesamte Unternehmen vom 15. Betriebsjahre ab erwerben konnte. Hiermit war zum ersten Male dem Standpunkt klar Ausdruck gegeben, daß man gerade noch die Pionierarbeit des Privatunternehmertums gestatten wolle, daß man aber spätere günstige Entwicklungsmöglichkeiten ganz für die öffentlichen Körperschaften beanspruchen werde. Gemeindliche Elektrizitätswerke und Regierungsbehörden, die sich durch die Ausdehnungsbestrebungen der privaten Unternehmungen in ihrer Elektrizitätspolitik beeinträchtigt sahen, verfochten mit immer größerem Nachdruck die Forderung nach Übernahme der Elektrizitätswirtschaft in ihre Hände. Namentlich in Sachsen bildeten sich in den unversorgten Landstrichen allenthalben Gemeindeverbände, die sich anschickten, die Verteilung von Licht und Kraft innerhalb ihrer Gebiete selbst in die Hand zu nehmen. Nur wo die Aussichten auf eine wirtschaftliche Versorgung besonders ungünstig lagen oder wo andere Schwierigkeiten auftauchten, wurde die Führung noch dem privaten Unternehmertum belassen. Ein solcher Fall ergab sich bei den Gemeinden südlich von Dresden, beiderseits der Elbe. Der damalige Amtshauptmann von Pirna, der die Wichtigkeit der Elektrizitätsversorgung von Stadt und Land erkannt hatte, betrieb mit großem Eifer und Ausdauer den Plan einer einheitlichen Versorgung dieser Gemeinden. Da aber der Landstrich vorherrschend landwirtschaftlichen Charakter aufweist, konnte ein wirtschaftlicher Betrieb nur durch den Anschluß der stark industriell entwickelten Orte im Elbtal zwischen Pirna und Dresden erzielt werden; dem standen aber Monopolrechte der Thüringer Gas-Gesellschaft in den wichtigsten dieser Orte entgegen. Der A. E. G. gelang es, auf Grund besonderer Vereinbarungen diese Rechte auszuräumen, so daß die Gemeinden sie um ihre Mitwirkung ersuchten. Es bedurfte noch zweijähriger angestrenzter Vorarbeiten, bis die Durchführung der Elektrizitätsversorgung in Angriff genommen werden konnte. Die beteiligten

Gemeinden des Elbtales schlossen sich zu einem öffentlich-rechtlichen Gemeindeverband, dem Elbtal-Elektricitäts-Verband, zusammen und gründeten gemeinsam mit der A. E. G. im Jahre 1911 zur Durchführung des Unternehmens die „Elbtalzentrale Aktiengesellschaft“ mit einem Stammkapital von 2,5 Millionen Mark. Den Gemeinden wurde das Recht zugesichert, sich mit 49 Prozent des Grundkapitals zu beteiligen; sie übernahmen jedoch nur weniger als ein Drittel, während der Rest und die Führung der Verwaltung an die E. L. G. übergingen. Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde Kommerzienrat Mamroth; den Vorstand bildeten die Direktoren der E. L. G. Hempel und Strandt. Dem Gemeindeverband mußte vertraglich das Recht eingeräumt werden, binnen zehn Jahren nach der Betriebseröffnung die Aktien jederzeit zu günstigen Bedingungen käuflich zu erwerben.

Damit hatte die E. L. G. aufs neue einen Weg beschritten, der schon fünfzehn Jahre zuvor bei der Gründung des Elektrizitätswerkes Eisenach eingeschlagen worden war, den Weg gemeinsamen Vorgehens mit öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Während aber in jenem ersten Falle nur eine einzelne Stadtgemeinde beteiligt und nur ein Übergang der Anlagen der Aktiengesellschaft an die Stadt nach sehr viel späterer Zeit vorgesehen war, mit dem damals kaum ernstlich gerechnet werden konnte, wurde jetzt ein aus zahlreichen Orten bestehender Gemeindeverband Teilhaber des Unternehmens mit dem Rechte zu einer baldigen gesamten Übernahme. Für diese Form wurde der Name „Gemischtwirtschaftliche Unternehmung“ geprägt; sie sollte in der Folgezeit häufiger zur Verwirklichung großzügiger Versorgungspläne dienen. — Die neue Gesellschaft erbaute im Weichbilde der Stadt Pirna ein Kraftwerk unmittelbar an der Elbe, so daß sich einfachste Wasser- und Kohlenversorgung ergab. Außerdem wurde ein Stromlieferungsvertrag mit den Oberlausitzer Elektrizitätswerken, deren Kraftwerk Hirschfelde gerade in Betrieb gesetzt worden war, abgeschlossen, und beide Werke wurden durch eine 40 000-Volt-Leitung verbunden. Die Gesellschaft schloß all-



Elbtalzentrale, Kraftwerk Pirna



Elbtalzentrale, Turbinenraum, Übergang zum Schaltheus

mählich mit zahlreichen Gemeinden Konzessionsverträge, ferner mit der Stadt Dresden einen Stromlieferungsvertrag, der ihr einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der Stromversorgung Dresdens sicherte. Unter der Führung der E. L. G. entwickelte sich das Unternehmen so günstig, daß bereits im Jahre 1913 eine Verdoppelung des Aktienkapitals erforderlich wurde und bei der späteren Übernahme der Aktien durch den Gemeindeverband 8 Städte, 135 Gemeinden und 8 selbständige Gutsbezirke mit insgesamt rund 125 000 Einwohnern die Vorteile der Elektrizitätsversorgung genießen konnten.

Das bei der Gründung der Elbtalzentrale zutage getretene Verhalten der öffentlichen Körperschaften, insbesondere das Bestreben, bei der Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung bestimmend mitzuwirken und sich deren Früchte sobald als möglich zu sichern, dabei aber das erste Wagnis den Privatunternehmern zu überlassen, bildet den Angelpunkt der meisten ins Leben tretenden Elektrizitätsunternehmungen dieser Zeit. Noch fühlten sich die öffentlichen Gebilde in ihrer Mehrzahl nicht stark genug, die damit verknüpften Wagnisse und Aufgaben ganz auf ihre Schultern zu nehmen; die Mitwirkung des privaten Unternehmers war ihnen solange erwünscht, bis sie sich nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten in der Lage glaubten, dieser Mitwirkung entbehren und den Ertrag allein für sich beanspruchen zu können. Genährt wurde diese Bewegung noch durch den lebhaften Kampf, den die Installateure und elektrotechnischen Spezialfabriken gegen die von einzelnen Unternehmungen eingeführten Installations- und Materialmonopole führten. Die Folge war, daß sich die Behörden in steigendem Maße mit dem Problem der Elektrizitätsversorgung beschäftigten, die private Unternehmertätigkeit durch allerlei erschwerende Bedingungen einengten, wenn nicht gar ganz verhinderten. Dies war insbesondere dort der Fall, wo eigene Erfahrungen auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung fehlten. Im Gegensatz zu diesem Verhalten vollzog sich aber eine Wandlung der Ansichten in umgekehrter Richtung dort, wo langjährige Erfahrungen bei der Verwaltung und dem Betrieb von

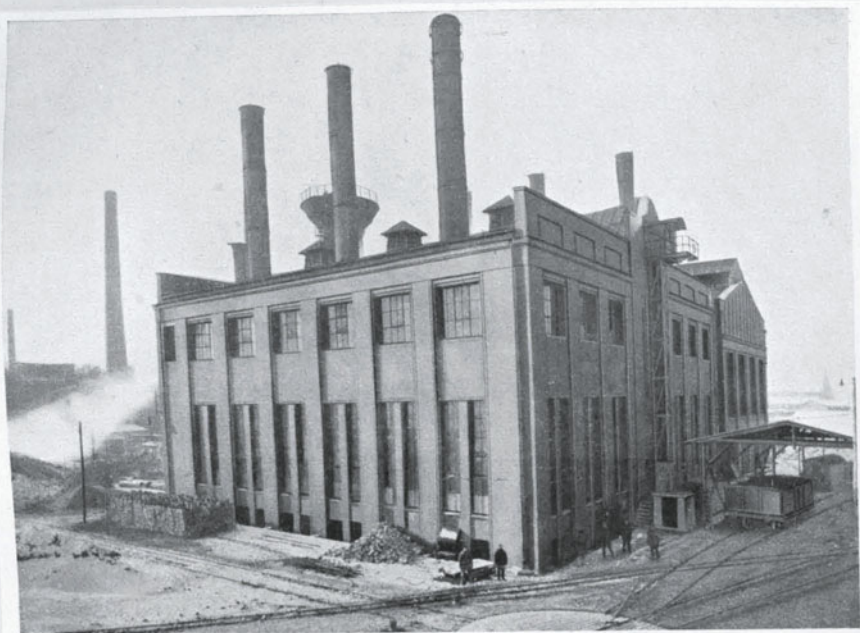
Elektrizitätswerken hatten erkennen lassen, daß die Aufgaben und Gefahren einer zweckmäßig und zeitgemäß auszugestaltenden Elektrizitätsversorgung über den Rahmen kommunaler Tätigkeit hinausgingen. Wo diese Erkenntnis Platz griff, wurde die dargebotene Hilfe des Privatunternehmers aufs neue gern in Anspruch genommen und die Elektrizitätsversorgung vielfach aus der Verwaltung der öffentlichen Körperschaften wieder in seine Hände übergeführt.

Dies ereignete sich zum ersten Male im Jahre 1909 in der Stadt Königsberg i. Pr. Über den Hergang und die Gründe dieses Vorgehens gibt die von dem Magistrat der Stadt Königsberg den Stadtverordneten vorgelegte Denkschrift vom 13. September 1910 Aufschluß. Da diese Ausführungen von grundsätzlicher Bedeutung sind und sowohl die bewegenden Kräfte der privaten Elektrizitätspolitik der damaligen Zeit als auch die Hemmungen kommunaler Unternehmertätigkeit klar erkennen lassen, seien die wichtigsten Abschnitte im Wortlaut wiedergegeben. Es heißt dort unter anderem:

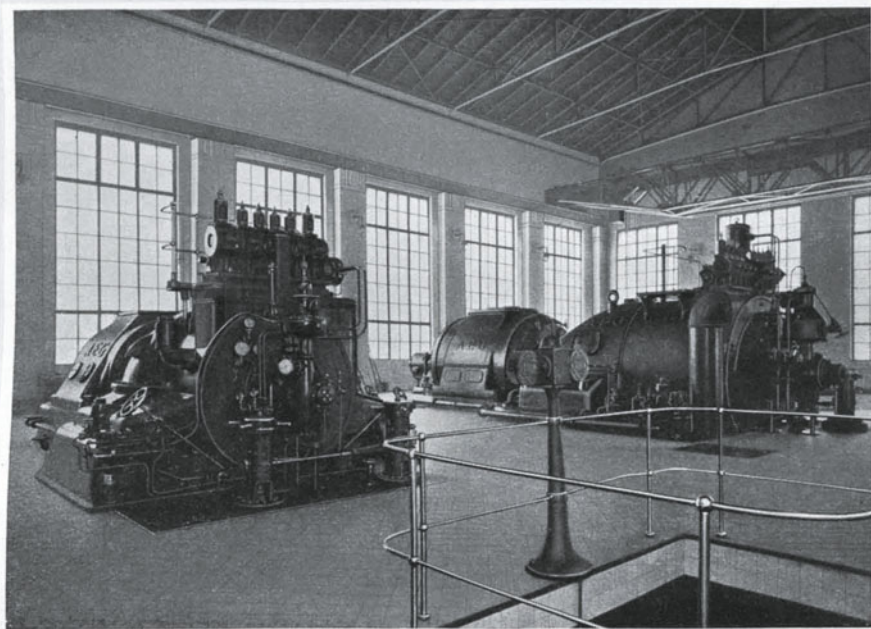
„Im November v. J. trat die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft an uns mit der Anfrage heran, ob die Stadtgemeinde unter Umständen geneigt sein würde, die städtischen Elektrizitätswerke und Straßenbahnen zu verpachten.

Sie führte aus, daß sie beabsichtige, eine größere Überlandzentrale zu erbauen, um einem möglichst großen Kreis von Bewohnern der Provinz Ostpreußen, sowohl in den Städten wie auf dem flachen Lande, mit elektrischem Strom zu versorgen, und daß sie dabei auch auf die Entstehung neuer Industrien, insbesondere elektrischer Industrien, rechne. Durch die Aufstellung großer Stromerzeugungsmaschinen könne der Betrieb sehr einfach gestaltet werden. Wenn es dann gelänge, durch Abgabe von Strom an die landwirtschaftlichen Betriebe, an Gewerbe und Industrie, an die Bahnen, die die Stadt mit den Badeorten verbinden, an die Badeorte selbst und die kleineren Städte eine gute Ausnutzung der Maschinen im Sommer und am Tage zu erzielen, so würden durch die gleichmäßige Belastung der vereinfachten Betriebseinrichtungen die Stromerzeugungskosten sich so wesentlich ermäßigen, daß man für Großkonsumenten die Kilowattstunde für 7 bis 8 Pf. zu liefern in der Lage sein würde.

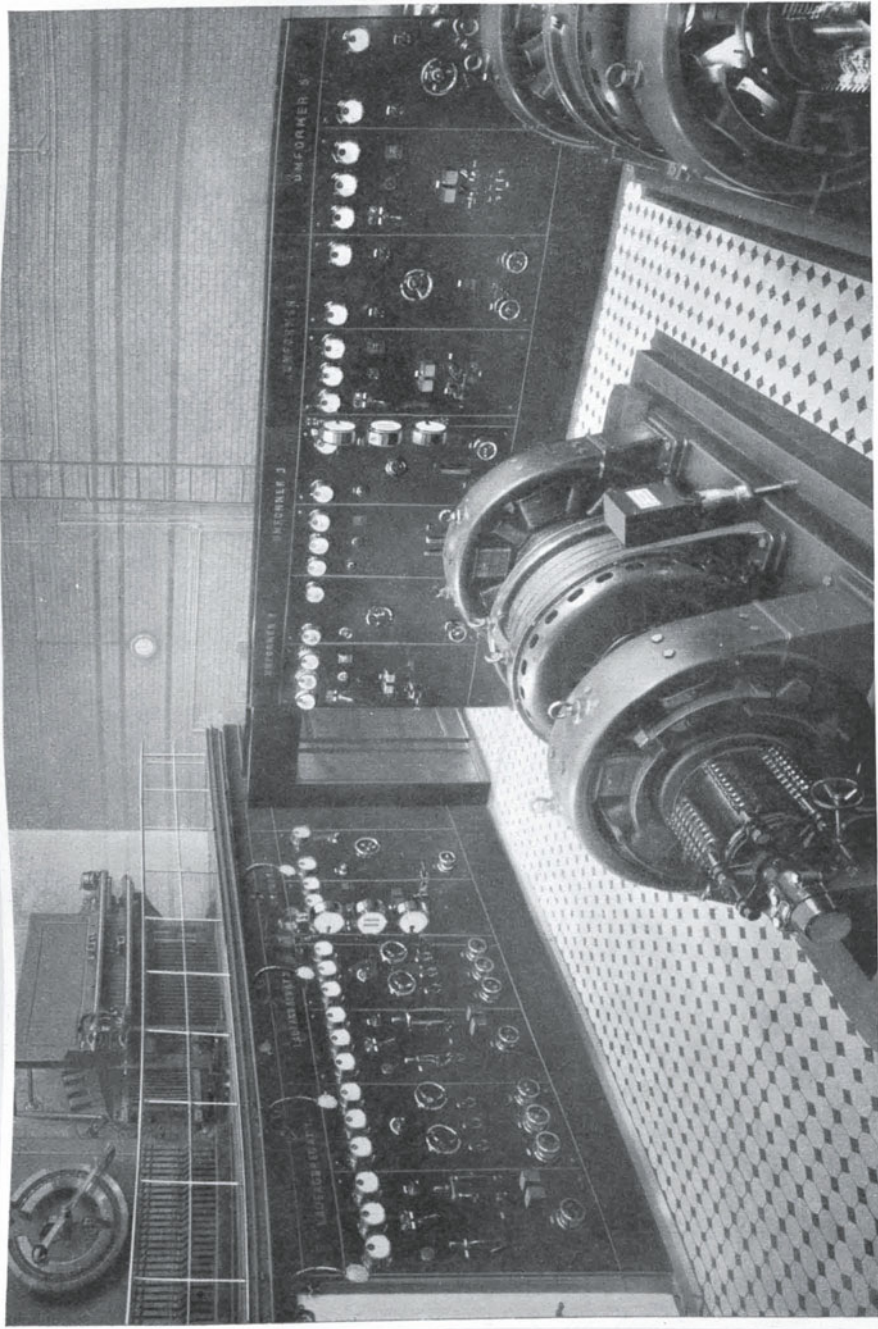
Um diese Absicht auszuführen, bedürfe die Gesellschaft eines Stützpunktes, den sie in dem großen Stromkonsum der Bewohner der Stadt Königsberg und



E. W. Königsberg, Kesselhaus Cosse



E. W. Königsberg, Dampfturbinen im Werk Cosse



E. W. Königsberg, Schaltwand im Werk Mühlenberg

der städtischen Straßenbahnen erblicke. Ohne diesen Stützpunkt wäre zwar die Errichtung einer Überlandzentrale nicht unmöglich, sei aber naturgemäß viel schwerer durchzuführen. Jedenfalls sei die Gesellschaft im Hinblick auf die guten finanziellen Resultate, die sie sich von der Stromabgabe an Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft sowie durch die Stromabgabe nach außerhalb überhaupt verspreche, in der Lage, der Stadt bei Verpachtung der Betriebe einen erheblich größeren Betrag zu gewährleisten, als die Stadt bei Selbstbewirtschaftung erzielen könne.

Wir standen solcher Anfrage gegenüber einmütig auf dem Standpunkte, Verhandlungen zur Klärung der Grundlagen etwaiger Vertragsverhandlungen nicht ablehnen zu sollen

Sodann darf nicht vergessen werden, daß bei Ablehnung des Pachtvertrages früher oder später eine Überlandzentrale auch ohne die Stadt Königsberg entstehen dürfte, auf deren Strombezugsbedingungen die Stadtverwaltung alsdann gar keinen Einfluß ausüben könnte, und daß in diesem Falle die Gefahr der Schädigung der städtischen Einwohner durch die Konkurrenz der Nachbargemeinden, die mit billigerem Strom wirtschaften, um soviel erheblicher ins Gewicht fiel, als die Strompreise des dann auf die Stadt beschränkten städtischen Elektrizitätswerkes ohne Schädigung der städtischen Finanzen nicht wesentlich herabgesetzt werden könnten.

Die Grenzen eines Stadtbezirks werden zu eng für den Trieb nach Ausdehnung, den die Elektrizitätswerke durch die technischen Fortschritte und den die Straßenbahnen durch die Entwicklung des Verkehrs und die Steigerung des Verkehrsbedürfnisses empfangen haben. Elektrizitätswerke wie Straßenbahnen streben über die alten Grenzen hinaus. Man kann diese Entwicklung zum Schaden der Stadt und des Landes verzögern, aber nicht verhindern. Man kann den Versuch unternehmen wollen, im Verein mit Nachbargemeinden und Nachbarkreisen die Ausdehnung der Elektrizitätswerke und Straßenbahnen unter Beibehaltung der kommunalen Verwaltungsgrundlage zu bewirken. Man wird von einem solchen Versuche aber sehr bald Abstand zu nehmen genötigt sein angesichts der naturgemäßen Schwerfälligkeit eines behördlichen Verwaltungsapparates und der zu überwindenden Schwierigkeiten, die ein aufwerbende kaufmännische Tätigkeit, auf fortgesetzte Klarlegung und Einbürgerung aller Vorteile der Einführung des elektrischen Betriebes angewiesenes Unternehmen mit sich bringt."

Die Verhandlungen führten zum Abschlusse eines Vertrages zwischen der Stadt und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft,

auf Grund dessen die Stadt Elektrizitätswerk und Straßenbahn bis zum Jahre 1940 an die A. E. G. verpachtete. Hierfür erhielt die Stadt neben dem Pachtzins eine Anzahl Vergünstigungen beim Strombezug; alle Umänderungen und Neuanlagen mußten auf Kosten des Pächters vorgenommen werden, während der Stadt nach Beendigung der Pacht das gesamte Unternehmen gegen Zahlung des Buchwertes der Neuanlagen wieder zufallen sollte. Für die Durchführung des Vertrages wurde unter Beteiligung der A. E. G., E. L. G. und Elektrobank Ende 1910 die „Elektrizitätswerk und Straßenbahn Königsberg A.-G.“ mit einem Aktienkapital von zwei Millionen Mark gegründet. Den Aufsichtsrat bildeten Vorstandsmitglieder der beteiligten Gesellschaften. Zum Vorstand wurden die bisherigen Leiter der Betriebe bestellt. Um die Unwirtschaftlichkeit des auf drei übernommene Kraftwerke verteilten Betriebes zu beseitigen, wurde die Elektrizitätserzeugung in einem neuen, günstig am Pregel gelegenen Kraftwerk zusammengefaßt und die beiden im Innern der Stadt gelegenen Werke zum Teil stillgelegt, zum Teil zur Umformung benutzt. Mit Erfolg wurde die Versorgung der in Königsberg zahlreich vorhandenen Industrierwerke, die infolge der bisher unzureichenden Betriebsmittel unmöglich war, in Angriff genommen. Die Straßenbahneinrichtungen wurden den Verkehrsverhältnissen angepaßt und ein neues stattliches Verwaltungsgebäude errichtet. Der Stromverbrauch wurde so gefördert, daß er bereits in den ersten drei Jahren einen Zuwachs von etwa 50 Prozent aufwies, eine bedeutende Leistung bei einem Werk, das damals schon auf eine zwanzigjährige Vergangenheit zurückblickte. Mit einem zur Elektrizitätsversorgung der anliegenden Kreise gegründeten Zweckverband wurde ein Vertrag über Bau und Betrieb eines Überlandwerkes abgeschlossen, dessen Ausführung jedoch durch den Ausbruch des Krieges gehindert und der dann durch einen Stromlieferungsvertrag ersetzt wurde.

Über die Erfolge des Unternehmens hat der Oberbürgermeister der Stadt Königsberg Mitte 1912 in einer Stadtverordnetenversamm-

lung ausgeführt, daß mit dem Moment, wo die bis dahin von der Stadt verwaltete elektrische Straßenbahn und das Elektrizitätswerk aus dem städtischen Betriebe herausgenommen wurden, im Laufe von drei Jahren durchgeführt wurde, was bei der Stadt in zehn Jahren nicht möglich war; er fügte hinzu: „Wir, mit unserem schwerfälligen Apparat, werden nie ein gewerbliches Unternehmen richtig verwalten. Bei dem Elektrizitätswerk haben wir denselben Mann, der unsere Verwaltung geleitet hat; Dinge, die er bei uns in zehn Jahren nicht hat durchsetzen können, sind mit dem Moment der Übernahme des Werkes in Privatbesitz in eineinhalb Jahren ausgeführt worden; Betriebe, die uns durch unsere Haltung verlorengegangen, hat er wieder erworben.“

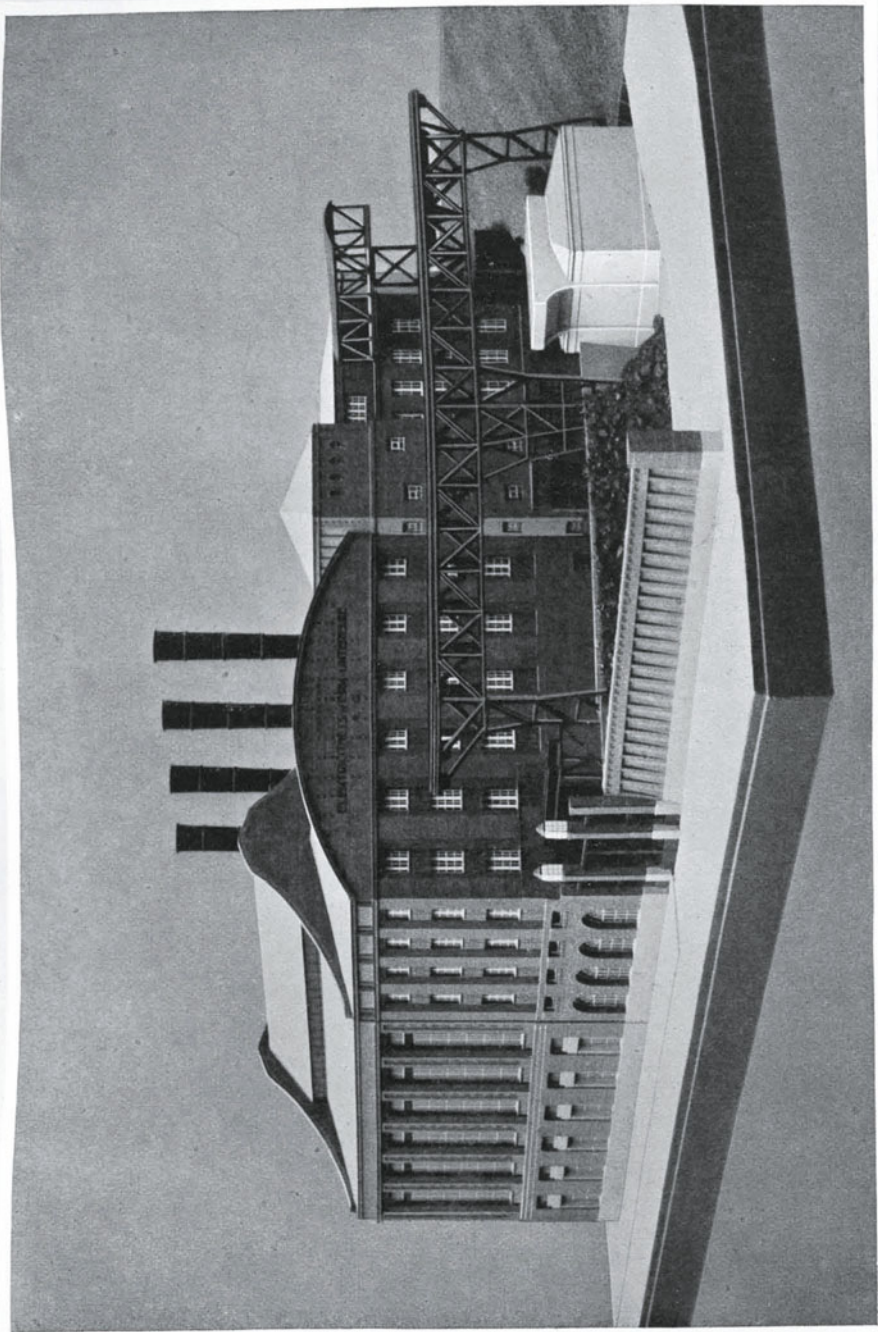
Das Vorgehen der Stadt Königsberg fand bald Nachahmung. Die Stadt **Altona** stand vor der Aufgabe, zur Stromversorgung industrieller Unternehmungen und benachbarter Landstriche ein neues Drehstromwerk zu errichten. Die **A. E. G.** machte der Stadt den Vorschlag, dem Beispiel Königsbergs zu folgen und ihr die Werke zum pachtweisen Betrieb zu überlassen. Die an dieses Angebot sich knüpfenden Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Anfang 1912 die **A. E. G.** gemeinsam mit der Stadt, mit der **E. L. G.** und der Elektrobank eine neue Aktiengesellschaft, „**Elektrizitätswerk Unterelbe A.-G.**“, gründete, in die die Stadt ihr Elektrizitätswerk gegen Überlassung der Aktienmajorität einbrachte. Der Vorsitz im Aufsichtsrat und die Mehrheit der Mitglieder wurden der Stadt überlassen. Von der Direktion der **E. L. G.**, der die Führung des Unternehmens übertragen wurde, waren die Herren **Mamroth**, **Hempel** und später **Loebinger** im Aufsichtsrat vertreten; der Vorstand wurde nach den Vorschlägen der **E. L. G.** bestellt. Am 1. April 1912 wurde die Betriebsführung von der neuen Gesellschaft übernommen, die sofort mit dem Bau eines Drehstromwerkes begann, das bereits im November 1913 dem Betrieb übergeben wurde. — Angesichts der vielfach so anders gearteten Stellungnahme der öffentlichen Körperschaften dürfte auch in diesem Falle das Urteil

einer maßgebenden Persönlichkeit der Stadt Altona über die Gründe, die zum Abschluß des Vertrages geführt haben, und über die Wirksamkeit des neuen Unternehmens von Interesse sein. In einem Vortrag vor dem 19. Schleswig-Holsteinischen Städtetag hat sich der frühere Bürgermeister Dr. Schulz von Altona u. a. wie folgt ausgesprochen:

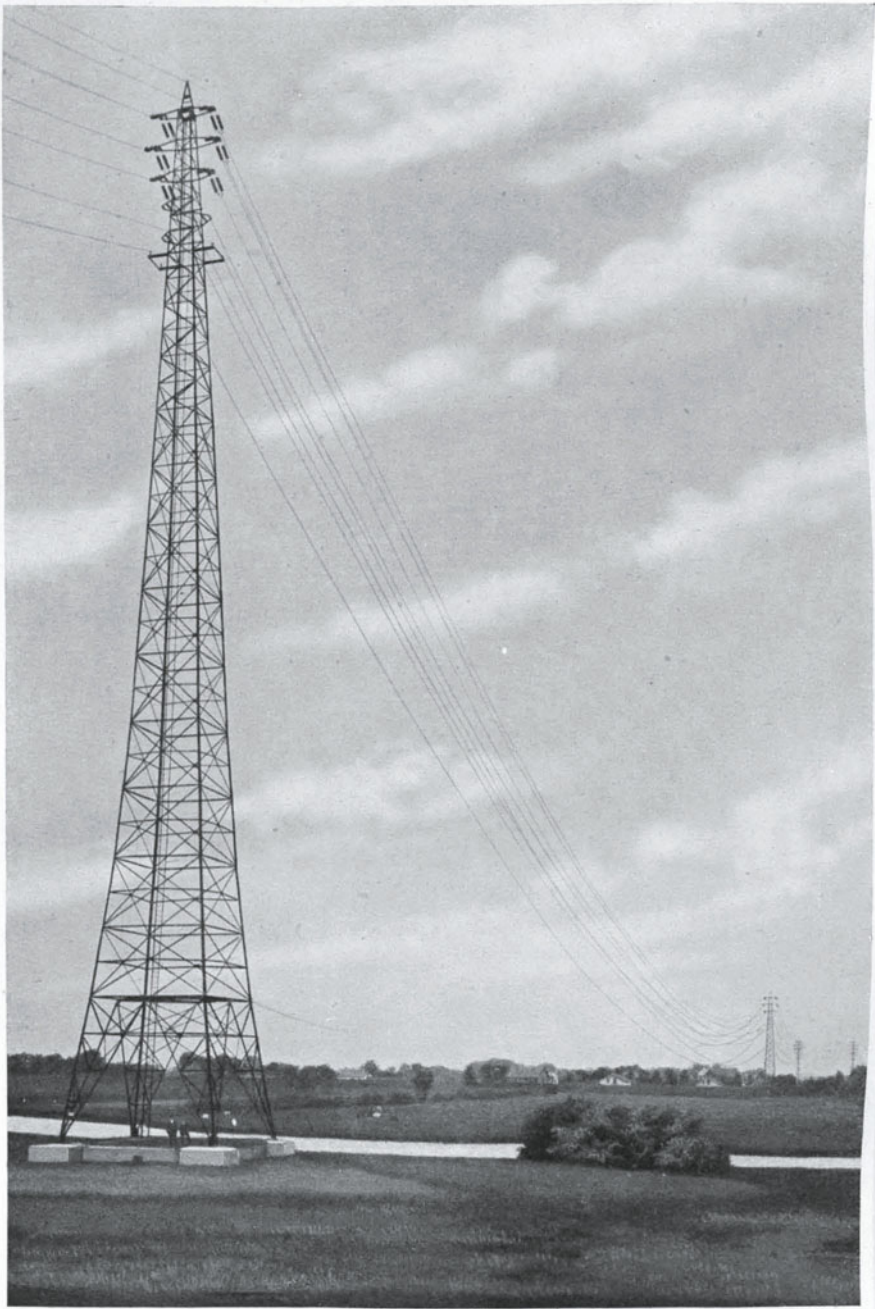
„Für die Altonaer Elektrizitätswerke hätte auch dann, wenn die Unterelbe nicht gegründet worden wäre, ein neues Drehstromwerk gebaut werden müssen. Sein Bau würde zur Folge gehabt haben, daß das von der Stadt in den Elektrizitätswerken angelegte Kapital um drei Millionen Mark zunahm. Die Abschreibungen hätten daher wesentlich erhöht werden müssen, zumal die bereits vorhandenen, hoch zu Buch stehenden elektrischen Stationen durch den Bau der neuen Zentrale erheblich an Wert verloren. Andererseits war damit zu rechnen, daß ein Rückgang in der Beschäftigung der Industrie eintreten und die Einnahmen aus der Abgabe von Großkraft vermindert werden. Die Stadt stand daher vor der Gefahr eines Rückganges der Überschüsse aus den Elektrizitätswerken, eine Sachlage, die unerfreulich war, da die Überschüsse der Altonaer Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke beinahe vier Fünftel des Betrages der Gemeinde-Einkommensteuer ausmachen. Durch die Gründung der Unterelbe ist die Stadt von dieser Gefahr befreit worden. Die A. E. G. hat sich, wie bereits bemerkt, dafür verbürgt, daß die Einnahmen der Stadt aus der Unterelbe an Dividenden, Obligationenzinsen und Abgaben für die ersten sieben Jahre den Betrag von 795 000 Mark erreichen werden. Da die Aktien der A. E. G. erst dann eine Dividende erhalten können, nachdem die Unterelbe der Stadt diesen Betrag gezahlt hat, so kann die Stadt zuversichtlich erwarten, daß ihre Einnahmen aus der Unterelbe auch nach Ablauf der sieben Jahre jenen Betrag erreichen werden.

Die Stadt wurde durch die Mitwirkung der A. E. G. ferner der Befürchtung ledig, daß bei dem Bau des neuen Drehstromwerkes ein Versehen vorkommen, oder daß die Stromabgabe nicht so zunehmen werde, wie es im Interesse einer vollen Ausnutzung des Werkes wünschenswert sein mußte.

Der Bau des letzteren stellte an die technische Leitung der Elektrizitätswerke sehr hohe Anforderungen. Fehler konnten von der größten Bedeutung werden und zu schweren Schädigungen führen. Eine 1910 stattgefundene Revision der Elektrizitätswerke durch den Leiter eines auswärtigen Elektrizitätswerkes hatte ergeben, daß über die Zweckmäßigkeit verschiedener in dem letzten Jahrzehnte getroffener Maßnahmen Zweifel bestehen konnten. Infolge der Mitwirkung der



E. W. Untereibe, Kraftwerk Neumühlen



E. W. Unterelbe, Knickaukreuzung mit 2 Leitungssystemen für 3×50000 Volt

A. E. G. durfte die Stadt erwarten, daß alle das neue Drehstromwerk betreffenden Fragen in bester Weise gelöst werden würden. Bei den schweren finanziellen Verpflichtungen, welche die A. E. G. eingegangen war, würde sie gegen ihr eigenes Interesse gehandelt haben, wenn sie sich nicht gesagt hätte, daß die Ausarbeitung der das Werk betreffenden Projekte der größten Sorgfalt bedürfe und daß der tüchtigste Elektrotechniker gerade gut genug für die Ausführung des Baues sei. Die Erwartung der Stadt ist auch nicht getäuscht worden. Das neue Werk stellt eine Leistung dar, auf welche die Direktion der Unterelbe und mit ihr die Direktion der A. E. G. stolz sein kann.

Für seine Ausnutzung kamen wesentlich zwei Momente in Betracht: einmal die Gewinnung von Großabnehmern in Altona, sodann der Anschluß auswärtiger Gemeinden und Fabriken.

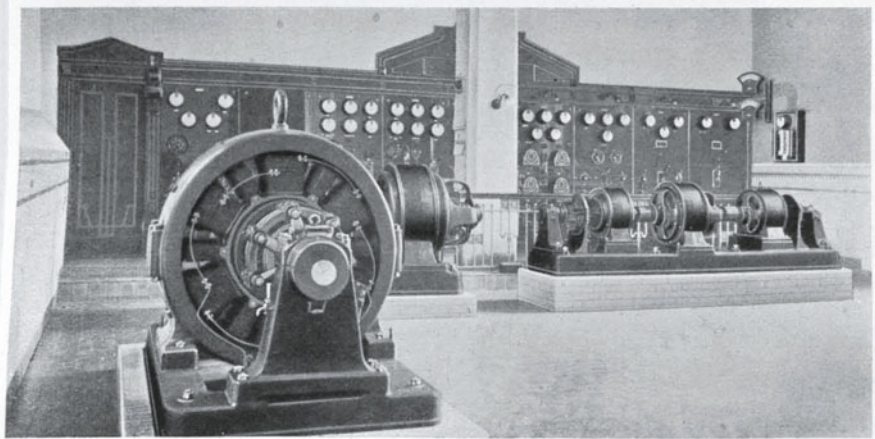
Die auch zwecks Verminderung der Rauchplage wichtige Gewinnung von Großabnehmern in Altona ist durch die Unterelbe in größerem Umfange vor sich gegangen, als dies zu den Zeiten der Fall war, in denen die Elektrizitätswerke noch von der Stadt betrieben wurden. Der Unterelbe werden die Verhandlungen mit Betrieben, die als Großabnehmer in Betracht kommen, nicht dadurch erschwert, daß diese durch Differenzen mit anderen städtischen Dienststellen verstimmt sind. Auch kann die Unterelbe eher den Inhalt der mit Großabnehmern geschlossenen Verträge geheimhalten und die einzelnen Großabnehmer ohne Anwendung allgemein gültiger Grundsätze individuell und verschiedenartig behandeln, ein Moment, das für die Gewinnung von Großabnehmern erhebliche Bedeutung besitzt. Häufig wird ferner von Betrieben, die als Großabnehmer in Betracht kommen, die Forderung gestellt, daß ihnen Maschinen abgenommen werden, mit denen sie bisher den Strom erzeugt haben. Auch dieser Forderung kann die Unterelbe eher entsprechen, da ihr die weitere Verwendung solcher Maschinen durch ihre Beziehungen zu der A. E. G. erleichtert wird.

Während die Gewinnung von Großabnehmern durch die Gründung der Unterelbe nur erleichtert worden ist, wäre ohne die letztere eine Erweiterung der Elektrizitätswerke zu einer Überlandzentrale kaum möglich gewesen. Ohne die Mitwirkung der A. E. G. hätte die Stadt stets mit der Gefahr rechnen müssen, daß die eine oder die andere mit jener Erweiterung zusammenhängende technische Aufgabe nicht sachgemäß gelöst werde. Die städtischen Kollegien hätten sich mit Recht gesträubt, die Verantwortung für die weittragenden Verträge zu übernehmen, die mit den als Stromabnehmer in Betracht kommenden auswärtigen Gemeinden und Fabriken zu schließen waren. Sie hätten bei derartigen Verträgen sich im wesentlichen auf die Erklärung einer einzigen Person, des Direktors der

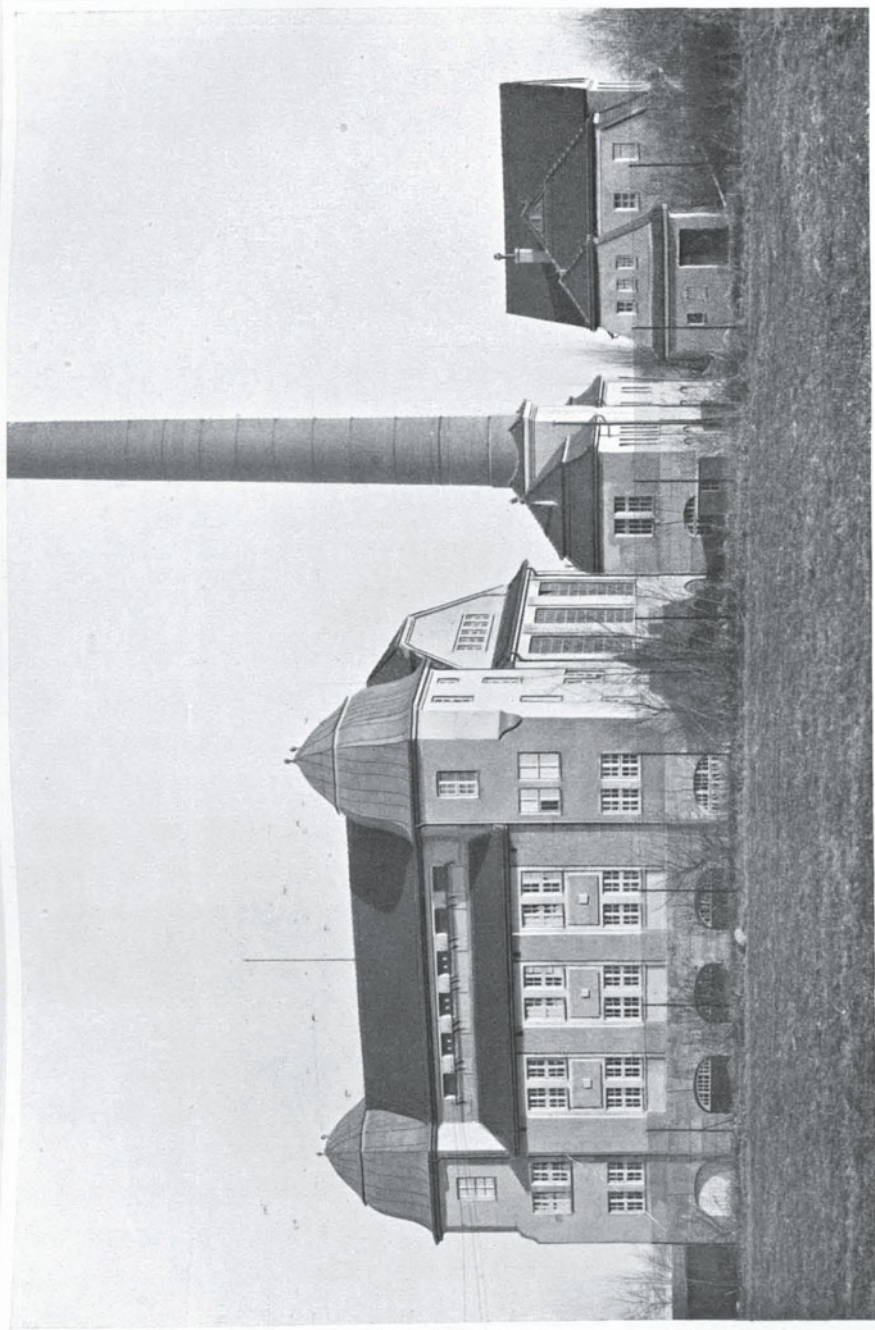
Elektrizitätswerke, verlassen müssen. Auch hätte eine durch die Stadt eingerichtete Überlandzentrale bei den Verhandlungen mit den benachbarten Gemeinden deswegen mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, weil eine Großstadt selten die Sympathien ihrer Nachbarn besitzt, meistens unter deren Mißtrauen zu leiden hat. Endlich war die Errichtung einer Überlandzentrale durch eine Gesellschaft der durch die Stadt auch deswegen vorzuziehen, weil infolgedessen auswärtige Kreise und Gemeinden durch Abgabe von Geschäftsanteilen und Aufsichtsratsstellen interessiert werden können. Daß es möglich gewesen wäre, Altona und die Nachbarkreise und Gemeinden zwecks Schaffung einer Überlandzentrale zu einem Zweckverband zu vereinigen, darf bezweifelt werden. Jedenfalls würde ein Zweckverband schwerfälliger als die Unterelbe gearbeitet haben.

Die Erweiterung der Altonaer Elektrizitätswerke zu einer Überlandzentrale ermöglichte die Verwendung größerer Stromerzeugungsmaschinen und damit eine namentlich für die Industrie erhebliche Verbilligung der elektrischen Energie. Wie es ferner für die Stadt nur von Vorteil sein konnte, daß sie durch die Gründung der Unterelbe zu einer Gesellschaft vom Weltruf der A. E. G. in nähere Beziehungen trat, so durfte sie auch eine Steigerung ihres Ansehens darin erblicken, daß sie als Sitz einer Überlandzentrale Mittelpunkt eines größeren, unter ihrem Einfluß stehenden wirtschaftlichen Unternehmens wurde."

Auf dem von der Stadt Königsberg beschrittenen Wege folgte bald noch eine Reihe anderer Gemeinwesen: die Städte Brandenburg a. H. (1912), Rostock (1913), Linden vor Hannover (1914). Die Beweggründe, die die Städte zum Aufgeben ihrer eigenen Unternehmungen veranlaßten, sind in allen drei Fällen die gleichen. Die in früherer Zeit von ihnen errichteten und bisher betriebenen Gleichstromwerke reichten zwar für Licht- und Kleinkraftlieferung aus, waren aber nicht imstande, die überall auftretenden und dauernd sich steigernden Ansprüche der Industrie zu befriedigen. Dazu kam noch in Linden und Rostock, daß die Elektrizitätswerke inmitten der Stadt, innerhalb eng bebauter Straßen, angelegt und für weitere Vergrößerungen nicht geeignet waren. Die Städte waren daher vor die Wahl gestellt, entweder umfangreiche und kostspielige Neubauten zu errichten und neben der bestehenden Gleichstromversorgung das Drehstromsystem einzuführen, oder aber von einer Vergrößerung



E. W. Rostock, Umformerstation Wollmagazin, ein früheres Klostergebäude



E. W. Rostock, Kraftwerk Bramow

ihrer Anlagen abzusehen und die Industrie als Großabnehmer dauernd zu verlieren oder gar eine Abwanderung befürchten zu müssen. Die Stadt Rostock hatte allerdings schon auf eigenes Wagnis dieser Gefahr vorzubeugen versucht, indem sie bereits selbst die Errichtung eines Drehstrom-Kraftwerkes außerhalb der Stadt an einem günstig gelegenen Platz an der Warnow durchgeführt und außerdem auf Wunsch der benachbarten Landgemeinden die Erbauung eines Drehstromnetzes für Versorgung mit Licht und Kraft auf eigene Kosten in Angriff genommen hatte. Sie mußte aber hierbei sehr bald die Erfahrung machen, die meist von gemeindlichen Körperschaften bei der Durchführung von Elektrizitätsversorgungen außer acht gelassen wird, daß sämtliche derartige Unternehmungen wie organische Wesen sich weiter entwickeln und hierzu dauernd neue Geldmittel benötigen. — In solchen Fällen wurde dann von der Hilfe des Privatunternehmertums gern Gebrauch gemacht, und insbesondere die E. L. G. hat es sich angelegen sein lassen, den Ausbau solcher Unternehmungen in einer Weise zu fördern, die den Städten das Wagnis weiterer Kapitalaufwendungen abnahm und ihnen trotzdem einen reichen Anteil am Ertrag sicherte. Hierbei ergab sich stets die Form der Pachtung, verbunden mit Konzessionsvertrag. Die E.L.G. gewährleistete den Städten einen reichlichen Pachtzins, verpflichtete sich, alle Erweiterungen auf ihre Kosten auszuführen, sicherte den Gemeinden einen beträchtlichen Anteil an dem steigenden Ertrag zu und gestand ihnen das Recht zu, die gesamten Anlagen nach Ablauf einer Reihe von Jahren zu billigen Bedingungen wieder zu übernehmen. Sie hat auf diese Weise in hohem Maße dazu beigetragen, die Entwicklung der Gemeinden zu fördern und ihre wirtschaftliche Lage zu erleichtern, ohne daß sie hierzu Mittel bereitstellen mußten; und doch verblieb ihnen die sichere Aussicht, nach Ablauf der Verträge über blühende Unternehmungen zu verfügen. Zwei der letztgenannten Werke: Rostock und Linden werden von der E. L. G. unter ihrem eigenen Namen betrieben; für das Brandenburger Unternehmen wurde eine besondere Aktiengesellschaft mit einem Kapital von

einer Million Mark errichtet, als Vorstand wurden die Direktoren Loebinger und Dr. Sabersky bestellt, zum Aufsichtsratsvorsitzenden Kommerzienrat Mamroth gewählt.

Bei der Entwicklung all dieser Werke galt es, zahlreiche technische und wirtschaftliche Probleme zu lösen; sie nahmen die Mittel der Gesellschaft, ihre Arbeitskraft und Erfahrungen oft mehr in Anspruch, als dem wirtschaftlichen Erfolg und als namentlich der Anerkennung der Öffentlichkeit entsprach.

Die E. L. G. hat sich aber nicht darauf beschränkt, auf so vorbereitetem Grund weiterzubauen, sie hat es vielmehr dauernd als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, neue Gebiete der Elektrizitätsversorgung zu erschließen und deren Bewohnern die Vorteile der Elektrizitätsverwendung zuzuführen. Dabei ging sie von der Erkenntnis aus, daß eine gedeihliche Entwicklung der Elektrizitätsversorgung nur mehr auf dem Wege umfassenden Zusammenschlusses zu erreichen sei, hatte doch die Erfahrung des ersten Jahrzehnts gezeigt, daß allein die Zusammenfassung der Elektrizitätserzeugung in günstig gelegenen Kraftwerken, das vereinte Wirken von Stadt und Land, der Ausgleich des Verbrauchs von Industrie und Landwirtschaft eine erfolgreiche Versorgung weiter Gebiete ermöglichen konnten. Nicht immer aber konnten derartige Pläne in vollem Umfang verwirklicht werden; Kirchturmpolitik und Sonderinteressen zwangen häufig zu wesentlicher Beschränkung oder gar zur völligen Aufgabe großzügig angelegter Projekte.

Einem solchen Schicksal verfiel zunächst der von der A. E. G. entwickelte Plan einer einheitlichen Versorgung des Saargebietes und der übrigen Kreise des Regierungsbezirks Trier einschließlich angrenzender Teile des Regierungsbezirks Koblenz, Lothringens und der bayerischen Rheinpfalz. Bereits im Jahre 1910 war mit dem preußischen Bergfiskus ein Vertrag abgeschlossen worden, demzufolge die gesamte erforderliche Energie für das geplante Unternehmen den auf den Saargruben gelegenen Kraftwerken des Bergfiskus entnommen werden sollte. Die Gründung einer besonderen

Gesellschaft war vorgesehen, die bis zu 40 Prozent ihrer Anteile dem Bergfiskus und den beteiligten Kreisen anbieten sollte. Die Gesellschaft wurde auch am 29. Mai 1911 unter dem Namen „Saar-Elektrizitäts-Werke A.-G.“ gegründet. Ehe jedoch die Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen über Verleihung der Wegrechte abgeschlossen waren, wurden in mehreren Teilen des in Aussicht genommenen Gebietes Wettbewerbsunternehmungen ins Leben gerufen, die das Versorgungsbereich wesentlich einschränkten, so daß bei den von dem Bergfiskus verlangten Strompreisen eine gedeihliche Entwicklung nicht mehr erwartet werden konnte. Die A. E. G. machte daher zunächst im Juni 1911 von dem ihr im Vertrag mit dem Bergfiskus zustehenden Rücktrittsrecht Gebrauch, knüpfte aber bald danach neue Verhandlungen auf einer etwas veränderten Grundlage und innerhalb eines verengerten Versorgungsgebietes an, deren Ergebnis die Gründung eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens: „Elektrizitäts- und Gasvertriebs-Gesellschaft Saarbrücken“ (S. V. G.) war. Die Gesellschaft wurde am 20. Juni 1912 mit einem Aktienkapital von 1 000 000 M. gegründet. Die Mehrheit der Aktien kam an die beteiligten öffentlichen Körperschaften, insbesondere an die Stadt Saarbrücken (49 Prozent), während der E. L. G., die durch ihre Vorstandsmitglieder Mamroth und Loebinger im Aufsichtsrat vertreten war, eine beträchtliche Minderheit von 31 Prozent überlassen wurde. Mit einem kleineren Anteil war schließlich noch die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft beteiligt, die Gasinteressen in dem Gebiete zu vertreten hatte. Die Strombeschaffung erfolgte auch nach diesem neuen Abkommen — zunächst allerdings auf dem vertraglichen Umweg über die Stadt Saarbrücken — aus den Kraftwerken des Bergfiskus; lediglich für das lothringische Gebiet wurde später ein Stromlieferungsvertrag mit der Bergwerksgesellschaft La Houve in Kreuzwald i. L. abgeschlossen. Die E. L. G. übernahm mit ihrer Beteiligung die Führung des Unternehmens auf Grund einer besonderen Vereinbarung, durch die sie verpflichtet wurde, bei der technischen und verwaltungs-

mäßigen Einrichtung, sowie bei wichtigen technischen, wirtschaftlichen und kaufmännischen Fragen des Betriebes als Beraterin mitzuwirken und ihn unter ständiger Beobachtung zu halten. Trotz der geringen Bewegungsfreiheit, die dem Unternehmen durch die abgeschlossenen Verträge, insbesondere durch das Abkommen mit dem Bergfiskus, verblieben war, konnte sich die E. L. G. ihrer Aufgabe zum Vorteil der S. V. G. mit Erfolg widmen, bis die Veränderung der politischen Verhältnisse im Saargebiet dies weiterhin untunlich erscheinen ließ.

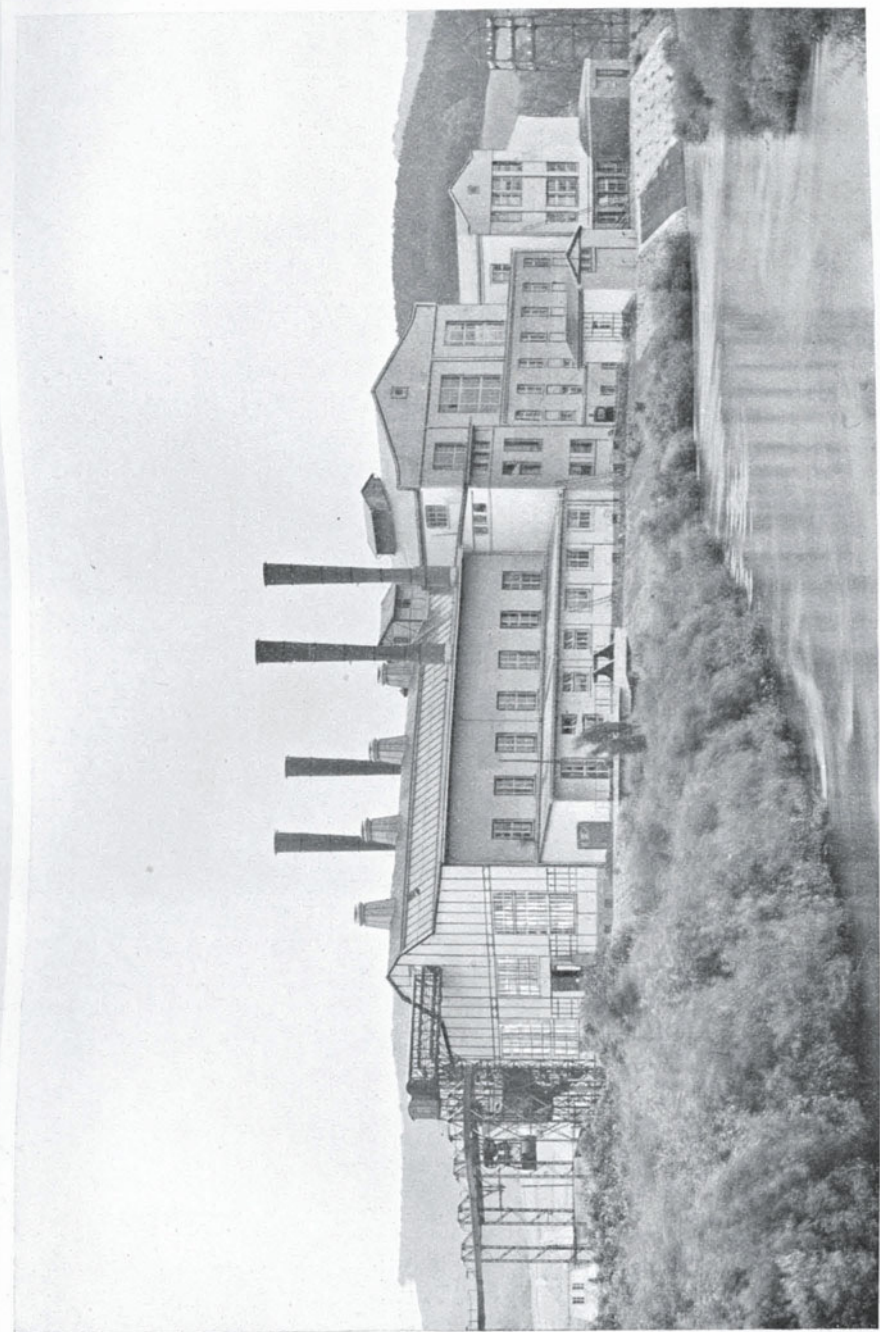
Zu derselben Zeit, in der es im Westen Deutschlands nur unvollständig gelang, widerstreitende Interessen zur Durchführung einer großzügigen Elektrizitätspolitik zu vereinen, reifte in Mitteldeutschland, in Thüringen, ein Unternehmen heran, das als Musterbeispiel einer zweckmäßigen Ausgestaltung der Elektrizitätswirtschaft eines größeren Gebietes bezeichnet werden kann. In den Jahren 1909 bis 1911 wurden zwischen dem Staatsministerium des Herzogtums Gotha und der A. E. G. über die einheitliche Versorgung des Landes Verhandlungen gepflogen, die im Jahre 1911 zum Abschluß von Verträgen führten, in denen sich die A. E. G. zu einer umfassenden Versorgung des Herzogtums mit elektrischer Arbeit verpflichtete und die Errichtung einer Fernbahn Gotha-Friedrichroda-Groß-Tabarz in Aussicht nahm. Zur restlosen Durchführung dieses Programms war es geboten, die bestehenden örtlichen Elektrizitätswerke soweit als möglich in das Unternehmen einzubeziehen. Die hierauf gerichteten Bestrebungen führten zunächst zu einer Verständigung zwischen den mittelbar oder unmittelbar an der Elektrizitätsversorgung des Landes interessierten Unternehmungen. Es war dies die A. E. G. als Trägerin der Verträge mit dem Staate Gotha, die E. L. G. als Eigentümerin der Elektrizitätswerke Ruhla, Schmalkalden und Mehlis, die Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vormals W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M., als Besitzerin der Aktien der Elektrizitätswerk- und Straßenbahn Gotha A.-G. und die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich als das den genannten Gesellschaften

nahestehende Finanzinstitut, sowie die Aktiengesellschaft für elektrische Licht- und Kraftanlagen, Berlin, die für die Versorgung einzelner Teile des Gebietes bereits Vorarbeiten geleistet hatte. Es wurde beschlossen, das gesamte Unternehmen der bestehenden Aktiengesellschaft in Gotha anzugliedern. Demgemäß wurden in der außerordentlichen Generalversammlung dieser Gesellschaft vom 3. Februar 1912 die Satzungen dahin geändert, daß dem erweiterten Unternehmen der Name „Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft“ gegeben werden sollte; der Sitz sollte in Gotha verbleiben.

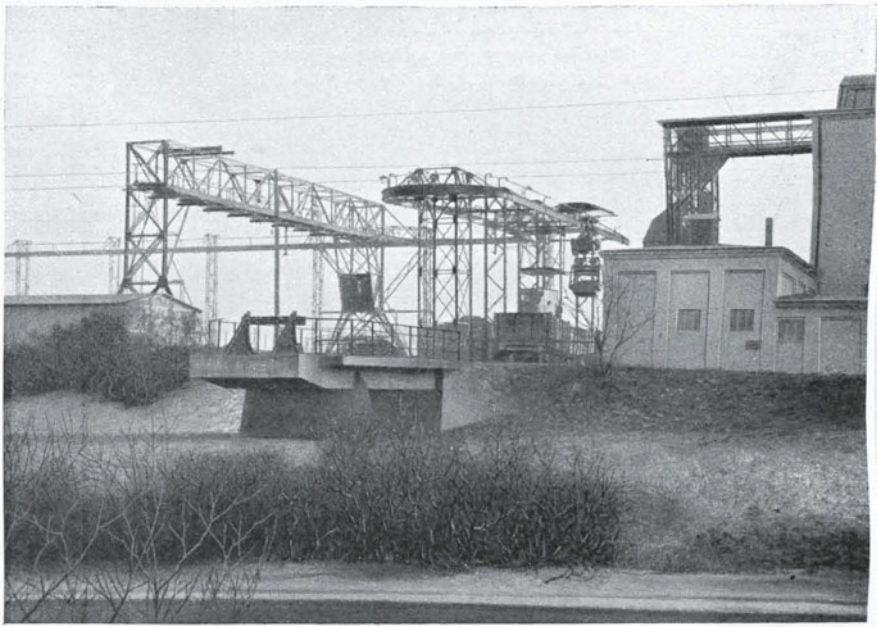
Die Gesellschaft übernahm nunmehr von der A. E. G. die mit dem Staate Gotha und den Gemeinden abgeschlossenen Verträge, von der E. L. G. die Elektrizitätswerke Ruhla, Schmalkalden und Mehlis, von Lahmeyer das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn Gotha und erwarb käuflich das kleine Überlandwerk Floh und die Elektrizitätswerke Friedrichroda, Zella St. Bl., Steinbach (Meiningen) und Seligenthal. Ähnliche Verträge wie mit dem Herzogtum Gotha wurden mit den preußischen Kreisen Schmalkalden und Schleusingen und mit dem Herzogtum Meiningen zur teilweisen Versorgung des Landes vereinbart. Sonderverträge für die Energielieferung wurden mit den Städten Waltershausen und Schweina, sowie mit den Elektrizitätswerken Eisenach und Georgenthal abgeschlossen. Die Stadt Ohrdruf verpachtete ihr Elektrizitätswerk der Gesellschaft auf dreißig Jahre; auch das Vertragsverhältnis mit der Stadt Gotha wurde in der Weise neu geregelt, daß die Stadt gegen gewisse Zugeständnisse auf das ihr zustehende Übernahmerecht bis zum 31. März 1945 verzichtete. Das Versorgungsgebiet der Thüringer E. L. G. umfaßt demzufolge die nördlich und südlich des Thüringer Waldes gelegenen Gebiete einschließlich der industriereichen Täler dieses Gebirgszuges und erstreckt sich von Gotha nach Westen bis Eisenach und nach Süden über Meiningen bis Suhl. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm Kommerzienrat Paul Mamroth; zu Vorstandsmitgliedern wurden die Direktoren Loebinger und Dr. Sabersky bestellt. Die Führung

des Unternehmens wurde der E. L. G. übertragen. Bei der Wahl der technischen Einrichtungen dieses Unternehmens mußte die eigenartige Lage des Versorgungsgebietes zu beiden Seiten eines verhältnismäßig hohen Gebirgszuges berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit, die elektrische Energie über ein allen Unbilden der Witterung ausgesetztes, im Winter zeitweise völlig unwegsames Gebiet zu übertragen, erforderte besondere Vorsichtsmaßnahmen. Zur Deckung des neu zu erwartenden Energiebedarfes und zur Entlastung der Kraftstation in Gotha wurde deshalb bei Altenbreitungen ein zweites großes Kraftwerk errichtet, dem seine Lage an der Werra und an der Eisenbahnlinie Eisenach—Meiningen ausreichende und billige Wasser- und Kohlenbeschaffung sichert. Eine Hochspannungsleitung verbindet es mit dem Kraftwerk in Gotha, das hauptsächlich zur Spitzendeckung und zur Stromlieferung im Falle einer Leitungsunterbrechung bestimmt ist.

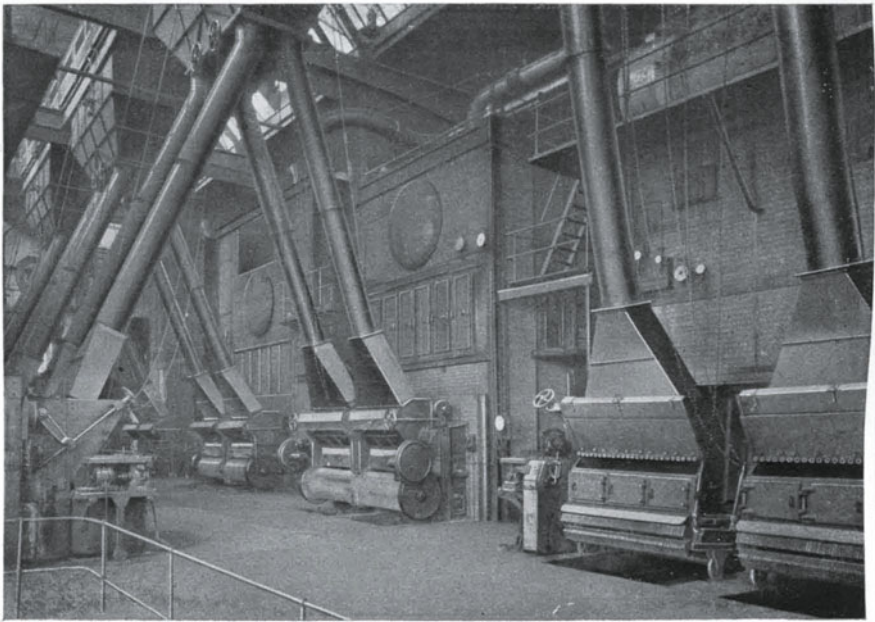
Die Verhandlungen, die zur Gründung der Th. E. L. G. geführt haben, sind insofern bemerkenswert, als hier zum ersten Male die höchste staatliche Verwaltungsstelle, das Ministerium des Herzogtums Gotha, als Vertragsgegner auftrat. Dies kennzeichnet deutlich die Wandlung, die hinsichtlich der Stellung der staatlichen Organe zur Elektrizitätspolitik inzwischen eingetreten war. Damit war zum ersten Male zum Ausdruck gebracht, daß die Elektrizitätsversorgung nicht mehr Sache der einzelnen Gemeinden oder Amtsbezirke sei, sondern daß der Staat als solcher bei dieser Frage entscheidend mitwirken wolle. Dies Verlangen, das nicht etwa auf die Thüringer Staaten beschränkt blieb, entsprang zunächst nicht so sehr den Forderungen der Allgemeinheit als der unaufhörlichen Bearbeitung der öffentlichen Meinung seitens bestimmter Interessentengruppen, die die Unternehmerfirmen beschuldigten, nach beherrschenden Monopolen zu streben und die öffentlichen Körperschaften und die Verbraucher als die Ausgebeuteten hinstellten. Die staatlichen Organe, die zwar überall diese Behauptungen für die große Mehrzahl der privaten Unternehmungen zurückweisen konnten,



Thür. E. L. G., Kraftwerk Breitung



Kraftwerk Breitung, Kohlenförderanlage



Kraftwerk Breitung, Kesselhaus

sahen sich gleichwohl, dem Druck der öffentlichen Meinung folgend, gezwungen, sich näher mit der Elektrizitätswirtschaft ihrer Länder zu befassen. Damit war dem ernststen Unternehmertum, soweit sich diese Eingriffe auf die Gestaltung der Verträge und auf die Regelung und Überwachung der Elektrizitätswirtschaft beschränkten, nur ein Dienst erwiesen, denn es war für seine Vertreter naturgemäß angenehmer und leichter, mit einer Zentralstelle, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes vertraut war, zu verhandeln und die Einzelheiten festzulegen, statt mit jedem Kreise oder Gemeinwesen langwierige Verhandlungen führen zu müssen.

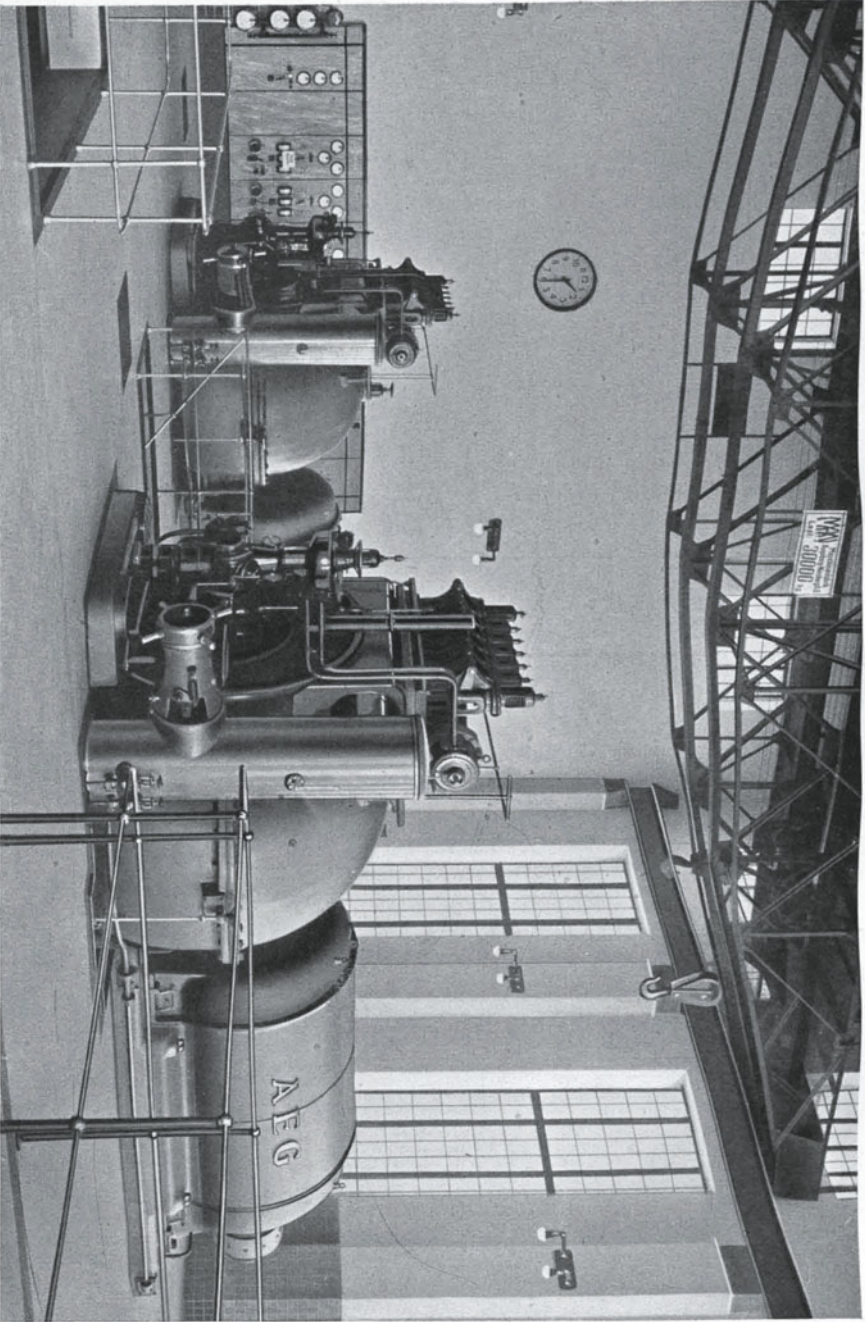
Die Regelung durch die einzelnen Staaten erfolgte in verschiedener Form. Während sich Gotha und Meiningen darauf beschränken konnten, nach dem einzigen vorliegenden Plan einheitliche Bedingungen zu vereinbaren, mußten andere Staaten auch der zukünftigen Gestaltung durch mehrere Unternehmer Rechnung tragen. Baden z. B. bestimmte nicht nur die Bedingungen für die Benutzung öffentlicher Wege, sondern setzte auch den Wortlaut zweier Normalverträge, eines Konzessionsvertrages und eines Stromlieferungsvertrages, fest, die künftighin bei allen Verhandlungen mit Gemeinden zugrunde gelegt werden sollten. Für die E. L. G. kamen diese Verträge, die den berechtigten Interessen der Unternehmer nicht in allen Teilen gerecht wurden, nur für einige wenige Ortschaften, die allmählich von dem Elektrizitätswerk Lahr versorgt wurden, in Betracht.

In Mecklenburg wurde das Land von dem Ministerium in zwei Teile zerlegt, von denen der östliche Teil der E. L. G. im Anschluß an das Rostocker Unternehmen zur Versorgung überlassen wurde. Hierbei wurde mit dem Ministerium der Wortlaut der Normalverträge, die für unmittelbare Stromverteilung oder für Stromlieferung im ganzen in Frage kommen, festgesetzt; außerdem wurde der E. L. G. aufgegeben, den ihr überlassenen Bezirk vollständig, d. h. unter Ausschluß aller Gemeinden, zu versorgen. Dabei wurde ihr gestattet, von den Versorgungsberechtigten gewisse Mindestgewährleistungen an Einnahmen zu verlangen.

Eine umfassende Regelung wurde auch in Bayern in die Wege geleitet. Dort hatte die Oberste Baubehörde für Wasserkraftausnutzung und Elektrizitätsversorgung im Ministerium des Innern einen Plan für die allgemeine Versorgung des Landes ausgearbeitet und das Land in eine Anzahl Bezirke geteilt, die einheitlich versorgt werden sollten. Dabei hatte das Ministerium in programmatischen Erklärungen seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Durchführung der einzelnen Unternehmungen aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Privatunternehmertum überlassen bleiben sollte. Die E. L. G. hatte in Bayern mit der oberfränkischen Stadt Marktredwitz bereits im Jahre 1911 einen Konzessionsvertrag abgeschlossen. Die Versorgung sollte zunächst von dem in der Stadt Eger in Böhmen, zu der die E. L. G. im Jahre zuvor in ein Vertragsverhältnis getreten war, errichteten Elektrizitätswerk aus erfolgen, weil dieses Kraftwerk billig mit Kohlen aus den nahegelegenen Gruben versorgt werden konnte. Eine 20 000-Volt-Leitung führte von Eger über die bayerische Stadt Waldsassen nach Marktredwitz; von dort aus sollten weitere Gemeinden an der Bahnlinie Marktredwitz – Hof angeschlossen werden. Diese Absicht wurde jedoch von der bayerischen Regierung zunächst nicht gutgeheißen; sie forderte vielmehr die E. L. G. auf, einen Vorschlag für die einheitliche Versorgung des ganzen Kreises Oberfranken auszuarbeiten und die Bedingungen mitzuteilen, unter denen dieser Plan von der E. L. G. zur Ausführung gebracht werden würde. Die hierüber gepflogenen Verhandlungen führten bereits Anfang August 1912 zu einer Einigung. Gemeinsam mit der bayerischen Regierung wurde der Wortlaut eines Konzessionsvertrages für die zu versorgenden Gemeinden aufgestellt und eine Vereinbarung über die Überlassung von Staatseigentum für die Leitungsführung getroffen. Von dem Staate wurde hierbei verlangt, daß den einzelnen Gemeinden das Recht eingeräumt werde, die in ihnen errichteten Ortsnetze vom 15. Betriebsjahre ab käuflich zu übernehmen; er selbst behielt sich die Möglichkeit in den Verträgen vor, das Gesamtunternehmen zu einem aus Sach- und Geschäftswert zusammengesetzten Preise zu erwerben.



Kraftwerk Arzberg



Kraftwerk Arzberg, Dampfturbinen

Da sich die befreundeten Firmen: Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M., sowie die Elektrobank, Zürich, für dieses Unternehmen interessierten, wurde in einer im September 1912 stattgefundenen Besprechung die Gründung einer besonderen Aktiengesellschaft, der „Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft“, beschlossen, an der die E. L. G. mit der Hälfte, Lahmeyer und Elektrobank je mit einem Viertel beteiligt sein sollten. Die Führung sollte der E. L. G. verbleiben. Die E. L. G. förderte die Vorarbeiten für das Unternehmen, begann mit dem Bau einer Kraftstation bei dem Orte Arzberg und der Errichtung der Leitungsnetze, so daß, als die Gründung der Gesellschaft am 3. Januar 1914 erfolgte, schon ein umfangreiches Arbeitsgebiet vorlag, insbesondere, da die E. L. G. dem neuen Unternehmen die ihr gehörigen Anlagen auf bayerischem Gebiet in Waldsassen und Marktredwitz käuflich überließ. Es wurden ferner die Elektrizitätswerke Arzberg, Oberkotzau, sowie das kleine Überlandwerk Altenkundstadt erworben und mit einer großen Anzahl Gemeinden die mit der bayerischen Regierung vereinbarten Konzessionsverträge abgeschlossen. Mitten in den Ausbauarbeiten wurde das Unternehmen durch den Krieg überrascht, der seine Entwicklung erheblich gehemmt hat.

Im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Staaten, in denen sich schon ganz bestimmte Grundsätze für die Elektrizitätsversorgung herausgebildet hatten, waren in Preußen die maßgebenden Ministerien noch zu keiner einheitlichen Auffassung bezüglich der staatlichen Elektrizitätspolitik gelangt. Die Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung, insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, waren zu verschiedenartig, als daß man sich angesichts der noch ungeklärten Richtung der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung nach einer Seite hin festlegen wollte. Die Kreise erhielten daher im großen und ganzen freie Hand und strebten den verschiedenartigsten Lösungen zu. Zum Teil hatten sie, wie in Pommern, den Bau und Betrieb der Anlagen selbst in die Hand

genommen, zum Teil, wie in Mittelschlesien und im Westen Deutschlands (Kreuznach, Saarlouis), zwar die zum Bau der Anlagen erforderlichen Gelder zur Verfügung gestellt, den Betrieb aber an Privatunternehmer verpachtet. In dem Landstrich zwischen Frankfurt am Main und Bonn wurden unter Führung der Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co. Verträge mit den Kreisen Höchst, Wiesbaden, Unter- und Ober-Taunus, Limburg, Unterlahn und St. Goarshausen vereinbart und zu deren Ausführung im Jahre 1910 die „Mainkraftwerke Aktiengesellschaft“, zunächst mit einem Kapital von zwei Millionen Mark, errichtet. In Höchst am Main wurde ein Kraftwerk erbaut, ferner eine Anzahl kleinerer Elektrizitätswerke im Versorgungsgebiet, darunter auch das der Stadt Limburg, erworben. Gelegentlich einer im Jahre 1912 erfolgten Kapitalserhöhung beteiligte sich die E. L. G. an der Übernahme der neuen Aktien und erhielt in den Herren Kommerzienrat Mamroth und Direktor Loebinger Vertretung im Aufsichtsrat. Die Führung des Unternehmens blieb unter dem Vorsitz des Herrn Professor Salomon bei der Lahmeyer-Gesellschaft.

Andere Kreise prüften weiter die verschiedenen Möglichkeiten. So harrete der Landstrich zwischen Kassel und Frankfurt am Main noch der Elektrizitätsversorgung. Schon damals wurden seitens der preußischen Regierung Pläne erörtert, die eine Verbindung der Weser-Wasserkräfte mit den bei der Main-Korrektion bei Aschaffenburg zu erschließenden Energiequellen zum Ziele hatten, um so geeignete Erzeugungsstellen für die Elektrizitätsversorgung dieses Landstriches zu erhalten. Die Kreise neigten bei dieser Aussicht auf eine günstige Lösung der Strombeschaffungsfrage dazu, die Elektrizitätsversorgung selbst zu übernehmen, verhandelten aber dennoch mit der A. E. G. bzw. E. L. G. über ihre Mitwirkung. Mittlerweile hatte eine Vereinigung von Kasseler und Frankfurter Bankmännern zusammen mit einigen anderen Interessenten mit der inmitten des Gebietes liegenden Stadt Fulda einen Konzessionsvertrag vereinbart; sie beabsichtigte, ein in der Nähe gelegenes Braun-

kohlenwerk bei Ostheim zu erwerben und dort ein Kraftwerk für Fernversorgung zu errichten. Zwecks Beteiligung an diesem Unternehmen wurden Verhandlungen mit der E. L. G. angeknüpft, die zunächst zur Übernahme des Vertrages mit der Stadt Fulda führten. Mit Rücksicht auf die besonderen Bedingungen dieses Vertrages wurde eine eigene Aktiengesellschaft: „Elektrizitätswerk Fulda A.-G.“ errichtet, deren Aktienmehrheit von der E. L. G. übernommen wurde, während ein geringer Teil in den Händen der früheren Beteiligten blieb. Es war in Aussicht genommen, von Fulda aus als Stützpunkt die Verhandlungen über die Elektrizitätsversorgung des Kreises weiterzuführen und späterhin die Anlagen in Fulda in die allgemeine Versorgung einzubeziehen. Es wurde daher in der Stadt auch nur ein als Aushilfe zu betrachtendes Kraftwerk errichtet, das in der kurzen Zeit von sechs Monaten fertiggestellt wurde, so daß die Stromlieferung in Fulda bereits im Oktober 1912 aufgenommen werden konnte. Die Maschinenanlage war insofern bemerkenswert, als zum ersten Male in einem öffentlichen Elektrizitätswerk die größten Lokomobiltypen in unmittelbarer Kupplung mit Drehstromdynamos verwendet wurden, die sich späterhin im Betriebe bewährt haben. Die eingehenden Untersuchungen des Ostheimer Kohlenfeldes hatten inzwischen zu der Überzeugung geführt, daß dort die für ein größeres Kraftwerk notwendigen Kohlenmengen kaum in wirtschaftlicher Weise gewonnen werden könnten.

Mit dem Kreise selbst wurden verschiedene Vorschläge über die Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung, insbesondere auf der Grundlage eines Pachtvertrages, erörtert, bis der Krieg alle Aussichten auf Verwirklichung der Pläne zunichte machte.

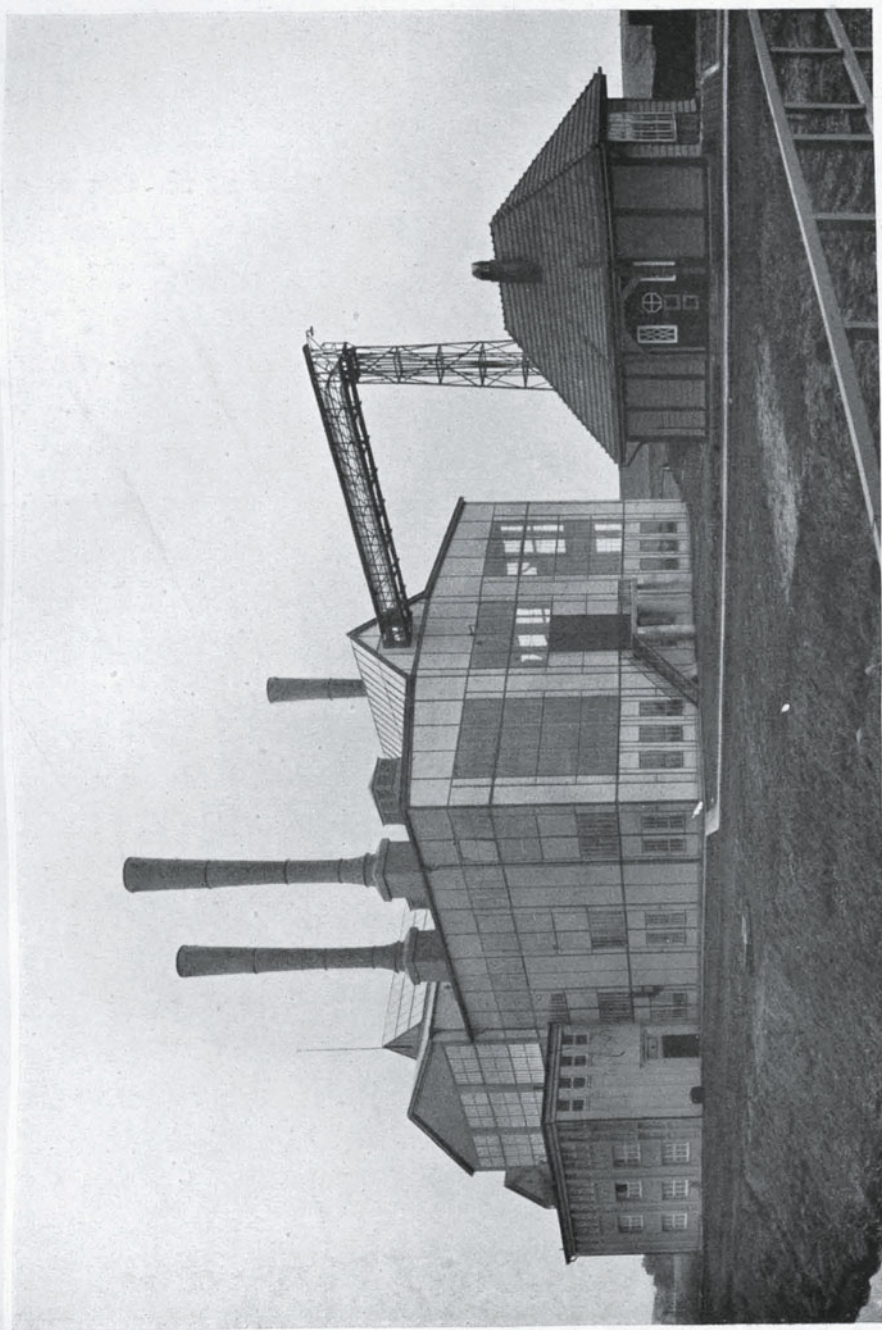
Im Gegensatz hierzu führten Beratungen mit den Kreisen des Wesertals schneller zu einem Ergebnis. Der Kreis Hameln hatte sich schon längere Zeit mit der Frage der Elektrizitätsversorgung beschäftigt. Die zuerst verfolgte Absicht, mit der Stadt Hameln zusammen ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu errichten, scheiterte an den gegensätzlichen Interessen zwischen Stadt und

Land. Die Kreisverwaltung bemühte sich daher, einen Privatunternehmer zu gewinnen, hatte auch bereits Verhandlungen nach einer Seite hin angeknüpft, die jedoch nicht zum Ziele führten. Der Landrat des Kreises wandte sich nunmehr an die A. E. G., und in kurzer Zeit waren unter der Führung der E. L. G. Verträge mit den Kreisen Hameln, Grafschaft Schaumburg und Holzminden, sowie ein Stromlieferungsvertrag mit der Stadt Hameln abgeschlossen. Das Unternehmen, das unmittelbar von der E. L. G. durchgeführt werden sollte, erhielt den Namen: „E l e k t r i c i t ä t s w e r k W e s e r t a l“. In der Nähe von Hameln, am Weser-Kanal, bei dem Ort Afferde, wurde ein Kraftwerk errichtet und mit dem Ausbau der Netze begonnen.

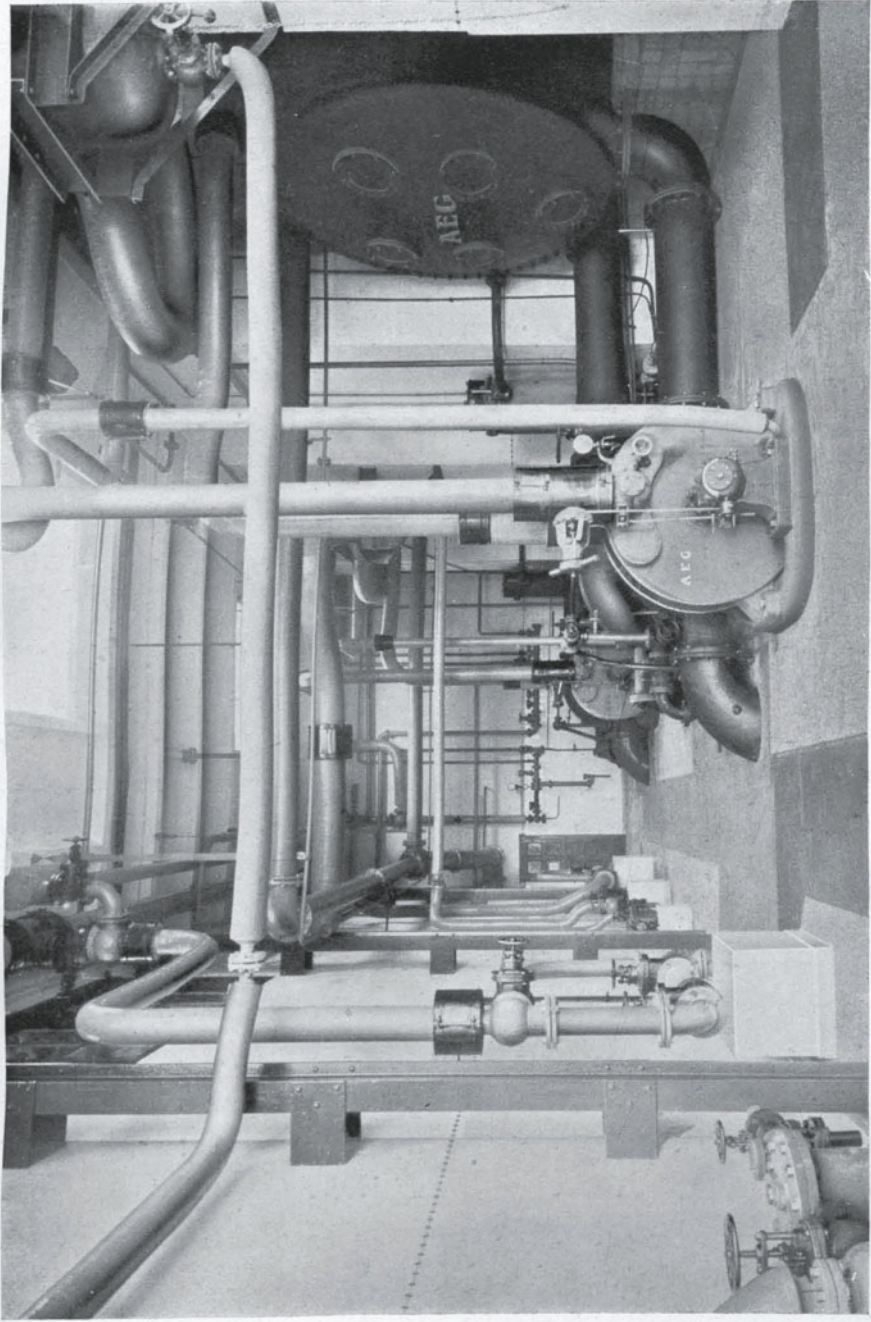
Neben den neuen Unternehmungen, die in dieser Zeit der E. L. G. angegliedert wurden, ist die Errichtung einer Tochtergesellschaft der E. L. G. in Österreich erwähnenswert, die weniger als eine Neugründung, denn als eine Umwandlung anzusehen ist. Für den Betrieb der österreichischen Unternehmungen wurde nämlich eine besondere G. m. b. H.: „E. L. G. - Ö s t e r r e i c h i s c h e E l e k t r i c i t ä t s - W e r k e G. m. b. H.“ mit dem Sitz in Eger und mit einem Kapital von 1 Million Mark errichtet. Mit Rücksicht auf den vergrößerten Umfang der Geschäfte in Österreich erschien eine mit größeren Mitteln ausgestattete und den Zweck der Gesellschaft bereits im Namen zum Ausdruck bringende Umwandlung angebracht. Der neuen Gesellschaft wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1913 ab alle in Böhmen gelegenen eigenen, sowie in der Form der Pachtung betriebenen Unternehmungen der E. L. G. zugewiesen.

Der große Zuwachs an bedeutungsvollen Unternehmungen und Beteiligungen, den das Jahr 1912 der E. L. G. gebracht hatte, vergrößerte naturgemäß ihren Geldbedarf beträchtlich; es wurde daher das Grundkapital um 10 Millionen auf 30 Millionen Mark erhöht.

Das Jahr 1912 stellt einen Höhepunkt in der bisherigen Entwicklung der E. L. G. dar. Nie zuvor hatte innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes die Übernahme so vieler und so umfangreicher Unternehmungen stattgefunden, und obwohl sich noch zahlreiche



E. W. Wesertal, Kraftwerk Afferde



E. W. Wesertal, Kondensationsanlage im Kraftwerk Afferde

Möglichkeiten ähnlicher Art darboten, beschränkte sich die E. L. G. in den beiden folgenden Jahren in der Hauptsache darauf, den Ausbau und die Entwicklung der neuen Versorgungsgebiete zu fördern. Lediglich die Pachtungen Rostock (im Jahre 1913) und Linden (im Jahre 1914) wurden als neue Geschäfte aufgenommen. — Überall zeigte sich ein reger Fortschritt auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung. Die begonnenen Unternehmungen konnten kaum so rasch ausgebaut werden, als es dem Wunsche der Interessenten entsprach. Landwirtschaft und Kleingewerbe waren sichere und fast unbestrittene Abnehmer geworden. Auch die Großindustrie ließ sich immer williger von den erheblichen Vorteilen überzeugen, die in der Zusammenfassung der Krafterzeugung und ihrer Verteilung durch die Elektrizitätswerke liegen. Kaum waren die Kraftwerke errichtet und dem Betrieb übergeben, als sich schon überall Knappheit an Betriebsmitteln bemerkbar machte und umfangreiche Erweiterungen notwendig wurden. Großzügige neue Pläne wurden erwogen und nach allen Richtungen durchberaten; neue, weitreichende Verbindungen und Zusammenfassungen geplant. Seitens der Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft waren Verhandlungen im Gange, die die Errichtung einer Hochspannungsleitung durch das Kaligebiet bis nach dem Kreise Fulda zum Ziele hatten. — In Baden erwog man den Anschluß des Elektrizitätswerks Lahr an das Kraftwerk Laufenburg, und gemeinsam mit der Stadt die Bildung einer gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung, in die das Gaswerk, das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn eingebracht werden sollten. In Bayern wurde über die Ausdehnung des Versorgungsgebietes der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft verhandelt. Im Norden wurden Pläne über die Elektrizitätsversorgung von ganz Schleswig-Holstein erwogen, ebenso die Erbauung weitreichender Leitungsnetze in Ostpreußen im Anschluß an das Königsberger Unternehmen. Das Elektrizitätswerk Linden, für dessen Pachtung eben erst der Vertrag abgeschlossen war, sollte durch eine Fernleitung mit dem Elektrizitätswerk Wesertal verbunden werden, wogegen jedoch der preußische

Staat Einspruch erhob, der schon damals die Errichtung eines Großkraftwerkes in der Nähe von Hannover plante. Über die Versorgung der Kreise Jerichow und Zauch-Belzig, im Anschluß an das Elektrizitätswerk Brandenburg, wurde verhandelt. Auch tauchten schon weitreichende Pläne über die Elektrisierung der Berliner Stadtbahn auf, für die der Staat ein großes Kraftwerk in der Nähe von Bitterfeld bauen sollte, das auch für die Stadt Brandenburg und Umgebung als Stromquelle in Betracht gezogen wurde.

So herrschte überall auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft eifrige Tätigkeit und reges Leben. In lebhafter Entwicklung wuchsen die Elektrizitätsunternehmungen zu machtvollen Wirtschaftsgebilden heran und brachten die Segnungen der Elektrizität in die Wohnung des Arbeiters, in die Scheune des Landmanns, in die Werkstatt des Handwerkers, in die Hallen des Großgewerbes. In dem friedlichen Wettkampf auf diesem Felde des Wirtschafts- und Kulturlebens stand die E. L. G., von weitblickenden, erfahrenen und besonnenen Führern geleitet, stets in vorderster Linie und ließ nicht ab, ihre wirtschaftliche und technische Rüstung zu ergänzen und zu erneuern. Sichere Aussichten auf weitere Vergrößerung ihres Wirkungskreises eröffneten sich, neue Beziehungen wurden angebahnt und neue Fäden angesponnen, die die Maschen der Elektrizitätsversorgung immer enger ziehen sollten. — Da brach der Krieg aus, und mit einem Schlage zerriß er all diese Fäden und rüttelte wie ein verheerender Sturmwind an dem Bau der deutschen Elektrizitätswirtschaft, daß er bis in seine Grundmauern erzitterte und nur mit Aufbietung aller Kräfte vor dauerndem Schaden bewahrt werden konnte.

1914-1922

KRIEGSFOLGEN

Der Krieg brachte zunächst eine vollständige Stockung auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung. Die sofortige Einberufung gerade der leistungsfähigsten Kräfte aus den Betrieben und Bauabteilungen forderte stärkste Einschränkung und gebot, der Aufrechterhaltung der Betriebe alle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Um die Angehörigen ihrer Beamten, die dem Rufe des Vaterlandes folgten, vor Not zu schützen, wurden von der E. L. G. alsbald Fürsorgeeinrichtungen getroffen, die mit der Dauer des Krieges weiter ausgebaut wurden. Die Weiterarbeit an den begonnenen Neuanlagen mußte fast ganz eingestellt werden; ihre Durchführung wurde nur soweit in Aussicht genommen, als sie zur Verhütung von wirtschaftlichen und technischen Schäden nötig war. Der Stromverbrauch ging bedeutend zurück, insbesondere, weil die Großbetriebe durch die Einziehung von Arbeitskräften und den Rückgang an Aufträgen zunächst weitgehende Einschränkungen vornahmen, und weil zahlreiche Kleingewerbetreibende infolge Einberufung ihre Betriebe völlig stillsetzen mußten; auch wurde in vielen Familien, deren Ernährer ins Feld gezogen waren, äußerste Sparsamkeit bei der Beleuchtung geübt.

Während sich aber in dieser Hinsicht bereits im Laufe der letzten Monate des Jahres 1914 ein Umschwung bemerkbar machte, indem die beginnende Umstellung auf die Kriegswirtschaft eine erhöhte Inanspruchnahme der Elektrizitätswerke verursachte, stellten sich neue Schäden und Gefahren für die Aufrechterhaltung der Betriebe ein. In erster Linie galt es, den Anforderungen der Kriegsbehörden nach Ablieferung der verfügbaren Kupferbestände zu entsprechen. Die E. L. G. hat sich, in vollem Verständnis für die Lage des Vaterlandes, dieser Notwendigkeit nicht verschlossen und in weitem

Umfange aus allen Betrieben die vorhandenen Kupferbestände ausgeliefert und allmählich auf zahlreichen Strecken die Kupferleitungen durch andere Baustoffe, namentlich Eisen, ersetzt.

Zu diesen drückenden Schwierigkeiten trat im Jahre 1915 ein für die E. L. G. besonders trauriges Ereignis, der Tod ihres Gründers und langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden, des Geheimen Baurats Dr. phil. und Dr.-Ing. h. c. Emil Rathenau. Mit seherischem Blick die Entwicklungsmöglichkeiten der Elektrizitätsversorgung voraussehend, hat er nicht nur die Errichtung der E. L. G. in die Wege geleitet, sondern auch ihre Entwicklung mit größter Anteilnahme allezeit begleitet und durch manchen scharfsinnigen Hinweis und klugen Rat ihr Emporblühen begünstigt. In aufrichtiger Trauer stand die E. L. G. an der Bahre dieses großen Mannes, dessen Fehlen gerade in der schwersten Kriegszeit von ihr als sehr schmerzlich empfunden wurde.

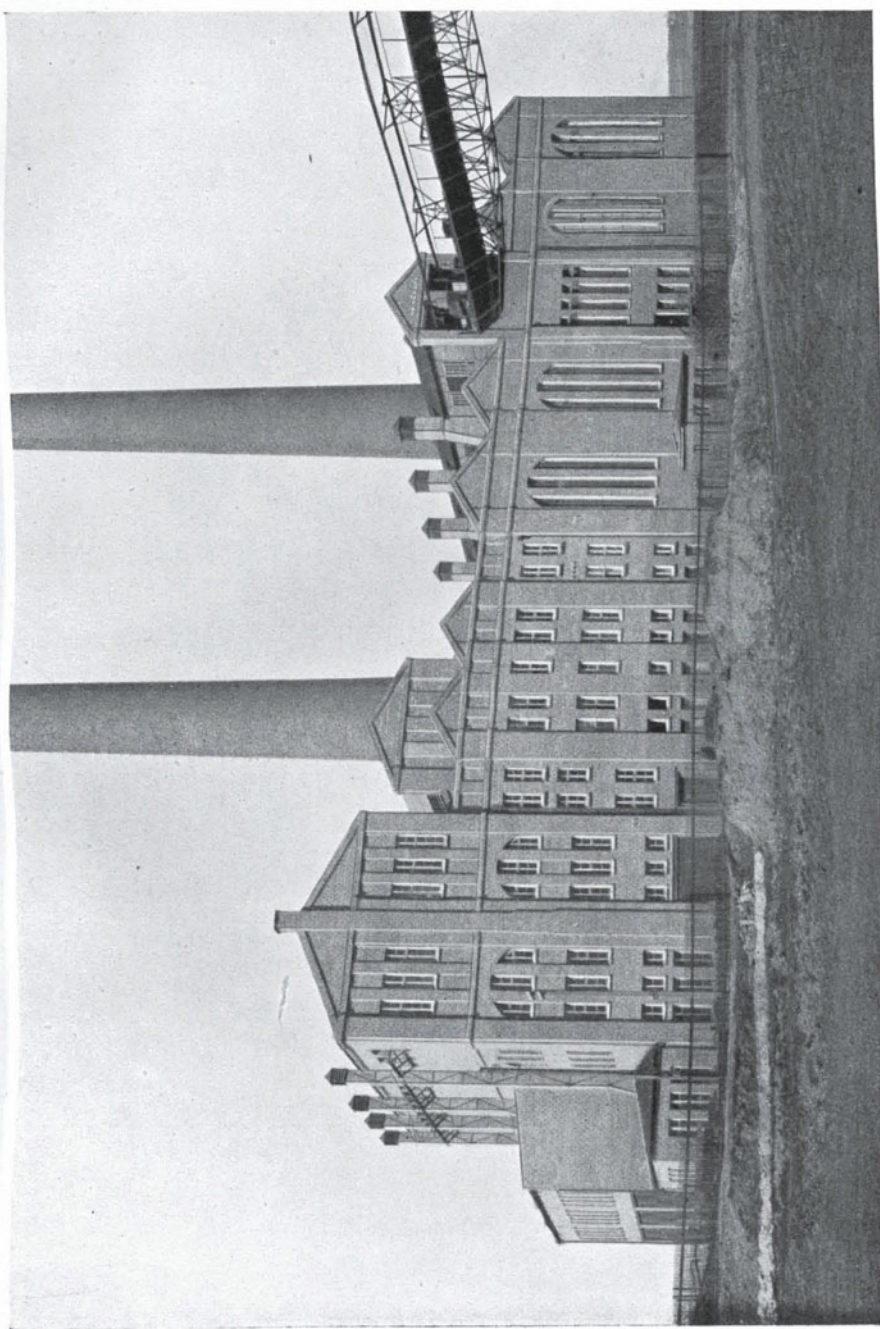
Allmählich gelang es, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen, und alsbald trat die E. L. G. dem Ausbau der jüngeren Unternehmungen wieder näher. Bei der Thüringer E. L. G. wurden nicht nur zahlreiche neue Ortschaften angeschlossen, sondern auch der Bau der Fernbahn nach Friedrichroda soweit als möglich gefördert. Im Gebiete des Überlandwerks Rostock wurden die Leitungsnetze weiter ausgedehnt; ebenso wurden durch das Saarbrücker Unternehmen neuen Ortschaften die Vorteile der Elektrizitätsversorgung zugeführt. Die Bayerische E. L. G. setzte den Ausbau ihrer Fernleitungen und den Anschluß neuer Ortschaften fort. In Brandenburg wurde die Kesselanlage des Kraftwerkes erweitert und der benachbarte Ort Plaue mittels eines Zinkkabels angeschlossen. Bald zeigten sich neue große Schwierigkeiten infolge des immer fühlbarer werdenden Mangels an geeigneten Brennstoffen. War die E. L. G. auch zunächst in der Lage, die zuerst auftretende Knappheit infolge der Zusammenfassung der Verwaltung ihrer zahlreichen Betriebe auszugleichen, so mußte sie doch bald, gleich allen anderen Elektrizitätsunternehmungen Deutschlands, die volle Schärfe des Kohlenmangels fühlen. Weitgehende Einschränkungen mußten vorgenommen werden,

und nur durch die Unterstützung, die den auswärtigen Betrieben durch die unmittelbaren Beziehungen der E. L. G. zu den zuständigen Reichsstellen in Berlin zuteil wurde, gelang es mit Mühe, völlige Betriebseinstellungen in der schwersten Zeit zu vermeiden. Daneben beteiligte sich die E. L. G. tatkräftig an den Versuchen, die die Einführung minderwertiger Brennstoffe zum Ziele hatten. In zahlreichen Kraftwerken wurden Umänderungen der Roste vorgenommen, Feuerbrücken, Unterwindgebläse eingeführt und nichts unterlassen, was die große Brennstoffnot zu mildern geeignet war.

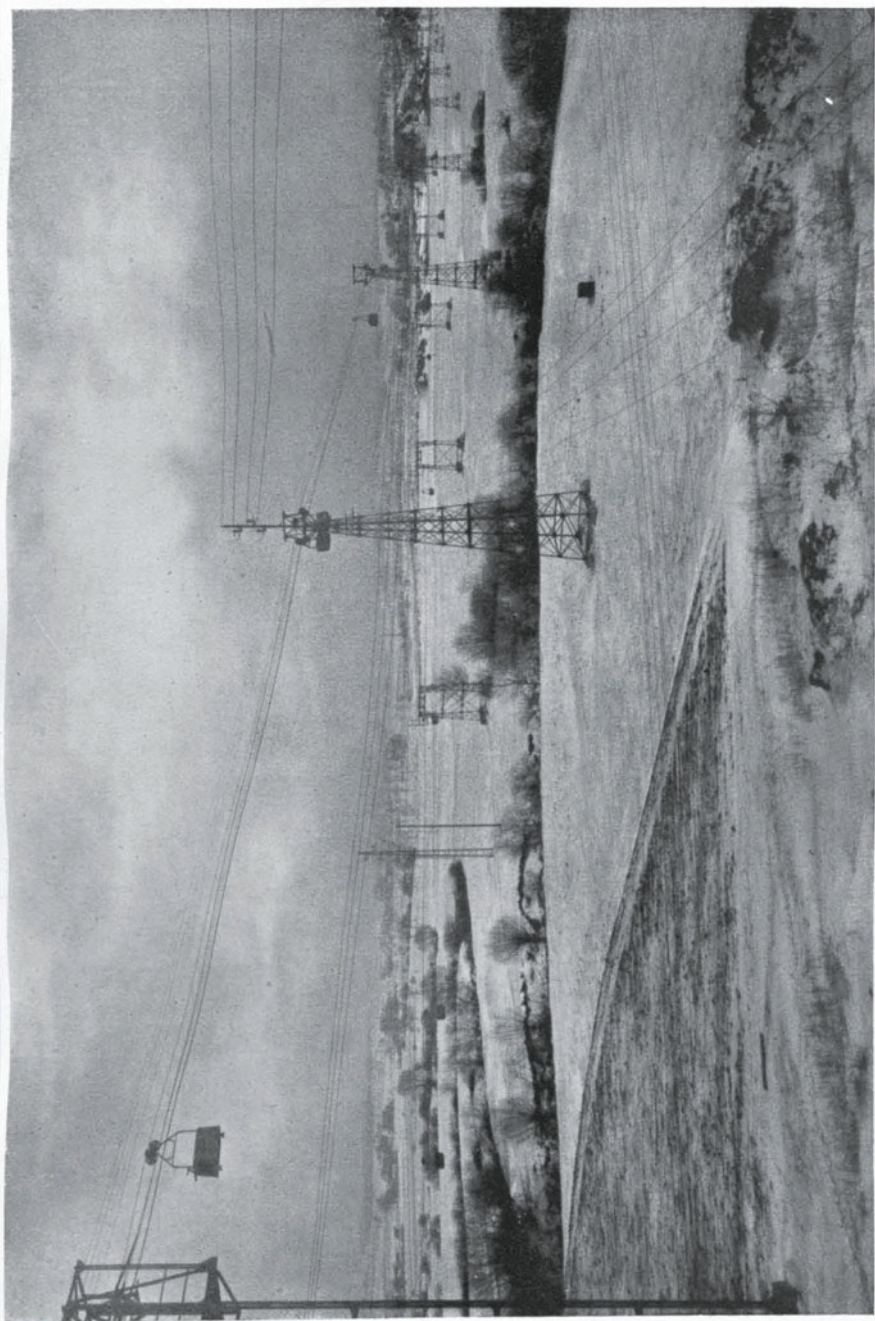
Schon in den ersten Jahren des Krieges hatten sich seine wirtschaftlichen Auswirkungen in einem Ansteigen aller Ausgaben bemerkbar gemacht. Während städtische Unternehmungen nicht zögerten, hieraus sofort die notwendigen Folgerungen in Gestalt erhöhter Strompreise zu ziehen, hat es die E. L. G. zunächst als ihre Pflicht betrachtet, solange als möglich von Strompreiserhöhungen abzu-
sehen und mit den bisherigen Preisen auszukommen. Erst als einzelne ihrer Unternehmungen in ihrem Ertrag so zurückgingen, daß ihr wirtschaftlicher Bestand gefährdet war, hat auch die E. L. G., dem Zwang der Not und ihrer Pflicht gehorchend, Verhandlungen mit ihren Abnehmern angeknüpft, die die unbedingt notwendige Erhöhung der Strompreise zum Ziele hatten. Vielfach gelang es, auf Grund des guten Einverständnisses zwischen der E. L. G. und ihren Vertragsgegnern, auf dem Wege der Verhandlung, gestützt auf die einsichtsvolle Beurteilung maßgeblicher Persönlichkeiten, die Erhöhung durchzusetzen, bis auf einzelne Gemeinden und Stromabnehmer, die der Meinung waren, aus der Not der Stromlieferungsgesellschaften unbedenklich für sich Vorteile ziehen zu können. Erst die Verordnung vom 1. Februar 1919 hat hierin Wandel geschaffen; sie war eine unabweisbare Notwendigkeit, um die deutsche Elektrizitätswirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten und so die Volkswirtschaft vor einem nicht wieder gut zu machenden Schaden zu bewahren.

Heftiger als durch alle angedeuteten Schwierigkeiten wurde der Bau der E. L. G. durch die auf Verstaatlichung der Elektrizitätswirt-

schaft hinzielende Strömung der öffentlichen Elektrizitätspolitik gefährdet, die im Laufe des Krieges immer mehr an Stärke gewann und nach seiner Beendigung, den Rahmen wirtschaftlicher Erörterung verlassend, die Privatunternehmungen besonders bedrohte. Bereits in den ersten Jahren des Krieges wurde es offenbar, daß sich das Reich mit Plänen beschäftigte, die auf eine stärkere Inanspruchnahme der Erträge der Elektrizitätsversorgung für die Zwecke des Reiches hinzielten, sei es durch Besteuerung, sei es durch Monopolisierung der Elektrizitätswirtschaft. Das allmähliche Bekanntwerden dieser Pläne mag die öffentlichen Verbände, die Staaten, Provinzen, Kreise und Gemeinden zu rascherer Ausführung ihrer Absichten auf Übernahme der Elektrizitätsversorgung gedrängt haben, von der sie sich nach wie vor, trotz der im Kriege aufgetauchten Schwierigkeiten, eine wesentliche Verbesserung ihrer Geldwirtschaft versprochen. Der sächsische Staat ging in dieser Richtung voran. Schon vor dem Kriege hatte sich ein „Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens“ gebildet, zum Zwecke „der Förderung der gemeinsamen Interessen gegenüber den entstehenden und vorhandenen Überlandzentralen und den Monopolisierungsbestrebungen in der elektrotechnischen Industrie“ und mit dem weiteren Ziele „einer Stromversorgung des Landes durch den Staat oder mit dem Staat“. Der Verband hatte die ausgesprochene Absicht, auch die bestehenden Privatunternehmungen des Landes unter seinen Einfluß zu bringen. Er fand zunächst die Förderung der Staatsregierung, bis diese im Jahre 1916 zu der Überzeugung gelangte, „daß ein Gemeindeverband auf die Dauer nicht in der Lage sein werde, bei der Versorgung des ganzen Landes mit Elektrizität die Interessen der Allgemeinheit in dem erforderlichen Maße wahrzunehmen, daß vielmehr zur Erreichung dieses Zweckes ein tätiges Eingreifen des Staates selbst unerläßlich sei“. Auf Grund dieser Überzeugung beschloß die Regierung, die Elektrizitätsversorgung des Landes selbst in die Hand zu nehmen und knüpfte zur Einleitung der staatlichen Elektrizitätsversorgungs Verhandlungen mit der E. L. G.



Elektrizitätswerke Oberlausitz, Kraftwerk Hirschfelde



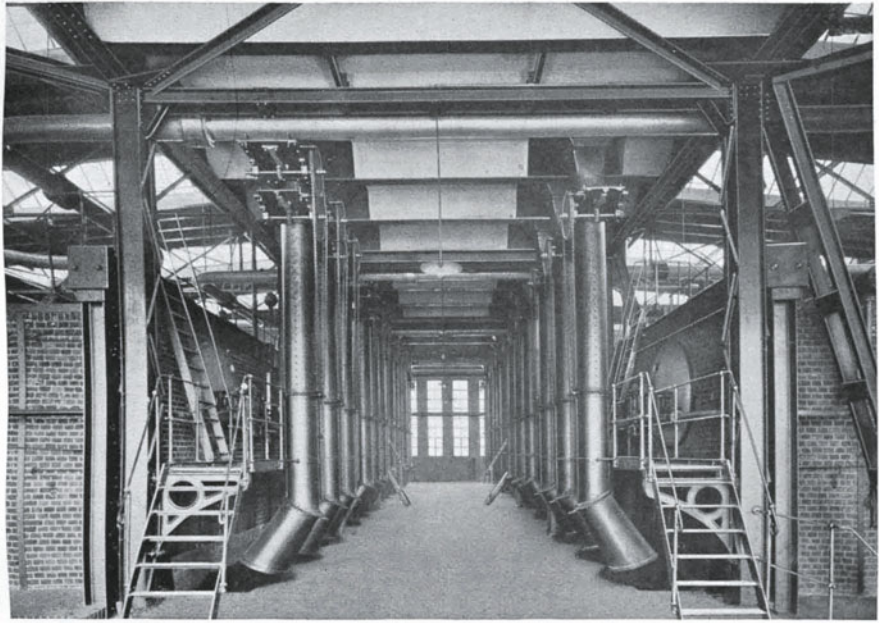
Seilbahn für die Kohlenzufuhr von der Grube nach dem Kraftwerk Hirschfelde

an, die zunächst auf den Ankauf des Kraftwerkes Hirschfelde hielten, in dessen Nähe der sächsische Staat bereits umfangreiche Braunkohlenfelder erworben hatte und das zur Hauptkraftquelle des östlichen Sachsens ausgebaut werden sollte. Die Übernahme der Leitungen zur Stromverteilung sollte zunächst nicht in Frage kommen, vielmehr einem späteren Zeitpunkt vorbehalten werden, doch führten die Verhandlungen im Landtag schließlich dazu, daß die Regierung auch den Ankauf der auf sächsischem Gebiet liegenden Leitungs- und Verteilungsanlagen verlangte. Nur schwer entschloß sich die E. L. G., in den Verkauf zu willigen, und so ging am 1. Juli 1917 dieses Unternehmen, das sich aus den kleinsten Anfängen heraus zu einem beherrschenden Wirtschaftsfaktor und zu einem der bedeutendsten Überlandwerke Ost-Sachsens entwickelt hatte, in den Besitz des Staates über. Die auf böhmischem Gebiet liegenden Anlagen blieben im Besitz der E. L. G. bzw. ihrer österreichischen Tochtergesellschaft; für ihre Stromversorgung wurde mit dem sächsischen Staat ein besonderer Vertrag abgeschlossen.

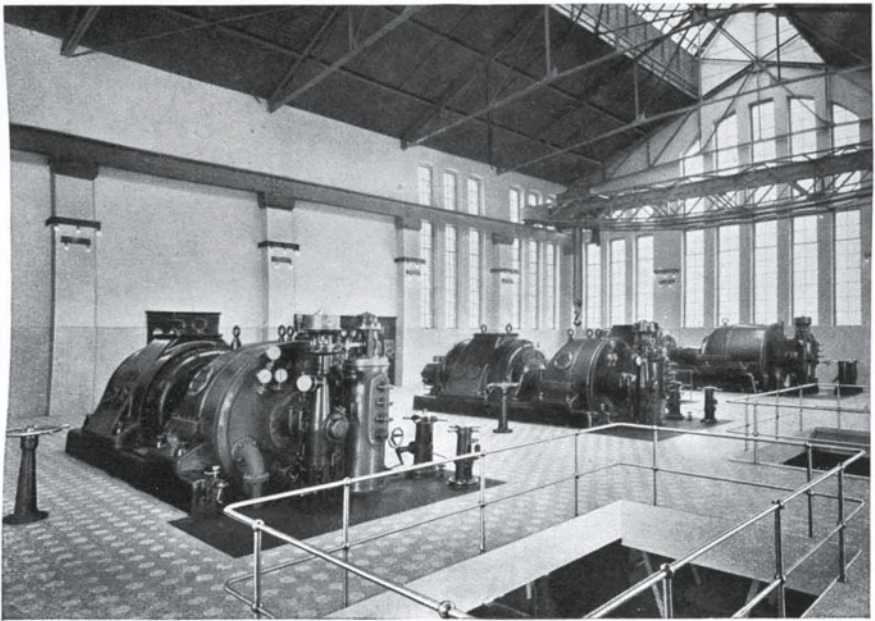
Während so in Sachsen der Staat selbst die Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung übernahm, war es bei einem anderen ausgedehnten Unternehmen die Provinz, die sich künftig mit dieser Aufgabe befassen wollte. Nicht unbeeinflusst durch den Rückkauf der Berliner Elektrizitäts-Werke seitens der Stadt Berlin, hatte die Provinz Brandenburg im Jahre 1915 Verhandlungen über den Erwerb des Märkischen Elektrizitäts-Werkes angeknüpft. Eine völlige Übernahme kam einstweilen nicht in Frage, sie begnügte sich vielmehr zunächst mit dem Besitz der Aktienmehrheit und erwarb im Mai 1916 sieben Millionen des zwölf Millionen Mark betragenden Aktienkapitals. Da auch zur Bedingung gemacht worden war, daß die Berliner Vororts-Elektrizitäts-Werke in das Provinzunternehmen einbezogen würden, wurden die Anteile dieser Gesellschaft dem M. E. W. überlassen. Das Unternehmen wurde zunächst in gemischt-wirtschaftlicher Form weiterbetrieben, bis nach Beendigung des Krieges auch der restliche Teil der Aktien in den Besitz der Provinz überging.

Angesichts solcher Beispiele ist es nicht verwunderlich, daß auch manche Gemeinden, der herrschenden Zeitströmung folgend, sich in den Besitz der innerhalb ihres Weichbildes gelegenen Elektrizitätsanlagen zu setzen strebten, zumal ihnen die käufliche Übernahme auf Grund der vereinbarten Verträge frei stand. Sie glaubten, von dem Privatunternehmertum genügend gelernt zu haben, um die Werke mit Vorteil für sich selbst betreiben zu können. Bei einigen weiteren kleineren Unternehmungen lohnte sich infolge der durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten die Aufrechterhaltung der eigenen Betriebe nicht mehr. Mitten in den Bezirken fremder Überlandzentralen gelegen, konnte der Betrieb wesentlich vereinfacht und verbilligt werden, wenn sie an diese angeschlossen und durch sie verwaltet wurden. Die E. L. G. hat sich diesen Erwägungen im Interesse ihrer Unternehmungen nicht verschlossen, wenn derartige Anträge an sie gestellt wurden, und hat sie den betreffenden Überlandzentralen oder Gemeinden käuflich überlassen. — Inzwischen hatte der sächsische Staat die Gemeinden des Elbtal-Elektrizitäts-Verbandes veranlaßt, von ihrem vertraglichen Recht zur Übernahme der noch im Besitz der E. L. G. befindlichen Aktien Gebrauch zu machen, in der Absicht, dann das gesamte Aktienkapital des Unternehmens von dem Gemeindeverband selbst zu erwerben und so einen weiteren großen Teil Sachsens in die staatliche Versorgung einzubeziehen.

Die politische Umwälzung in Deutschland nach Beendigung des Krieges gebar das Schlagwort von der Vollsozialisierung der kapitalistischen Unternehmungen, als deren erstes Opfer die Elektrizitätswirtschaft in zahllosen Reden, Zeitungsaufsätzen und sonstigen Veröffentlichungen in Aussicht genommen wurde. Alle Warnungen erfahrener Sachverständiger wurden in den Wind geschlagen, die nachdrücklichsten Vorstellungen der berufenen Fachvereinigungen blieben ungehört: die Elektrizitätswirtschaft erschien als derjenige Wirtschaftszweig, dessen Sozialisierung am leichtesten durchzuführen war, und so entstand Ende 1919 das Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, das dem Reich die Handhabe



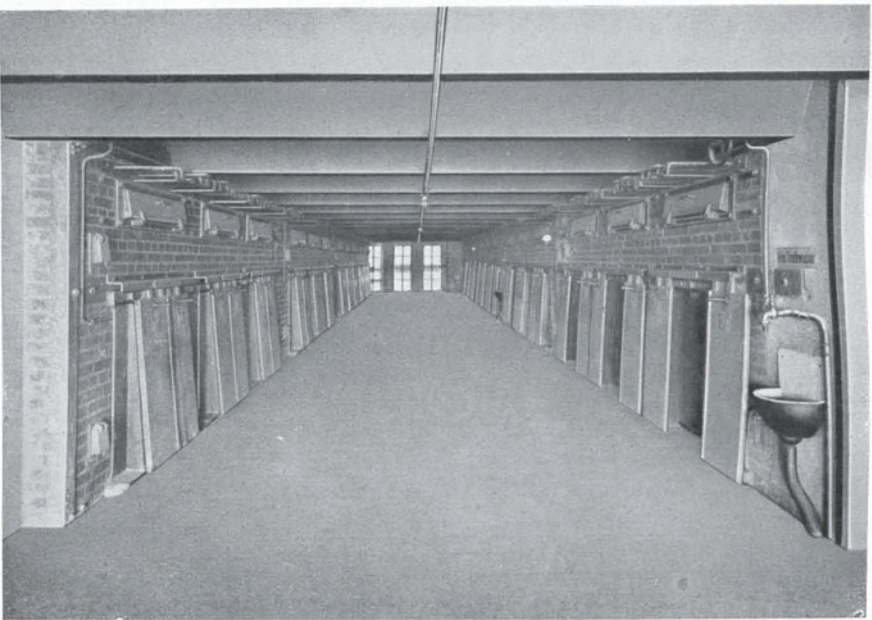
Kraftwerk Hirschfelde, Kesselhaus



Kraftwerk Hirschfelde, Dampfturbinen



Kraftwerk Hirschfelde, Kohlentransportband



Kraftwerk Hirschfelde, Schürraum

geben sollte, die größeren Elektrizitätswerke in seinen Besitz überzuführen. Dies Gesetz stellte das private Unternehmertum, und damit auch die E. L. G., vor eine neue, ungünstig veränderte Sachlage. Es kann daher nicht verwundern, daß sich die E. L. G. dem unaufhörlichen Drängen öffentlicher Körperschaften nach Übernahme der in ihrem Einflußbereich betriebenen Elektrizitätsversorgungen weniger unzugänglich zeigte und manchen Angeboten von öffentlicher Seite nähertrat. So veräußerte sie mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab ihren Besitz an Aktien des Königsberger Unternehmens an die Stadt Königsberg.

Gleichzeitig setzte der sächsische Staat seine schon früher begonnenen Bemühungen, an der Sächsischen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft eine Beteiligung zu erreichen, fort. Das Elektrizitätswerk Obererzgebirg wurde in die S. E. L. G. eingebracht, das Kapital dieses Unternehmens auf 25 Millionen Mark erhöht und die Hälfte hiervon dem sächsischen Staat mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab überlassen.

Während so die E. L. G., den Zeitumständen Rechnung tragend, das Eigentum an einigen ihrer Unternehmungen aufgab, die sie in jahrzehntelanger, zielbewußter Arbeit zur Blüte gebracht hatte, ging sie daran, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten, die zahlreichen, ihr verbleibenden Unternehmungen in ihren technischen Einrichtungen wiederum auf die gebotene Höhe zu bringen und so weit als möglich auszubauen. Sie entschloß sich hierzu trotz des Sozialisierungsgesetzes, nachdem der allseitige und einmütige Widerstand und die übereinstimmende Beurteilung seiner schädlichen Wirkungen die zuständigen Staatsstellen zu der Überzeugung gebracht hatten, daß es zu der weiteren Entwicklung der Elektrizitätsversorgung Deutschlands eines derartigen Gesetzes nicht bedürfe, daß vielmehr Besseres erreicht würde, wenn ihr eine Zeit ruhiger Entfaltung gegönnt werde. In den größeren Kraftwerken Altona, Arzberg, Breitung, Rostock u. a. wurden umfangreiche Erweiterungen der Kessel- und Maschinenanlagen ausgeführt bzw. in Bestellung

gegeben. Mit zäher Energie wurde überall an der Verbesserung der Wärmewirtschaft gearbeitet und in großem Umfang der Ausbau der Leitungsnetze in Angriff genommen und durchgeführt.

Die E. L. G. begnügte sich aber nicht nur mit der Erhaltung und dem Ausbau des Überkommenen. Ganz allmählich beginnt in vielen Köpfen die Einsicht zu dämmern, daß ein Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens auf dem Wege der Sozialisierung unmöglich ist, daß die Schwierigkeiten bei der Durchführung kommunaler oder staatlicher Elektrizitätswirtschaft sich als viel größer herausstellen, als sie sich dem Blick aus der Ferne darbieten, daß die durch die Zeitumstände herbeigeführte Politisierung der in öffentliche Hände übergeführten Betriebe sich als höchst nachteilig für die Betriebsführung und für die gesamte Volkswirtschaft erweist.

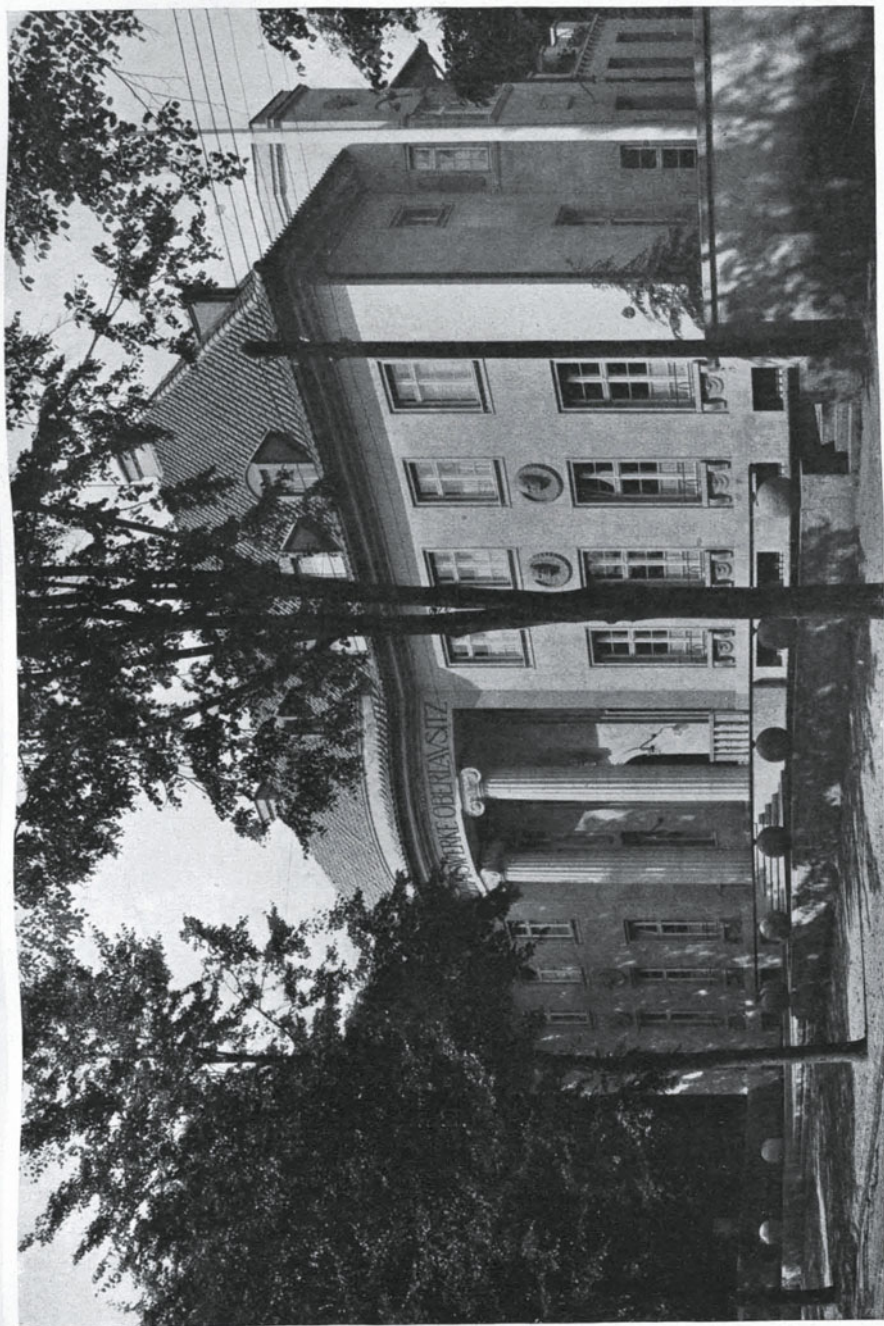
Voll Sorgen stehen die ihrer Verantwortung bewußten Verwaltungsbehörden vor dem stetig anwachsenden Geldbedarf der öffentlichen Elektrizitätsunternehmen und sehnen, zumeist noch im stillen, die Hilfe des erfahrenen und vertrauenswürdigen Privatunternehmers herbei. Schon sind neue Beziehungen aufgenommen und frische Fäden angesponnen. Möge es gelingen, sie allmählich zu einem neuen Gewebe zu verdichten, das zwar nicht die lichten Farben und die fröhlichen Muster vergangener Zeiten aufweisen wird, das aber fest genug und geeignet sein möge, die Blößen zu verdecken und die Wunden zu verbinden, die die Not der Zeit unserer Wirtschaft geschlagen.

INNERER AUFBAU UND VERWALTUNGSGRUNDSÄTZE

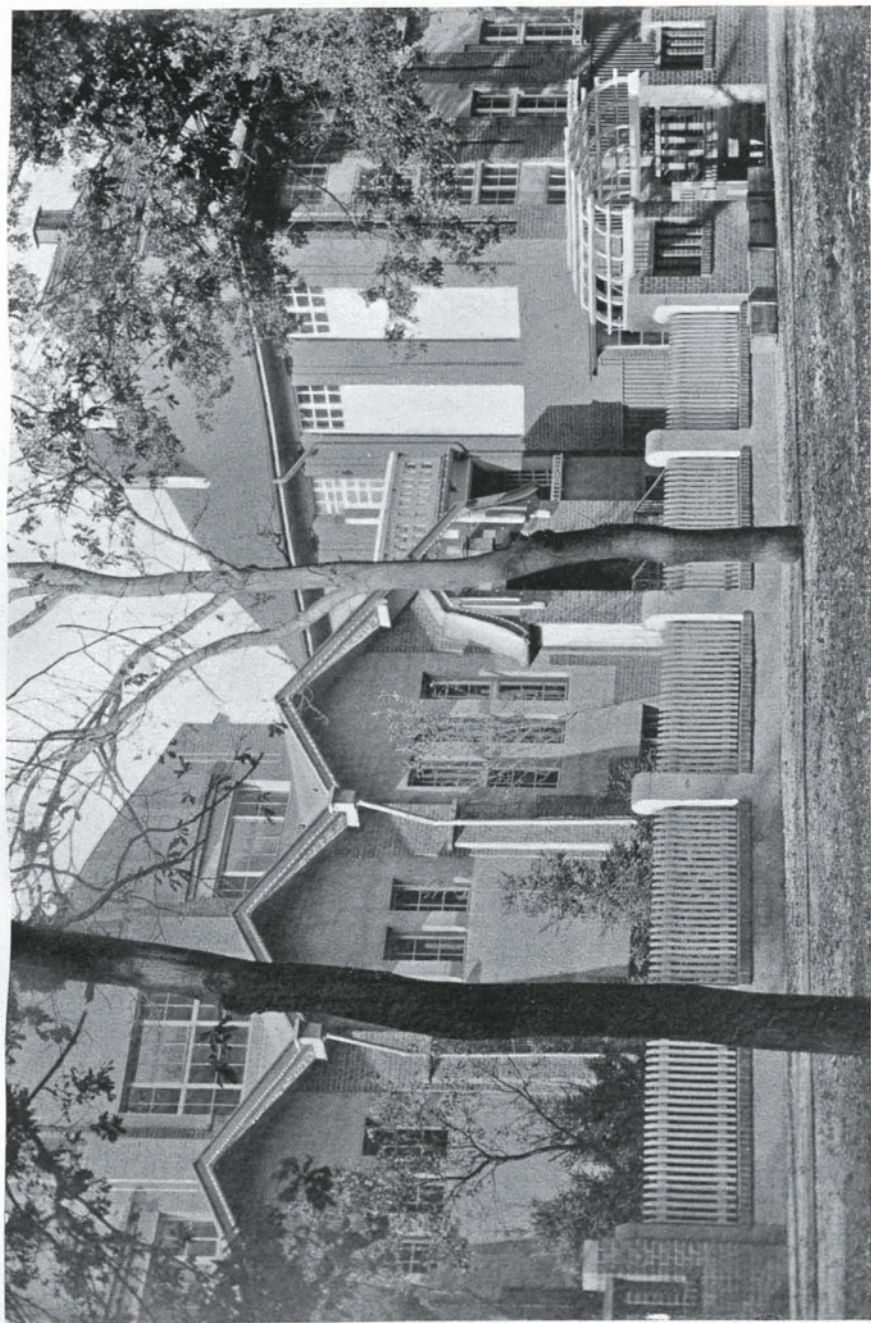


Bei jedem gut geleiteten Unternehmen muß der innere Aufbau seiner Aufgabe angepaßt sein. Die E. L. G. hatte es übernommen, die Elektrizitätsversorgung einzelner Gemeinden und größerer Bezirke in den verschiedensten Gegenden Deutschlands und des Auslandes in die Wege zu leiten und auszugestalten, wobei die Überwachung und Verwaltung von einer gemeinsamen Hauptstelle aus erfolgen sollte, der gleichzeitig die Sammlung und Verwertung aller Erfahrungen oblag. Hierbei galt es zunächst, die zweckmäßigste Form für die einzelne Unternehmung zu finden. Das nächstliegende war die Erbauung und der Betrieb der Werke auf Kosten und Wagnis der E. L. G. Auf dieser Grundlage sind in den ersten Jahren nach ihrer Gründung die meisten Anlagen errichtet worden, und es ist kein Zweifel, daß gerade diese Form, die dem Unternehmer die freieste und ungestörteste Entwicklung gestattet, ihm aber auch die höchste Verantwortung auferlegt, das Aufblühen der Elektrizitätswerke besonders begünstigt hat. Weiterhin hat dann die E. L. G., dem Wunsche zahlreicher Gemeinwesen Rechnung tragend, namentlich bald nach den ersten Entwicklungsjahren, die Unternehmerform der Pachtung in größerem Umfange angewendet. Hierbei errichteten die Gemeinden die Anlagen auf ihre Kosten, während die E. L. G. unter Gewährleistung eines bestimmten Pachtzinses und meist unter Überlassung eines weiteren Gewinnanteils an den Verpächter die Betriebsführung auf eine Reihe von Jahren übernahm. Damit wurden die Gemeinden fast ohne jedes eigene Wagnis der Sorge um die ersten Entwicklungsjahre enthoben, und dennoch verblieb ihnen die Möglichkeit, nach verhältnismäßig kurzer Frist gut entwickelte Betriebe in eigener Verwaltung weiterzuführen. Diese Form der Unternehmung gelangte zu neuer Bedeutung, als es sich darum handelte, bestehende Anlagen, deren Fortführung den gemeindlichen Eigentümern Schwierigkeiten bereitete, den veränderten Verhältnissen anzupassen. In solchen Fällen übernahm die E. L. G. die bestehenden Anlagen unter Zusicherung

ausreichenden Kapitaldienstes und führte die Veränderungen und Erweiterungen auf eigene Kosten und eigenes Wagnis aus; trotzdem blieb, wie bei der reinen Pachtung, den früheren Eigentümern das Recht vorbehalten, nach Ablauf einer Reihe von Jahren die gesamten Anlagen zu günstigen Bedingungen wieder zu übernehmen. Diese Betriebsart, die von der E. L. G. auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft zuerst angewendet wurde, stellt eine neuartige und glückliche Lösung der Aufgabe dar, die Elektrizitätsversorgung größerer Gemeinwesen unter Zuhilfenahme privaten Kapitals immer mehr zu entwickeln; sie dürfte auch in Zukunft berufen sein, manchen Gemeinden über die neu aufgetauchten Schwierigkeiten ihrer Elektrizitätsversorgung hinwegzuhelfen. Bei größeren Unternehmungen empfahl es sich, um die Grundlagen der Kapitalbeschaffung zu verbreitern und ihnen eine freiere Beweglichkeit zu sichern, besondere Gesellschaften zu errichten. Dies machte sich auch wiederholt aus lokalpolitischen Erwägungen und mit Rücksicht auf Vertragsbestimmungen notwendig. Meist wurde hierfür wegen der leichteren Bereitstellung von Geldmitteln die Form der Aktiengesellschaft gewählt. Es konnten dann entweder sämtliche Anteile in dem Besitz der E. L. G. verbleiben, oder andere Teilhaber herangezogen werden. Damit war zweierlei erreicht: einmal wurde ein größerer Kreis für das Gedeihen der Unternehmungen interessiert, und weiter wurde die Kapitalaufbringung und damit das Wagnis auf mehrere Schultern verteilt. Die öfter ausgesprochene Vermutung, daß auch die erleichterte Möglichkeit zur Abstoßung solcher Werte und die damit verbundene Gewinnerzielung Anlaß zur häufigeren Anwendung dieser Unternehmerform gegeben habe, ist unrichtig; die E. L. G. hat es vielmehr von jeher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, sich der Pflege der Betriebe zu widmen, und ist dem Verkauf ihrer Werke oder der ihr gehörigen Gesellschaftsanteile nur dann nähergetreten, wenn es die Umstände unabweislich erforderten. Neben befreundeten Gesellschaften, die zur Mitwirkung bei solchen Unternehmungen herangezogen werden, kamen im Laufe der Jahre und in neuerer Zeit in



Verwaltungsgebäude der Elektrizitätswerke Oberlausitz (Zittau)



Elektrizitätswerk Fürstenwalde

steigendem Umfange öffentliche Körperschaften als Teilhaber in Frage. So entwickelte sich die Form der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung, der die E. L. G. großes Interesse entgegenbrachte und deren Anwendung sie durch weitherzige Berücksichtigung der Wünsche der öffentlichen Teilhaber begünstigte. Die Führung solcher gemeinschaftlichen Unternehmungen und die Überwachung ihrer Verwaltung wurden zumeist der E. L. G. übertragen. Um die Einheitlichkeit der Geschäftsführung zu sichern, wurden die Direktoren der E. L. G. zu Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates der Tochtergesellschaften berufen. Die Führung der E. L. G. ist dabei nicht immer durch einen Mehrheitsbesitz an Anteilen bedingt, vielmehr wurde auch häufig bei verhältnismäßig geringer Beteiligung, im Vertrauen auf ihre Erfahrungen, die Verwaltung der Unternehmungen in ihre Hände gelegt. Wie die E. L. G. ihrerseits befreundete Gesellschaften an ihren Geschäften beteiligte, so wurde ihr vielfach von jenen die Mitwirkung an den von ihnen ins Leben gerufenen Unternehmungen angeboten; sie ist in solchen Fällen durch ihre Vorstandsmitglieder im Aufsichtsrat der letzteren vertreten.

Die Unternehmerformen, in denen sich die Betätigung der E. L. G. abspielt, können somit, je nach der Kapitalaufbringung, wie folgt zusammengefaßt werden:

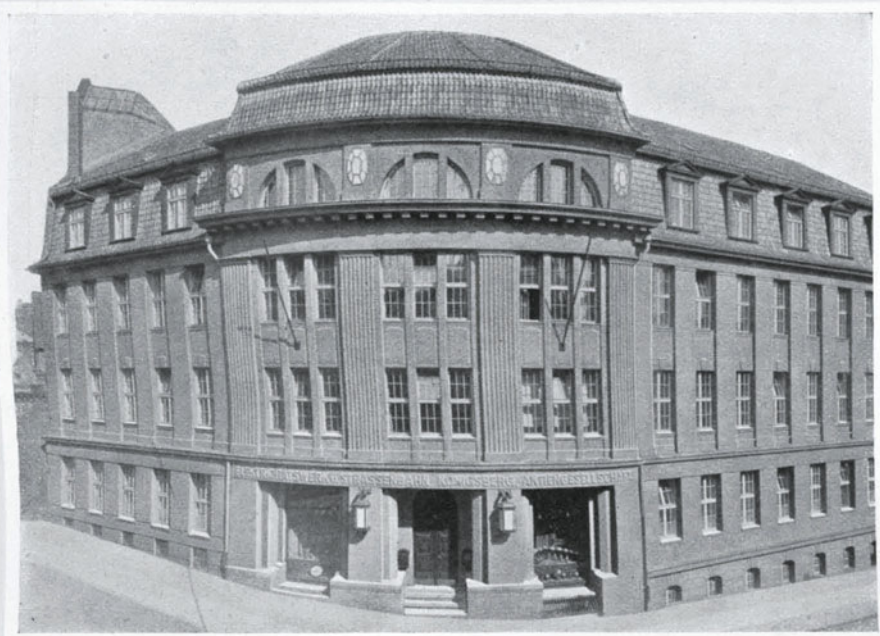
1. Eigene Werke;
2. Pachtungen bzw. Betriebsführungen
 - a) ohne Übernahme von Anlagekapital,
 - b) unter Aufbringung der Anlagekosten vom Zeitpunkt der Pachtung ab;
3. Besondere Gesellschaften
 - a) ohne fremde Beteiligung,
 - b) unter Mitwirkung befreundeter Gesellschaften,
 - c) unter Mitwirkung öffentlicher Körperschaften (gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen);
4. Beteiligung an Unternehmungen, die von befreundeten Gesellschaften verwaltet werden.

Neben der Ausgestaltung der Licht- und Kraftverteilung wurden in manchen Fällen auch die Einrichtung und der Betrieb elektrischer Straßenbahnen übernommen, jedoch handelte es sich hierbei nicht um selbständige Betriebe, sondern stets um Angliederung an die Elektrizitätsversorgung.

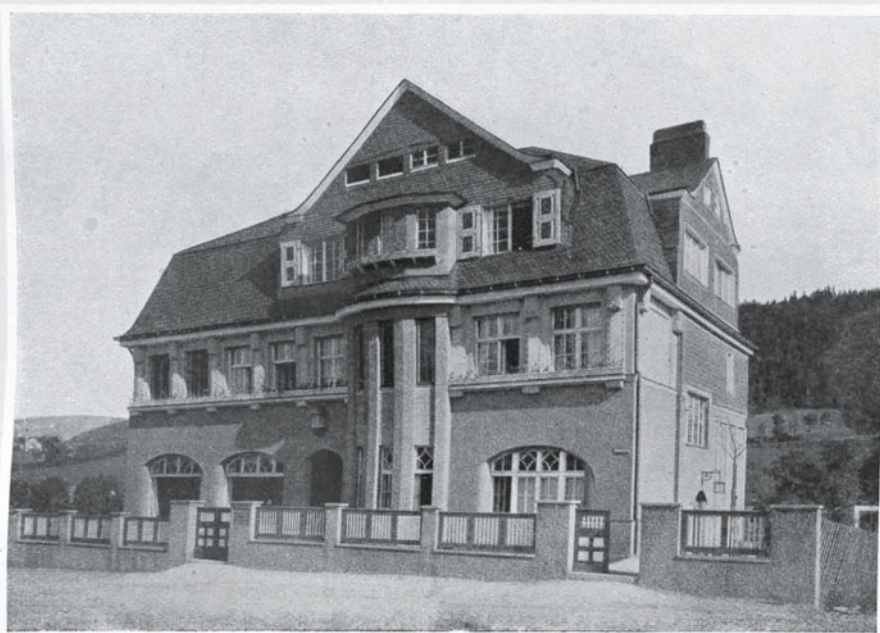
Der Verkehr mit diesen verschiedenartigen Unternehmungen erfordert eine entsprechende Ausgestaltung der Hauptverwaltung. In ihr sollen alle Erfahrungen zusammenfließen und den einzelnen Betrieben wieder zugeleitet werden. Hierzu muß die engste Verbindung der Zentralstelle mit den örtlichen Betriebsverwaltungen aufrechterhalten werden. Dies geschieht einmal dadurch, daß der Hauptverwaltung alle wichtigeren Entscheidungen vorbehalten sind, so z. B. Beschlüsse über Erweiterungen, Strompreisgestaltung, Anstellung und Entlohnung von Beamten, Verträge jeder Art, Vorlage der Jahresabschlüsse, Einkauf wichtiger Betriebsstoffe u. a. m.

Weiter wird die technische und kaufmännische Geschäftsführung in kürzeren Zwischenräumen durch Beauftragte der Hauptverwaltung nach genau festgelegten Gesichtspunkten geprüft. Über alle technischen und kaufmännischen Vorgänge muß seitens der Werke regelmäßig, meist allmonatlich, Bericht erstattet werden, und zwar auf Grund einheitlich aufgestellter und unter Verwertung langjähriger Erfahrungen durchgebildeter Formulare, an Hand deren alle wichtigeren Einzelheiten der Geschäftsführung von der Zentralstelle aus leicht übersehen, beurteilt und nötigenfalls als verbesserungsbedürftig festgestellt werden können.

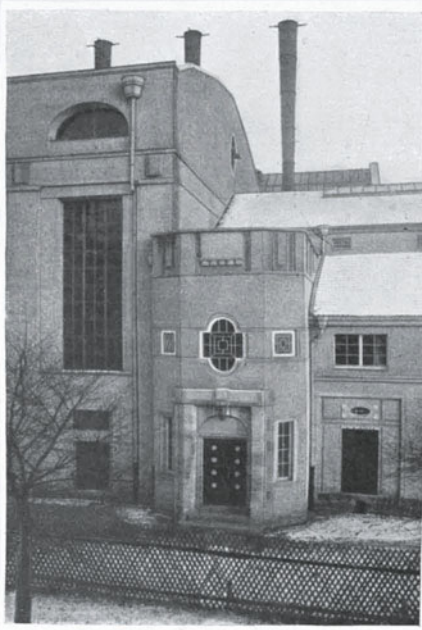
An der Spitze der Hauptverwaltung steht, obwohl aus mehreren Mitgliedern sich zusammensetzend, der einheitliche Wille der Geschäftsleitung, bei der alle wichtigeren Angelegenheiten in gemeinsamen Beratungen erledigt werden. Von dort aus werden sie den Sonderabteilungen zur eingehenden Bearbeitung zugeleitet. Entsprechend den wesentlichen Erfordernissen jeder Betriebsunternehmung gliedert sich die Hauptstelle zunächst in eine technische und eine kaufmännische Verwaltung. Die technische Abteilung



Verwaltungsgebäude Königsberg



Verwaltungsgebäude des E. W. Obererzgebirg Schwarzenberg



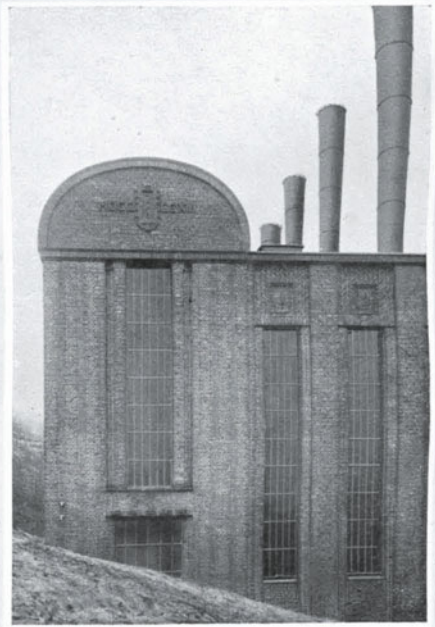
Elbtalzentrale



E. W. Fürstenwalde



Kraftwerk Arzberg



E. W. Unterelbe

Bauliche Einzelheiten

bearbeitet alle Fragen, die mit der Erbauung und dem unmittelbaren Betrieb der Anlagen zusammenhängen; die Neuerrichtung größerer Anlagen, sowie wichtige technische Veränderungen werden mit den Sonderabteilungen der A. E. G. erörtert, so daß sich die Erfahrungen beider Firmen in glücklicher Weise ergänzen. Weiter obliegt dem technischen Bureau die Bearbeitung der Strompreisfragen, der Großabnehmerverträge, die Beschaffung von Betriebsstoffen und die Beurteilung ihres Verbrauchs, die Zählerüberwachung u. a. m. Für die Ausübung der letzteren sind bei den größeren Werken besondere Beamte angestellt, während zu den kleineren Werken von der Zentralstelle ausgebildete Beauftragte in kürzeren Zwischenräumen entsandt werden, die teils Stichproben vornehmen, teils sämtliche Zähler in einzelnen Bezirken durchprüfen und hierüber eingehende Berichte an die Hauptverwaltung einsenden müssen. Hierdurch ist erreicht, daß Beschwerden über unrichtig zeigende Zähler zu den größten Seltenheiten gehören. Das kaufmännische Bureau gliedert sich in drei Abteilungen: die Hauptbuchhalterei für die Buchführung der E. L. G. selbst, die Buchhalterei I für die größeren Werke, bei denen die kaufmännische Verwaltung im wesentlichen am Sitze des Unternehmens geführt wird, und die Buchhalterei II, die die kaufmännischen Arbeiten für die kleineren Werke gemeinsam erledigt. Letztere führt auf Grund regelmäßiger Formularberichte die Bücher der einzelnen Betriebe und überprüft die Strom- und Installationsabrechnungen; erstere beschränkt sich auf die Nachprüfung der eingesandten Unterlagen, die Untersuchung der Hauptkonten, Kontrolle der rückständigen Schuldner u. a. m. Als dritte Hauptabteilung ist das Sekretariat eingerichtet, das die Angelegenheiten des Personals, sowie sämtliche Gegenstände allgemeiner Natur bearbeitet, auch den Geldverkehr mit den Tochtergesellschaften überwacht. Besondere Aufmerksamkeit wird der statistischen Erfassung und Zusammenstellung aller wesentlichen Betriebsergebnisse geschenkt. Als Grundlage hierfür dienen die allmonatlich von sämtlichen Werken aufs genaueste zu erstattenden Betriebsberichte, über deren rasche

und pünktliche Einsendung streng gewacht wird. Alle diese Abteilungen waren von Anfang an bei der Hauptverwaltung eingerichtet und sind im Laufe der Jahre den Bedürfnissen entsprechend ausgestaltet und erweitert worden. So ist z. B. dem kaufmännischen Bureau eine „Installationsabteilung“ angefügt worden, die den Einkauf des Installationsmaterials und seine zweckmäßige Verteilung unter die einzelnen Werke überwacht. Ferner wurde auf Anregung des Herrn Kommerzienrat Dr. Mamroth bereits im Jahre 1909, also zu einer Zeit, in der sich die wenigsten deutschen Elektrizitätswerke für eine besondere Werbetätigkeit interessierten, eine „Abteilung für Consumvermehrung“ eingerichtet mit der Aufgabe, der Elektrizitätsverwendung auf allen nur möglichen Gebieten, insbesondere im Haushalt und im Kleingewerbe, die Wege zu ebnen, die erforderlichen Werbemittel zu beschaffen und den Betrieben zuzuleiten und im engen Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungen die erzielten Ergebnisse festzustellen. Der Erfolg dieser Abteilung hat zahlreiche andere Unternehmungen zur Nachahmung veranlaßt; auch hat ihr Aufbau als Vorbild für die Einrichtung der Geschäftsstelle für Elektrizitätsverwertung gedient. Für Versicherungs-, Steuer- und sonstige rechtliche Fragen stehen neben besonders ausgebildeten Mitarbeitern die betreffenden Abteilungen der A. E. G. zur Verfügung.

Wie für die Organisation einer Unternehmung ihre Aufgabe maßgebend ist, so hat sich ihre Geschäftsgebarung nach ihrem Ziele zu richten. Das Ziel jeder Privatunternehmung ist der Ertrag; es wird um so vollständiger erreicht, je mehr es gelingt, nicht nur einseitig dem Vorteil des Unternehmers zu dienen, sondern auch die Interessen aller an der Unternehmung Beteiligten zu wahren. Diesem Grundsatz hat sich die Geschäftspolitik der E. L. G. von jeher untergeordnet. In allen ihren Beziehungen, in dem Verhältnis zu ihrer Gründerin, der A. E. G., zu ihren Abnehmern, zu ihren Mitarbeitern innerhalb und außerhalb der E. L. G., zu ihren Geldgebern, zu den Gemeinden, den öffentlichen Körperschaften und zur allgemeinen Volkswirtschaft hat sie sich jederzeit bemüht, auf einen Ausgleich widerstrebender



Transformatorstation Blauenthal (E. W. Obererzgebirg)



Transformatorstation Domberg, Suhl (Thür. E. L. G.)

Interessen hinzuarbeiten und berechtigten Forderungen ihrer Partner die Anerkennung nicht zu versagen.

Das Verhältnis zur A. E. G. ist durch den mit ihr bei der Gründung der E. L. G. abgeschlossenen, bereits früher erwähnten Vertrag geregelt, der als ein Grundpfeiler ihrer Geschäftspolitik bezeichnet werden muß. Er ist insofern von besonderem Einfluß hierauf geworden, als er ihr die Entwicklung der Neuanlagen ohne Überstürzung gestattete, so daß sie nicht, wie andere Unternehmungen, gezwungen war, entweder die ersten Jahre auf einen Ertrag ganz zu verzichten, oder durch übereilte Maßnahmen, zum Schaden späterer Jahre, einen mageren Erfolg zu erzielen, oder sich durch Baugewinne schadlos zu halten. Andererseits schützte sie der Vertrag vor Überteuerung der Anlagekosten, weil die übernommenen Anlagen ihr zu den Bedingungen der meistbegünstigten Abnehmer zur Verfügung gestellt werden mußten und der A. E. G. infolge der Zinsgewährleistung daran gelegen sein mußte, die Anlagekosten möglichst niedrig zu halten. Auf Grund des Vertrages ergab sich ferner zwischen den beiden Firmen ein wertvoller Austausch ihrer gegenseitigen Erfahrungen; insbesondere war der A. E. G. die Möglichkeit gegeben, technische Neuerungen und Verbesserungen unauffällig und ungestört unter praktischen Betriebsverhältnissen zu erproben. So sind aus diesen Beziehungen nicht nur den beiden Gesellschaften, sondern auch der gesamten Elektrizitätswirtschaft Vorteile erwachsen.

Das so geschaffene Fundament für den Bau der E. L. G. mußte durch eine zweckmäßige Finanzpolitik gesichert werden. Auch auf diesem Gebiet hat sich der Weitblick ihrer Gründer und Leiter dadurch bewährt, daß die Aktien zunächst im Besitze der A. E. G. belassen wurden, die dem jungen Unternehmen eine ruhige Entwicklungszeit gönnte und es nicht zur Ausschüttung hoher Gewinne drängte, so daß es bereits in den ersten Jahren die Grundlagen für eine stetige und gesicherte Geldwirtschaft schaffen konnte. Unter Bereitstellung steigender Rücklagen gelang es, den Ertrag allmählich zu erhöhen, so daß für neuen Kapitalbedarf jederzeit willige

Geldgeber vorhanden waren. Unterstützt wurde diese Politik durch ein bereits in den die Gründung vorbereitenden Auslassungen der A. E. G. angedeutetes System der Anlehnung an befreundete Banken und der Errichtung von Tochterunternehmungen, meist in Verbindung mit nahestehenden Gesellschaften, so daß namentlich das Wagnis der Entwicklungsjahre leicht überwunden werden konnte. Vielfach wurden solchen Unternehmungen bis zu einer gewissen Ausgestaltung ihrer Betriebsanlagen Darlehen von den Beteiligten zur Verfügung gestellt, um vorzeitige Kapitalserhöhungen zu vermeiden, bis die wirtschaftliche Lage die Ausgabe neuer Anteile oder Schuldverschreibungen ratsam erscheinen ließ.

Auf Grund dieser zielbewußten und vorsichtigen Finanzpolitik war es durch die allmähliche günstige Entwicklung des Absatzes möglich, stetige Dividendenausschüttungen vorzunehmen; wie die nachfolgenden Blätter zeigen, konnte die Dividende in langsamer, ununterbrochener Steigerung von 5½ Prozent im ersten Jahre auf 10 Prozent im zehnten Jahre, und nach weiteren fünf Jahren auf 12 Prozent erhöht werden, bis die Folgeerscheinungen des Krieges eine unwesentliche Herabsetzung notwendig machten. Dank der Aufsammlung ausreichender Rückstellungen und infolge günstigen Verkaufs einiger ihrer Unternehmungen war auch bis jetzt für die E. L. G. Veranlassung zu einer Kapitalserhöhung in den Zeiten des sinkenden Geldstandes nicht gegeben, so daß die E. L. G. zu den wenigen Unternehmungen gehört, deren Anteile noch Goldparität besitzen.

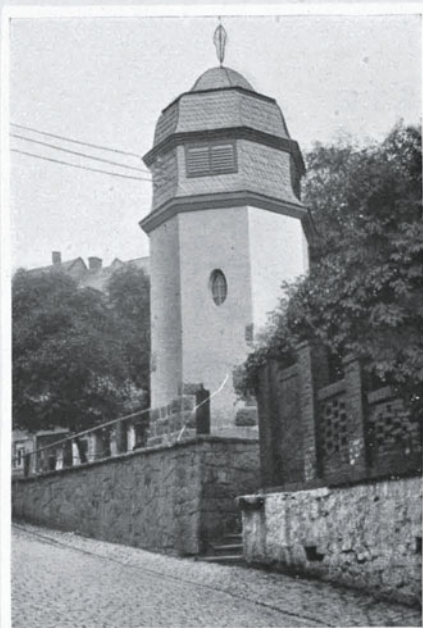
Neben der durch den Vertrag mit der A. E. G. und ihre vorsichtige Geldwirtschaft gesicherten Grundlage bedurfte es zu einer weiteren gedeihlichen Entwicklung einer zweckmäßigen Ausgestaltung des Verhältnisses zu den Elektrizitätsverbrauchern. Es galt, den Kreis der Abnehmer stetig zu erweitern und sie durch billige, ununterbrochene und ausreichende Versorgung dauernd zufriedenzustellen. Zuletzterem Zwecke mußten die technischen Einrichtungen stets auf höchster Leistungsfähigkeit erhalten werden, und die E. L. G. hat niemals Kosten und Mühe gescheut, allen berechtigten



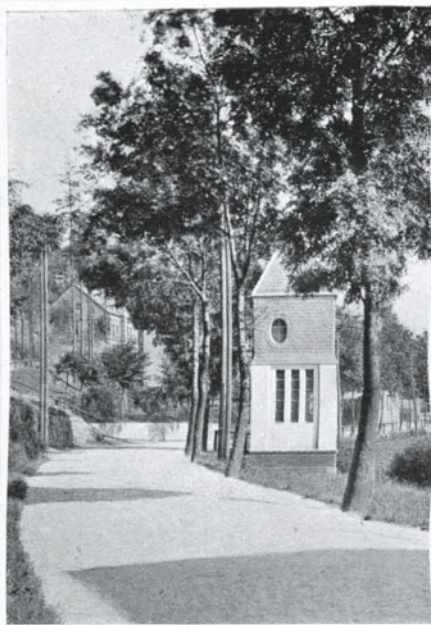
Transformatorstation Meiningen (Thür. E. L. G.)



Transformatorstation Mehlis (Thür. E. L. G.)



Station Schloßbrunnen, Schwarzenberg



Station Neuwelt (E. W. Obererzgebirg)



Station Gräfontonna (Thür. E. L. G.)

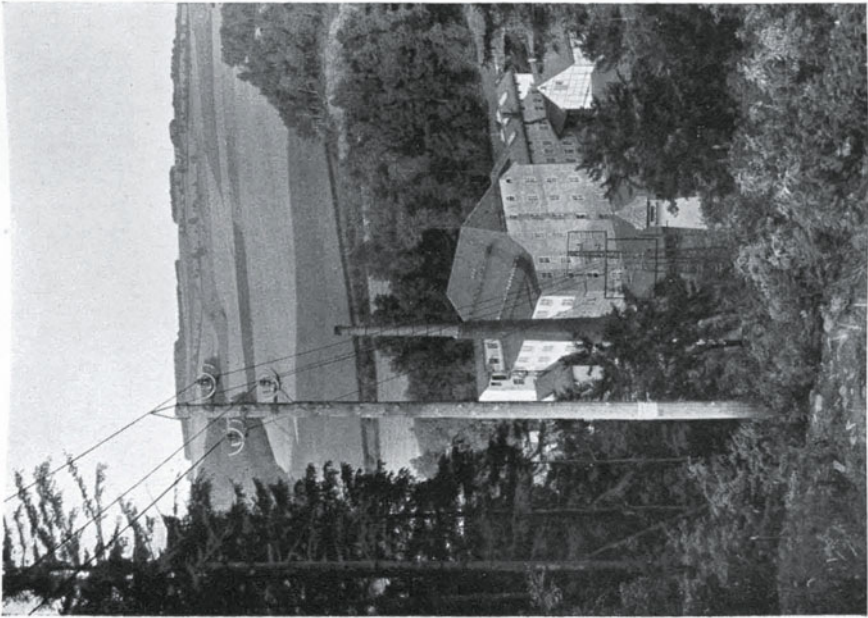


Station Oberrothenbach (E. W. a. d. Pleiße)

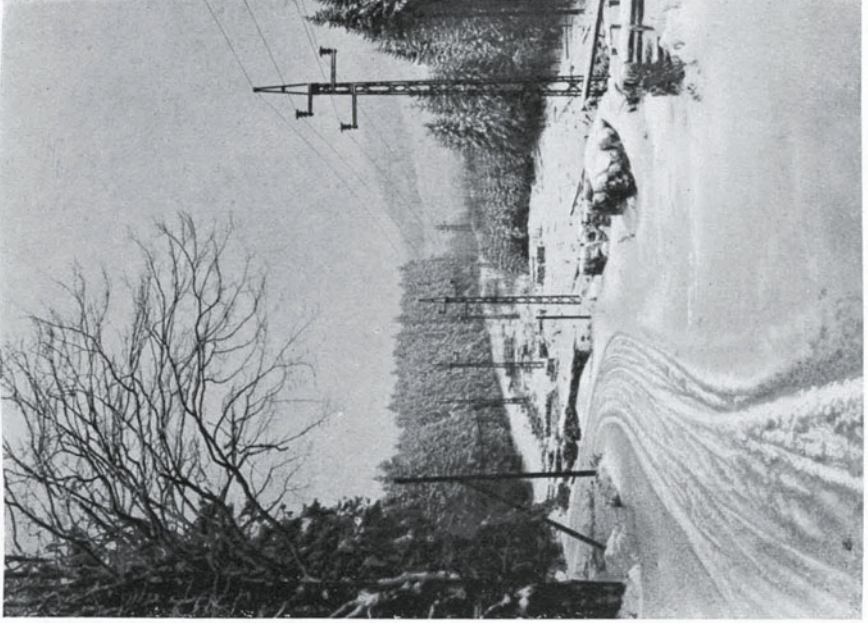
Ansprüchen zu genügen. Wo irgendeine Verbesserung der Betriebs-einrichtungen möglich war, die einen Fortschritt bei der Erzeugung oder Verteilung der elektrischen Arbeit bedeutete, sei es der Übergang vom Dampfmaschinen- zum Turbinenbetrieb, von Gleichstrom zu Drehstrom, von Niederspannung zu Hochspannung oder anderes, wurden die Auswirkungen sofort genau studiert und die Einführung beschlossen, auch wenn für den Augenblick ein besonderer geldlicher Erfolg nicht erwartet werden konnte. Nur so war es möglich, das Vertrauen weiter Kreise in die technische Führung der E. L. G. zu erhalten. — Der Gewinnung neuer Abnehmer dienten neben einer großzügig ausgestalteten Werbetätigkeit zahlreiche Erleichterungen, die die E. L. G. bei der Einrichtung der elektrischen Hausanlagen gewährte. Sie war das erste Unternehmen, das den Verbrauchern Installationen, Motoren, Lampen, Beleuchtungskörper und elektrische Heizapparate mietweise gegen geringes Entgelt zur Verfügung stellte und so frühzeitig dazu beitrug, das elektrische Licht in der Wohnung des kleinen Mannes heimisch zu machen und dem wirtschaftlich schwachen Handwerker die Möglichkeit zur Anwendung mechanischer Betriebskraft und zur Verbesserung seiner Lage zu gewähren. Und doch hätten solche Vorkehrungen nur Augenblickserfolge zeitigen können, wenn nicht stets Hand in Hand mit ihnen eine maßvolle Strompreispolitik seitens der E. L. G. getrieben worden wäre. Sie ging hierbei von dem Grundsatz aus, sich bei der Ausgestaltung der einzelnen Strompreissysteme nicht allzu eng an die Erzeugungskosten zu halten, sondern immer auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verbraucher zu berücksichtigen. Daher wurden fast überall, selbst in kleineren Orten, mehrere verschiedenartige Tarifsysteme den Abnehmern zur Wahl gestellt und immer diejenige Preisform begünstigt, die größeren Verbrauchergruppen weitgehende Anpassung an ihre wirtschaftlichen Verhältnisse und ausgedehnte Anwendung der elektrischen Arbeit ermöglichte, so insbesondere der Grundgebührentarif, durch dessen Verwendung in den letzten Jahren vor Beginn des Krieges die Verbreitung elektrischer

Heiz- und Kochapparate begünstigt wurde. Die Einheitspreise für elektrischen Strom wurden, solange es die Verhältnisse gestatteten, sehr häufig freiwillig herabgesetzt, so daß die Strompreise in den E. L. G.-Werken zu den niedrigsten in Deutschland zählten. Mit Großabnehmern wurden meist Sonderverträge, die den verschiedenen Verbrauchsumständen angepaßt wurden, abgeschlossen. Durch diese Strompreispolitik hat die E. L. G. erreicht, daß der Verbrauch, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung der versorgten Gebiete, solange normale wirtschaftliche Verhältnisse herrschten, der bei den meisten übrigen Elektrizitätsunternehmungen erzielten Abnahme weit vorauseilte. Wenn sich die Preisstellungsmethoden seit den letzten Kriegsjahren bei allen deutschen Elektrizitätswerken, und auch bei der E. L. G., umgestaltet haben, so liegt dies nicht an einer veränderten Stellungnahme den Abnehmern gegenüber, sondern an der Ungunst der Verhältnisse. Nur der zwingenden Notwendigkeit folgend, hat die E. L. G., wie alle anderen Elektrizitätswerke, die Strompreise so weit erhöht, als es für die Erhaltung der Lebensfähigkeit ihrer Betriebe notwendig ist. Es bedeutet eine völlige Verken- nung der Sachlage, wenn von oberflächlichen oder böswilligen Beurteilern hierin die Absicht erblickt wird, unzulässige Gewinne zu erzielen.

Die geschilderten Bestrebungen der E. L. G., sowohl technisch wie wirtschaftlich den Anforderungen ihrer Abnehmer jederzeit gerecht zu werden, erfordern das hingebungsvolle Zusammenwirken aller in den Betrieben und der Hauptverwaltung beschäftigten Mitarbeiter. Eine solche Stellung der Arbeitnehmer läßt sich aber nur erreichen, wenn sie auf volle Anerkennung ihrer Bemühungen rechnen können und ihre Interessen in jeder Richtung gewahrt wissen. Die E. L. G. hat diesen Empfindungen von jeher in vollem Umfange Rechnung getragen und ihren Mitarbeitern nicht nur mancherlei Ver- günstigungen zuteil werden lassen, sondern auch stets auf gutes Ein- vernehmen mit ihnen Wert gelegt. So kommt es, daß eine große Anzahl der Mitarbeiter auf eine langjährige Tätigkeit bei der E. L. G.

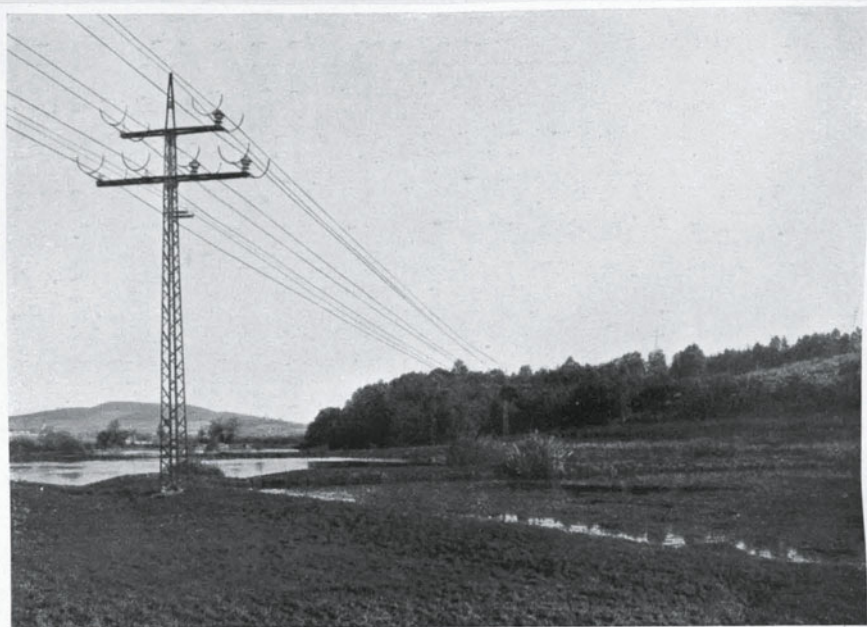


E. W. Oberlungwitz



Thür. E. L. G.

Leitungsbilder



Elektricitätswerke Oberlausitz



Bayer. E. L. G.
Leitungsbilder

zurückblickt und daß stets zwischen der Leitung und den Angestellten ein Vertrauensverhältnis besteht. Die Folge war, daß die Betriebe der E. L. G., gerade im Gegensatz zu vielen gemeindlichen Unternehmungen, mit verschwindenden Ausnahmen von Störungen durch Arbeitseinstellungen fast ganz verschont geblieben sind. Als Mitarbeiter im weiteren Sinne hat die E. L. G. auch die Installateure betrachtet, die gleich ihr bestrebt waren, den Kreis der Elektrizitätsabnehmer immer weiter auszudehnen. Zwar hat sie die eigene Ausübung der Installationstätigkeit zum Zwecke einer möglichst engen Fühlungnahme mit ihren Abnehmern stets für unerlässlich gehalten, doch hat sie zu keiner Zeit Installations- oder Verkaufsmonopole für sich beansprucht, hat vielmehr solche Ausschließlichkeitsrechte, wo sie ihr durch die Übernahme von Verträgen oder durch den Kauf von Unternehmungen zufallen sollten, ohne äußeren Zwang aufgehoben und nirgends durch kleinliche Maßnahmen die Tätigkeit fremder Installateure behindert. Zahlreichen Gewerbetreibenden auf diesem Gebiete hat sie durch die Errichtung und die Entwicklung ihrer ausgedehnten Anlagen dauernd lohnende Arbeitsgelegenheit geschaffen.

Von größter Wichtigkeit für den Bestand der E. L. G. war und ist ihr Verhältnis zu den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, in deren Gebiet sie ihre Tätigkeit ausübt. Ein zwar nicht schwerwiegendes, aber immerhin charakteristisches Zeichen ihres Bemühens, den Wünschen der Öffentlichkeit entgegenzukommen, ist ihr Bestreben, die von ihr errichteten Anlagen dem Landschaftsbilde anzupassen und bei ihren Bauten auch den Forderungen der Ästhetik Gehör zu geben. Die in diesem Abschnitt eingefügten Abbildungen geben von diesem Bemühen Zeugnis. Was die vertraglichen Rechte betrifft, die die E. L. G. bei der Einrichtung von Elektrizitätsversorgungsanlagen von den Gemeinden beansprucht hat, so ergibt sich aus ihrer Geschichte, daß sie sich stets auf ein Mindestmaß beschränkt hat, das ihr lediglich die gesicherte Entwicklung und den Bestand ihrer Unternehmungen, nicht aber die Erzielung eines mühelosen

Gewinnes ermöglichen sollte. Die von ihr verlangten, in der Öffentlichkeit so sehr betonten Ausschließlichkeitsrechte für die Verteilung der elektrischen Arbeit haben sich stets nur auf eine beschränkte Reihe von Jahren erstreckt, die gerade ausreichen sollten, um den Werken über die erste schwierige Anlaufzeit hinwegzuhelfen. Die Zulassung von Wettbewerb in dieser Zeit hätte zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen nicht nur der einzelnen Unternehmungen, sondern der gesamten Elektrizitätswirtschaft und schließlich zu ihrer völligen Zerrüttung führen müssen. Daß übrigens dem Privatunternehmer durch dieses Ausschließlichkeitsrecht bei weitem kein Monopol für Licht- und Kraftlieferung zugestanden wurde, ist schon so oft nachgewiesen worden, daß sich ein weiteres Eingehen hierauf erübrigt. Die E. L. G. war sich stets bewußt, daß sie dem Wettbewerb anderer Energiequellen nur standhalten könne, wenn sie den Gemeinden und ihren Abnehmern dauernd diejenigen Vorteile gewähren würde, auf die sie gerechten Anspruch machen konnten, daß sie dann aber auch nach Verlauf der ersten Entwicklungsjahre auf ein besonderes Ausschließlichkeitsrecht größeren Wert nicht zu legen brauchte. Dagegen mußte sie darauf bedacht sein, eine möglichst lange Betriebserlaubnis zu erhalten, um nicht durch übermäßige Abschreibungen infolge allzu kurzer Vertragsdauer zu ungünstiger Preisstellung gezwungen zu sein; damit hätte sie nicht nur das Interesse der Abnehmer geschädigt, sondern auch den Geldmarkt von der Beteiligung an Elektrizitätsunternehmungen abgeschreckt.

Auf Grund solcher Erwägungen liegt für die E. L. G. die fernerhin einzuschlagende Richtung klar zutage; sie läuft auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Privatunternehmer einerseits und den Gemeinden oder anderen öffentlichen Körperschaften andererseits hinaus, nachdem sich die Vorteile eines solchen Vorgehens auf Grund jahrelanger Erfahrungen erwiesen haben. Dabei hat die E. L. G. niemals verkannt, daß die Allgemeinheit bei der Regelung der Elektrizitätsversorgung mitzuwirken habe, daß den öffentlichen Körperschaften unter ausreichender Berücksichtigung

der Leistungs- und Lebensfähigkeit der Elektrizitätsunternehmungen Tarifhoheit vorbehalten bleiben kann, ebenso ein bestimmter Versorgungszwang in vernünftigen Grenzen auch für minder ertragreiche Gegenden und die Möglichkeit gänzlicher Übernahme in die öffentliche Hand, selbstverständlich zu Bedingungen, die dem beteiligten Privatunternehmer einen ausreichenden Ersatz für seine Aufwendungen an Mühe und Kosten gewähren und für eine Zeit, die an technischen Errungenschaften, sozialen Erkenntnissen und wirtschaftlichen Gütern reicher ist als die heutige. Die Erfüllung dieser Voraussetzung liegt ebenso sehr im Interesse der Privatunternehmer wie des gesamten Elektrizitätswesens und der allgemeinen Volkswirtschaft. Setzt sich diese Erkenntnis durch, so kann durch das Zusammenwirken behördlicher Macht und privaten Unternehmungsgeistes für die weitere Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft ein Weg besritten werden, der in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht anregend und aussichtsvoll ist.



ie die Entwicklung der deutschen Elektrizitätswirtschaft, so stellt auch die Geschichte der E.L.G. als ihr Spiegelbild einen Aufstieg aus kleinen Anfängen und auf neuen

Wegen zur heutigen hohen Geltung dar. Mühe und Arbeit bezeichnen den Pfad, auf den die Gesellschaft von geachteter und gesicherter Stelle heute zurückblicken darf. Wenn die Lehren ihrer Geschichte nicht übersehen werden, so wird auch in Zukunft der Plan zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft nicht zum Dogma werden und in den Grenzen bleiben, die ihm durch die Notwendigkeit fortschreitender Technik und privatwirtschaftlichen Unternehmungsgeistes gesteckt sind. Groß und klar vorgezeichnet sind die Aufgaben, die es nunmehr zu lösen gilt, unentbehrlich bleiben wägende Tatkraft und frischer Wagemut der zu solchem Werk Berufenen.



Dr. Ing. e. h. Paul Mamroth

DIE MITGLIEDER DER VERWALTUNG

VORSTAND

PAUL MAMROTH, Dr.-Ing. e. h., Kommerzienrat, Vorsitzender
des Direktoriums seit Gründung der Gesellschaft

KURT LOEBINGER,

EGON v. RIEBEN, Dr. jur.

FRANZ STRANDT

GUSTAV SIEGEL, Dr.-Ing., stellvertretendes Vorstandsmitglied



FRÜHERE MITGLIEDER DES VORSTANDES

CARL AGTHE, 1897 – 1900, dann Generaldirektor der Ober-
schlesischen Elektrizitäts-Werke, gest. 1921

CARL ZANDER, 1900 – 1907, dann Direktor der Bank für elek-
trische Unternehmungen, Zürich, und Mitglied des Aufsichts-
rates der E. L. G. †

ALBERT HEMPEL, 1904 – 1920 †

FRITZ SABERSKY, Dr. jur., 1911 – 1919



PROKURISTEN

L. KOWMANN, Oberingenieur

FR. HEINRICH

FR. BECKER

AUFSICHTSRAT

Den Vorsitz im Aufsichtsrat führte von der Gründung der Gesellschaft an bis zu seinem am 20. Juni 1915 erfolgten Ableben

EMIL RATHENAU, Dr. phil. h. c., Dr.-Ing. e. h., Geheimer Baurat, Berlin, 1897–1915

An seine Stelle trat

Dr. WALTHER RATHENAU, bis zu seiner im Mai 1921 erfolgten Berufung als Reichsminister

Zur Zeit besteht der Aufsichtsrat aus den Herren:

FELIX DEUTSCH, Dr.-Ing. e. h., Geheimer Kommerzienrat, Berlin, stellvertretender Vorsitzender

FRITZ ANDREAE, Geschäftsführer des Bankhauses Hardy & Co., G. m. b. H., Berlin

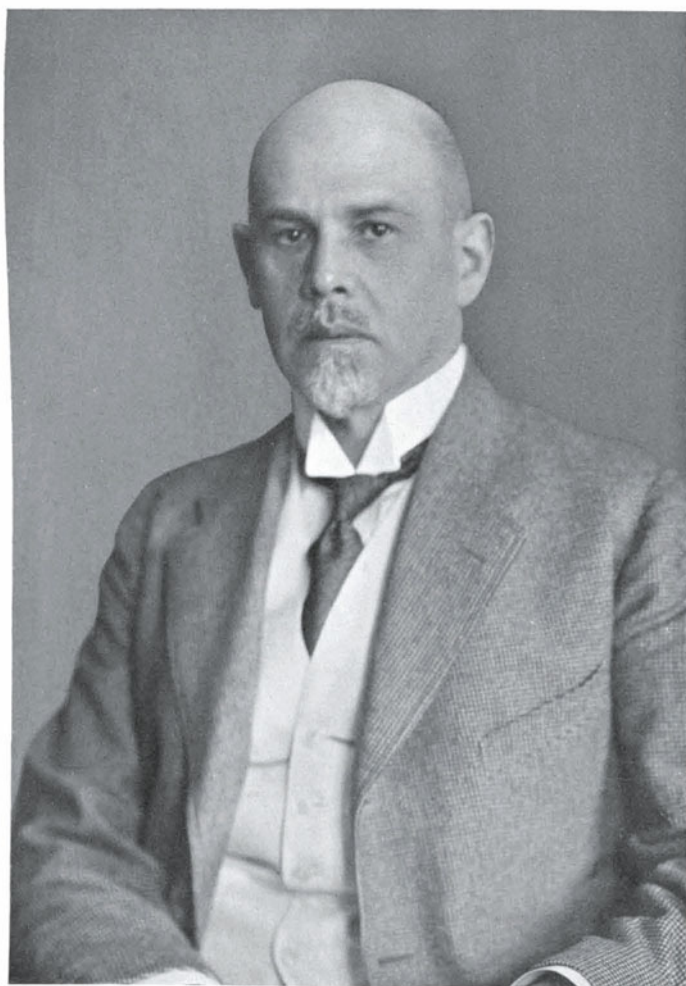
JOSEPH CHUARD, Direktor der Bank für elektrische Unternehmungen, Zürich

CARL FERTIG, Generaldirektor der Aktiengesellschaft „Grube Leopold auf Edderitz“, Cöthen i. A.

Dr. JULIUS FREY, Präsident der Schweizerischen Credit-Anstalt in Zürich

GEORG KLINGENBERG, Prof. Dr. Dr.-Ing. e. h., Geheimer Baurat, Berlin

HANS v. RAUMER, Mitglied des Reichstages, Reichsschatzminister a. D.



Phot. August Scherl

Dr. Walther Rathenau

FRÜHERE MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

RICHARD KOLLE, Berlin, 1897 – 1900

PAUL JORDAN, Berlin, 1897 – 1900

LEOPOLD ASCHENHEIM, Stadtrat, Charlottenburg, 1897 – 1900

OTTO HUBBE, Kommerzienrat, Magdeburg, 1900 – 1902

CARL FÜRSTENBERG, Berlin, 1900 – 1903

Dr. ERNST MAGNUS, Regierungsrat a. D., Berlin, 1900 – 1911

LUDWIG DELBRÜCK, Berlin, 1900 – 1913 †

CARL ZANDER, Zürich, 1907 – 1919 †

KARL OTTO, Berlin, 1913 – 1919 †

Dr. WALTHER MICKE, Regierungsrat a. D., Berlin, 1920

*

STATISTISCHE ANGABEN

Auf den folgenden Blättern sind einige wichtigere Angaben über die Entwicklung der E. L. G. zusammengestellt. Um zunächst ein umfassendes Bild von der Tätigkeit der E. L. G. zu geben, sind die sämtlichen Betriebe, auf die sich ihre Wirksamkeit seit ihrer Gründung erstreckt hat, geordnet nach der Form der Unternehmungen, aufgezählt (Aufstellung A). Hieraus geht hervor, daß sie ohne Berücksichtigung der unter IV (Beteiligungen ohne Betriebsführung) genannten Werke an 82 Einzelunternehmungen führend beteiligt war, die sie zum weitaus größten Teile selbst ins Leben gerufen hat. Im ganzen hat sich ihre Tätigkeit auf die Elektrizitätsversorgung von rund 1600 Orten mit über vier Millionen Einwohnern erstreckt, die sie zumeist von Anfang an in die Wege geleitet und entwickelt hat. Dabei handelt es sich neben einigen Großstädten überwiegend um kleinere und kleinste Gemeinden, die sich ohne das Bestehen der E. L. G. und ohne ihren Unternehmungsgeist die Vorteile der Elektrizitätsverwertung meist sehr viel später oder überhaupt noch nicht hätten zugänglich machen können.

Eine weitere Aufstellung (B) zeigt die Geldmittel, die erforderlich waren. Namentlich aus den Angaben über die Gesamtbeträge aller Anlagewerte geht hervor, in welchem gewaltigem Umfange die in den Werken angelegten Geldsummen angewachsen sind. Der Vergleich der Anlagewerte der in unmittelbarem Besitz der E. L. G. befindlichen Werke mit der Summe der Beteiligungen zeigt deutlich, wie sich das Schwergewicht der E. L. G.-Betätigung immer mehr in Richtung der letzteren verschoben hat.

Die folgende Zusammenstellung C gibt Aufschluß über die Gestaltung einiger wichtigerer Bilanzposten, nämlich des Aktienkapitals, der Schuldverschreibungen und der offenen Reserven, unter welcher

Bezeichnung Reservefonds, Tilgung und Erneuerungen bzw. Werkerhaltung zusammengefaßt sind. Um ein Bild über den wachsenden Umfang der Geldbewegung in der Hauptverwaltung zu geben, sind die Ziffern des Umsatzes einer Bilanzseite angefügt.

Aufstellung D soll eine Übersicht über die finanziellen Ergebnisse, sowie deren Auswirkung auf die Bewertung der Aktien und Obligationen gewähren. Die Ziffern lassen den ruhigen, aber stetigen Aufstieg des Unternehmens erkennen und das Vertrauen, das ihm auf dem Geldmarkt entgegengebracht wurde.

Schließlich enthält die Zahlentafel E einige Angaben über die Gestaltung des Elektrizitätsabsatzes, und zwar die Zahl der Abnehmer, den Anschlußwert in Kilowatt, die Zahl der nutzbar abgegebenen Kilowattstunden im ganzen und die auf Kraftlieferung entfallenden. Hierbei sind wiederum nur die der E. L. G. gehörigen und von ihr beaufsichtigten Werke in Betracht gezogen. Es ergibt sich aus dieser Zusammenstellung die ununterbrochen fortschreitende Ausbreitung der Elektrizitätsverwendung, sowie die Tatsache, daß der Wirkungskreis der E. L. G., soweit er die unmittelbare Elektrizitätsversorgung betrifft, sich trotz der Abgabe einiger größerer Unternehmungen in den letzten Jahren nicht verkleinert hat.

A.
I. Eigene Werke.

Nr.	Name der Unternehmung	E. L. G.-Besitz		Zahl der versorgten Orte	Einwohn.	Bemerkungen
		von	bis			
1.	E. W. für den Potsdamer und Anhalter Bahnhof	1897	1910	—	—	
2.	E. W. für den Freihafen Kopenhagen	1897	1899	—	—	
3.	E. W. Deidesheim	1897	1916	2	3 600	
4.	E. W. Magdeburg	1897	1907	1	230 000	Von 1899 ab Aktienges.
5.	E. W. Zehlendorf	1897	1904	1	9 000	Unter Beteiligung der Imp. Cont. Gas. Ass.
6.	E. W. Schmalkalden	1897	1912	1	10 000	1912 an Thür. E. L. G.
7.	E. W. Ruhla	1897	1912	2	8 000	1912 an Thür. E. L. G.
8.	E. W. Trebbin	1897	—	3	4 000	
9.	E. W. Liebenwerda	1898	1918	1	3 300	
10.	E. W. Brotterode	1898	—	1	3 800	
11.	E. W. Oppenheim	1898	1918	1	3 800	
12.	E. W. Pleschen (Posen) . . .	1899	—	1	8 200	Z. Zt. unter polnischer Zwangsverwaltung.
13.	E. W. Dahme (Mark)	1899	—	1	5 400	
14.	E. W. Bitterfeld	1899	1921	18	56 000	
15.	E. W. für d. mittlere Breuschthal (Schirmeck)	1899	1913	3	6 300	
16.	E. W. für das untere Breuschthal (Molsheim)	1899	1905	3	7 800	
17.	E. W. a. d. Lungwitz	1900	1907	Siehe III c, 21		Ab 1907 A.-G.
18.	E. W. Neuburg a. D.	1900	—	1	8 100	
19.	E. W. Elsterwerda	1900	1918	2	4 200	
20.	E. W. Schön-Ellguth	1900	1906	1	—	

Nr.	Name der Unternehmung	E. L. G.-Besitz		Zahl Einwohn.		Bemerkungen
		von	bis	der versorgten Orte		
21.	E. W. Neusalz a. O.	1901	1906	1	12 500	
22.	E. W. Soest	1904	1918	1	19 200	
23.	E. W. Werl	1904	1918	13	12 000	
24.	Elektrizitätswerke Oberlausitz	1904	1917	70	125 000	Ohne die böhmischen Gemeinden. S. III a, 4.
25.	E. W. Reichenau i. Sa.	1905	1913	In 24 enthalten		Ab 1913 an Nr. 24 angeschlossen.
26.	E. W. Briesen (Westpr.) . . .	1906	1918	1	8 200	
27.	E. W. Strasburg (Westpr.) . .	1906	1912	1	8 000	
28.	E. W. Lahr (Baden)	1906	1920	9	27 000	
29.	E. W. Cöthen (Anh.)	1906	1916	2	24 000	
30.	E. W. a. d. Pleiße	1906	1911	Siehe III c, 21		1911 an S. E. L. G.
31.	E. W. Oldenburg	1907	1912	1	28 000	
32.	E. W. Wolfenbüttel	1907	1918	1	19 000	
33.	E. W. Fürstenwalde	1908	—	1	22 000	
34.	E. W. Obererzgebirg	1911	1921	Siehe III c, 21		Ab 1921 an S. E. L. G.
35.	E. W. Fichtelgebirg	1912	1914	In III c, 20 inbegriffen		Ab 1914 an Bayr. E. L. G.
36.	E. W. Wesertal	1913	1920	100	96 000	
Im Ausland.						
37.	E. W. Craiova	1897	—	1	46 000	Z. Zt. unter rumänischer Zwangsverwaltung.
38.	E. W. Freudenthal (Österr.-Schlesien)	1906	1913	Siehe III a, 4		1913—1917 Besitz der E. L. G. m. b. H. Eger.
39.	E. W. Eger	1911	1913	Siehe III a, 4		Ab 1913 Besitz der E. L. G. m. b. H. Eger.

II. Pachtungen.

Nr.	Name der Unternehmung	In Pachtung		Zahl der versorgten Orte	Einwohn.	Bemerkungen
		von	bis			
<p>a)</p> <p>DAS ANLAGEKAPITAL IST GANZ VOM VERPÄCHTER AUFGEBRACHT.</p>						
1.	Städt. E. W. Plauen	1897	1904	1	75 000	
2.	Städt. E. W. Göttingen . . .	1900	1904	1	30 000	
3.	Städt. E. W. Heiligenstadt . .	1901	1907	1	8 000	
4.	Städt. E. W. und Straßenbahn Freiberg i. Sa.	1901	1905	1	30 000	
5.	Städt. E. W. Osnabrück . . .	1901	1906	1	52 000	
6.	Städt. E. W. Querfurt	1901	1906	1	5 000	
7.	E. W. Osterwieck	1902	1904	1	6 000	
8.	Städt. E. W. Rathenow	1904	1914	1	25 000	
9.	Städt. E. W. Insterburg	1904	1919	1	32 000	
10.	Städt. E. W. und Straßenbahn Hildesheim	1905	1921	1	55 000	
11.	E. W. Treuenbrietzen	1906	1912	1	5 000	
12.	Städt. E. W. Schweidnitz . . .	1908	—	2	30 000	
13.	Städt. E. W. Schleswig	1910	—	1	15 000	

Nr.	Name der Unternehmung	In Pachtung		Zahl der versorgten Orte	Einwohn.	Bemerkungen
		von	bis			
Im Ausland.						
14.	E. W. Jägerndorf (Österr.-Schlesien)	1903	1904	1	14 000	
15.	E. W. Norrköping (Schweden)	1903	1909	1	44 000	
16.	E. W. und Straßenbahn der Stadt Troppau	1904	1913	Siehe IIIa, 4		Ab 1913 an E. L. G. m. b. H., Eger.
b) NEUANLAGEN VON DER PACHTUNG AB AUF RECHNUNG DER E. L. G.						
17.	Städt. E. W. und Überlandzentrale Rostock	1913	—	195	150 000	
18.	Städt. E. W. Linden	1914	—	1	73 000	
c) SONSTIGE BETRIEBS- FÜHRUNGEN IN FREMDEM AUFTRAG.						
19.	Rheingau-Elektricitäts-Werke	1900	1905	15	35 000	Eigentum der A. E. G.
20.	E. W. Vohenstrauß (Oberpfalz)	1904	1919	1	2 000	Eigentum der A. E. G.
21.	E. W. Oberstaufen (Allgäu) .	1905	1920	1	2 100	Eigentum der A. E. G.
22.	Tempelhofer E. L. G.	1911	1916	1	33 000	Eigentum der Tempelhofer E. L. G. m. b. H.

III. Gesellschaften unter Führung der E. L. G.

Nr.	Name der Unternehmung bzw. der betriebenen Werke	Führung durch E. L. G.		Zahl der versorgten Orte	Einwohn.	Bemerkungen
		seit	bis			
a) DAS GESAMTE STAMM- KAPITAL IST IM BESITZ DER E. L. G.						
	Magdeburger Electricitäts- werk A.-G.	1899	1907	Siehe I, 4		Aktienkap. M. 2 000 000.— aus I, 4 hervorgegangen.
	dann Betriebsaktiengesellschaft deutscher Electricitäts- werke vorm. Magd. E. W. Electricitätswerk a. d. Lung- witz	1907	1911	Siehe III, c)		Wird im Jahre 1911 Sächsische Electricitäts- Lieferungs-Ges., siehe unter III b und c.
		1907	1911			
1.	Lausitzer Electricitätswerk G. m. b. H.	1907	—	22	33 000	Stammkap. M. 1 500 000.—. Vorher Besitz der A. E. G. und Betriebsführung durch E. L. G.
2.	Licht- und Kraftwerke G. m. b. H.	1911	—			Stammkap. M. 500 000.— Beteiligung u. Führung der E. L. G. seit 1905.
	E. W. Oberoderwitz (Sa.) .	1905	1911	In I, 24 inbegriffen		Ab 1911 an E. L. G. I, 24.
	E. W. Hirschfelde (Sa.) . .	1905	1911			Ab 1911 an E. L. G. I, 24.
	E. W. Mehlis (Thür.) . . .	1905	1912	In III b, 11 inbegriffen		Ab 1912 an Thür. E. L. G.
	E. W. Bad Elster (Sa.) . .	1905	—	1	3 500	
	E. W. Brambach-Fleißen .	1905	—	2	2 300	Fleißen ab 1913 an E. L. G. m. b. H., Eger.
	E. W. Königsbrück (Sa.) .	1905	—	2	4 300	
3.	Electricitätswerk Branden- burg (Havel) A.-G. . . .	1912	—	2	52 000	Aktienkap. M. 1 000 000.—

Nr.	Name der Unternehmung bzw. der betriebenen Werke	Führung durch E. L. G.		Zahl der versorgten Orte	Einwohn. der versorgten Orte	Bemerkungen
		seit	bis			
4.	Elektricitäts-Lieferungs-Ges. m. b. H. Eger	1913	—			Stammkapital csl. Kc. 1000000.—.
	E. W. Eger	1913	—	7	39 000	Vorher seit 1911 Eigent. d. E. L. G., siehe I. 39.
	E. W. Freudenthal	1913	—	1	8 000	Vorher seit 1906 Eigent. d. E. L. G., siehe I. 38.
	Bezirk Nordböhmen	1913	—	37	68 000	Vorh. Teil d. El.-Werke Oberlausitz, s. I. 24.
	E. W. Fleißen	1913	—	1	3 100	Vorher Besitz der Licht- u. Kraftwerke, s. III a, 2.
	Städt. E. W. u. Str. Troppau	1913	—	2	40 000	Pachtung s. II a, 16.
5.	E. L. G.-Unternehmungen A.-G.	1920	—	—	—	Aktienkap. M. 2000000.— Aus E. W. Abo A.-G. hervorgegangen.

Nr.	Name der Unternehmung bzw. der betriebenen Werke	Führung durch E. L. G.		Zahl der versorgten Orte	Einwohn. der versorgten Orte	Stammkapital	
		seit	bis			im ganzen	im Bes. d. E. L. G.
b)							
BETEILIGUNGEN.							
6.	Elektricitätswerk u. Was- serwerk Oranienburg A.-G.	1897	1911	Siehe III b, 14		700 000	500 000
7.	Elektricitätswerk Reutlin- gen G. m. b. H.	1904	1907	1	24 000	200 000	100 000
8.	Elektricitätswerk Wannsee A.-G.	1906	1912	1	3 000	143 000	68 000
—	Licht- u. Kraftwerke G. m. b. H.	1906	1911	Siehe III a, 2			
9.	Elektricitätswerk Abo A.-G.	1907	1919	1	51 000	2 000 000	1 000 000
10.	Berliner Vororts-Elektrici- tätswerke G. m. b. H.	1907	1916	17	171 000	4 393 000	2 196 500
11.	Thüringer Elektricitäts-Lie- ferungs - Gesellschaft Gotha A.-G.	1912	—	151	218 000	25 000 000	5 517 000

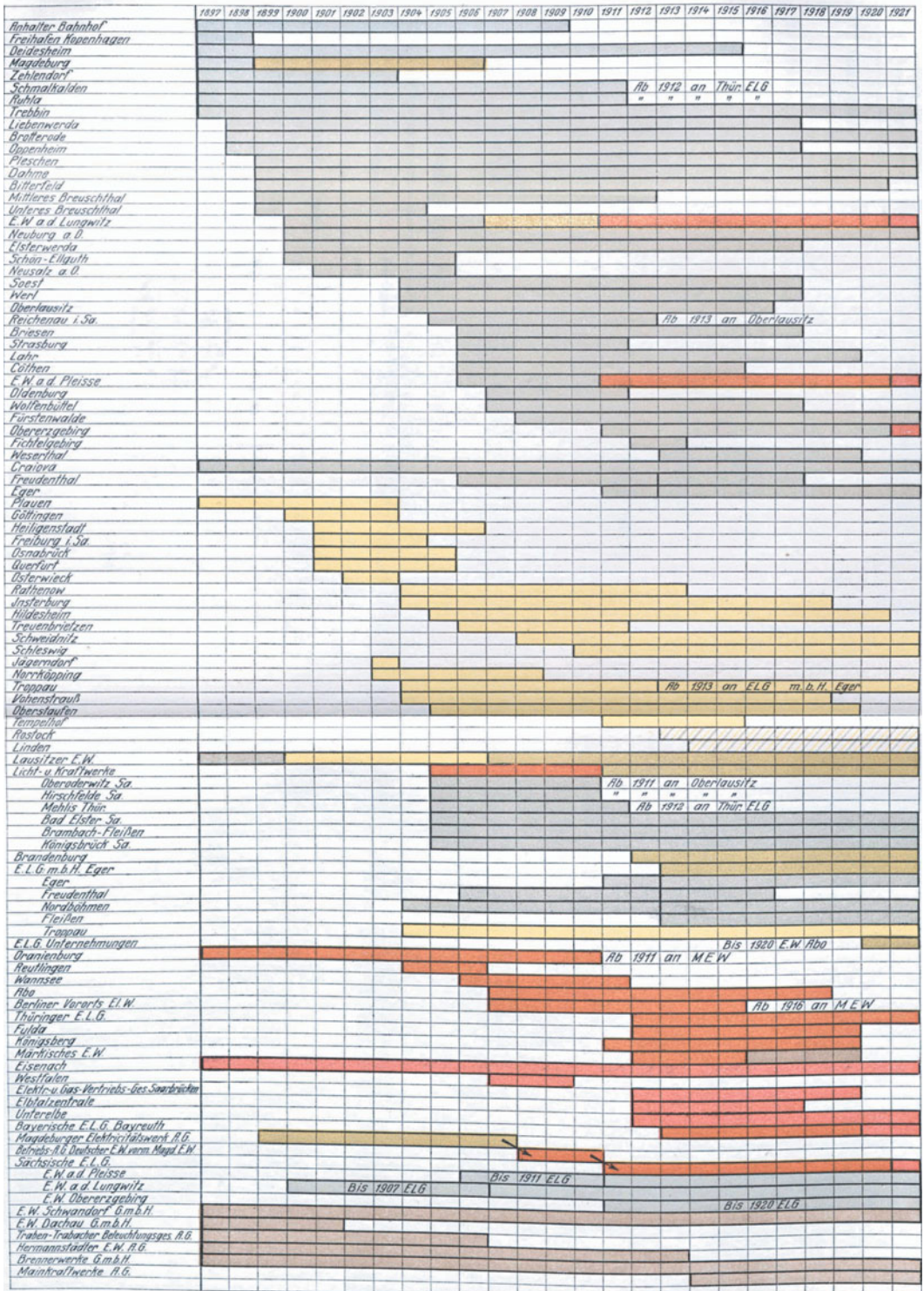
Nr.	Name der Unternehmung bzw. der betriebenen Werke	Führung durch E. L. G.		Zahl der versorgten Orte	Einwohn. Orte	Stammkapital	
		seit	bis			im ganzen	im Bes. d. E. L. G.
12.	Elektrizitätswerk Fulda A.-G. Fulda	1912	1920	1	22 000	500 000	425 000
—	Sächsische Elektrizitäts-Lie- ferungs - Gesellschaft, A.-G., Oberlungwitz	1911	1921	Siehe III c, 21		6 500 000	4 500 000
	E. W. a. d. Lungwitz	1907	1920	} Siehe III c, 21		Vorher Eigentum der E. L. G. Siehe I, 17	Vorher Eigentum der E. L. G. Siehe I, 30
	E. W. a. d. Pleiße	1911	1920				
13.	Elektrizitätswerk u. Stra- ßenbahn Königsberg, A.-G.	1911	1920	1	250 000	5 000 000	3 330 000
14.	Märkisches Elektrizitäts- werk A.-G., Berlin	1912	1916			12 000 000	6 000 000
	Unmittelbares Versor- gungsgebiet	1910	—	78	147 000		
	E. W. und Wasserwerk Oranienburg	1911	—	1	13 000		
	Überlandzentrale Neu- mark	1912	—	34	66 000		
	E. W. Altdamm G.m.b.H.	1912	—	1	7 600		
	E. W. Cammin G. m. b. H.	1912	—	1	5 800		
	E. W. Greifenhagen G. m. b. H.	1912	—	1	7 300		
	E. W. Gollnow G.m. b.H.	1912	—	1	10 300		
—	Bayerische Elektrizitäts- Lieferungs-Gesellschaft A.-G. Bayreuth	1913	1920	Siehe III c, 20		2 500 000	1 250 000
						Ab 1920 gem.-wirtsch. Untern.	
c) GEMISCHT- WIRTSCHAFTLICHE UNTERNEHMUNGEN.							
15.	Elektrizitätswerk Eisenach A.-G.	1897	1922	1	41 000	500 000	339 000
16.	Elektrizitätswerk Westfalen A.-G.	1907	1909	—	—	400 000	290 000

Nr.	Name der Unternehmung bzw. der betriebenen Werke	Führung durch E. L. G.		Zahl der versorgten Orte	Einwohn. der versorgten Orte	Stammkapital	
		seit	bis			im ganzen	im Bes. d. E. L. G.
17.	Elektrizitäts- und Gas- Vertriebs-Gesellschaft Saarbrücken A.-G.	1912	1920	32	68 000	1 000 000	310 000
18.	Elbtalzentrale A.-G., Pirna	1912	1918	143	128 000	5 000 000	3 542 000
19.	Elektrizitätswerk Unterelbe A.-G., Altona	1912	1922	16	245 000	St.-A. 3 000 000 V.-A. 3 500 000	St. 2 000 000
20.	Bayerische Elektrizitäts-Lie- ferungs-Gesellschaft A.-G., Bayreuth . . .	1913	—	262	168 000	43 000 000	14 213 000
21.	Sächsische Elektrizitäts-Lie- ferungs-Gesellschaft A.-G., Oberlungwitz .	1920	—	—	—	25 000 000	12 500 000
	E. W. a. d. Pleiße, Crim- mitschau	1911	—	63	105 000	—	—
	E. W. a. d. Lungwitz, Oberlungwitz	1907	—	62	176 000	—	—
	E. W. Obererzgebirg, Schwarzenberg	1920	—	90	170 000	—	—

IV. Beteiligungen ohne Betriebsführung.

Nr.	Name der Unternehmung	Beteiligung		Zahl der versorgten Orte	Einwohn. der versorgten Orte	Stammkapital	
		seit	bis			im ganzen	im Bes. d. E. L. G.
1.	Elektrizitätswerk Schwan- dorf G. m. b. H. . . .	1897	—	1	5 000	220 000	100 000
2.	Elektrizitätswerk Dachau G. m. b. H.	1897	1902	1	5 000	120 000	60 000
3.	Traben-Trarbacher Beleuch- tungsgesellschaft A.-G.	1897	1907	2	5 500	170 000	48 000
4.	Hermannstädter Elektrici- tätswerk A.-G.	1897	1914	1	30 000	450 000	7 500
5.	Brennerwerke G. m. b. H. .	1897	—	—	—	1 350 000	423 000
6.	Mainkraftwerke A.-G. . . .	1914	—	113	185 000	32 000 000	4 018 000
7.	Lahrer Straßenbahn A.-G.	1914	—	—	—	300 000	77 000
8.	Märkisches Elektrizitäts- werk A.-G.	1916	1919	—	—	12 000 000	2 000 000

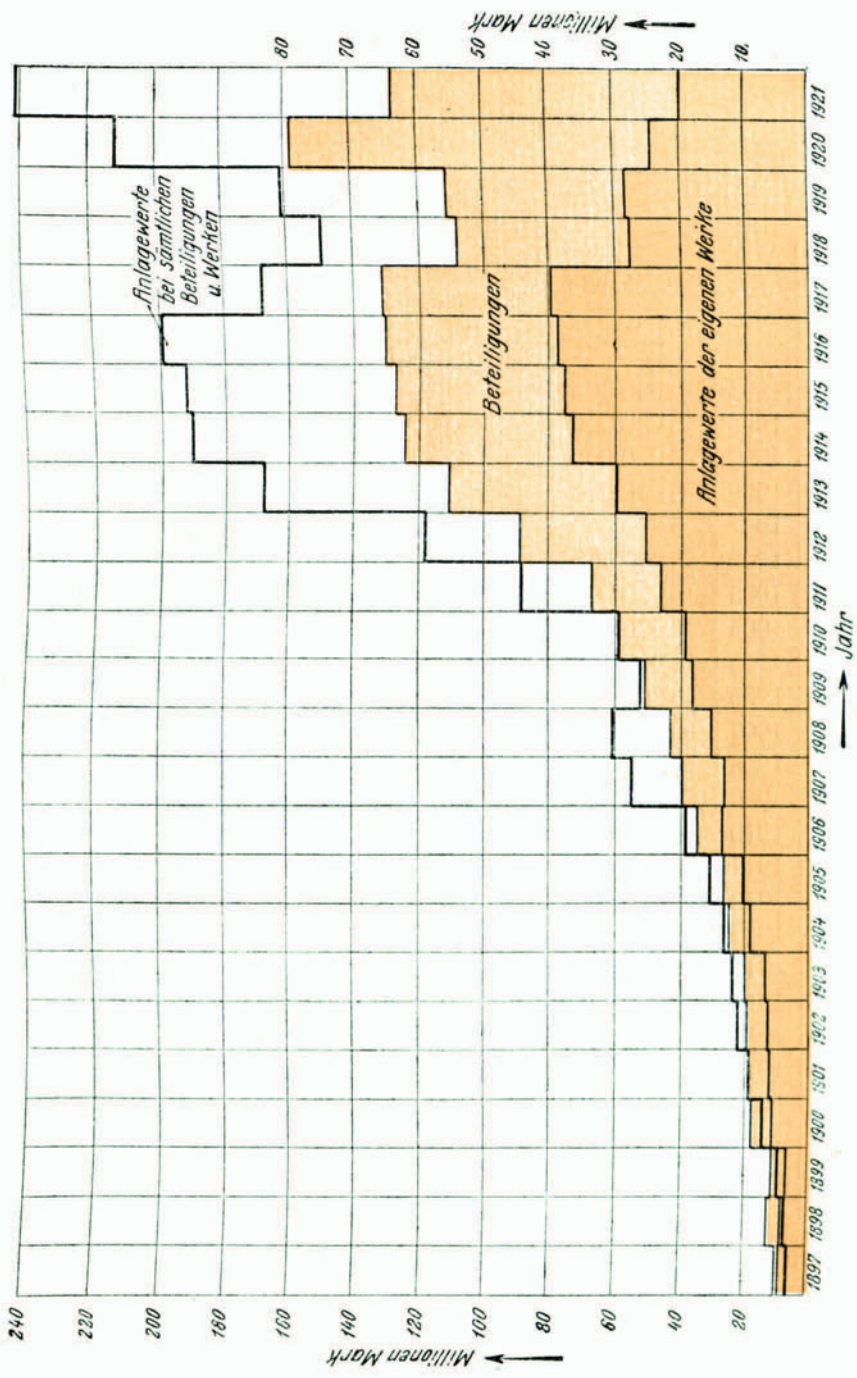
DARSTELLUNG DES ELG-BESITZSTANDES



- Eigene Werke bzw. Eigentum der Tochtergesellschaften
- Pachtungen
- Pachtungen mit Kapitalsufbringung
- Beteiligungen; sämtliche

B.
Anlagewerte, Beteiligungen.

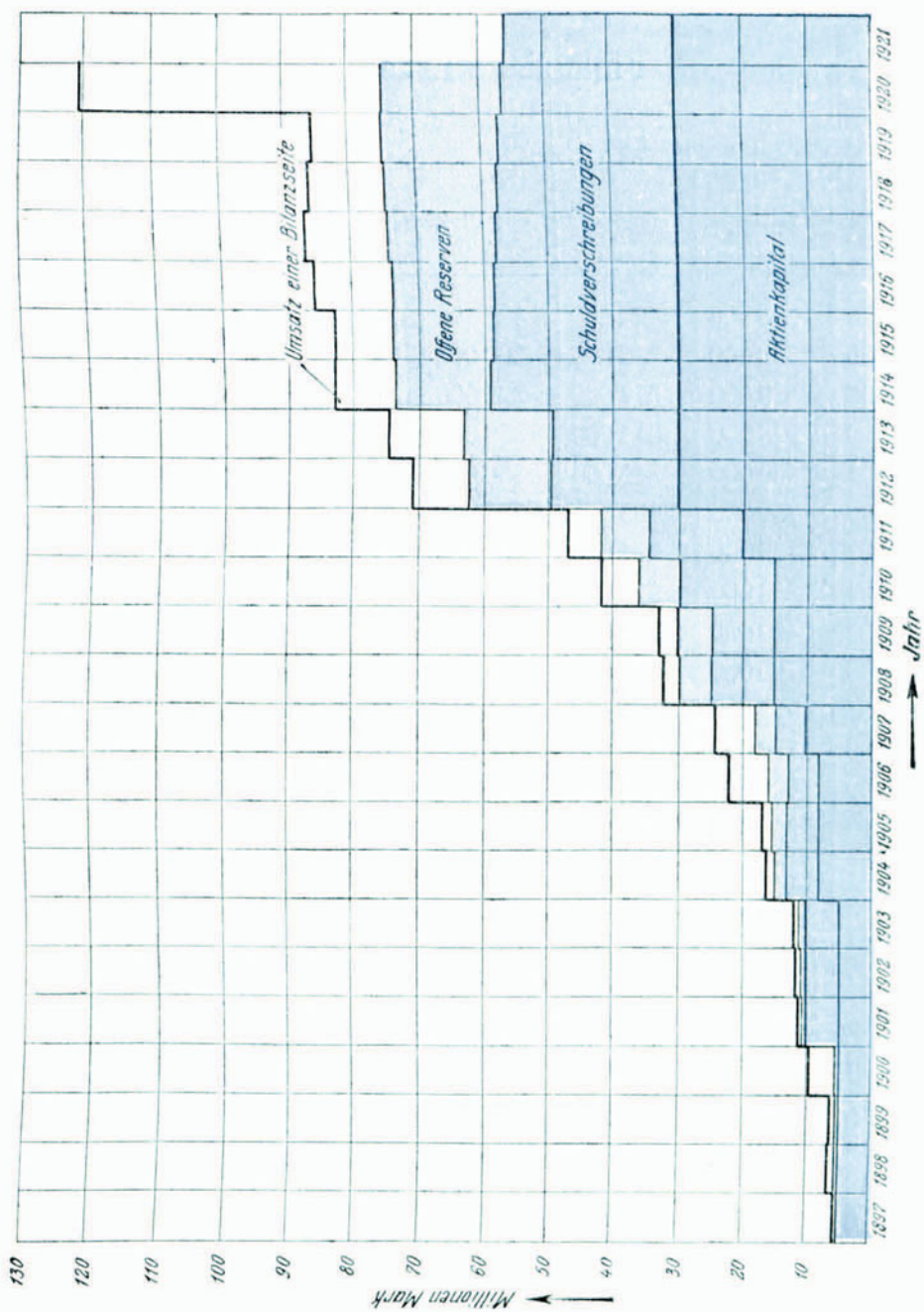
Jahr	Anlagewerte der eigenen Werke	Beteiligungen und Effekten	Anlagewerte aller E. L. G.- Unternehmungen
	M	M	M
1897	4 040 000	700 000	6 100 000
1898	4 000 000	2 340 000	7 500 000
1899	3 280 000	2 457 000	9 400 000
1900	5 582 000	3 177 000	14 400 000
1901	6 183 000	3 177 000	19 100 000
1902	6 394 000	3 257 000	22 400 000
1903	6 657 000	3 285 000	24 100 000
1904	9 053 000	3 335 000	26 600 000
1905	10 375 000	3 412 000	31 100 000
1906	13 694 000	3 969 000	38 600 000
1907	13 310 000	6 458 000	55 100 000
1908	15 394 000	6 409 000	60 900 000
1909	18 203 000	7 133 000	52 100 000
1910	19 353 000	10 036 000	59 200 000
1911	23 023 000	10 245 000	88 200 000
1912	25 450 000	18 839 000	117 700 000
1913	29 817 000	25 476 000	167 700 000
1914	36 329 000	25 700 000	191 000 000
1915	37 492 000	25 941 000	192 300 000
1916	38 612 000	26 670 000	199 058 000
1917	39 565 000	25 998 000	168 003 000
1918	27 722 000	26 210 000	149 100 000
1919	28 224 000	27 261 000	161 500 000
1920	24 342 000	54 777 000	212 500 000
1921	19 569 000	41 900 000	241 300 000



C.

Aktien, Schuldverschreibungen u. Reserven

Jahr	Aktienkapital M	Schuldver- schreibungen M	Offene Reserven M	Umsatz einer Bilanzseite M
1897	5 000 000	—	466 000	5 473 000
1898	5 000 000	—	414 000	6 487 000
1899	5 000 000	—	241 000	6 246 000
1900	5 000 000	—	358 000	9 500 000
1901	5 000 000	5 000 000	578 000	11 161 000
1902	5 000 000	5 000 000	786 000	11 595 000
1903	5 000 000	5 000 000	1 013 000	11 857 000
1904	8 000 000	5 000 000	1 924 000	16 379 000
1905	8 000 000	5 000 000	2 228 000	16 968 000
1906	8 000 000	4 915 000	3 098 000	22 180 000
1907	10 000 000	4 827 000	3 351 000	24 156 000
1908	15 000 000	9 734 000	4 867 000	32 156 000
1909	15 000 000	9 638 000	5 418 000	32 862 000
1910	15 000 000	14 537 000	6 044 000	41 582 000
1911	20 000 000	14 433 000	7 091 000	46 765 000
1912	30 000 000	19 323 000	12 627 000	70 794 000
1913	30 000 000	19 209 000	13 714 000	74 496 000
1914	30 000 000	29 005 000	14 329 000	82 844 000
1915	30 000 000	28 794 000	14 846 000	82 823 000
1916	30 000 000	28 500 000	15 226 000	85 969 000
1917	30 000 000	28 167 000	16 270 000	87 042 000
1918	30 000 000	27 748 000	16 821 000	86 213 000
1919	30 000 000	27 313 000	17 137 000	85 530 000
1920	30 000 000	26 706 000	17 808 000	120 603 000
1921	30 000 000	26 070 000	19 600 000	116 500 000

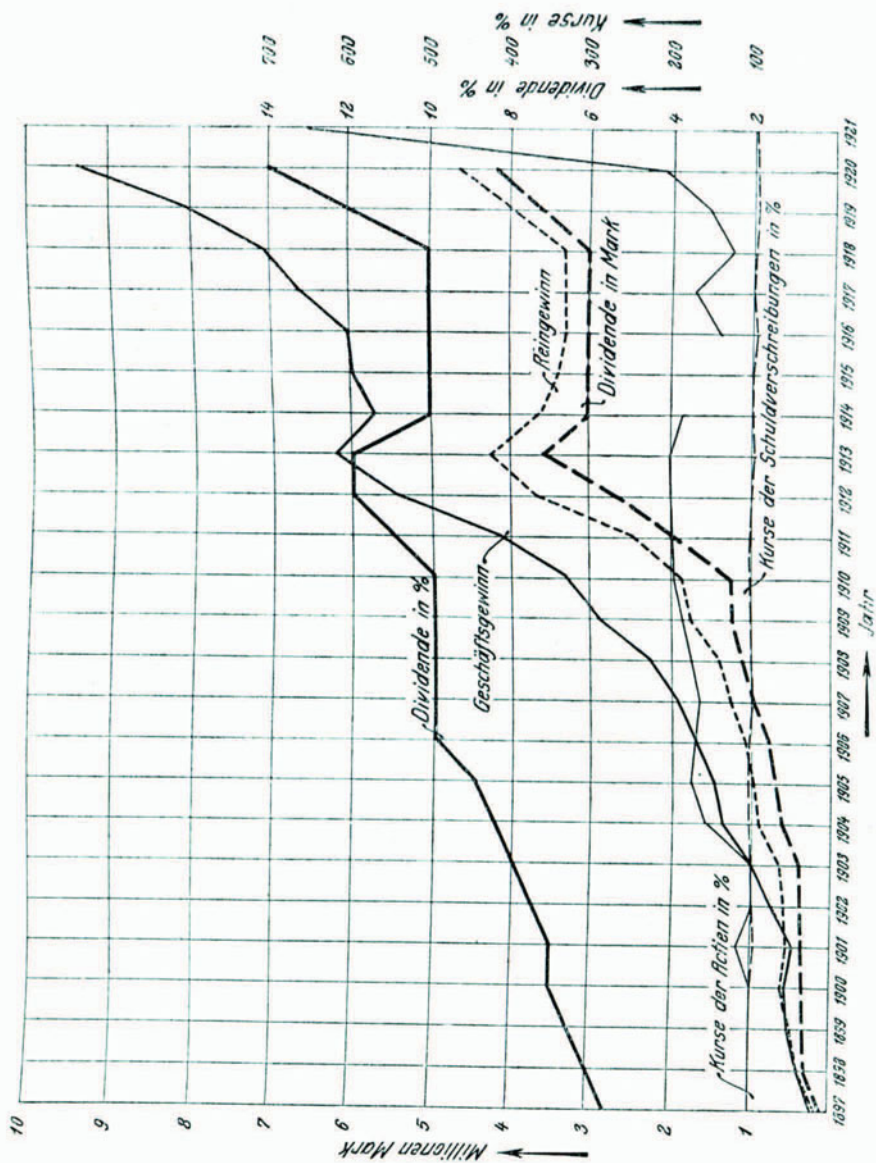


D. Finanzielle Ergebnisse.

(Als Kurse sind die Notierungen der Berliner Börse am Jahresende angegeben.)

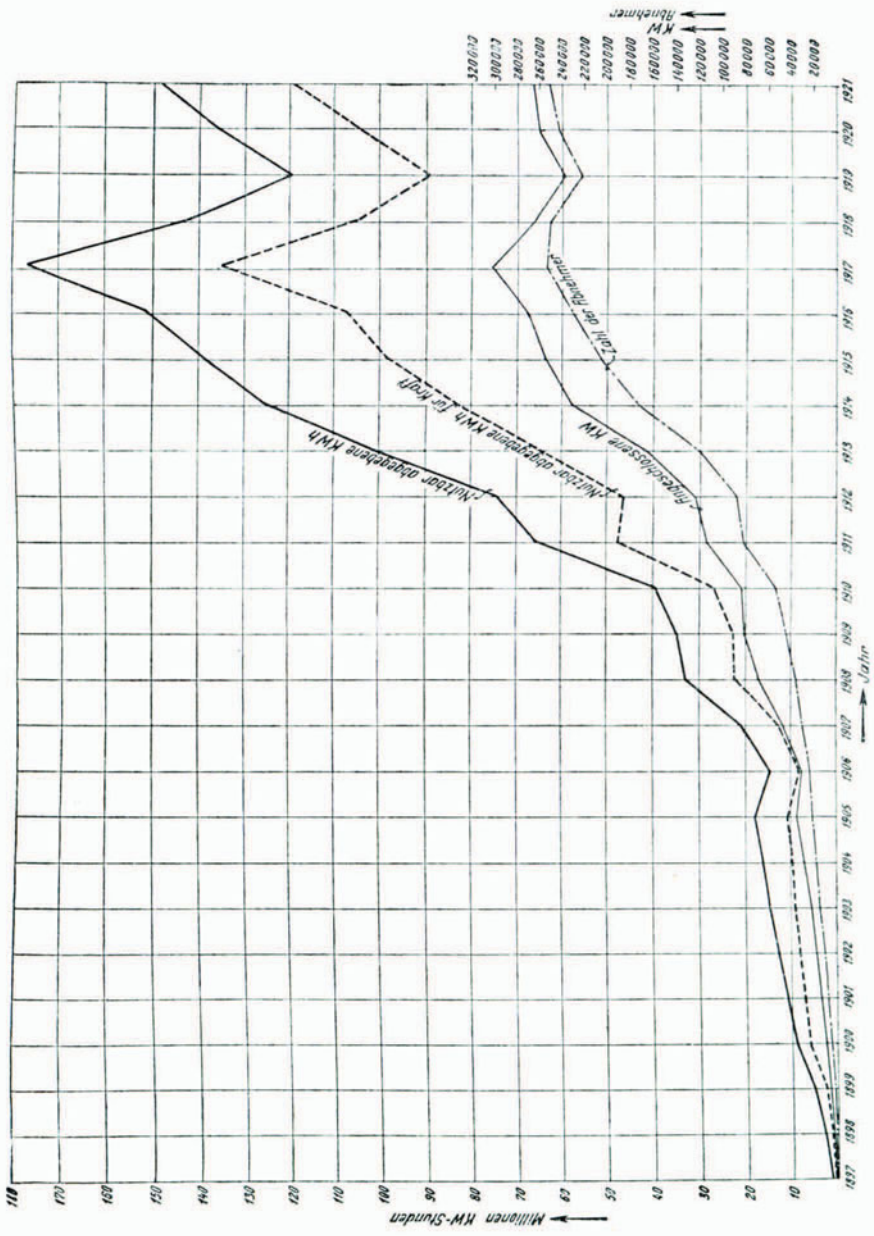
Jahr	Geschäfts- gewinn M	Reingewinn M	Dividende		d. Aktien %	Kurse	
			M	%		d. Schuldverschreibg. 4 1/2 %	5 %
1897	208 000	194 000	137 500	5 1/2	—	—	—
1898	398 000	398 000	300 000	6	—	—	—
1899	529 000	517 000	325 000	6 1/2	—	—	—
1900	578 000	615 000	350 000	7	—	—	—
1901	480 000	549 000	350 000	7	117	96,9	—
1902	759 000	595 000	375 000	7 1/2	—	101	—
1903	1 023 000	635 000	400 000	8	—	102,25	—
1904	1 383 000	922 000	680 000	8 1/2	160	104	—
1905	1 499 000	981 000	720 000	9	178,75	104,7	—
1906	1 700 000	1 073 000	800 000	10	172,30	104,8	—
1907	1 922 000	1 260 000	1 000 000	10	166	100,5	—
1908	2 280 000	1 400 000	1 125 000	10 (5)	175,5	102,7	—
1909	2 900 000	1 790 000	1 500 000	10	186	103,5	—
1910	3 300 000	1 860 000	1 500 000	10	197,4	103	—
1911	4 158 000	2 486 000	1 925 000	11 (5 1/2)	197,75	103,75	—
1912	5 494 000	3 691 000	2 700 000	12	200,5	100,4	—
1913	6 200 000	4 262 000	3 600 000	12	201,5	98	—
1914	5 700 000	3 600 000	3 000 000	10	187	—	100
1915	5 967 000	3 397 000	3 000 000	10	—	—	—
1916	6 005 000	3 271 000	3 000 000	10	141	95	98
1917	6 617 000	3 271 000	3 000 000	10	172	—	—
1918	7 075 000	3 274 000	3 000 000	10	125	99	99
1919	8 042 000	3 958 000	3 600 000	12	154,5	96,25	99,5
1920	9 358 000	4 631 000	4 200 000	14	215	97,5	102
1921	13 543 000	5 175 000	4 800 000	16	650 *)	98	102,25

*) Höchster Kurs im Jahre 1921: 999%



E.
Anschlußwerte, Stromabgabe.

Jahr	Abnehmerzahl	Anschlußwert KW	Abgegebene Kwstd.	
			Gesamt	Davon f. Kraft
1897	1 582	2 100	1 300 000	400 000
1898	2 195	2 900	3 000 000	1 300 000
1899	3 363	8 300	4 900 000	2 500 000
1900	7 115	10 300	9 000 000	6 000 000
1901	9 013	15 500	10 800 000	7 200 000
1902	11 861	18 800	12 800 000	8 000 000
1903	14 667	22 900	14 800 000	9 000 000
1904	17 812	29 800	16 100 000	9 600 000
1905	22 128	33 800	18 000 000	10 500 000
1906	28 660	41 400	18 300 000	10 500 000
1907	28 977	48 900	21 100 000	12 500 000
1908	35 335	69 000	32 900 000	22 600 000
1909	43 605	82 600	34 900 000	22 700 000
1910	54 223	85 100	39 500 000	26 900 000
1911	83 051	116 700	65 500 000	47 400 000
1912	88 586	124 200	74 600 000	46 600 000
1913	121 637	167 500	101 200 000	64 700 000
1914	173 342	232 500	125 700 000	83 500 000
1915	207 873	256 600	139 300 000	98 600 000
1916	230 438	271 700	151 700 000	107 200 000
1917	254 782	301 100	176 600 000	134 900 000
1918	251 790	265 500	142 600 000	105 200 000
1919	223 009	238 700	119 600 000	89 600 000
1920	242 478	260 100	136 300 000	104 300 000
1921	253 521	267 100	148 100 000	119 200 000



DIE EINZELNEN UNTERNEHMUNGEN DER E. L. G.

NACH DEM STANDE VOM DEZEMBER 1921.

Auf den folgenden Seiten sind die einzelnen Unternehmungen, die am Ende des 25. Betriebsjahres sich im Besitz der E. L. G. befinden, oder ihrer Verwaltung bzw. ihrer Aufsicht unterstehen, in der Reihenfolge ihrer Zugehörigkeit zur E. L. G. und geordnet nach der Betriebsform kurz geschildert. Dabei wird mit einigen Worten auf ihre Entstehung eingegangen; die wichtigsten Vertragsverhältnisse werden erwähnt, Angaben über die hauptsächlichsten technischen Einrichtungen, insbesondere die Leistungsfähigkeit der Kraftwerke, gemacht und Aufstellungen beigelegt, die wesentliche Zahlen für die Beurteilung der Entwicklung enthalten. Bei den Überlandwerken sind schließlich Leitungspläne der Versorgungsgebiete beigegeben. Die Zahlenübersichten lassen einige bezeichnende Merkmale der Entwicklung erkennen.

Bei den meisten Überlandwerken fällt das rasche Anwachsen der Zahl der versorgten Ortschaften und Einwohner ins Auge, ein Zeichen für den großen Elektrizitätshunger der Bevölkerung, aber auch für das Bestreben der E. L. G., diesem Bedarf nachzukommen. Die Entwicklung wird in dieser Richtung weitergehen, wenn nicht behördlicher Zwang und künstlich aufgerichtete Abgrenzungen und erzwungene Zusammenschlüsse hindernd einwirken. — Besonders bemerkenswert ist die starke Zunahme der Abnehmerzahl, namentlich in den letzten Jahren. Es ergibt sich, daß heute im Durchschnitt auf etwa sechs Einwohner ein Abnehmer entfällt; nur in den größeren Städten mit Gaswerken ist das Verhältnis um ein geringes ungünstiger. Daraus kann geschlossen werden, daß meist jeder Haushalt und jeder Gewerbebetrieb von der Möglichkeit des Bezuges elektrischer Arbeit Gebrauch gemacht hat. Die größte Zunahme weisen die Jahre seit

Kriegsbeginn auf; dies erklärt sich nicht nur aus dem Mangel an anderen Beleuchtungsmitteln und Betriebsstoffen, sondern vielmehr aus der Tatsache, daß die Preise des elektrischen Stromes verhältnismäßig viel weniger gestiegen sind als die anderer Energiequellen. Nicht im gleichen Verhältnis wie die Zahl der Abnehmer ist der Verbrauch an elektrischer Arbeit gewachsen; hieran sind vornehmlich die Einwirkungen des Krieges schuld, insbesondere der Mangel an Betriebsstoffen und die Unmöglichkeit der Beschaffung neuer Betriebsmittel. In dem Maße, in dem diese Hemmungen zurücktreten, macht sich eine Vermehrung der nutzbaren Abgabe bemerkbar. Weiter ist aus den Aufstellungen ersichtlich, daß der für Kraftzwecke verbrauchte Teil der Gesamtstromabgabe bei den meisten Unternehmungen im Laufe der Jahre immer größer geworden ist und bei den Überlandwerken völlig überwiegt, ein untrügliches Zeichen für die Bedeutung der Elektrizitätswerke als Kraftquellen für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, aber auch eine Mahnung, sie von politischen und fiskalischen Einflüssen freizuhalten, damit sie ihre Aufgabe in immer vollkommenerer Weise erfüllen können.

Schließlich sind noch einige Ziffern angefügt, die über die Ausgaben für Kohlen und Löhne Auskunft geben. Sie zeigen zunächst, mit welcher großen Summen heute die Ausgabenaufstellungen selbst der kleinsten Elektrizitätswerke beschwert sind; und doch erkennt der Wirtschaftskundige, wie wenig die allgemeine Volkswirtschaft belastet wird im Vergleich zu den Leistungen, die die Elektrizitätswerke vollbringen. Ergibt sich doch aus den Aufstellungen, daß die E.L.G.-Werke, selbst unter den schwierigen Verhältnissen des Jahres 1921, mit einem Aufwand für Brennstoffe und Löhne von nur 60 bis 100 M. je Kopf der Bevölkerung weite Landstriche mit Licht und Kraft versorgen! Vergleicht man damit den Aufwand an Stoffen und Arbeitskräften auf anderen Gebieten, so muß man von neuem die Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft für den Wiederaufbau Deutschlands würdigen und anerkennen, daß diejenigen, die an ihrer Entwicklung mitgearbeitet haben, auch fernerhin weiteste Förderung verdienen.

ELEKTRICITÄTSWERK TREBBIN

Das Elektrizitätswerk Trebbin gehört der E. L. G. seit ihrem Gründungsjahre an. Es wurde auf Grund eines mit der Stadtgemeinde im Frühjahr 1897 abgeschlossenen Vertrages errichtet und bereits am 1. Dezember des gleichen Jahres in Betrieb gesetzt. Der Vertrag gab dem Unternehmer neben einem zehnjährigen Ausschließlichkeitsrecht, das nach seinem Ablauf um weitere zehn Jahre verlängert wurde, die Erlaubnis zur Benutzung der städtischen Straßen und Plätze auf die Dauer von fünfzig Jahren. Die Entwicklung der Stadt Trebbin wurde durch das Bestehen des Werkes wesentlich gefördert. Als bald nach seiner Errichtung siedelte die Druckerei eines bekannten Verlages mit einem großen Arbeiter- und Beamtenstab dorthin über. In der Folge gestattete das Bestehen des Elektrizitätswerkes auf einfache und billige Weise die Errichtung eines Wasserwerks mit elektrischem Antrieb, wodurch wiederum die Ansiedlung von ausgedehnten Gartenbaubetrieben für Schnittblumenkulturen ermöglicht wurde. Allmählich entschloß sich das gesamte Kleingewerbe, wenn auch anfangs zögernd, zur Einrichtung des elektrischen Betriebes, dem späterhin auch einige größere Mühlen folgten, so daß Trebbin heute den für ein Landstädtchen ungewöhnlich hohen Verbrauch von etwa 80 Kwstd. pro Kopf der Bevölkerung aufweist. Im Jahre 1905 wurde das in der Nähe gelegene Dorf Kliestow, 1912 der benachbarte Ort Löwendorf angeschlossen.

An Betriebsmitteln stehen dem Werk zur Verfügung: drei Lokomobilen mit drei Dynamomaschinen von insgesamt 225 KW Leistung und zwei Batterien von je 288 Amperestunden.

Die Verteilung erfolgt mit 2 X 120 Volt Gleichstrom.

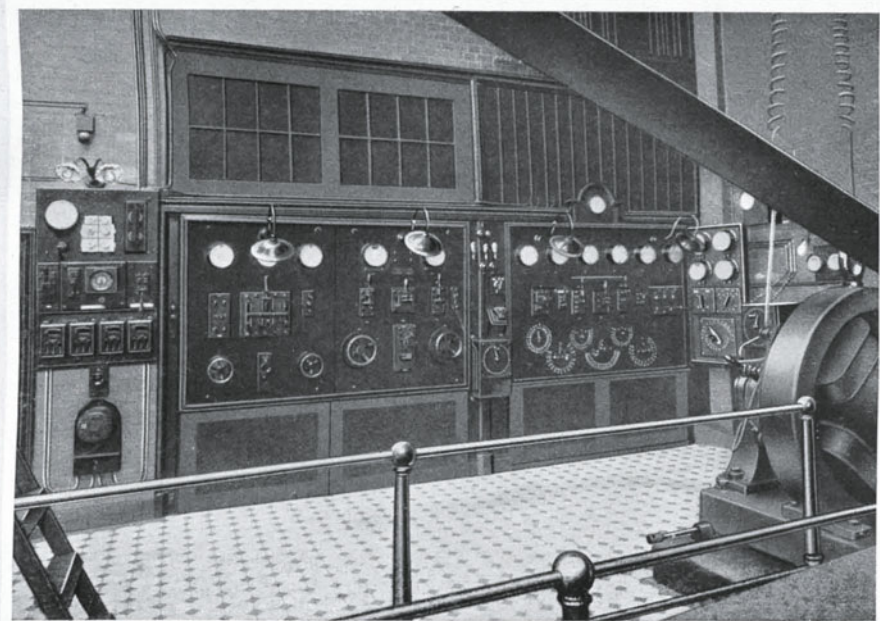
Betriebsleiter: Otto Schulze.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1898	1	3 300	74	28 852	9 000	31,19	2 433	2 628
1905	1	3 656	255	114 307	64 659	56,57	5 946	5 374
1913	3	4 103	392	260 510	195 831	75,17	12 706	13 162
1917	3	3 799	538	267 180	208 182	77,92	19 555	16 524
1921	3	4 200	716	303 868	226 419	74,51	223 794	167 978



Elektricitätswerk Trebbin



E. W. Trebbin, Schaltanlage

ELEKTRICITÄTSWERK DAHME (MARK)

Das Elektrizitätswerk D a h m e verdankt seine Entstehung der Anregung eines ortsansässigen Ingenieurs, Paul Hoffmann, der im Jahre 1898 mit der Stadt einen Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Elektrizitätswerkes abschloß, der alsbald auf die E. L. G. übertragen wurde. Der Vertrag sah, wie derjenige von Trebbin, ein zehnjähriges Ausschließlichkeitsrecht vor, das nach Ablauf um weitere zehn Jahre verlängert wurde, sowie eine fünfzigjährige Betriebserlaubnis.

Der Betrieb wurde Anfang 1899 aufgenommen und ist, abgesehen von behördlichen Einschränkungen, bis auf den heutigen Tag ununterbrochen durchgeführt worden.

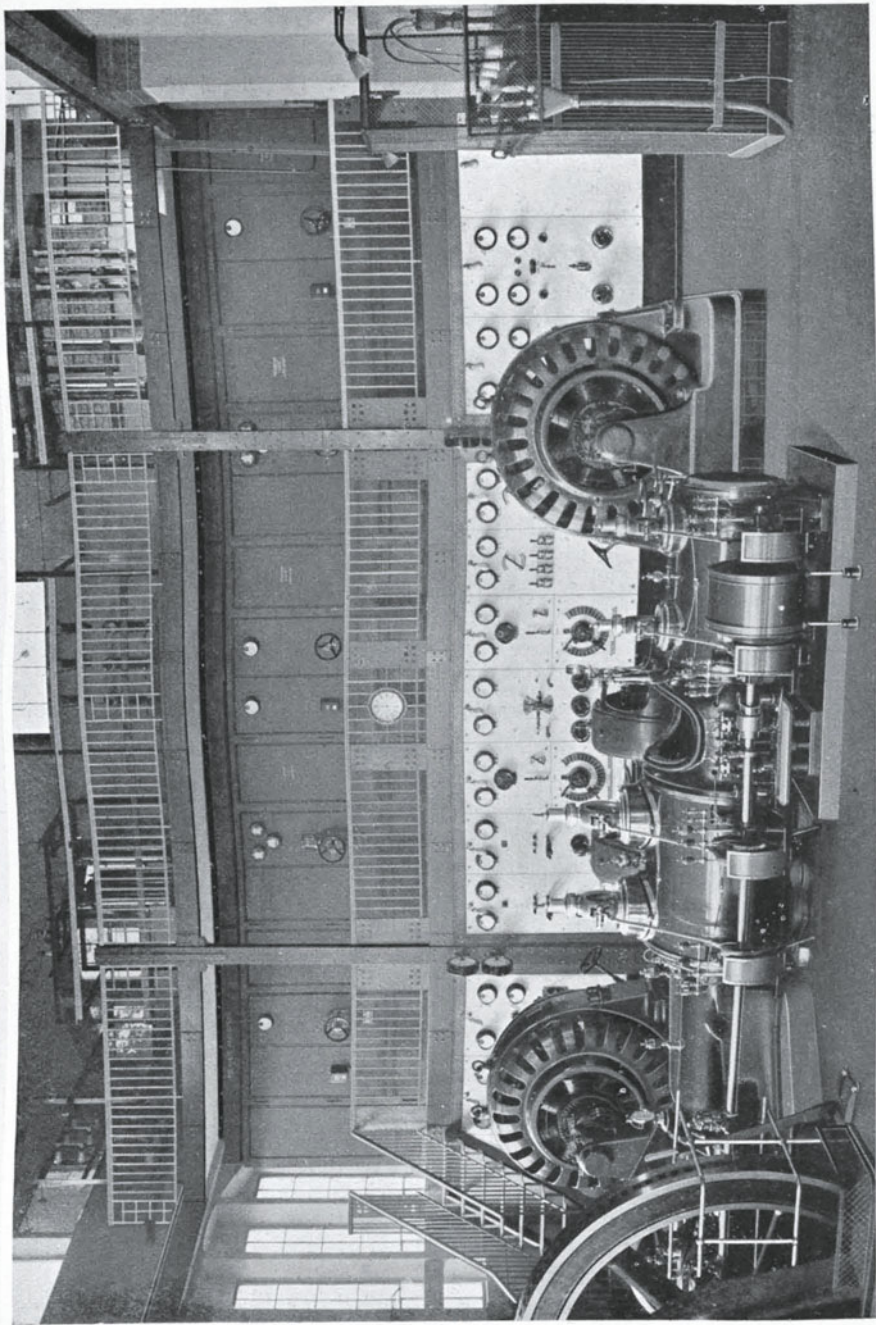
Die Anschlußbewegung gestaltete sich durch eifrige Werbetätigkeit und weitgehende Installationserleichterungen so rege, daß heute auf etwa 5500 Einwohner rund 1600 Anschlüsse entfallen und in dem ganzen Orte fast kein Haus ohne Anschluß zu finden ist. Darunter befinden sich wohl sämtliche kleingewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe.

Die Stromverteilung erfolgt durch Gleichstrom von 220 Volt, die Erzeugung durch drei Maschinensätze von zusammen 208 KW Leistung und eine Batterie von 540 Amperestunden.

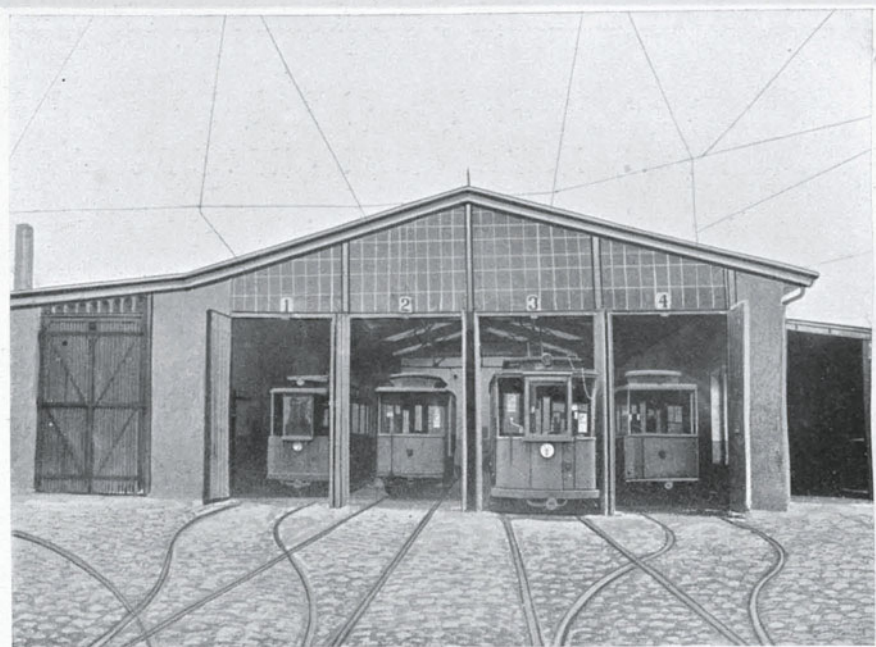
Betriebsleiter: Heinrich Gerber.

Entwicklungs-Übersicht.

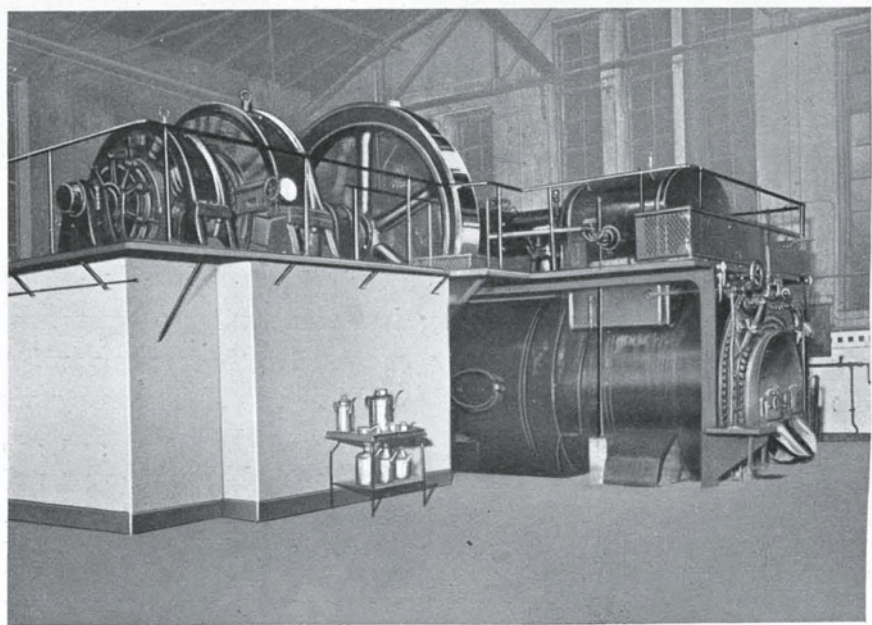
Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1900	1	5 600	172	48 132	14 346	29,81	4 246	8 245
1907	1	5 716	319	135 017	55 435	41,06	7 980	11 861
1913	1	5 885	638	218 898	88 034	40,22	9 799	13 917
1917	1	4 844	1 355	189 368	75 003	39,61	17 616	15 899
1921	1	5 450	1 596	209 678	89 267	42,57	222 425	165 608



E. W. Schweidnitz, Maschinenanlage



E. W. Schleswig, Straßenbahnhof



E. W. Schleswig, Gleichstrommaschinen in direkter Kuppelung mit Lokomobile

ELEKTRICITÄTSWERK NEUBURG a. D.

Im April 1899 schloß die A. E. G. München mit der Stadtgemeinde Neuburg a. D. einen Vertrag über die Versorgung der Stadt mit Licht und Kraft ab. Die Dauer des Vertrages war zunächst auf 50 Jahre bemessen. Für die Stadt war ein Übernahmerecht innerhalb der ersten 10 Jahre vorgesehen, auf das sie jedoch bei Abschluß eines Nachtragsvertrages im Jahre 1907 gegen eine erhöhte Abgabe aus den Stromeinnahmen verzichtete. Die Vertragsdauer wurde hierbei um 10 Jahre verlängert. Die Inbetriebsetzung fand Anfang 1900 statt, und zwar zunächst mit einer Dampfanlage; daneben wurde im Jahre 1903 eine Sauggasanlage aufgestellt, da sich der Dampfbetrieb als unwirtschaftlich und störend für die Nachbarschaft erwies.

Im Jahre 1909 wurde das Werk an das Überlandnetz der Amperwerke, München, angeschlossen. Trotz dieser wiederholten Umänderungen ist der Betrieb, abgesehen von geringfügigen Störungen, seit der Errichtung des Werkes bis heute ununterbrochen durchgeführt worden.

Die Anschlußbewegung hat sich so lebhaft gestaltet, daß sämtliche Wohnhäuser und fast alle Gewerbetreibenden mit Strom versorgt werden.

Die Stromabgabe wurde in den letzten Jahren durch die Aufhebung der Garnison und die dadurch eingetretene Verminderung der Einwohnerzahl und Geschäftstätigkeit beeinträchtigt.

Die Versorgung der Stadt erfolgt mit Gleichstrom von 2×220 Volt und in geringem Umfang durch unmittelbaren Anschluß an die Drehstromzuleitung der Amperwerke. Zur Gleichstromerzeugung dient ein Einankerumformer von 150 KW nebst einer Batterie von 810 Amperestunden. Die noch vorhandenen Dampfmaschinen und Sauggasanlage werden nur bei Störungen der Fernleitung in Betrieb genommen. Betriebsleitung: Ludwig Eibl, Friedrich Avril.

Entwicklungs - Übersicht.

Jahr	Zahl der			Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für Gehälter, Löhne M.
	angeschloss. Gemeinden	Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	
1900	1	8 036	145	61 429	4 816	7,84	6 645
1906	1	8 533	318	248 430	94 790	38,16	13 524
1913	1	9 061	691	328 652	139 925	42,58	15 209
1917	1	10 652	1 126	351 002	173 926	49,55	17 867
1921	1	9 000	1 478	307 746	162 688	52,86	160 136

ELEKTRICITÄTSWERK FÜRSTENWALDE (SPREE)

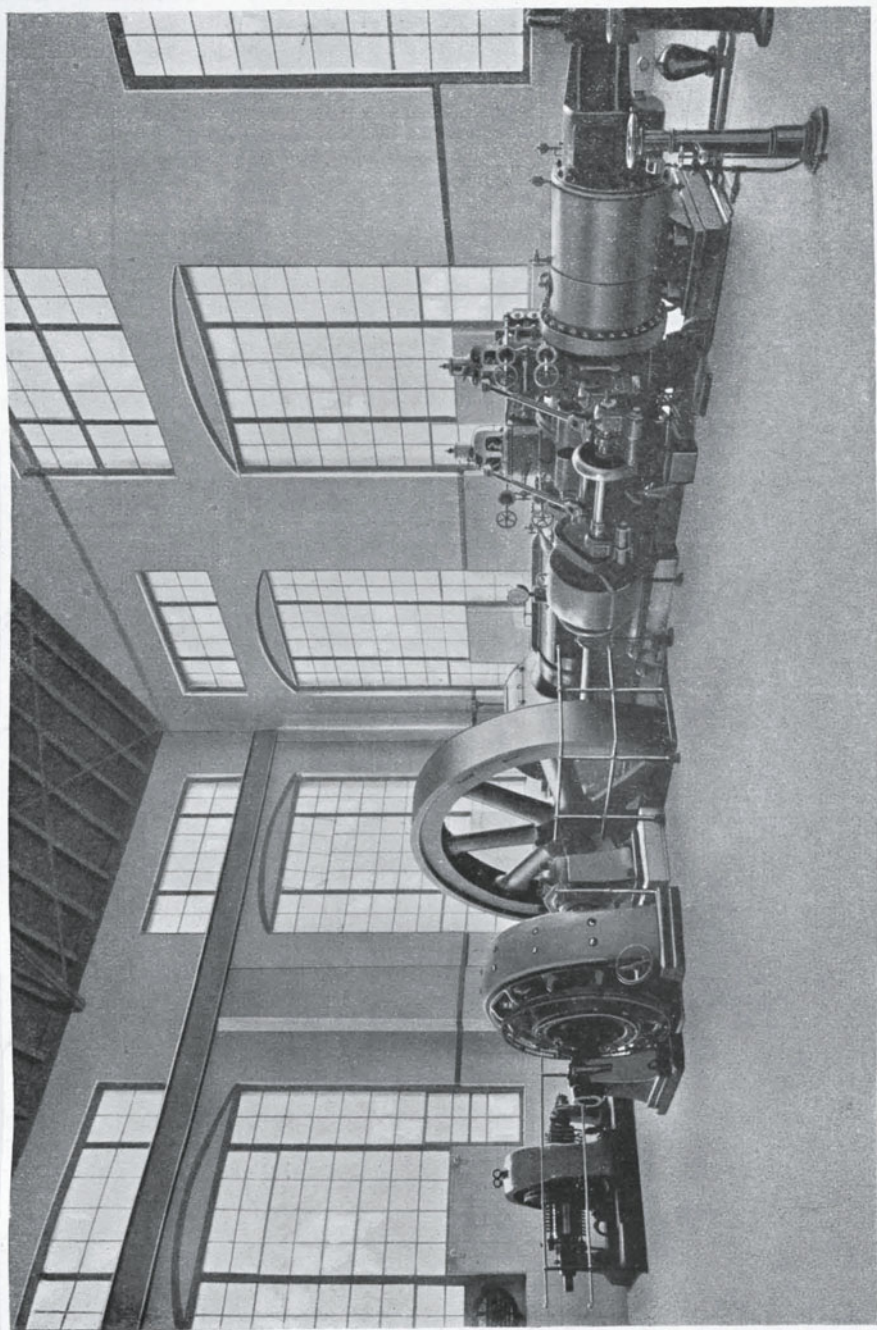
Die Grundlage für die Errichtung des Elektrizitätswerkes Fürstenwalde bildet ein im Jahre 1907 abgeschlossener Vertrag, der der E. L. G. die ausschließliche Betriebserlaubnis auf 45 Jahre sichert. Der Stadt steht jedoch das Recht zu, vom zehnten Betriebsjahre ab das Elektrizitätswerk käuflich zu übernehmen. Der Bau wurde im Oktober 1907 begonnen und der Betrieb nach Überwindung beträchtlicher, durch ungünstigen Baugrund verursachter Schwierigkeiten im September 1908 eröffnet. Das wirtschaftliche Leben der Stadt verdankt dem Elektrizitätswerk eine bedeutende Belebung. Es erlaubte nicht nur den Ladenbesitzern eine für einen Großstadtvorort unumgänglich notwendige Verbesserung der Geschäftsbeleuchtung, sondern brachte auch der vorhandenen Industrie eine bald erkennbare Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit. Daneben konnten manche Handwerksbetriebe durch die erleichterte Kraftbeschaffung sich zu ansehnlichen Unternehmungen entwickeln und neue Fabriken entstehen.

Als Betriebsmittel standen zunächst zwei Sauggasmaschinen von je 135 KW und eine Akkumulatorenbatterie von 648 Amperestunden zur Verfügung. Der steigende Bedarf machte bald die Beschaffung neuer Betriebsmittel nötig, und zwar entschloß sich die E. L. G. im Jahre 1913 zum Bezug der erforderlichen elektrischen Arbeit aus dem Hochspannungsnetz des Märkischen Elektrizitätswerkes; zu diesem Zweck wurde ein Einanker-Umformer mit einer Leistung von 250 KW beschafft. Die Aufstellung einer Gleichrichteranlage für 250 KW ist in Angriff genommen.

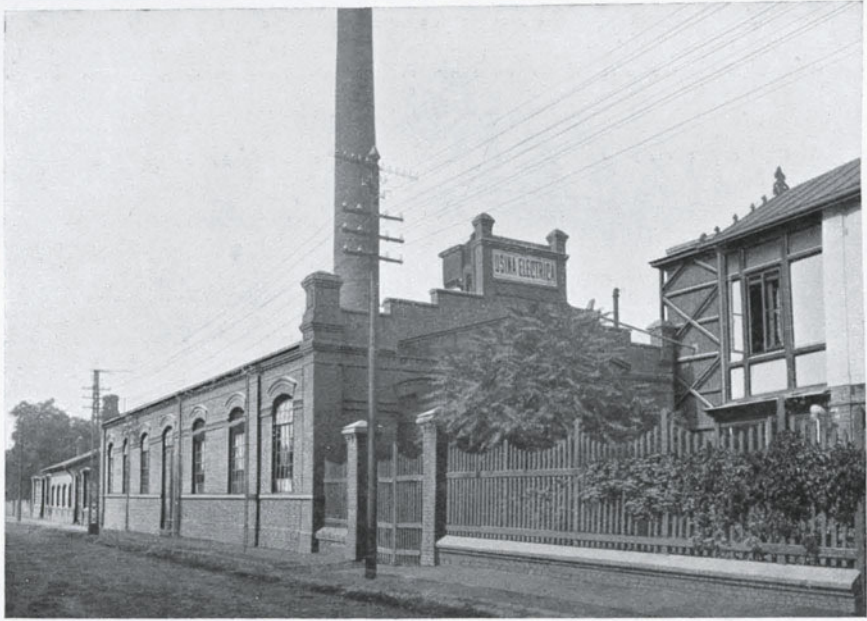
Betriebsleiter: Paul Reddig.

Entwicklungs-Übersicht:

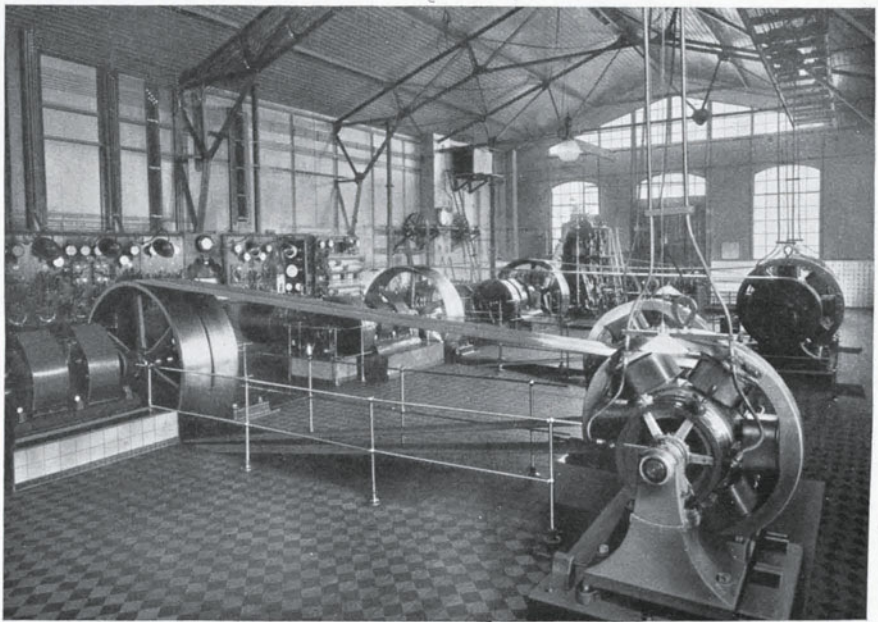
Jahr	ange- schloss, Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1908	1	22 415	192	27 450	9 301	33,88	1 127	3 258
1913	1	22 525	1 070	571 352	244 059	42,72	17 006	20 211
1917	1	20 210	2 570	806 978	368 426	45,65	18 497	31 356
1921	1	22 600	3 583	771 596	291 869	37,83	231 666	278 290



E. W. Fürstenwalde, Gasmaschine und Einankerumformer



Elektricitätswerk Craiova



E. W. Craiova, Maschinensaal

ELEKTRICITÄTSWERK PLESCHEN

Mit dem Landstädtchen Pleschen in der Provinz Posen wurde bereits im Jahre 1898 ein Konzessionsvertrag abgeschlossen. Die Entwicklung des Werkes gestaltete sich recht günstig, bis der Krieg auch hier hemmend einwirkte. Seit Abschluß des Waffenstillstandes steht das Werk unter polnischer Verwaltung. Betriebsmittel Ende 1918: drei Lokomobilen mit Gleichstrommaschinen von 210 KW, zwei Batterien von 660 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1900	1	6 130	156	53 191	10 849	20,40	3 220	6 518
1905	1	6 360	330	152 786	79 579	52,09	6 152	9 862
1913	1	7 550	505	222 851	90 368	40,55	10 270	12 135
1918	1	8 600	860	279 652	161 700	57,82	38 686	24 816

ELEKTRICITÄTSWERK CRAIOVA

Die reiche und moderne rumänische Provinzstadt Craiova tätigte bereits im Jahre 1896 mit der A. E. G. einen Konzessionsvertrag. Bei dem an südliche Länder erinnernden starken Lichtbedarf entwickelte sich das Werk günstig, so daß sich dauernd Vergrößerungen des Kraftwerkes notwendig machten, die durch Dieselmotoren erfolgten, für die Betriebsstoff aus den rumänischen Petroleumquellen zur Verfügung stand. Seit Beendigung des Krieges steht das Werk unter rumänischer Verwaltung. Betriebsmittel Ende 1918: fünf Dieselmotoren mit Gleichstrommaschinen von 1330 KW; zwei Batterien von 504 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1900	1	32 000	607	259 053	13 336	5,15	12 314	21 355
1905	1	45 000	904	473 931	34 469	7,27	20 580	44 053
1913	1	51 000	2 530	1 117 007	301 940	27,03	24 162	72 959
1917	1	50 000	3 248	1 024 432	245 564	23,97	131 002	95 257

STÄDTISCHES ELEKTRICITÄTSWERK SCHWEIDNITZ (PACHTUNG.)

Das von der A. E. G. auf Rechnung der Stadt Schweidnitz im Jahre 1907 erbaute Elektrizitätswerk wird von der E. L. G. auf Grund eines Pachtvertrages betrieben, der im Jahre 1912 erneuert und bis zum Jahre 1927 verlängert wurde. Infolge eines stets ungestörten und vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen der Stadt und der Pächterin gelang es, die Entwicklung des Werkes so zu fördern, daß es das Wirtschaftsleben der Stadt Schweidnitz aufs günstigste beeinflußt hat. Neben dem Kleingewerbe macht auch die größere Industrie von der Möglichkeit einfacher und leichter Kraftbeschaffung ausgiebigen Gebrauch. Auch die Stadt Schweidnitz selbst hat ihre Kraftbetriebe, Kläranlage, Wasserwerk usw. an das Elektrizitätswerk angeschlossen.

Bei seiner Errichtung war das Werk mit Dampfmaschinen von der einheimischen Firma Främb's & Freudenberg ausgerüstet, schloß sich aber dann im Jahre 1912 an das Leitungsnetz des Provinzialverbandes Schlesien an, von dem es nunmehr den größten Teil der von ihm benötigten elektrischen Arbeit bezieht. Dadurch erhielt es auch die Möglichkeit, die äußeren Stadtteile unmittelbar mit Drehstrom von einer Spannung von 220/380 Volt zu versorgen, während für die innere Stadt Gleichstrom von 2 × 220 Volt zur Verfügung steht.

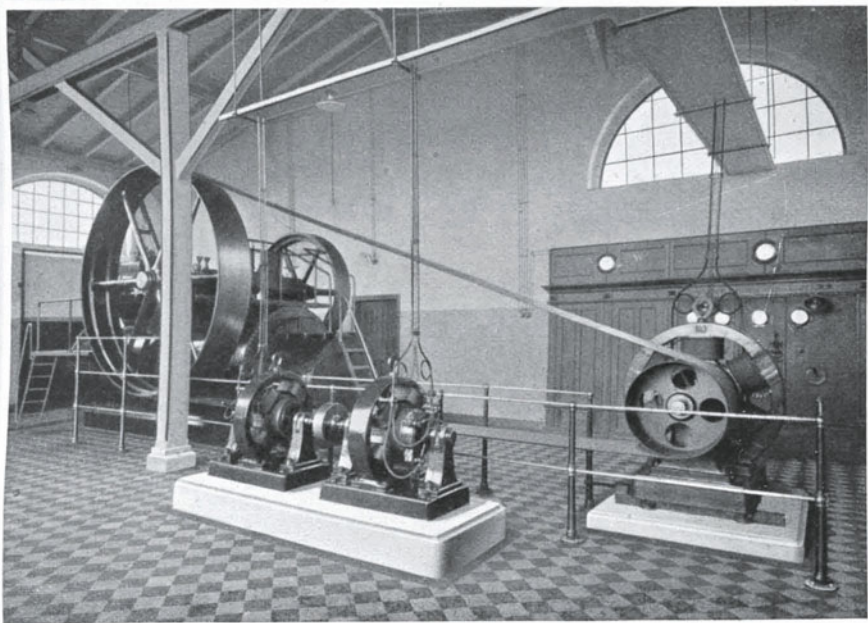
An Betriebsmitteln sind im ganzen vorhanden: zwei Heißdampfmaschinen mit Gleichstromdynamos von je 125 KW, zwei Flammrohrkessel von zusammen 200 qm Heizfläche, zwei Einankerumformer von je 250 KW Leistung und eine Batterie von 540 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

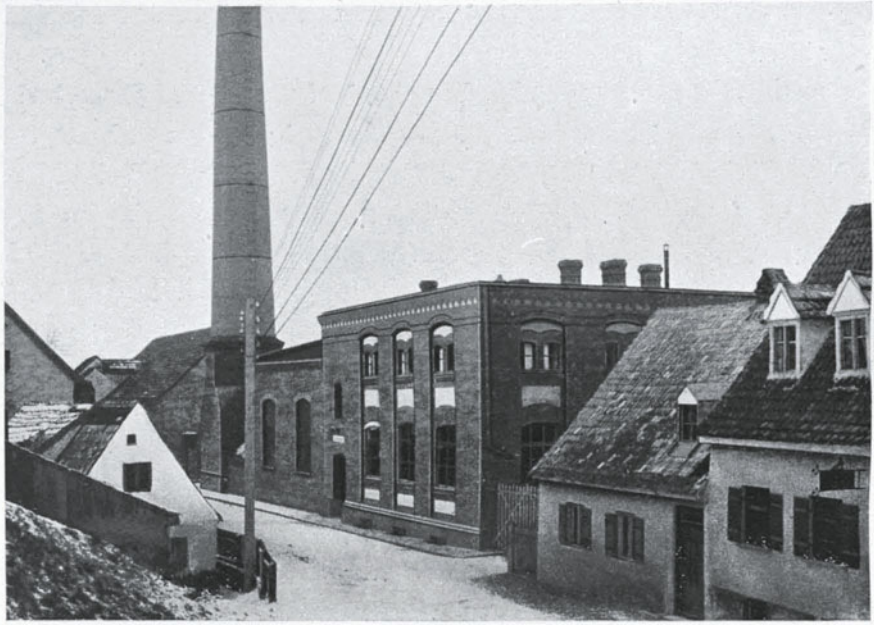
Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1908	2	29 000	337	184 000	62 027	33,71	8 310	20 960
1913	2	29 500	1409	678 822	290 056	42,73	16 957	26 720
1917	2	30 500	2902	758 050	352 516	46,50	22 132	30 278
1921	2	32 000	3587	1 260 477	621 642	49,32	88 825	297 652



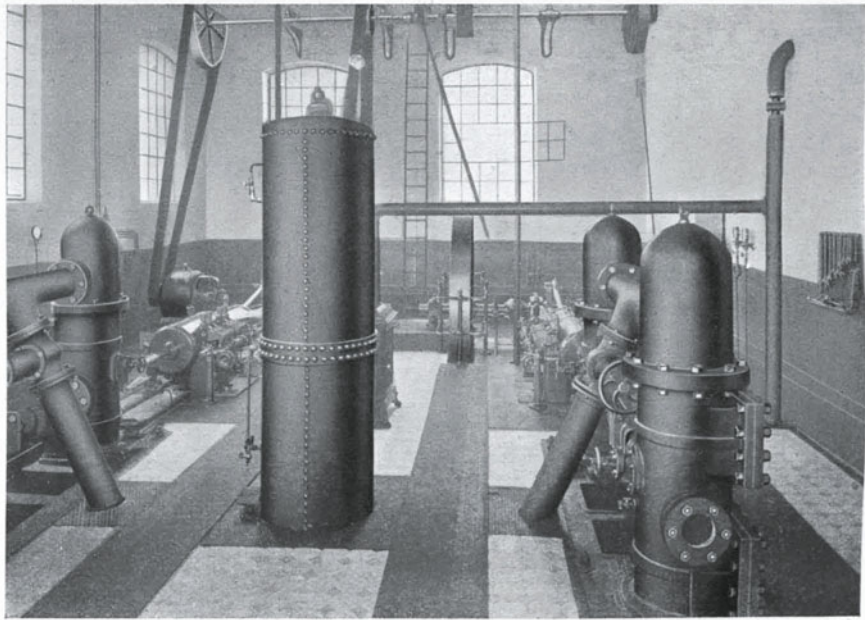
Elektrizitätswerk Dahme



E. W. Dahme, Maschinenraum



Elektricitätswerk Neuburg a. D.



Elektrischer Antrieb im Wasserwerk Neuburg a. D.

ELEKTRICITÄTSWERK SCHLESWIG

Die Stadt Schleswig ließ im Jahre 1910 durch die A. E. G. ein Elektrizitätswerk errichten, dessen Betrieb auf Grund eines Pachtvertrages von der E. L. G. geführt wird. Gleichzeitig mit der Errichtung des Werkes wurde die bereits zwanzig Jahre bestehende Pferdebahn, die hauptsächlich für die Verbindung der langgestreckten Stadt mit dem vier Kilometer entfernten Bahnhof dient, für elektrischen Betrieb umgebaut.

Für die vorhandenen Industrien, namentlich des Nahrungsmittelgewerbes, bedeutete die Einführung des elektrischen Betriebes eine willkommene Förderung. Daneben machten die zahlreichen öffentlichen Gebäude, wie die umfangreichen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, das Krankenhaus, das Postamt, die Kasernen usw., von der bequemen Beschaffung der elektrischen Beleuchtung Gebrauch. Erwähnenswert ist auch der Anschluß des berühmten alten Domes für Beleuchtungszwecke und zum Antrieb der Orgel.

Die Stromverteilung erfolgt mittels Gleichstromes von 2×220 Volt. Zur Stromerzeugung dienen drei größere Heißdampflokomobilien, die je mit zwei Dynamos für Licht und Bahn ausgerüstet sind. Jede der Bahnmaschinen besitzt eine Leistung von 73 KW. Von den Lichtmaschinen leisten zwei je 75 KW, die dritte 280 KW. Außerdem stehen eine Lichtbatterie von 270 Amperestunden und eine Bahnbatterie von 142 Amperestunden zur Verfügung.

Betriebsdirektion: Ernst Peter, Max Kloß.

Entwicklungs-Übersicht.

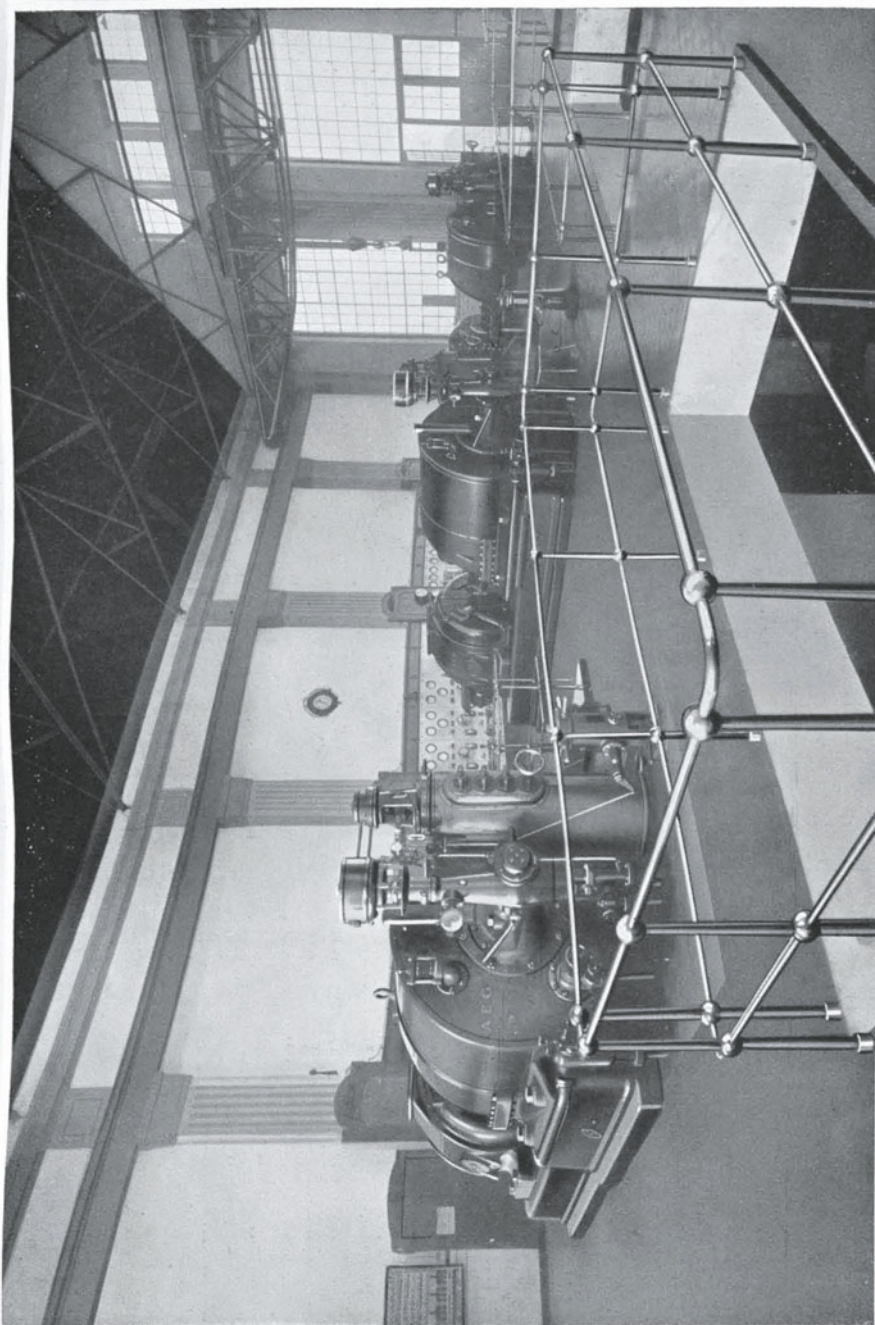
Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1910	1	15 000	545	298 869	63 689	21,31	12 319	24 366
1913	1	17 500	1 217	700 631	448 446	64,01	34 536	28 416
1917	1	19 000	1 694	815 056	498 469	61,16	97 592	36 542
1921	1	19 500	2 309	688 746	329 054	47,78	695 387	293 547

STÄDTISCHE ELEKTRICITÄTSWERKE UND ÜBERLANDZENTRALE ROSTOCK i. M.

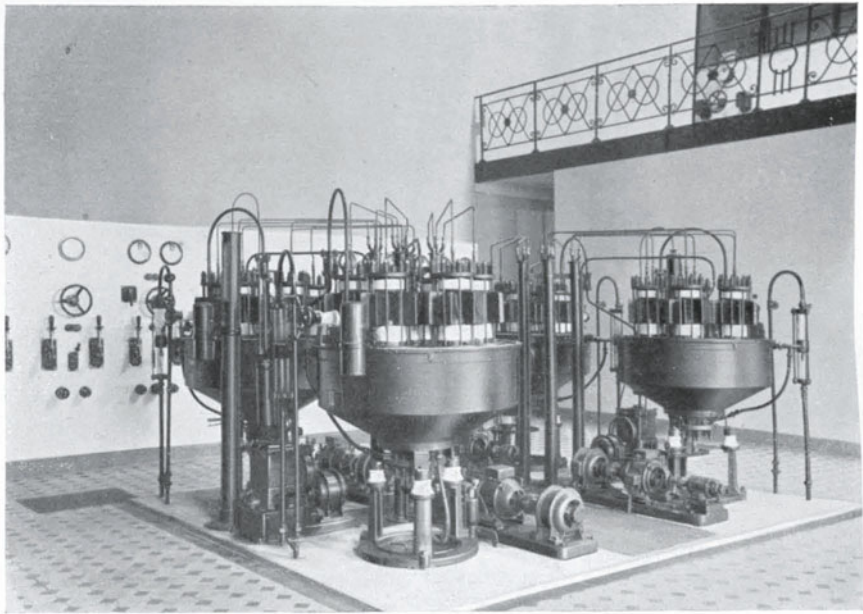
(PACHTUNG MIT KAPITALAUFBRINGUNG.)

Das Elektrizitätswerk Rostock wurde bereits im Jahre 1900 für Gleichstromversorgung mit einer Spannung von 2×220 Volt durch die Stadt selbst erbaut und betrieben. Als Antriebsmaschinen gelangten zunächst Leuchtgasmotoren zur Aufstellung, für die der Betriebsstoff aus dem in der Nähe gelegenen Städtischen Gaswerk bezogen wurde. Nach wiederholten Vergrößerungen durch Sauggasmaschinen ergab sich, daß ein weiterer Ausbau des Gleichstromwerkes auf dem vorhandenen Grundstück nicht möglich war; um den gesteigerten Anforderungen genügen zu können, mußte daher dem Gedanken nähergetreten werden, an einem geeigneten Platz ein neues, größeres Dampfkraftwerk zu errichten, zumal sich die Entwicklung der Stadt in einer Richtung bewegte, die entgegengesetzt der Lage des alten Werkes war. Es wurde deshalb zunächst, um das Stadttinnere wirtschaftlicher versorgen zu können, ein im Zentrum gelegenes früheres Kloster in eine Umformerstation „Wollmagazin“ umgebaut und in derselben eine Batterie größerer Leistung aufgestellt. Im Jahre 1910 wurde dann der Bau eines Drehstromkraftwerkes in dem 3,5 km entfernten Orte Bramow an der Warnow beschlossen, das Mitte 1911 in Betrieb gesetzt wurde. Inzwischen hatte die Stadt Rostock das Elektrizitätswerk in dem nahegelegenen Warnemünde übernommen und den Anschluß an das Kraftwerk Bramow in die Wege geleitet. Ferner traten die Verwaltungen der umliegenden Ortschaften an die Stadt heran, um von ihr die Zufuhr elektrischer Arbeit zu erhalten, welchem Wunsche die Stadt in gewissem Umfange nachkam. Die Fernleitung nach Warnemünde wurde nach den Badeorten Heiligendamm, Brunshaupten, Arendsee weitergeführt und mit den Städten Doberan, Kröpelin und Güstrow Abschlüsse getätigt.

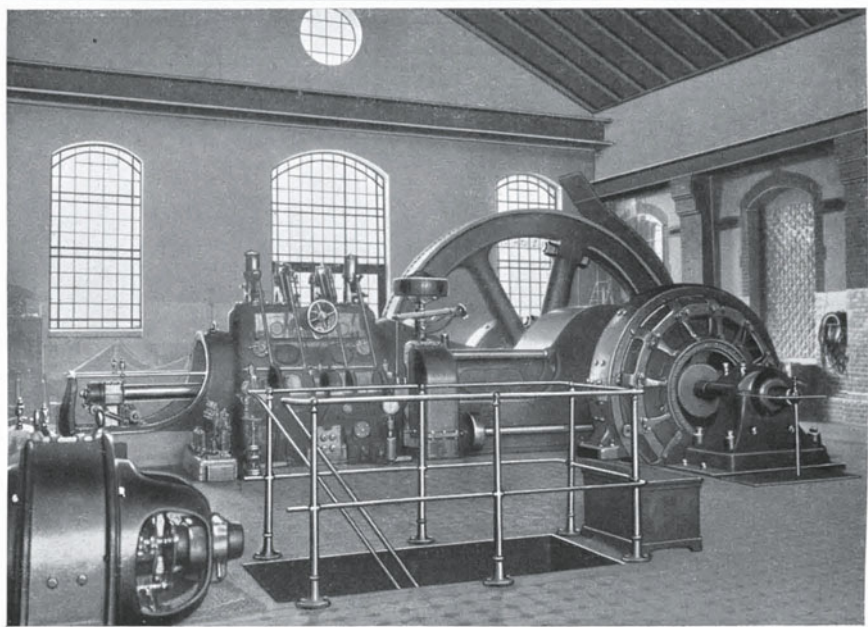
Als die Stadtverwaltung im Jahre 1912 bei der Regierung in Schwerin die Genehmigung zum Bau weiterer Leitungsstrecken nachsuchte, verlangte diese, daß die Stadt eine bestimmte Verpflichtung zur Stromversorgung aller Bewohner der östlichen Hälfte von Mecklenburg übernehme. Die Stadt scheute jedoch das hiermit verbundene Wagnis und die Aufwendung der sowohl für die Leitungsanlagen



E. W. Rostock, Turbinenanlage im Kraftwerk Bramow



E. W. Rostock, Quecksilberdampfgleichrichter



E. W. Rostock, Gasmachine im alten Werk

als auch für die Vergrößerung des Kraftwerkes notwendigen Kosten und setzte sich mit der A. E. G. in Verbindung, um über Verpachtung oder Gemeinschaftsbetrieb zu verhandeln. Die Verhandlungen führten im Jahre 1913 zum Abschluß eines Vertrages, auf Grund dessen die Stadt der E. L. G. den Betrieb auf die Dauer von vierzig Jahren gegen Entrichtung eines Pachtzinses, einer Abgabe aus dem gesteigerten Stromverbrauch und gegen eine Gewinnbeteiligung überließ, während die E. L. G. sich verpflichtete, alle erforderlichen Neuanlagen auf ihre Kosten auszuführen. Gleichzeitig schloß die E. L. G. mit der Regierung einen Vertrag über die Versorgung von Ost-Mecklenburg. Der Ausbau erfolgte nun zunächst in schnellerem Zeitmaße, bis der Krieg zur Einschränkung zwang, und wird seit seiner Beendigung in vollem Umfange fortgesetzt. Welche wirtschaftliche Bedeutung das Unternehmen für das versorgte Gebiet hat, geht wohl am besten daraus hervor, daß sich der Anschlußwert seit Übernahme des Werkes durch die E. L. G. von rund 8000 KW auf rund 26 000 KW erhöhte.

An Hauptbetriebsmitteln sind vorhanden:

im Kraftwerk Bramow: vier Hochleistungskessel von zusammen 1476 qm Heizfläche, vier Drehstrom-Turbodynamos von zusammen 6600 KW Leistung;

im alten Werk: zwei Sauggasmaschinen mit Gleichstromdynamos von zusammen 625 KW Leistung, zwei Quecksilberdampfgleichrichter von 1000 KW, ferner verschiedene Umformer und Batterien.

Der Umfang des Leitungsnetzes ist aus der beigefügten Karte des Versorgungsgebietes ersichtlich.

Betriebsdirektion: Wilhelm Pieritz, Gerhard Maschow.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	an- geschl.- Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1900/01	1	54 700	291	87 468	18 578	21,24	7 624	9 090
1905/06	1	60 700	623	917 955	595 299	64,85	22 849	25 905
1912/13	38	95 700	3 054	2 808 101	1 547 596	55,11	120 394	88 243
1916/17	126	124 900	9 216	5 208 466	3 454 287	66,32	283 287	142 222
1920/21	195	149 000	16 291	5 687 724	3 463 704	60,90	4 311 132	1 732 777

Additional material from Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin
ISBN 978-3-662-27566-5 (978-3-662-27566-5_OSFO2.pdf),
is available at <http://extras.springer.com>



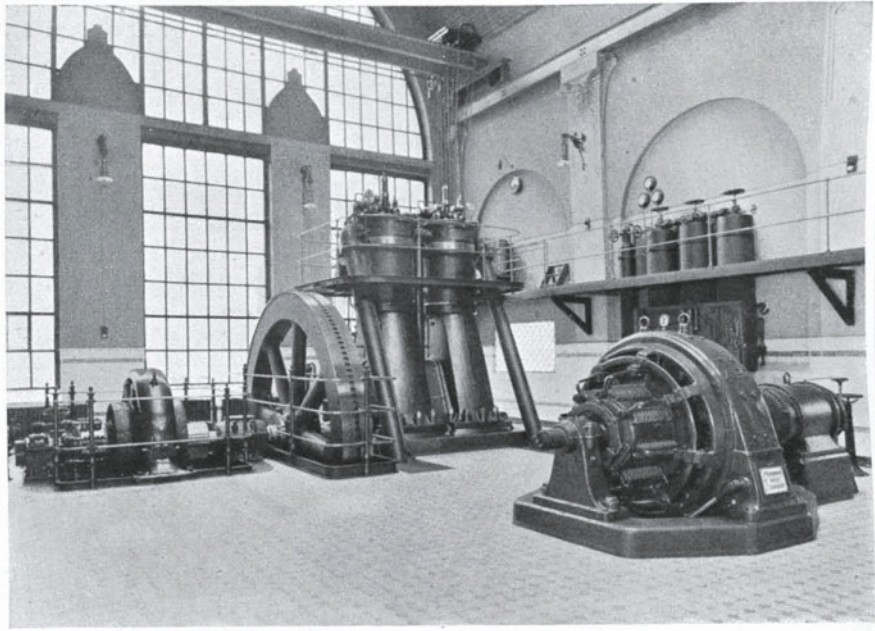
ELEKTRICITÄTSWERK LINDEN

(PACHTUNG MIT KAPITALAUFBRINGUNG)

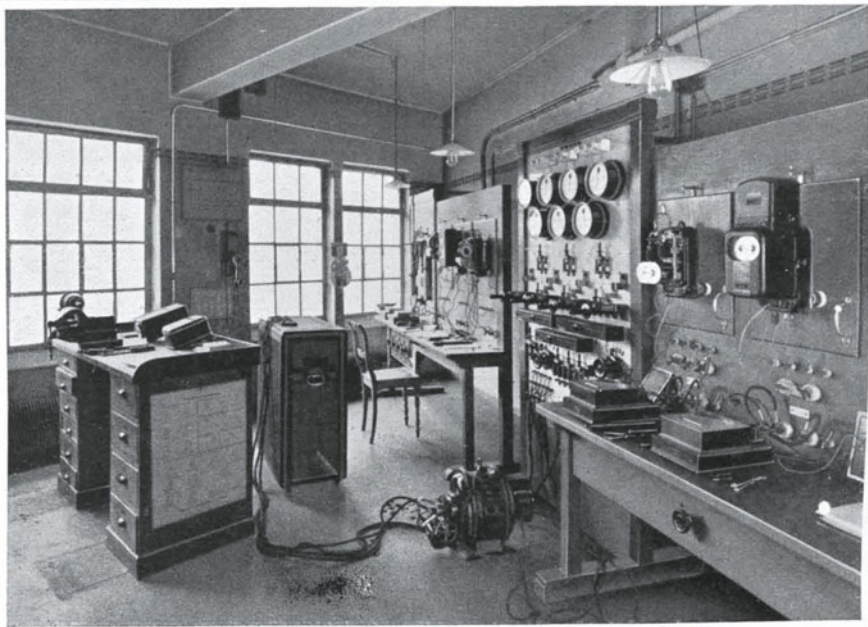
Das Städtische Elektrizitätswerk Linden wurde im Jahre 1897 errichtet, nachdem sich eine Anzahl angesehenen Bürger bereit erklärt hatte, etwa eintretende Betriebsverluste zu übernehmen. In der Tat mußten in den ersten Jahren Zuschüsse, wenn auch in geringem Umfange, geleistet werden, die erst vom Jahre 1903 ab zurückgezahlt werden konnten. Die allmähliche Entwicklung der Stromversorgung, die zuerst durch oberirdische Leitungen mittels Gleichstroms von 2×110 Volt, später durch unterirdisch verlegte Kabel erfolgte, machte wiederholt Vergrößerungen der Maschinenanlage, die ursprünglich mit Gasmaschinen ausgerüstet war, durch Dieselmotoren notwendig. Der im Jahre 1910 erörterte Plan zur Errichtung eines neuen Werkes, der in Verbindung mit der Erbauung des Lindener Hafens auftauchte, wurde zurückgestellt, da schon damals der preußische Staat die Erstellung eines großen Kraftwerks in der Nähe von Hannover in Aussicht nahm, und vorerst zur Aushilfe ein Stromlieferungsvertrag mit der Straßenbahn Hannover abgeschlossen, der dem Elektrizitätswerk die Möglichkeit bot, durch Strombezug unter Zuhilfenahme von Umformern den Anforderungen zu genügen. Da sich die Errichtung des staatlichen Werkes verzögerte, glaubte die Stadtverwaltung durch Anlehnung an eine große erfahrene Privatunternehmung ihren Interessen in bezug auf die Elektrizitätsversorgung besser dienen zu können, als sie es selbst zu tun in der Lage war, und trat daher einem von der E. L. G. im Jahre 1914 gemachten Angebot auf Pachtung ihres Elektrizitätswerkes näher. Der hierüber abgeschlossene Vertrag sichert der Stadt reichliche Zinserträge und enthebt sie auf seine Dauer der Notwendigkeit, die beträchtlichen Kapitalien für den Ausbau des Unternehmens selbst aufzubringen. Die E. L. G. plante die Errichtung einer Fernleitung von ihrem Kraftwerk Wesertal bei Hameln, jedoch verhinderte der preußische Staat mit Rücksicht auf seine eigenen Elektrizitätspläne die Ausführung, so daß, da inzwischen der Krieg ausbrach und andere Strombeschaffungsmöglichkeiten aufs äußerste erschwerte, die Entwicklung des Werkes stark behindert wurde. Es gelang dann im Jahre 1918, mit der Hannoverschen Maschinenbauanstalt A.-G. einen Stromlieferungsvertrag abzuschließen, ebenso im Jahre 1919 mit dem Städtischen



Elektrizitätswerk Lindenberg



E. W. Linden, Dieselmotor und Umformer



E. W. Linden, Zähler-Eichraum

Elektrizitätswerk Hannover, so daß den vorhandenen Anforderungen Genüge geleistet werden kann; weitere Versorgungsmöglichkeiten sind in Aussicht genommen.

In welchem Maße das Werk seit Übernahme durch die E. L. G. dem Bedürfnis der Einwohner nachgekommen ist, zeigt die Tatsache, daß die Zahl der Abnehmer von 2142 auf rund 7700 bis Ende 1921 angewachsen ist.

Die Betriebsanlagen umfassen zur Zeit neben den beiden Dieselmotoren der alten Anlage mit zwei Gleichstrommaschinen von zusammen 250 KW Leistung und zwei Batterien von rund 3600 Amperestunden zwei Motorgeneratoren und einen Einankerumformer von zusammen 900 KW; ein weiterer Umformer von 925 KW gelangt demnächst zur Aufstellung.

Betriebsdirektion: Hermann Dietrich.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	Zahl der			Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für Gehälter, Löhne M.
	angeschloss. Gemeinden	Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	
1898/99	1	49 000	167	56 093	29 273	52,19	10 240
1904/05	1	56 000	475	246 755	142 398	57,71	18 108
1912/13	1	74 200	1 705	598 495	375 638	62,50	37 659
1916/17	1	77 000	3 919	1 215 771	962 158	79,14	59 160
1920/21	1	73 000	7 645	2 202 104	1 673 949	76,02	497 577

LAUSITZER ELEKTRICITÄTSWERK G.M.B.H.

(GEGRÜNDET 5. SEPTEMBER 1900.)

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth;

Dr. jur. Egon v. Rieben;

Dr. jur. Fritz Sabersky.

Vorstand: Kurt Loebinger;

Franz Strandt.

Betriebsdirektion: Paul Kionka;

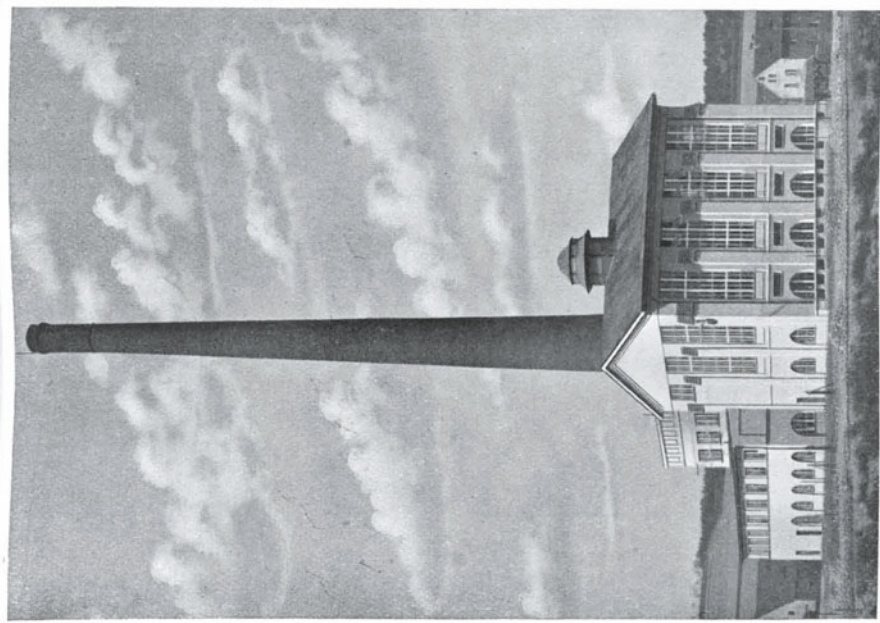
Willi Hoffmann.

Gesellschaftskapital M. 1 500 000 (ganz im Besitz
der E. L. G.)

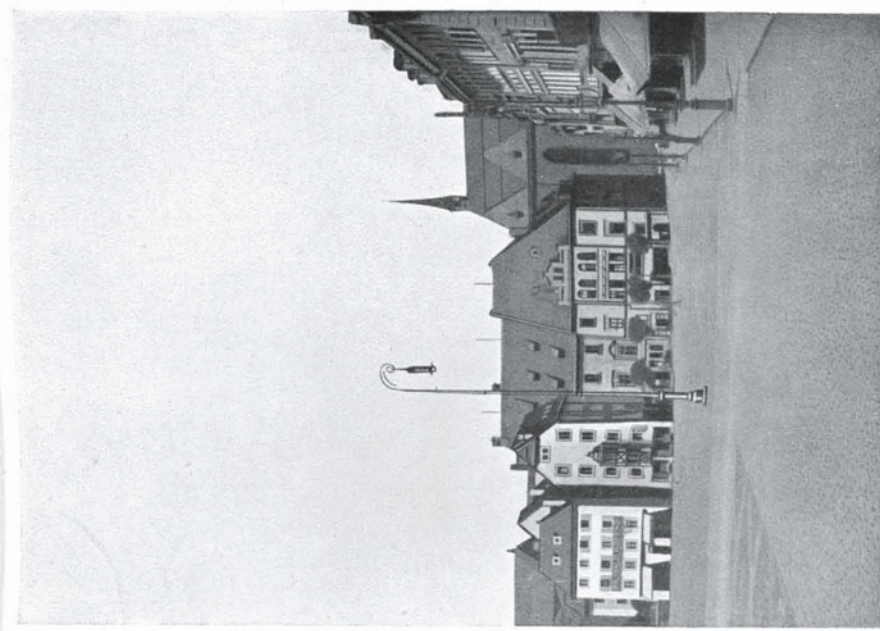
Schuldverschreibungen (Ausgabe 1909) „ 1 000 000

zu $4\frac{1}{2}\%$ verzinslich.

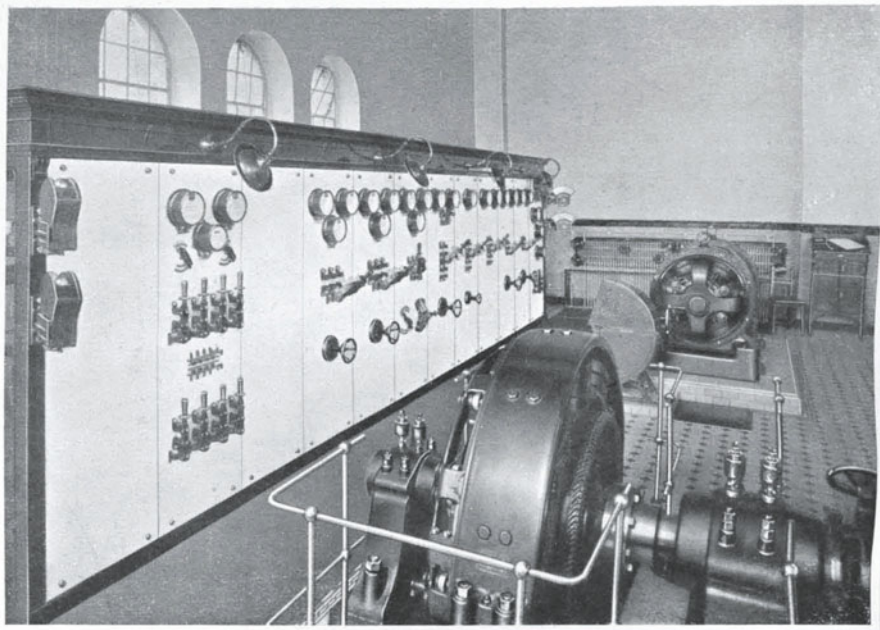
Das Lausitzer Elektrizitäts-Werk ist hervorgegangen aus einem Unternehmen, das bald nach Gründung der E. L. G. unter Ausnutzung der Wasserkraft der Lausitzer Neiße bei Zelz die Orte Zelz, Triebel und Muskau mit Drehstrom versorgen sollte. Um nicht die noch junge E. L. G. mit dem recht beträchtlichen Kapitalerfordernis dieses Unternehmens zu belasten, gründete die A. E. G. zur weiteren Durchführung eine G. m. b. H., deren Anteile erst später in den Besitz der E. L. G. übergingen, während ihr die Führung von Anfang an verblieb. Bald nach der Betriebseröffnung des Zelzer Wasserkraftwerkes machte sich zum Ausgleich des schwankenden Wasserstandes der Neiße die Aufstellung von Dampfereserven in Gestalt von kleinen Lokomobilzentralen in Zelz und Muskau erforderlich. Eine Beschädigung des Stauwehrs führte im Jahre 1903 zu einer aushilfsweisen Stromentnahme aus dem Dampfkraftwerk der Tschöpelner Braunkohlenwerke, aus der eine dauernde Verbindung mit diesem Kraftwerk entstand. Es wurde ein Stromlieferungsvertrag mit der Grube getätigt und unter wiederholter Abänderung immer größere Leistungen von ihr entnommen. Im Jahre 1905 erwarb das L. E. W. das Gleichstromwerk in dem bekannten Glashüttenort Weißwasser O.-L. und erweiterte es durch Aufstellung von Drehstromgeneratoren. Um den dauernd stark steigenden Bedarf an elektrischer Arbeit in dem durch Anschluß weiterer Ortschaften vergrößerten Versorgungsgebiet zu decken, stellte das L. E. W. in dem Tschöpelner Kraftwerk eine Dampfturbine von 1000 KW auf und verband



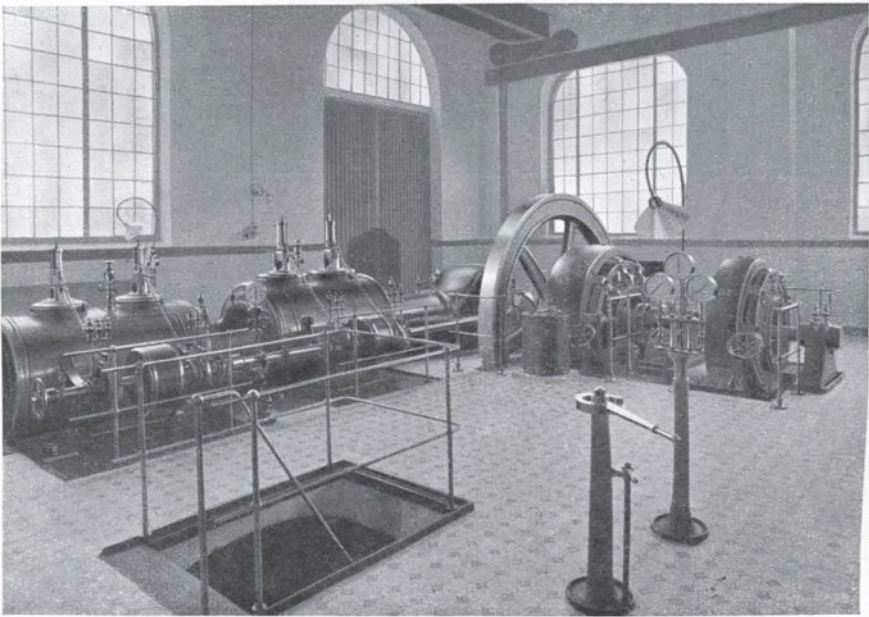
Elektrizitätswerk Eger



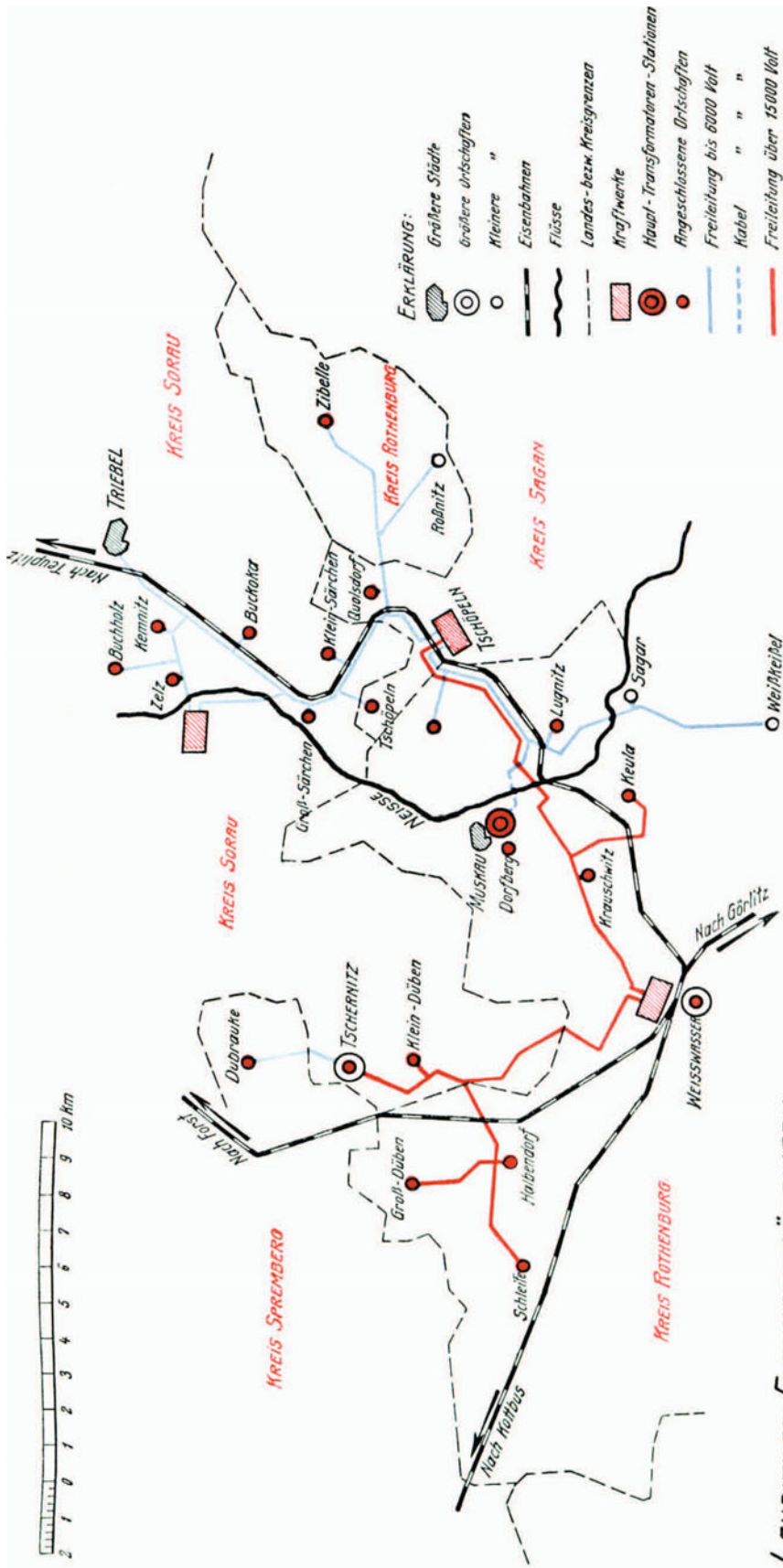
E. W. Eger, Elektr. Beleuchtung des Marktplatzes,
im Hintergrunde das Wallensteinhaus



E. W. Troppau, Schaltanlage



E. W. Troppau, Maschinenraum



LAUSITZER ELEKTRIZITÄTSWERK
Versorgungsgebiet

diese Stromquelle mit Weißwasser und Zelz im Jahre 1908 durch eine Hochspannungsleitung, die mit 20 000 Volt betrieben wurde, was für jene Zeit, in der noch fast jegliche Erfahrungen mit derartigen Spannungen fehlten, immerhin ein Wagnis bedeutete. Die Verbindung bewährte sich jedoch, so daß die kleinen Hilfskraftwerke in Zelz und Muskau außer Betrieb gesetzt werden konnten.

Während sich in den ersten Jahren nur wenig größere Industriebetriebe zum Anschluß an das Leitungsnetz des L. E. W. und zur Stilllegung ihrer eigenen Kraftbetriebe entschlossen, breitete sich mit dem Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit des L. E. W. die Erkenntnis von den großen Vorteilen des Strombezugs an Stelle eigener Krafterzeugung immer mehr aus, so daß heute, von ganz wenig Ausnahmen abgesehen, alle Industriebetriebe des Versorgungsgebietes an das Leitungsnetz des L. E. W. angeschlossen sind, darunter nicht weniger als 21 Glashüttenwerke, 6 Glasraffinerien, 6 Braunkohlenwerke, 9 Tonwarenfabriken, und es besteht kein Zweifel, daß die leichte Beschaffung von Licht und Kraft das Aufblühen dieser Industrien besonders begünstigt hat. — Zur Stromabgabe außerhalb seines Versorgungsgebietes stellt das L. E. W. dem Kreis-Elektricitätsamt Sagan elektrische Energie bis zu 475 KW zur Verfügung.

Das L. E. W. verfügt z. Zt. über folgende Betriebsmittel:

- In **Zelz**: 2 Wasserturbinen mit Drehstromdynamos mit einer Leistung von 500 KW bei 3000 Volt;
in **Weißwasser**: eine Kesselanlage, bestehend aus 3 Kesseln von zusammen 617 qm Heizfläche,
2 Heißdampfmaschinen mit Drehstromgeneratoren von 500 KW,
1 Heißdampfmaschine mit Gleichstromgenerator von 250 KW;
in **Tschöpel**n: 1 Drehstromturbodynamo von 1000 KW; außerdem stellt Tschöpeln noch weitere 600 KW zur Verfügung,
ferner verschiedene Umformer und Batterien.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	Zahl der			Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für Gehälter, Löhne M.
	angeschloss. Gemeinden	Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	
1900	5	7 500	99	182 707	137 512	75,26	12 591
1906	7	16 670	596	1 721 954	1 431 966	83,16	30 609
1913	19	26 545	1 981	6 471 585	5 599 428	86,52	45 827
1917	20	26 980	5 406	4 136 300	3 239 503	78,32	76 861
1921	22	33 000	6 974	5 543 760	4 347 626	78,42	580 587

LICHT- UND KRAFTWERKE G. M. B. H.

Verwaltungsrat: Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth;

Direktor Kurt Loebinger;

Direktor Dr. Egon v. Rieben.

Geschäftsführer: Franz Heinrich.

Stammkapital M. 500 000.— (ganz im Besitz der E. L. G.).

In den Jahren 1897—1899 wurden von den Mitteldeutschen Elektrizitäts-Werken die drei Werke in Eibau-Oberoderwitz, Hirschfelde i. Sa. und Mehliß i. Thür. und von den Vereinigten Elektrizitäts-Werken A.-G. in Dresden drei Werke in Bad Elster, Brambach-Fleißen i. Sa. und Königsbrück i. Sa. erbaut. Sämtliche Werke gingen im Jahre 1899 in den Besitz der Aktiengesellschaft für Elektrizitätszentralen über, die jedoch drei Jahre später in Konkurs geriet. Die Inhaber der Schuldverschreibungen dieser Gesellschaft übernahmen die genannten Werke und gründeten die Licht- und Kraftwerke G. m. b. H. mit einem Gesellschaftskapital von 150 000 M., das im Jahre 1905 auf 300 000 M. erhöht wurde. Auf Veranlassung der beteiligten Banken übernahm die E. L. G. im Jahre 1906 die Mehrheit der Gesellschaftsanteile und damit die Verwaltung der genannten Werke. Es bedurfte zunächst der Aufwendung großer Mittel, um die Werke zu ausreichender Stromlieferung instandzusetzen, und langwieriger Verhandlungen mit den Gemeinden, um die Verträge den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Die Werke in Oberoderwitz und Hirschfelde wurden im Jahre 1911 der E. L. G. überlassen und unter Einstellung des eigenen Betriebes an die Leitungsnetze der Elektrizitätswerke Oberlausitz angeschlossen; ebenso wurde das Elektrizitätswerk Mehliß in Thüringen im Jahre 1912 an die Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft verkauft, für Drehstromlieferung umgebaut und weiterhin aus den Netzen dieses Unternehmens versorgt. Das auf böhmischem Gebiet liegende Ortsnetz Fleißen ging im Jahre 1913 an die E. L. G. m. b. H., Eger, über.

Die Licht- und Kraftwerke besitzen demnach noch die drei Werke in Bad Elster, Brambach und Königsbrück i. Sa.

1. Elektrizitätswerk Bad Elster.

Der Betrieb des Elektrizitätswerkes Bad Elster bietet insofern eine ungewöhnliche Aufgabe, als während der Kurzeit im Sommer im Vergleich zu dem Normalbedarf im Winter besonders große Strommengen benötigt werden. Der Betrieb wurde zunächst mit Dampfmaschinen durchgeführt, gestaltete sich jedoch infolge der stark schwankenden Belastung unwirtschaftlich; es wurden deshalb Verhand-

lungen mit dem in Böhmen gelegenen Elektrizitätswerk Asch angeknüpft, die zum Abschluß eines Strombezugsvertrages führten. Der zugeführte Drehstrom wird durch Motorgeneratoren und einen neuerdings aufgestellten Quecksilberdampfgleichrichter in Gleichstrom von 2×110 Volt Spannung umgeformt. Das Elektrizitätswerk, das, mit Ausnahme der Anlagen der Badedirektion, alle vorhandenen Gebäude, darunter auch die größten Hotels und ein Sanatorium, mit Strom versorgt, hat wesentlich zum Aufblühen des Badeortes beigetragen. Außer der Gemeinde Bad Elster und den besonders benannten Ortsteilen Reuth und Bärenloh wird auch die Gemeinde Mühlhausen versorgt.

An Betriebsmitteln sind vorhanden:

- 2 Röhrenkessel von 136 qm Heizfläche,
- 1 Dampfmaschine mit Gleichstromdynamo von 120 KW,
- 2 Motorgeneratoren von 65 bzw. 120 KW,
- 1 Quecksilberdampfgleichrichter für 100 Amp.,
- 1 Batterie von 486 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	Zahl der			Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für Gehälter, Löhne M.
	angeschloss. Gemeinden	Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	°o	
1907	2	3200	188	64 652	8 486	13,13	6 687
1913	2	3400	353	132 429	37 940	28,65	8 358
1917	2	3300	528	171 844	66 692	38,81	12 271
1921	2	3500	654	173 913	62 645	36,02	103 961

2. Elektrizitätswerk Brambach.

Die Versorgung dieses nahe der böhmischen Grenze liegenden Ortes, der sich allmählich zu einem bekannten Radium-Heilbad entwickelt, erfolgt auf Grund eines im Jahre 1905 neu abgeschlossenen Konzessionsvertrages. Den Ausgangspunkt für die Elektrizitätsversorgung bildete eine kleine Wasserkraft, die jedoch infolge zu geringer Ergiebigkeit außer Betrieb gesetzt wurde. An ihrer Stelle erfolgt die Stromerzeugung durch Lokomobilen; der Anschluß an das benachbarte Überlandwerk Bergen i. V. ist in Aussicht genommen. Neben den zahlreichen landwirtschaftlichen und einigen industriellen Betrieben und dem Radiumbad wird der nahegelegene Ort Oberbrambach versorgt; außerdem liefert das Werk vorläufig noch durch eine Gleichstromleitung von 2,2 km elektrische Arbeit für die benachbarte böhmische Gemeinde Fleißen, deren Netz der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft m. b. H., Eger, übertragen wurde.

Das Werkchen verfügt über folgende Betriebsmittel: 2 Lokomobilen mit Dynamos von je 45 KW bei 2×220 Volt, 1 Batterie von 216 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange-schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1907	2	5 100	144	49 162	26 601	54,11	4 476	4 043
1913	2	5 200	296	104 503	65 031	62,23	7 040	6 112
1917	2	5 000	474	70 478	52 435	74,40	11 497	7 642
1921	2	5 300	701	150 495	120 340	79,36	169 771	111 002

3. Elektricitätswerk Königsbrück.

Die Stadtgemeinde Königsbrück i. Sa., ein an der Nebenbahn Radeberg—Cunnersdorf gelegenes Landstädtchen, bis zum Kriegsende Garnison und vielbesuchter militärischer Übungsplatz, wird auf Grund eines im Jahre 1905 neu abgeschlossenen Vertrages mittels Gleichstromes von 2×110 Volt versorgt. Als Stromabnehmer kommen neben Privatwohnungen und Kleingewerbetreibenden auch einige Fabriken sowie militärische Anstalten in Betracht. Auch der nahegelegene Ort Stenz wird von Königsbrück aus versorgt. Als Stromquelle dient eine Lokomobilstation, doch ist der Anschluß an das benachbarte Elektricitätswerk Pulsnitz und dadurch mittelbar der Strombezug aus dem Netz des sächsischen Staates in Aussicht genommen.

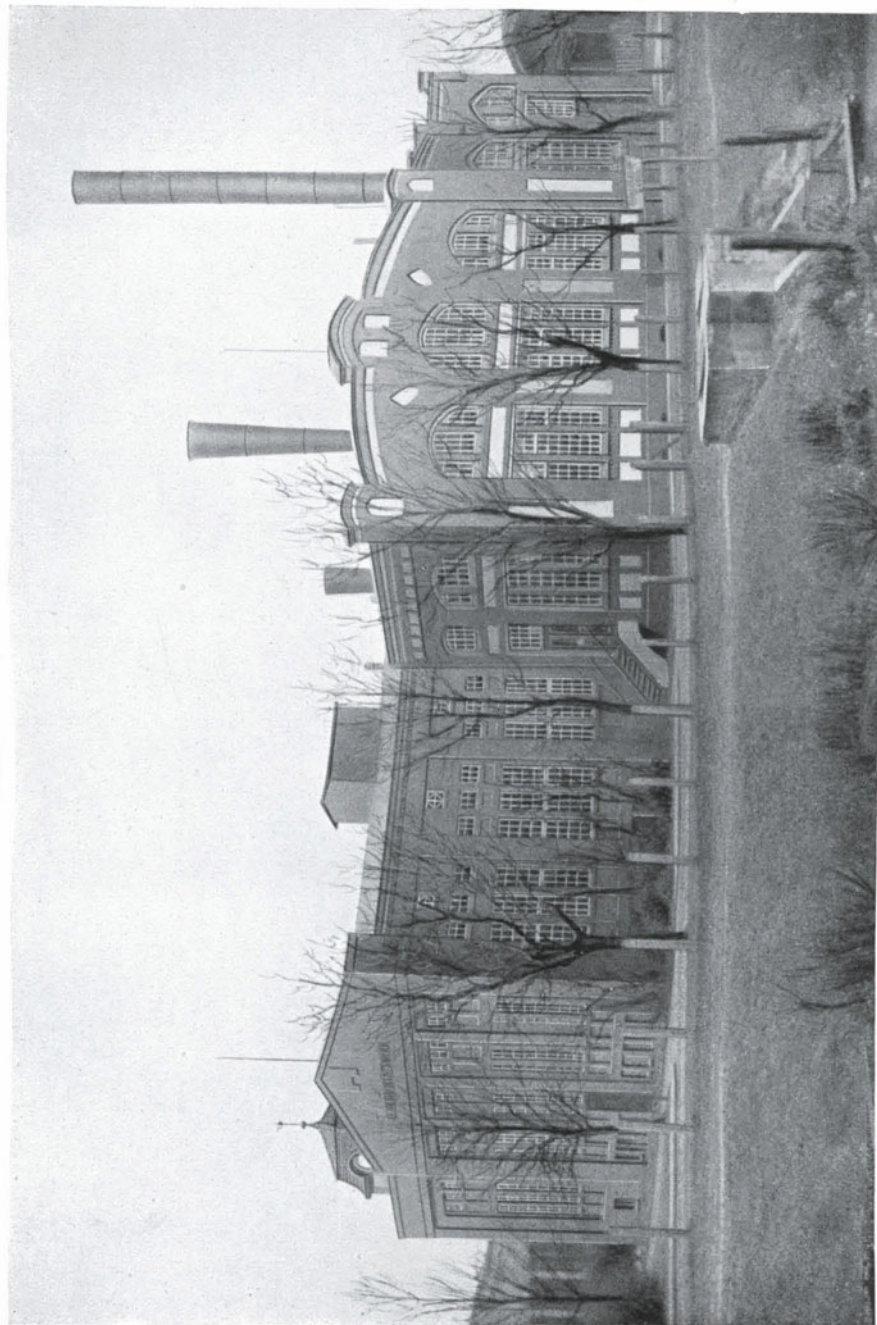
Die jetzigen Betriebsmittel umfassen:

2 Lokomobilen mit Gleichstrommaschinen von zusammen 173 KW Leistung,
1 Batterie von 297 Amperestunden.

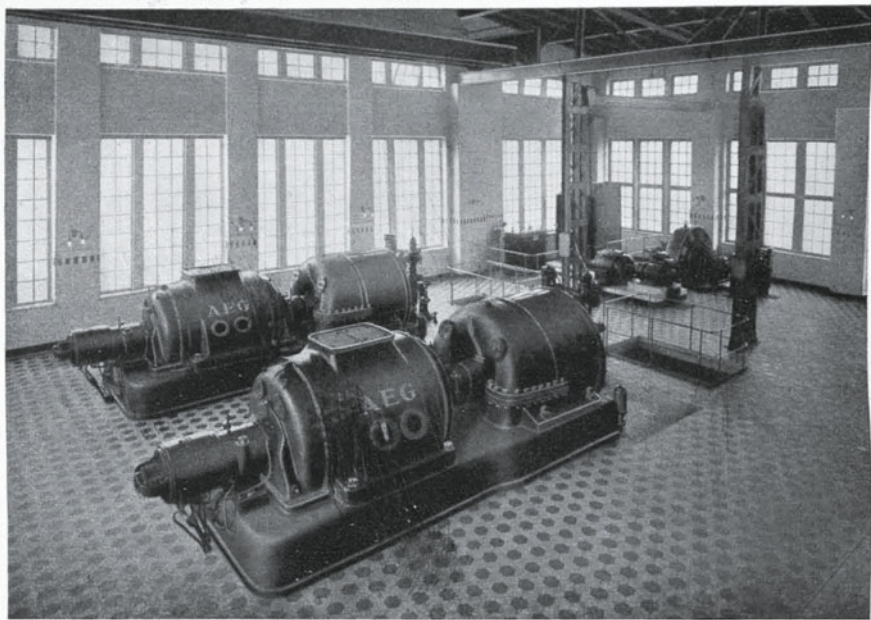
Für die Umformung des zugeführten Drehstromes wird ein Gleichrichter aufgestellt werden.

Entwicklungs-Übersicht.

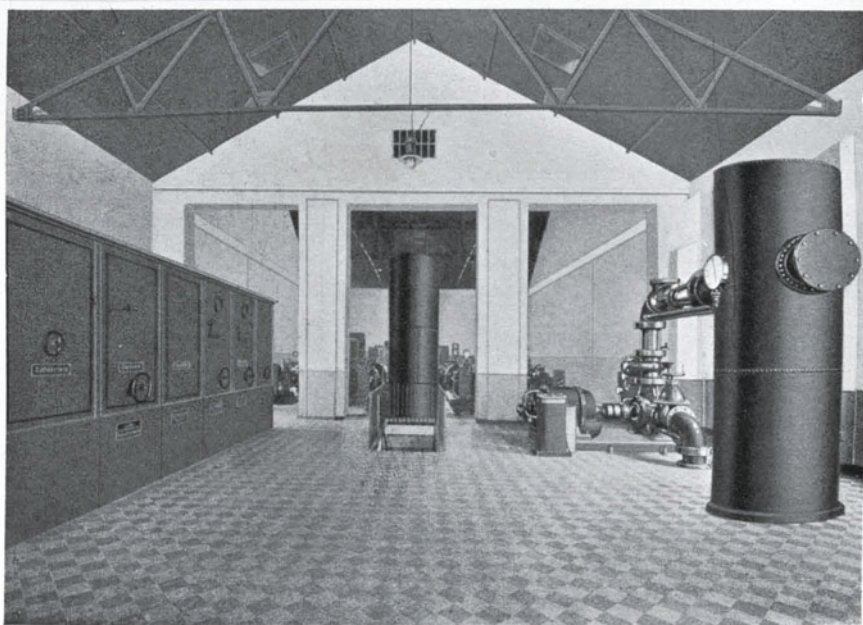
Jahr	ange-schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1908	2	4 070	139	50 199	8 725	17,38	6 922	4 165
1913	2	4 235	491	120 275	38 811	32,27	6 683	6 445
1917	2	4 300	894	149 518	49 992	33,44	11 984	8 033
1921	2	4 300	1 029	179 301	53 215	29,68	176 120	120 101



Elektricitätswerk Brandenburg



E. W. Brandenburg, Dampfturbinen und Umformer



Elektrisch angetriebenes Wasserwerk der Stadt Brandenburg

ELEKTRICITÄTSWERK BRANDENBURG (HAVEL) A.G.

(GEGRÜNDET AM 3. JULI 1912.)

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth, Berlin, Vorsitzender;
Geh. Baurat Professor Dr. Georg Klingenberg, Berlin,
stellvertretender Vorsitzender;
Oberbürgermeister Walther Ausländer, Brandenburg;
Geh. Reg.-Rat Dr. Hugo Dreifert, Cottbus;
Regierungspräsident Franz Schleusener, Potsdam;
Direktor Franz Strandt, Berlin.

Vorstand: Kurt Loebinger.

Betriebsdirektion: Heinrich Hendriock; Frä. Jos. Wieferrich.

Aktienkapital M. 1 000 000.— (ganz im Besitz der E. L. G.).

Das Elektrizitätswerk Brandenburg wurde im Jahre 1901 von der Stadt selbst erbaut. Als Stromsystem war Gleichstrom mit einer Spannung von 2×220 Volt gewählt worden. Diese Anordnung war ausreichend, solange sich das Werk auf Licht- und Kleinkraftversorgung beschränkte; als aber die Industrie als Stromabnehmer in Frage kam, wurde der Ausbau eines Drehstromsystems in Erwägung gezogen; es schien jedoch der Stadtverwaltung vorteilhafter, diese Aufgabe dem Privatunternehmertum zu überlassen. Nach kurzen Verhandlungen wurde im Juni 1912 ein Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen der Betrieb des Elektrizitätswerkes der A. E. G. bzw. der neu zu gründenden Gesellschaft übergeben wurde, deren Führung und Überwachung an die E. L. G. überging. Nach dem Muster des Königsberger Vertrages erhält die Stadt neben einer festen jährlichen Vergütung Abgaben von den gesteigerten Einnahmen und einen Anteil am Reingewinn. Alle Erweiterungen und Ergänzungen der alten Anlage werden auf Kosten der Gesellschaft ausgeführt und gehen nach Ablauf des Vertrages zu bestimmten Bedingungen in den Besitz der Stadt über. Als bald nach Abschluß des Vertrages wurden umfangreiche Erweiterungen ausgeführt und bereits im folgenden Jahre für die Versorgung der Industrie der Drehstrombetrieb aufgenommen. Die vorhandenen Gleichstromerzeugermaschinen wurden stillgesetzt und für die Gleichstromversorgung Einankerumformer, und zwar getrennt für den allgemeinen Netzbedarf und für die Straßenbahn, aufgestellt und allmählich alle neuzeitlichen Verbesserungen an Kesseln, Maschinen und Schaltanlagen eingeführt.

Das Interesse der Bevölkerung für die elektrische Licht- und Kraftversorgung war anfangs sehr gering. Noch bei Übernahme des Werkes im Jahre 1912 arbeitete die Großindustrie fast ausschließlich mit eigenen Anlagen; seitdem hat sich die Zahl der Abnehmer verzehnfacht, der Anschlußwert ist auf das vierfache, die nutzbare Stromabgabe fast auf das achtfache gestiegen. Ein wesentlicher Teil der Großindustrie benutzt das Elektrizitätswerk als Kraftquelle, darunter auch der größte Brandenburger Industriebetrieb, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abt. Walzwerk Weber. Diese Entwicklung beweist, daß die Industrie Brandenburgs die großen Vorteile würdigt, die ihr, besonders in der jetzigen Zeit mit ihren zahlreichen Betriebserschwerungen, der Anschluß an ein leistungsfähiges Elektrizitätswerk bietet; so hat das Elektrizitätswerk, dem es bis jetzt trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, den Betrieb ohne Unterbrechung durchzuführen, an der erfreulichen Entwicklung der Brandenburger Industrie und an der Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse in nicht geringem Maße beigetragen. Seit 1916 wird der Nachbarort Plaue von Brandenburg aus mit elektrischer Arbeit versorgt.

An Dividenden hat die Gesellschaft verteilt:

1912/13	4 0/0	1915/16	6 0/0	1918/19	5 0/0
1913/14	4 0/0	1916/17	4 0/0	1919/20	5 0/0
1914/15	6 0/0	1917/18	4 0/0	1920/21	8 0/0

Das Werk verfügt über folgende Hauptbetriebsmittel:

- 4 Hochleistungskessel von insgesamt 1175 qm Heizfläche,
 - 1 Gleichstromturbodynamo von 500 KW für Netz- und 216 KW für Bahnbetrieb,
 - 2 Drehstromturbodynamos von zusammen 5200 KW Leistung,
 - 1 Einankerumformer für das Netz von 680 KW,
 - 1 Einankerumformer für Bahn von 150 KW,
- ferner verschiedene Batterien.















Die Aufstellung eines weiteren Umformers von 1000 KW ist in Vorbereitung.

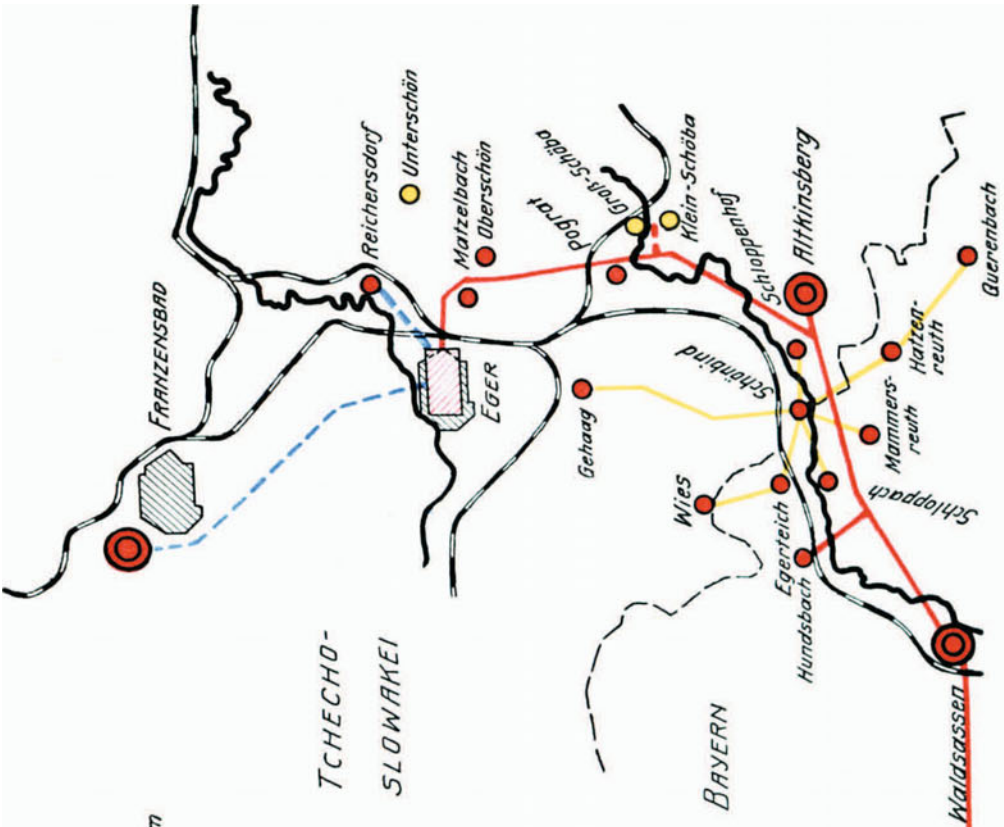
Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange-schloss.-Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1902/03	1	46 296	100	111 105	41 105	37,0	12 344	32 150
1913/14	1	51 906	1208	1945504	1 378 772	70,87	70 850	55 079
1916/17	2	49 802	2213	5 187 543	4 262 366	82,17	255 205	72 237
1920/21	2	51 966	5208	6 229 308	5 385 190	86,45	3 613 957	614 601



ERKLÄRUNG:

-  Größere Städte
-  Größere Ortschaften
-  Kleinere "
-  Eisenbahnen
-  Flüsse
-  Landes- bzw. Kreisgrenzen
-  Kraftwerke
-  Haupt-Transformator-Stationen
-  Angeschlossene Ortschaften
-  Noch zum Anschluß gelangende Ortschaften
-  Kabel bis 6000 Volt
-  Freileitung über 15000 Volt
-  Kabel " "
-  Leitung im fremden Besitz



 Marktredwitz

ELEKTRIZITÄTSWERK EGER

Versorgungsgebiet

ELEKTRICITÄTS - LIEFERUNGS - GESELLSCHAFT M. B. H., EGER

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth, Vorsitzender;
Direktor Kurt Loebinger, stellvertr. Vorsitzender;
Direktor Dr. jur. Egon v. Rieben.

Geschäftsführer: Carl Dittmar, Eger;
Joseph Firlle, Troppau;
Carl Goerner, Grottau.

Betriebsdirektoren: Karl Singer, Eger;
Richard v. Schönberger, Troppau;
Oskar Zeiger, Grottau.

Gesellschaftskapital Kr. 1 000 000.—

Die Gesellschaft wurde am 2. August 1912 gegründet und führte zunächst den Namen „E. L. G.-Österreichische Elektrizitäts-Werke Gesellschaft m. b. H., Eger“. Mit Rücksicht auf die veränderten politischen Verhältnisse wurde die Firma Ende 1919 in „Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft m. b. H.“ umgeändert. Dem Unternehmen wurden bei der Gründung die in Böhmen gelegenen Betriebe in Eger, Fleißen, Freudenthal, sowie die an die Elektrizitätswerke Oberlausitz angeschlossenen Leitungsnetze im Kratzau-Reichenberger Gebiet und die Pachtung des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn Troppau übergeben. Das Werk Freudenthal wurde im Jahre 1917 auf Grund des Konzessionsvertrages von der Stadt käuflich übernommen, die Leitungsnetze des Kratzau - Reichenberger Gebietes nach Übergabe der auf sächsischem Boden befindlichen Anlagen an den sächsischen Staat in einen selbständigen Betrieb mit dem Namen „Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft m. b. H., Bezirk Nordböhmen“ umgewandelt.

1. Das Elektrizitätswerk Eger.

Die Anlagen in Eger wurden auf Grund eines zwischen der Stadtgemeinde Eger und der A. E. G.-Union in Wien abgeschlossenen Vertrages in den Jahren 1910 und 1911 erbaut und Mitte 1911 in Betrieb gesetzt. Gleichzeitig wurde eine der Stadt Eger gehörige kleine Wasserkraft in Pograth bei Eger übernommen, deren späterer Ausbau vorbehalten blieb. In Eger wurde ein modernes Dampfkraftwerk errichtet, von dem aus allmählich das gesamte Kleingewerbe und der größte Teil der Industrie mit elektrischer Kraft versorgt werden. Das Versorgungsgebiet wurde bald auf die umliegenden Ortschaften ausgedehnt, und zwar wurde zunächst eine Fernleitung von 20 000 Volt nach dem bayerischen Grenzort Wald-

sassen gebaut und die in der Nähe gelegenen Orte angeschlossen. Die Fernleitung wurde später bis Marktredwitz verlängert und ging nach Errichtung der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft von der Grenze an in deren Besitz über; sie stellt jetzt die Verbindung mit dem Kraftwerk Arzberg der B. E. L. G. her, so daß sich die beiden Werke gegenseitig unterstützen können. Ferner wurde mittels unterirdisch verlegten Kabels der bekannte Badeort Franzensbad mit dem Kraftwerk Eger verbunden und wird von dort aus vollständig mit Licht und Kraft versorgt.

Das Kraftwerk Eger verfügt über

- 2 Dampfkessel von zusammen 400 qm Heizfläche,
 - 2 Drehstrom-Turbodynamos von zusammen 720 KW Leistung;
- außerdem wird elektrische Arbeit aus dem Kraftwerk Arzberg bezogen.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1911	6	32 212	687	189 959	95 393	50,22	10 474	13 846
1917	7	35 300	2069	1 721 686	1 415 664	82,23	30 027	49 993
1921	7	38 800	3061	1 753 508	1 371 378	78,21	833 474	400 079

2. Elektrizitätswerk Fleißen.

Das Leitungsnetz in Fleißen gehörte den Licht- und Kraft-Werken und wird zur Zeit noch von dem im Besitz dieser Gesellschaft befindlichen Gleichstromwerk in Brambach versorgt. Der Anschluß an eine Drehstrom-Überlandzentrale ist in Aussicht genommen.

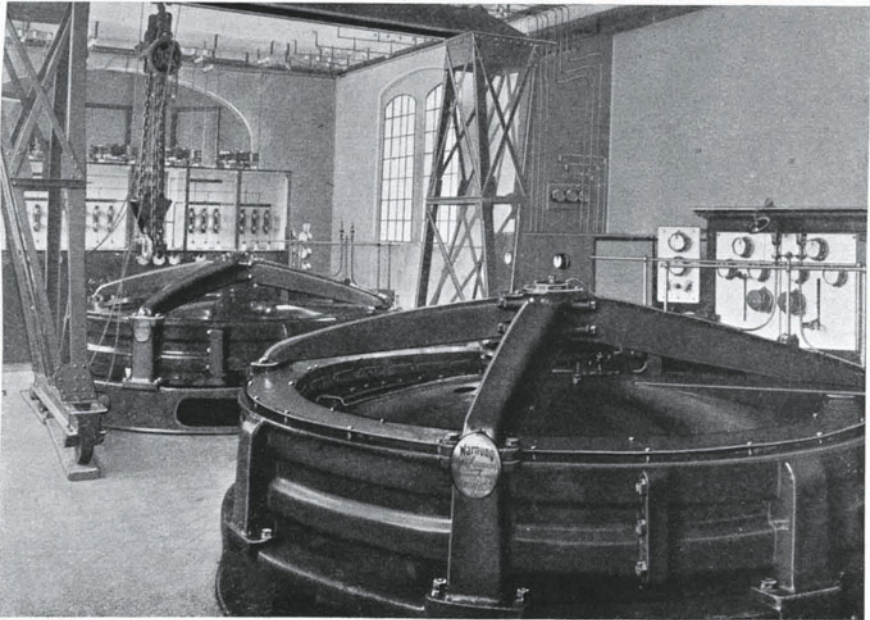
Die Zahlen der Betriebsübersicht sind in der Aufstellung von Brambach enthalten.

3. Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft m. b. H., Bezirk Nordböhmen.

Wie bereits erwähnt, wurde der Bezirk Nordböhmen ursprünglich von den Elektrizitätswerken Oberlausitz aus dem Kraftwerk Neusalza und später aus dem Kraftwerk Hirschfelde versorgt. Nachdem Mitte 1917 die Elektrizitätswerke Oberlausitz durch den sächsischen Staat angekauft wurden, machte sich eine unmittelbare Verwaltung des Stromversorgungsbezirks Nordböhmen erforderlich. Zu diesem Zwecke wurde zunächst in Zittau ein Hauptbüro errichtet, das im



Lausitzer E. W., Neißewehr bei Zelz



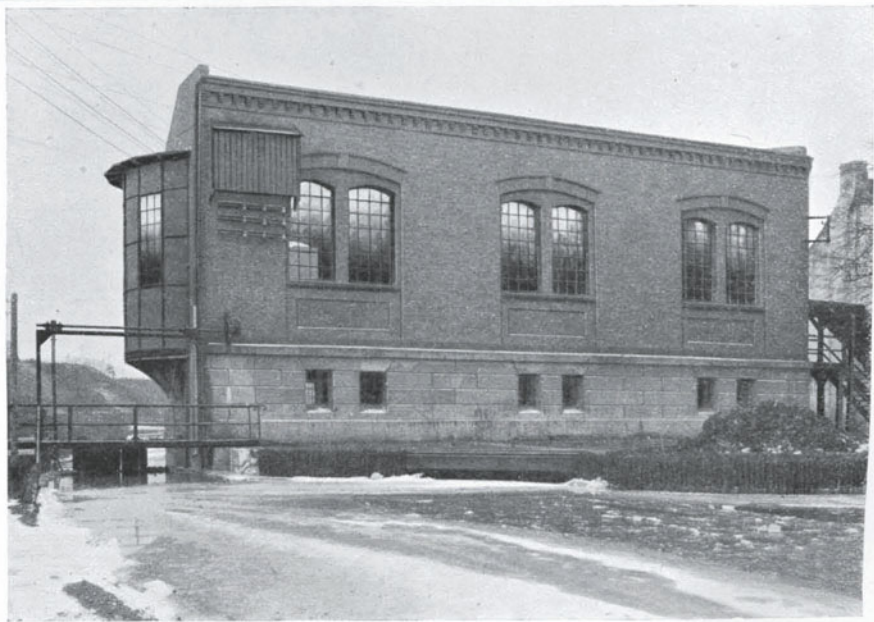
Maschinenraum Zelz

Additional material from Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin
ISBN 978-3-662-27566-5 (978-3-662-27566-5_OSFO3.pdf),
is available at <http://extras.springer.com>





Lausitzer E. W., Verwaltungsgebäude



Lausitzer E. W., Turbinenhaus Zelz

Oktober 1921 nach Grottau verlegt wurde. Das Stromversorgungsgebiet umfaßt die Bezirke Schluckenau, Georgswalde, Kratzau, ferner einen Teil der Bezirke Friedland, Reichenberg, Hainspach und Rumburg.

Die in dem Gebiet zahlreich vertretene Textilindustrie macht seit Bestehen der Anlagen von der Möglichkeit des Strombezuges ausgedehnten Gebrauch; diese bequeme Beschaffung der Betriebskraft hat wesentlich zum Aufblühen der dortigen Industrie beigetragen.

Von dem Unternehmen wird auch die vor einiger Zeit errichtete Jeschken-gau-Elektricitäts-Genossenschaft G. m. b. H. versorgt, die ihrerseits die Bezirke Deutsch-Gabel und Niemes mit Stromverteilungsanlagen ausrüstet und den Weiterverkauf des Stromes übernimmt.

Als Stromquelle für den Bezirk Nordböhmen dient das Kraftwerk Hirschfelde bzw. die Hochspannungsanlage des sächsischen Staates. Außerdem ist mit dem Überlandwerk G. m. b. H., Reichenberg, bzw. mit dem Elektricitätswerk der Stadt Reichenberg ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	Zahl der			Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für Gehälter, Löhne M.
	angeschl. Gemeinden	Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	
1913	35	94 544	11 739	5 068 619	4 467 031	88,13	12 830
1917	33	59 109	8 012	7 540 604	6 871 530	91,13	71 385
1921	37	67 979	11 805	8 375 364	7 503 911	89,60	506 840

4. Elektricitätswerk und Straßenbahn der Stadt Troppau.

Das Elektricitätswerk der Stadt Troppau wurde bereits im Jahre 1903 auf Grund eines zwischen der Stadt und einer damals bestehenden Zweigniederlassung der A. E. G., der Commandit-Gesellschaft Reutter & Co. in Wien, erbaut. Die Kosten wurden von der Stadtgemeinde aufgebracht und die gesamten Anlagen an den Unternehmer verpachtet. Das Aufblühen der Stadt und der stets steigende Bedarf an elektrischer Arbeit machten wiederholte Erweiterungen des Elektricitätswerkes notwendig. Als bald nach Betriebseröffnung des Elektricitätswerkes wurde eine elektrische Straßenbahn erbaut, deren Inbetriebsetzung im Jahre 1905 erfolgte. Eine Erweiterung auf verschiedene Straßenzüge wurde im Jahre 1911 zur Ausführung gebracht.

Da umfangreiche Vergrößerungen der Betriebsanlagen sich als notwendig herausgestellt haben, deren Kosten aufzubringen die Stadt vermeiden möchte, ist

der Abschluß eines neuen Vertrages in Aussicht genommen, auf Grund dessen die Mittel für die Erweiterungen von der Pächterin beschafft werden sollen. Die Stadt behält sich jedoch die Übernahme der gesamten Anlagen nach Ablauf des neuen Vertrages vor.

Im Kraftwerk Troppau sind folgende Betriebsmittel vorhanden:

- 2 Heißdampfmaschinen mit je einer Gleichstrommaschine für das Netz von zusammen 276 KW Leistung und je einer Gleichstrommaschine für die Bahn von zusammen 78 KW Leistung,
- 1 Heißdampfmaschine mit Dynamomaschinen von 300 bzw. 50 KW,
- 4 Dampfkessel von 468 qm Heizfläche,
- 1 Lichtbatterie von 597 Amperestunden,
- 1 Bahnbatterie von 85 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1904	1	27 000	326	49 948	10 613	21,25	2 006	14 977
1909	1	27 000	1 064	597 559	303 965	50,87	26 890	32 226
1913	1	31 000	2 049	1 064 456	578 007	54,30	33 025	44 057
1917	2	39 000	2 569	1 268 716	686 825	54,14	93 605	49 809
1921	2	40 000	4 074	1 510 965	865 317	57,27	1 783 714	613 175

E.L.G.-UNTERNEHMUNGEN AKTIENGESELLSCHAFT

Aufsichtsrat: Dr. Walther Rathenau, Vors., ausgeschieden im Mai 1921;
 Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth, stellv. Vorsitzender;
 Direktor Kurt Loebinger;
 Direktor Dr. jur. Egon v. Rieben.

Aktienkapital M. 2 000 000.—

Diese Firma ist aus der Aktiengesellschaft „Elektrizitätswerk Åbo“ hervorgegangen. — Als im Jahre 1919 die Stadt Åbo auf Grund des mit ihr abgeschlossenen Vertrages die Betriebsanlagen käuflich übernommen hatte, blieb die Aktiengesellschaft als solche bestehen und änderte ihren Namen in „E. L. G.-Unternehmungen“ um. Die Übernahme neuer Geschäfte bleibt ihr vorbehalten.

THÜRINGER ELEKTRICITÄTS - LIEFERUNGS- GESELLSCHAFT AKTIENGESELLSCHAFT, GOTHA

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth, Berlin, Vorsitzender;
 Geh. Baurat, Professor Dr.-Ing. Georg Klingenberg,
 stellvertretender Vorsitzender;
 Carl Andrae-Schmidt, Frankfurt a. M.;
 Hans von Bassewitz, Exzellenz, Präsident der Herzog-
 lichen Hofkammer in Gotha;
 Direktor Joseph Chuard, Zürich;
 Direktor Friedrich Engelman, Frankfurt a. M.;
 Direktor Dr. Robert Haas, Badisch Rheinfelden;
 Kommerzienrat Hermann Heymann, Berlin;
 Baurat Eugen Manke, Berlin;
 Direktor Dr. Egon v. Rieben, Berlin;
 Professor Bernhard Salomon, Frankfurt a. M.;
 Direktor Dr. Paul Steiner, Berlin.

Vorstand: Kurt Loebinger, Berlin.

Betriebsdirektion: Wilhelm Duis, Gotha;
 Wilhelm Schmok, Gotha;
 Siegfried Zinn, Schmalkalden.

Aktienkapital:

Ursprünglich	M.	1 250 000.—	
Erhöhung 1912	"	1 750 000.—	Stammaktien
	"	3 000 000.—	Vorzugsaktien

(Die Vorzugsaktien wurden 1916 in Stammaktien umgewandelt)

Erhöhung 1914	M.	3 000 000.—
" 1919	"	2 000 000.—
" 1920	"	4 000 000.—
" 1921	"	<u>10 000 000.—</u>
insgesamt	M.	25 000 000.—

Hiervon befinden sich M. 5 517 000.— im Besitz der E. L. G.; außerdem sind beteiligt: A. E. G., Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer, Elektrobank, Aktiengesellschaft für elektrische Anlagen.

Teilschuldverschreibungen:

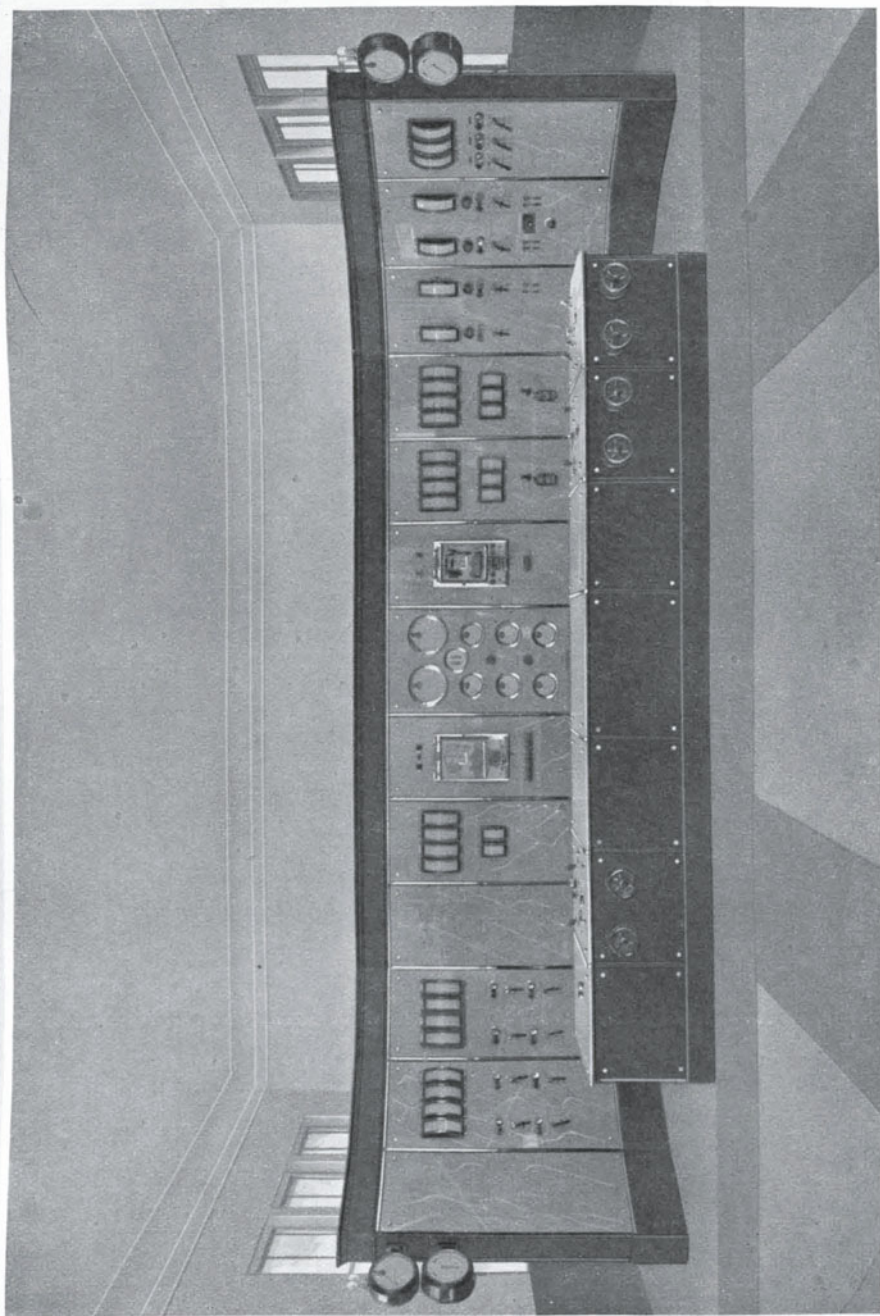
Ausgabe 1904	M. 1 250 000.— (4½ 0/0)
(Diese Anleihe wurde Ende 1920 zurückgezahlt)	
„ 1919	„ 6 000 000.— (4½ 0/0)
„ 1920	„ 6 000 000.— (4½ 0/0)
„ 1921	„ 12 000 000.— (5 0/0)

An Gewinnen wurden verteilt:

	Stammaktien	Vorzugsaktien
1911/12	6 0/0	—
1912/13	4½ 0/0	6 0/0
1913/14	4½ 0/0	6 0/0
1914/15	4½ 0/0	6 0/0
1915/16	5 0/0	6 0/0
1916/17	5 0/0	—
1917/18	5 0/0	—
1918/19	5 0/0	—
1919/20	5 0/0	—
1920/21	7 0/0	—

Wie bereits in der Geschichte der E. L. G. geschildert, stellt die Thüringer E. L. G. eines der ersten Beispiele zweckmäßiger Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung eines größeren Bezirkes dar. Die näheren Einzelheiten sind in den vorausgehenden Blättern enthalten. Es bleibt hinzuzufügen, daß die Entwicklung des Unternehmens ein stets sich erneuernder Beweis für die Vorteile des Zusammenschlusses und der gemeinsamen Verwaltung wirtschaftlich zusammengehöriger Gebiete erbringt. Das Versorgungsgebiet umfaßt nunmehr die ehemaligen Staaten Gotha, Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach, sowie die Landkreise Schmalkalden und Schleusingen. Außer den selbständigen Elektrizitätswerken Waltershausen, Salzungen, Eisenach, Steinbach-Hallenberg bezieht auch das Kreis-Elektrizitäts-Amt Hildburghausen von der Th. E. L. G. die erforderliche elektrische Arbeit für etwa 200 Gemeinden der Kreise Hildburghausen, Meiningen und Schleusingen.

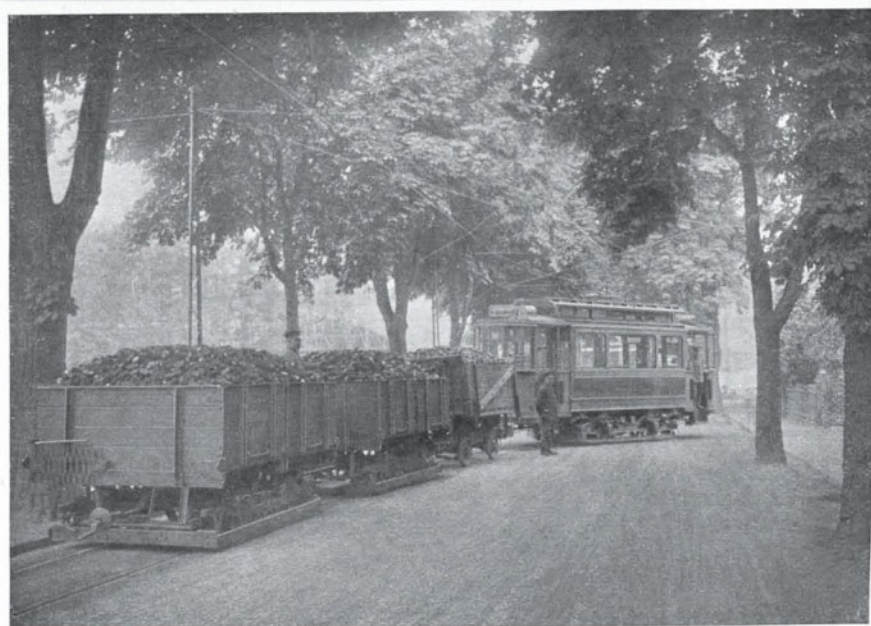
Neben der Versorgung des gesamten Gebietes mit Licht und Kraft betreibt die Th. E. L. G. auch die in Gotha übernommene Straßenbahn in einer Gesamtlänge von rund 5 km, die sich auf zwei Linien verteilen. Mit dem Bau der im Vertrag mit dem Staate Gotha in Aussicht genommenen Fernbahn, die eine bequemere



Kraftwerk Breitingen, Bedienungsschalttafel



Thür. E. L. G., Ausstellungsraum



Kohlentransport mittels elektrischer Straßenbahn bei der Thür. E. L. G.

Verbindung der Stadt Gotha bzw. der Hauptschnellzugstrecke Halle – Frankfurt mit dem Thüringer Wald, insbesondere mit Friedrichroda, ermöglichen sollte, wurde kurz vor Ausbruch des Krieges begonnen, jedoch stellte sich die Weiterführung und Vollendung unter den heutigen Verhältnissen als wirtschaftlich undurchführbar heraus, so daß der Bau eingestellt werden mußte.

Trotz der durch den Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen hervorgerufenen Erschwernisse hat die Th. E. L. G. die Ausbreitung der Elektrizitätsversorgung und damit die wirtschaftliche Lage in den ihr überlassenen Gebieten wesentlich gefördert. Als Beispiel mag angeführt werden, daß in Schmalkalden, Ruhla, Zella-Mehlis, Suhl und anderen Orten ein beträchtliches Anwachsen der Betriebe der Kleineisenindustrie nach Zahl und Umfang zu verzeichnen ist; in den früher überwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden Cabarz, Groß-Tabarz, Winterstein, Schmerbach u. a. hat sich infolge der Einführung von Elektrizität das Drechslergewerbe heimisch gemacht und gewährt den Ausübenden guten Verdienst. Daß auch die Großindustrie in hohem Maße sich des elektrischen Antriebes im Anschluß an das Netz der Th. E. L. G. mit Vorteil bedient, geht aus der nachfolgenden Aufstellung hervor.

Für die Erzeugung der elektrischen Arbeit stehen die Kraftwerke in Breitungen und Gotha zur Verfügung, die durch zwei über den Kamm des Thüringer Waldes führende Hochspannungsfreileitungen von 30 000 Volt verbunden sind. Beide Werke arbeiten während der Tages- und Abendstunden in Parallelschaltung. Die in den Kraftwerken erzeugte elektrische Arbeit wird in geringem Umfange an die nächstliegenden Verbrauchsstellen abgegeben, zum größten Teil jedoch, unter Heraufsetzung auf eine Spannung von 30 000 Volt, in mehreren Hauptleitungen durch das gesamte Versorgungsgebiet geleitet. Die Stromerzeugungsanlagen der früher selbständigen Elektrizitätswerke Ruhla, Schmalkalden, Zella, Mehli, Steinbach, Floh, Seligenthal, Friedrichroda, Barchfeld, Farnroda, sind völlig stillgelegt; soweit Gleichstromverteilung beibehalten ist, wie in Gotha, Ruhla, Schmalkalden, Ohrdruf u. a., erfolgt, wie für die Straßenbahn, die Umwandlung des Drehstromes in Gleichstrom durch rotierende Umformer.

In den beiden Kraftwerken stehen folgende Hauptbetriebsmittel zur Verfügung:

I n B r e i t u n g e n :

- 7 Hochleistungs- bzw. Steilrohrkessel von insgesamt 2700 qm Heizfläche,
- 3 Turbodynamos von zusammen 14 000 KW Leistung.

Die Aufstellung dreier weiterer Kessel und einer Turbodynamo von 5000 KW ist in Aussicht genommen.

I n G o t h a :

- 3 Dampfkessel mit 1134 qm Heizfläche,
- 2 Heißdampfverbundmaschinen mit Gleichstromdynamos von zusammen 1100 KW, und
- 1 Drehstrommaschine von 450 KW Leistung,
- 1 Turbodynamo von 2000 KW Leistung,
- 2 Batterien von 2150 Amperestunden.

In Gotha und verschiedenen Unterstationen sind 9 Umformer von insgesamt 2450 KW Leistung vorhanden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1912/13	10	75 800	7 239	4 941 000	3 264 400	66,07	148 697	329 884
1916/17	97	162 147	26 559	19 543 304	17 091 970	87,46	663 095	498 361
1920/21	117	190 552	39 592	20 453 211	16 685 803	81,58	1 102 854	6 316 743

ELEKTRICITÄTSWERK EISENACH AKTIENGESELLSCHAFT

(GEGRÜNDET 1891.)

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. P. M a m r o t h , Berlin, Vorsitzender des
Aufsichtsrats seit Gründung der Gesellschaft;
Direktor K. L o e b i n g e r , Berlin, stellv. Vorsitzender;
Stadtrat L. A s c h e n h e i m , Charlottenburg;
Bankdirektor O. B e s e l e r , Meiningen;
Professor Dr. F. K ü h n e r , Eisenach;
Direktor Dr. E. v. R i e b e n , Berlin;
Oberbürgermeister a. D. H. S c h m i e d e r , Weinsberg;
Redakteur E. D o c h , Stuttgart.

Vorstand: Fritz Becker, Berlin.

Betriebsdirektion: Wilhelm Appel;
Eduard Schmidt.

Aktienkapital:

Ursprünglich	M. 300 000.—
Erhöhung im Jahre 1901	„ 200 000.—
	<hr/>
	insgesamt M. 500 000.—

davon besitzt die E. L. G. M. 339 000.—, deren käufliche Übernahme von der Stadt beschlossen ist.

Seit Übernahme durch die E. L. G. wurden folgende Gewinnanteile ausgeschüttet:

1897	5 0/0	1905	8 0/0	1913	12 0/0
1898	6 1/2 0/0	1906	8 0/0	1914	12 0/0
1899	8 0/0	1907	8 1/2 0/0	1915	12 0/0
1900	8 0/0	1908	8 1/2 0/0	1916	12 0/0
1901	9 0/0	1909	9 0/0	1917	12 0/0
1902	7 1/2 0/0	1910	10 0/0	1918	12 0/0
1903	8 0/0	1911	11 0/0	1919	10 0/0
1904	9 0/0	1912	12 0/0	1920	10 0/0

Das Elektrizitätswerk Eisenach ist eines der ältesten deutschen Elektrizitätswerke; die Anregung zu seiner Errichtung wurde von dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Eucken-Addenhausen gegeben, der in zahlreichen Verhandlungen mit Kommerzienrat Mamroth die Vertragsunterlagen festlegte. Die Erbauerin des Werkes, die A. E. G., wünschte, daß ein Drittel des Aktienkapitals von der Stadt und ihren Bürgern übernommen werden sollte, was erst nach langwierigen Verhandlungen und Aufklärungen erreicht werden konnte. Am 2. April 1899 erfolgte die Betriebseröffnung einer kleinen Lokomobilenzentrale mit zwei Sattdampfmaschinen von je 120 PS Leistung. Bereits im Jahre 1895 wurde der Bau einer elektrischen Straßenbahn vom Bahnhof nach dem Mariental beschlossen, deren Inbetriebnahme im August 1897 erfolgte. Von den Anschlußanlagen der früheren Jahre ist die im Jahre 1898 eingerichtete Versorgung der Wartburg zu erwähnen, welche damals infolge der großen Entfernung von dem Kraftwerk einige Schwierigkeiten bot. Zum Ausgleich der hierdurch verursachten Spannungsschwankungen wurde eine kleine Akkumulatorenbatterie von 16 Elementen mit einem Thury-Regulator benutzt, der selbständig die Spannung auf 200 Volt regelte. Später wurden die Anlagen der Burg auf Drehstrom umgeschaltet. Die Zuführung des Drehstromes geschieht durch das Leitungsnetz der Th. E. L. G., mit der das Elektrizitätswerk Eisenach im Jahre 1911 einen Stromlieferungsvertrag abschloß. Die Deckung des Gleichstrombedarfes der Stadt, sowie der Bahn erfolgt durch Einankerumformer. Die Großindustrie und einige außenliegende Bezirke werden unmittelbar mit Drehstrom versorgt; die Maschinen des bestehenden Elektrizitätswerkes werden nur noch zur Spitzendeckung benutzt.

Das Werk verfügt über folgende Betriebsmittel:

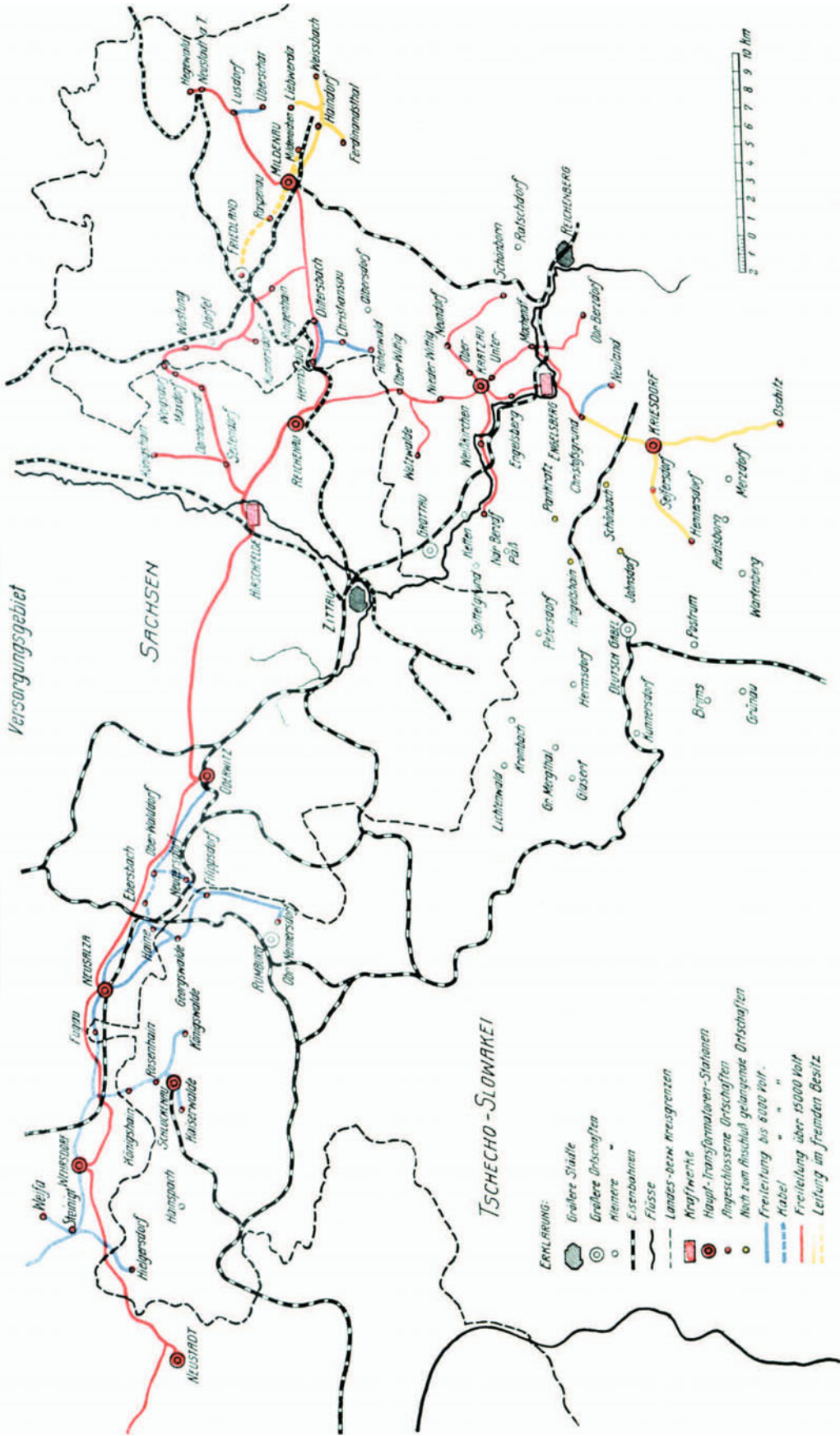
- 5 Lokomobilen mit Gleichstrommaschinen von insgesamt 675 KW Leistung,
- 3 Umformer von 390 KW Leistung,
- 2 Batterien von 800 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	angeschl. Gemeinden	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für Gehälter, Löhne M.
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	
1893	1	22 500	107	36 946	9 121	24,69	12 445
1901	1	31 100	530	339 456	215 155	63,38	18 985
1911	1	39 000	1658	938 972	537 491	57,24	35 400
1917	1	39 000	3725	1 128 285	493 159	43,71	34 529
1921	1	41 100	5687	1 460 493	685 884	46,96	224 324

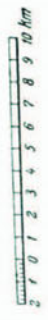
ELEKTRIZITÄTS-LIEFERUNGS-GESSELLSCHAFT M. B. H. BEZIRK „NORDBÜHMEN“.

Versorgungsgebiet



ERKLÄRUNG:

- Größere Städte
- Größere Ortschaften
- Kleinere Ortschaften
- Eisenbahnen
- Flüsse
- Landes- bzw. Kreisgrenzen
- Kraftwerke
- Haupt-Transformator-Stationen
- Angeschlossene Ortschaften
- Netz zum Anschluß gelangene Ortschaften
- Freileitung bis 6000 Volt
- " " " "
- Freileitung über 15000 Volt
- Leitung im fremden Besitz



ELEKTRICITÄTSWERK UNTERELBE AKTIENGESSELLSCHAFT

(G E G R Ü N D E T 23. J A N U A R 1912.)

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister B. Schnackenburg, Altona, Vorsitzender;
 Bürgermeister Brauer, Altona, stellv. Vorsitzender;
 Stadtverordneter G. Kirchner, Altona;
 Geh. Baurat Professor Dr. Georg Klingenberg, Berlin;
 Direktor Kurt Loebinger, Berlin;
 Justizrat O. Löwenthal, Altona;
 Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth, Berlin;
 Senator F. Marlow, Altona.
 Direktor Dr. Egon v. Rieben, Berlin.

Vorstand: W. v. Gerstein, Altona; A. Milich, Altona.

Kapital:

Vorzugsaktien	M. 3 500 000.—
Stammaktien	„ 3 000 000.—

Verteilte Gewinne:

	Vorzugsaktien	Stammaktien
1912/13	5 0/0	5 0/0
1913/14	4 0/0	5 0/0
1914/15	5 0/0	5 0/0
1915/16	5 0/0	5 0/0
1916/17	5 0/0	5 0/0
1917/18	5 0/0	—
1918/19	5 0/0	—
1919/20	6 0/0	6 0/0
1920/21	8 0/0	8 0/0

Die Vorzugsaktien sind in den Händen der Stadt, die Stammaktien im Besitz der E. L. G. und einer ihr nahestehenden Gesellschaft.

Das Elektrizitätswerk Altona wurde bereits im Jahre 1891 auf Grund eines Vertrages der Stadt Altona mit der Firma Schuckert & Co. erbaut und von letzterer bis zum 1. April 1896 betrieben. Die Verwaltung ging dann zunächst in die Hände der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke über, bis sie von der Stadt selbst übernommen wurde.

Welche Umstände dann dazu führten, daß die Stadt den eigenen Betrieb wieder aufgab, um ihn durch eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft fortführen zu lassen, ist auf den vorausgehenden Seiten im Rahmen der Geschichte der E. L. G. geschildert. Zur Durchführung der Elektrizitätsversorgung wurde gemeinschaftlich mit der A. E. G. die Aktiengesellschaft „Elektrizitätswerk Unterelbe“ mit einem Aktienkapital von 6 500 000 M. und einer Anleiheschuld von 1 500 000 M. gegründet. Von diesem Kapital übernahm die Stadt gegen Einbringung ihres Elektrizitätswerkes und Zubehör 3 500 000 M. als Vorzugsaktien, sowie die Anleihe als Gegenwert für die Erteilung der Konzession. Die neue Gesellschaft nahm ihre Tätigkeit am 1. April 1912 auf und begann alsbald mit der Erbauung des Großkraftwerkes Neumühlen unmittelbar an der Elbe. Außerdem wurde für die Belieferung der Industrie ein Drehstromkabelnetz von 3×5000 Volt verlegt. Die Versorgung der Kleinabnehmer mit Licht und Kraft sollte in der bisherigen Weise mit Gleichstrom 2×110 bzw. 2×220 Volt erfolgen, wozu das im Stadttinnern von Altona gelegene alte Kraftwerk zu einer Umformerstation ausgestaltet wurde. Auch wurde die Versorgung eines Teiles der Provinz Schleswig-Holstein in Aussicht genommen, zu welchem Zweck die Gesellschaft zunächst mit den Städten Elmshorn, Glückstadt-Ütersen, sowie mit einer Anzahl Gemeinden Stromlieferungsverträge abschloß. Auch wurde das Elektrizitätswerk der Villenkolonie Hochkamp käuflich erworben und in eine Umformerstation umgewandelt. Die Fernleitung nach dem Überlandgebiet wurde zur Vermeidung späterer Umbauten von vornherein bis Elmshorn als Doppelleitung für eine Spannung von 50 000 Volt vorgesehen, jedoch zunächst nur mit 10 000 Volt betrieben. Der durch den Ausbruch des Krieges zum Stillstand gelangte Ausbau des Überlandgebietes wurde nach seiner Beendigung wieder aufgenommen und machte rasche Fortschritte. Mit den Elektrizitätswerken Rellingen, Blankenese und Eidelstädt wurden Stromlieferungsverträge abgeschlossen; auch die Überlandzentrale Pinneberg sicherte sich teilweise Stromlieferung. Mit den Hamburgischen Elektrizitäts-Werken wurde ein Strombezugsvertrag abgeschlossen, der dem Elektrizitätswerk Unterelbe eine erwünschte Zusatzleistung brachte. Mit Rücksicht auf die noch weiter fortschreitende Entwicklung des Unternehmens ist eine umfangreiche Erweiterung des Kraftwerkes in Aussicht genommen.

Das Elektrizitätswerk Unterelbe hat seine Aufgabe, der Industrie eine billige und gute Kraftquelle zu bieten, und der engeren und weiteren Umgebung die Möglichkeit des Strombezuges zu gewähren, trotz der durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten voll erfüllt, wie aus den Zahlen der nachfolgenden Aufstellung hervorgeht.

Das Werk verfügt über folgende Hauptbetriebsmittel:

Kraftwerk Neumühlen:

- 4 Hochleistungskessel von zusammen 1337 qm Heizfläche,
- 3 Hochleistungskessel von zusammen 1200 qm Heizfläche (im Bau),
- 2 Turbodynamos von zusammen 13 500 KW Leistung,
- 1 Turbodynamo von 12 500 KW Leistung (im Bau).

Zentrale Funkstraße:

- 4 Dampfkessel mit 920 qm Heizfläche,
- 2 Dreifach-Expansions-Dampfmaschinen mit Gleichstrommaschinen von 1700KW;

in verschiedenen Stationen:

- 15 Umformer mit einer Gesamtleistung von 6600 KW, Batterien mit rd. 9800 Amperestunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1912/13	3	180000	4766	7 116 455	4 937 335	69,38	280 756	212 176
1916/17	12	181 000	11 299	20 887 037	17 483 801	83,71	563 828	330 412
1920/21	16	244 504	19 217	22 479 893	17 621 043	78,39	925 3053	3 424 936

Additional material from Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin
ISBN 978-3-662-27566-5 (978-3-662-27566-5_OSFO4.pdf),
is available at <http://extras.springer.com>



BAYERISCHE ELEKTRICITÄTS - LIEFERUNGS- GESELLSCHAFT, BAYREUTH

(GEMISCHTWIRTSCHAFTLICHES UNTERNEHMEN)

ERRICHTET: 3. JANUAR 1914.

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. Paul Mamroth, Vorsitzender;
Direktor Kurt Loebinger, stellv. Vorsitzender;
Direktor Joseph Chuard, Zürich;
Direktor Friedrich Engelmann, Frankfurt a. M.;
Direktor Dr. Robert Haas, Rheinfelden;
Bürgermeister Karl Hugel, Bayreuth;
Geh. Baurat Prof. Dr. Georg Klingenberg, Berlin;
Direktor Alfred Loewe, Berlin;
Direktor Carl Pflügel, Bamberg;
Dr. jur. Fritz Sabersky, Berlin;
Professor Bernhard Salomon, Frankfurt a. M.;
Oberbürgermeister Adolf Wächter, Bamberg.

Vorstand: Dr.-Ing. Gustav Siegel;
Ingenieur Hans Laporte;
Kaufmann Leonhard Scherber.

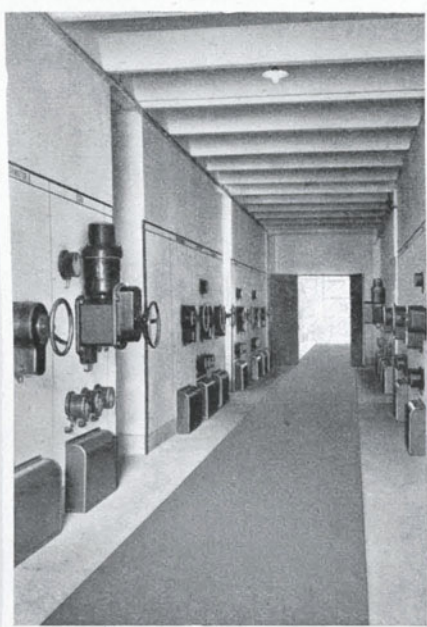
Aktienkapital:

Ursprünglich	M.	2 500 000.—
Erhöhung 1920	„	7 500 000.—
„ 1921	„	8 000 000.—
„ 1922	„	25 000 000.—
		<hr/>
	insgesamt M.	43 000 000.—

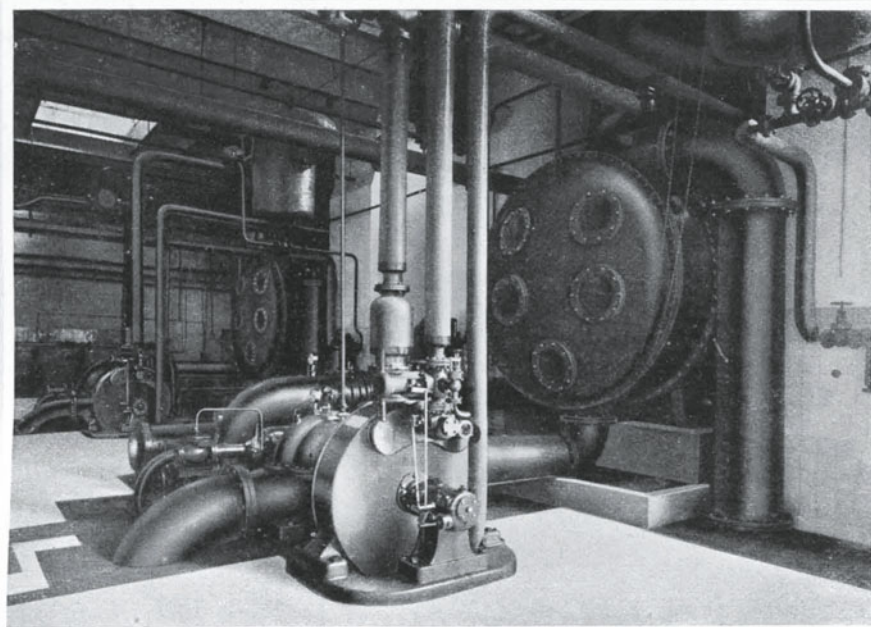
An dem Aktienkapital ist der Kreis Oberfranken mit einem Viertel beteiligt.

Teilschuldverschreibungen:

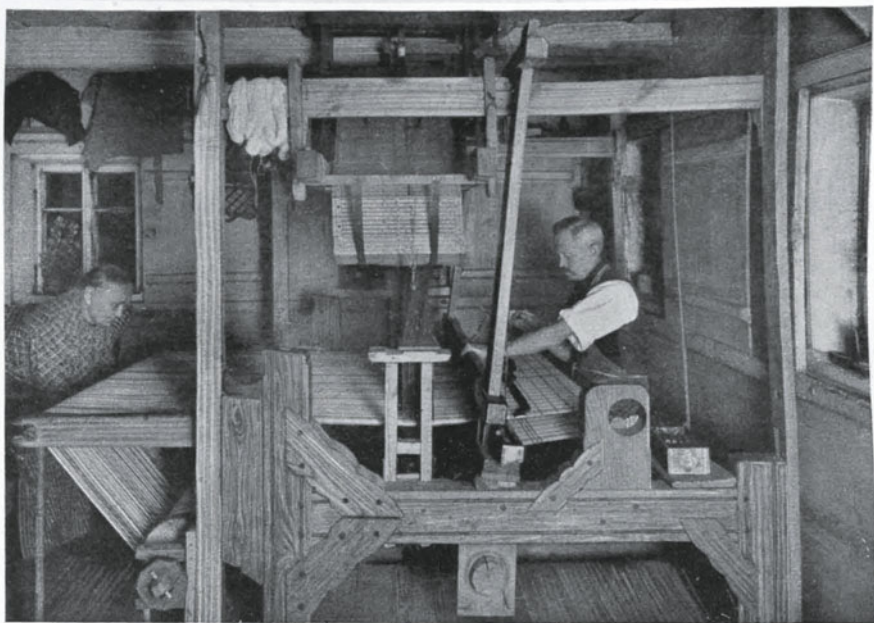
Ursprünglich	M.	2 000 000.—
Erhöhung 1921	„	10 000 000.—
„ 1922	„	20 000 000.—
		<hr/>
	insgesamt M.	32 000 000.—



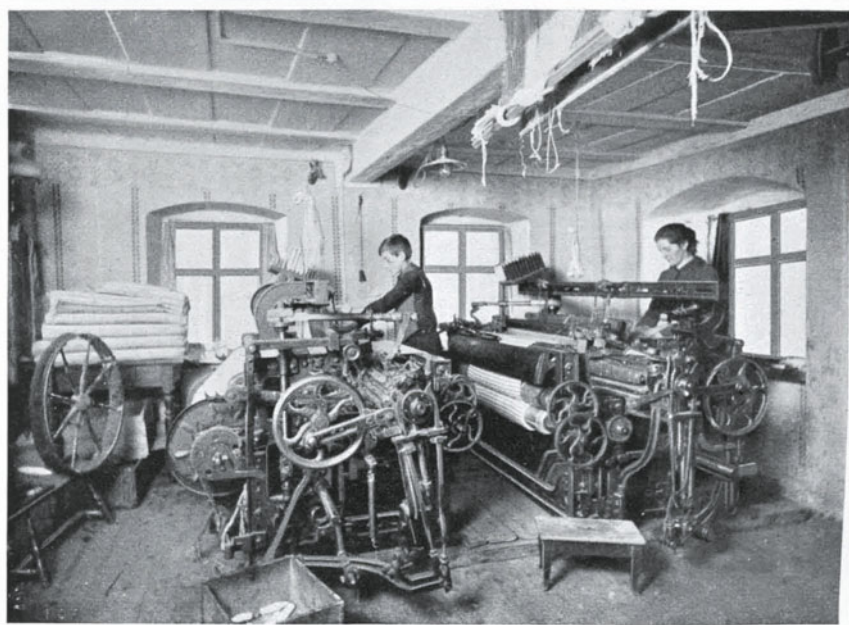
Kraftwerk Arzberg, Einzelheiten der Schaltanlage



Kraftwerk Arzberg, Kondensationspumpen



Handwebstuhl



Elektrisch angetriebene Hauswebstühle im Gebiet der Bayer. E. L. G.

Die Entstehung der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft ist bereits auf den vorausgehenden Blättern im Rahmen der Geschichte der E. L. G. geschildert. Um eine Neugründung zu vermeiden, wurde die Hülle der bestehenden Aktiengesellschaft „Solinger Kleinbahn A.-G.“ benutzt, die gerade ihre Betriebsanlagen an die Stadt Solingen abgetreten hatte; unter den übrigen notwendigen Veränderungen wurde ihr Name in „Bayerische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft“ umgewandelt. Die neue Gesellschaft übernahm zunächst von der E. L. G. die Konzession in den oberfränkischen Städten Marktredwitz und Waldsassen; der Vertrag mit dem bayerischen Staate sah weiter die Versorgung der zehn oberfränkischen Bezirksämter: Hof, Rehau, Münchberg, Naila, Wunsiedel, Berneck, Kulmbach, Kronach, Stadtsteinach und Teuschnitz nach einem vorausbestimmten Bauplan vor. Anfang 1914 wurde der Bau eines großen Kraftwerkes, dessen Standort mit Rücksicht auf günstige Wasser- und Kohlenbeschaffung in der Nähe des Ortes Arzberg gewählt wurde, begonnen und trotz des Kriegsausbruches unter großen Schwierigkeiten im Jahre 1915 zu Ende geführt. Der Ausbau der Fernleitungen wurde durch den Krieg erheblich behindert und verzögert und konnte erst nach seiner Beendigung im beabsichtigten Umfang durchgeführt werden. Inzwischen wurden mit zahlreichen Städten und Ortschaften des Kreises Konzessionsverträge abgeschlossen; auch gelang es allmählich, fast sämtliche innerhalb des Versorgungsgebietes liegenden und daran angrenzenden Elektrizitätswerke zum Abschluß von Stromlieferungsverträgen zu gewinnen. So werden die städtischen Werke in Bayreuth, Selb, Wunsiedel, Rehau, die Überlandwerke Naila, Münchberg ganz, die Naabwerke, Weiden, die nordfränkische Überlandzentrale Lichtenfels, die Überlandzentrale Coburg zum Teil aus den Netzen der B. E. L. G. gespeist. Auch die Industrie machte von der Möglichkeit des Strombezugs weitesten Gebrauch; insbesondere die in Oberfranken ansässigen Porzellanfabriken, Glasschleifereien, Granit- und Syenitwerke sahen bald in dem Elektrizitätswerk ihre billigste und bequemste Kraftquelle. Der in manchen Gegenden Oberfrankens stark verbreiteten Heimindustrie erstand in dem Unternehmen ein willkommener Helfer aus wirtschaftlicher Not, so insbesondere der Hausweberei und Spitzenfertigung in den Dörfern des Frankenwaldes und der Korbflechterei in den Orten um Kronach und Lichtenfels.

Das Versorgungsgebiet erfuhr durch einen im Jahre 1921 getätigten Nachtragsvertrag mit dem bayerischen Staate eine Ausdehnung auf die Bezirksämter Bayreuth, Pegnitz und Kemnath; der Kreis Oberfranken übernahm für die zum Ausbau in Aussicht genommenen Darlehen die selbstschuldnerische Bürgschaft und erhielt hierfür eine Beteiligung in Höhe von 25 Prozent des jeweiligen Aktien-

kapitals, was ein vertrauensvolles und erfolgreiches Zusammenwirken zur Folge hatte. Auch der bayerische Staat selbst hat eine Beteiligung gewünscht und erhalten. Andererseits ist die B. E. L. G. an dem im Westen angrenzenden Überlandwerk Oberfranken beteiligt, das den westlichen Teil des Kreises versorgt.

An Dividenden hat das Unternehmen bisher verteilt:

1914	5 %	1918	3 %
1915	3 %	1919	5 %
1916	0 %	1920	7 %
1917	0 %	1921	8 %

Folgende Betriebsmittel stehen zur Verfügung:

Im Kraftwerk Arzberg :

6 Hochleistungs-Steilrohrkessel von zusammen . . .	2 450 qm Heizfläche
3 " " " " . . .	1 500 " " (im Bau)
2 Drehstromturbodynamos " " . . .	12 000 KW Leistung
1 Drehstromturbodynamo	12 800 " " (im Bau)

Außerdem hat sich die B. E. L. G. die gesamte Stromerzeugung mehrerer ausgebauter Wasserkräfte, insbesondere des Werkes Hirschsprung, mit einer Höchstleistung von 1500 KW gesichert. Das Kraftwerk Arzberg ist ferner mit den Elektrizitätswerken Eger und Asch in Böhmen durch unmittelbare Fernleitungen verbunden.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M	Gehälter, Löhne M.
1914	50	77 139	4 844	1 718 614	1 452 211	84,50	22 153	141 835
1917	119	110 741	9 739	6 553 515	6 016 108	91,80	306 904	171 893
1921	301	143 000	23 054	19 371 976	18 148 142	93,68	14 248 622	4 028 000

ELEKTRICITÄTWERK UNTERELBE

Versorgungsgebiet



ERKLÄRUNG:

- Größere Städte
- Größere Ortschaften
- Kleinere "
- Eisenbahnen
- Flüsse
- Landes- bzw. Kreisgrenzen
- Kraftwerke
- Haupt-Transformator-Stationen
- Ingeschlossene Ortschaften
- Kabel bis 6000 Volt
- Freileitung bis 15000 Volt
- Kabel " " "
- Leitungen im fremden Besitz



SÄCHSISCHE ELEKTRICITÄTS- LIEFERUNGS - GESELLSCHAFT A.-G.

Aufsichtsrat: Kommerzienrat Dr. Mamroth, Berlin, Vorsitzender;
 Geh. Baurat Köpcke, Dresden, stellv. Vorsitzender;
 Stadtrat Aschenheim, Charlottenburg;
 Direktor Degenhardt, Dresden;
 Kommerzienrat Dr. jur. Heimann, Breslau;
 Geh. Baurat Professor Dr. Klingenberg, Berlin;
 Direktor Loebinger, Berlin;
 Oberregierungsrat Dr. Meutzner, Dresden;
 Direktor Dr. v. Rieben, Berlin;
 Oberregierungsrat Dr. Striegler, Dresden;
 Oberregierungsbaurat Wöhrle, Dresden;
 Oberregierungsbaurat Zeuner, Wachwitz b. Dresden.

Vorstand: Otto Hallbauer,
 Richard Hille,
 Walter Berndt,
 Fritz Biermann.

Aktienkapital:

Ursprünglich	M.	1 500 000.—
Erhöhung 1899	„	500 000.—
„ 1910	„	2 500 000.—
„ 1911	„	2 000 000.—
„ 1920	„	18 500 000.—
<u>insgesamt M.</u>		<u>25 000 000.—</u>

Von den Aktien besitzen die E. L. G. und der sächsische Staat je die Hälfte.

Schuldverschreibungen:

Ausgabe 1900	M.	1 500 000.—	4 1/2 ‰
„ 1910	„	3 000 000.—	4 1/2 ‰
„ 1913	„	2 000 000.—	4 1/2 ‰
„ 1920	„	20 000 000.—	5 ‰
<u>insgesamt M.</u>		<u>26 500 000.—</u>	

An Gewinnen wurden ausgeschüttet:

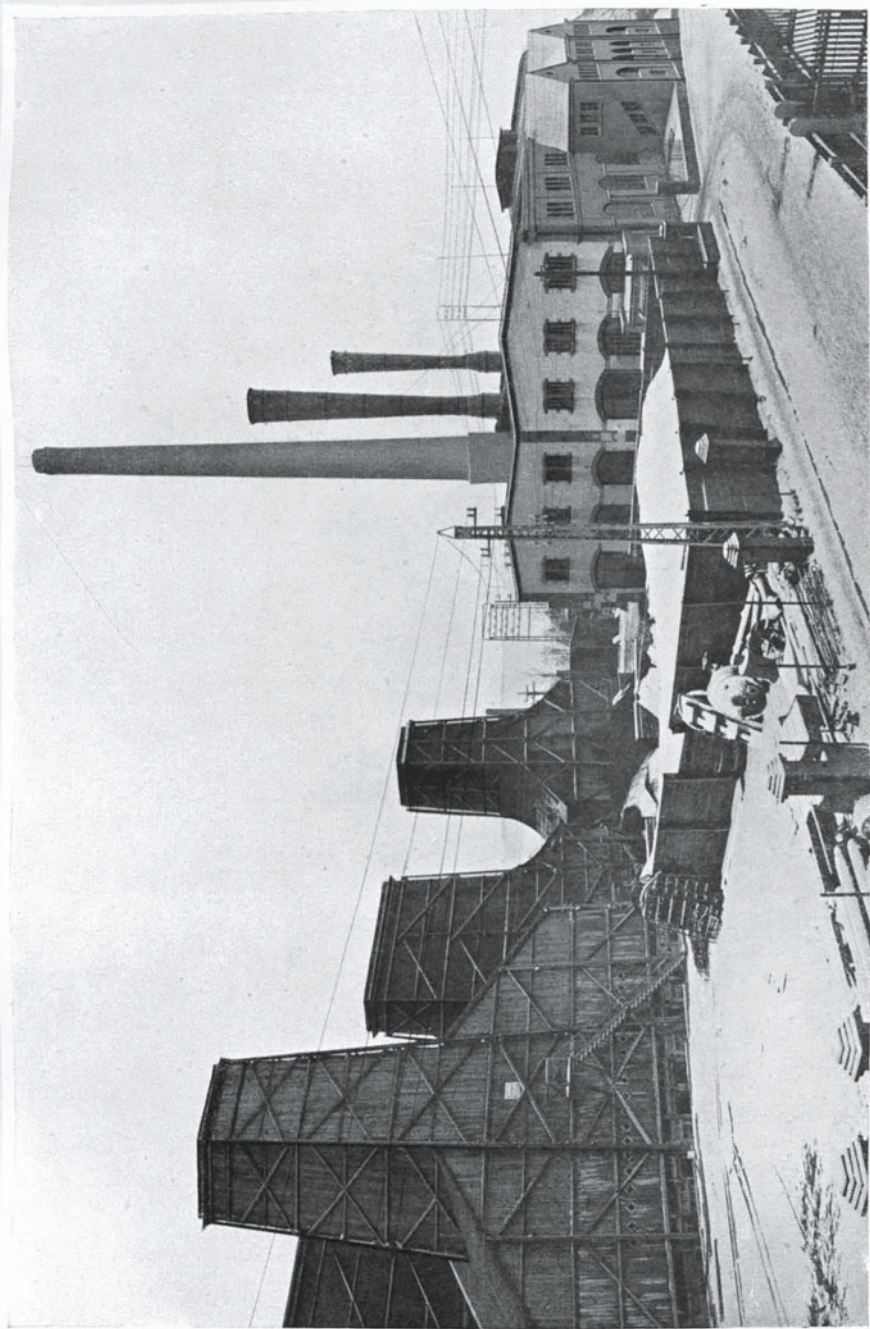
1899	6 $\frac{1}{2}$ 0/0	1907	12 0/0	1915	10 0/0
1900	8 0/0	1908	12 0/0	1916	10 0/0
1901	7 0/0	1909	12 0/0	1917	10 0/0
1902	8 0/0	1910	12 0/0	1918	10 0/0
1903	9 0/0	1911	10 0/0	1919	10 0/0
1904	11 0/0	1912	10 0/0	1920	10 0/0
1905	12 0/0	1913	10 0/0		
1906	10 0/0	1914	10 0/0		

Die S. E. L. G. hat seit ihrem Bestehen im Jahre 1898 verschiedene Wandlungen durchgemacht. Ihre Gründung erfolgte zunächst unter dem Namen „Magdeburger Elektrizitäts-Werk“ zum Betriebe dieses im Jahre 1896 von der A. E. G. erbauten und der E. L. G. überlassenen Elektrizitätswerkes. Nachdem die Gesellschaft das Magdeburger Unternehmen zu günstiger Entwicklung gebracht hatte, wurde es Ende 1916 von der Stadt übernommen. Hierauf erwarb die Gesellschaft von der E. L. G. das zur Überlandzentrale ausgebauten Elektrizitätswerk an der Lungwitz und änderte ihren Namen in „Betriebs-Aktiengesellschaft deutscher Elektrizitätswerke, vormals Magdeburger Elektrizitätswerk“ um. Sie beschränkte sich dann mehrere Jahre auf den Um- und Ausbau dieses Unternehmens und gliederte sich vom Jahre 1911 ab das von der E. L. G. erbaute und bereits in steigender Entwicklung befindliche Elektrizitätswerk an der Pleiße an. Gleichzeitig mit dieser Übernahme wurde die Firma gemäß Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. Mai 1910 in den heutigen Namen umgewandelt. Der wachsende Umfang des Unternehmens und seine günstige Entwicklung erregten beim sächsischen Staate den Wunsch nach einer Beteiligung, und nach wiederholten Verhandlungen ging mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab die Hälfte des Aktienkapitals in den Besitz des sächsischen Staates über, nachdem zuvor das Elektrizitätswerk Obererzgebirg, Schwarzenberg, aus dem Besitz der E. L. G. käuflich erworben worden war.

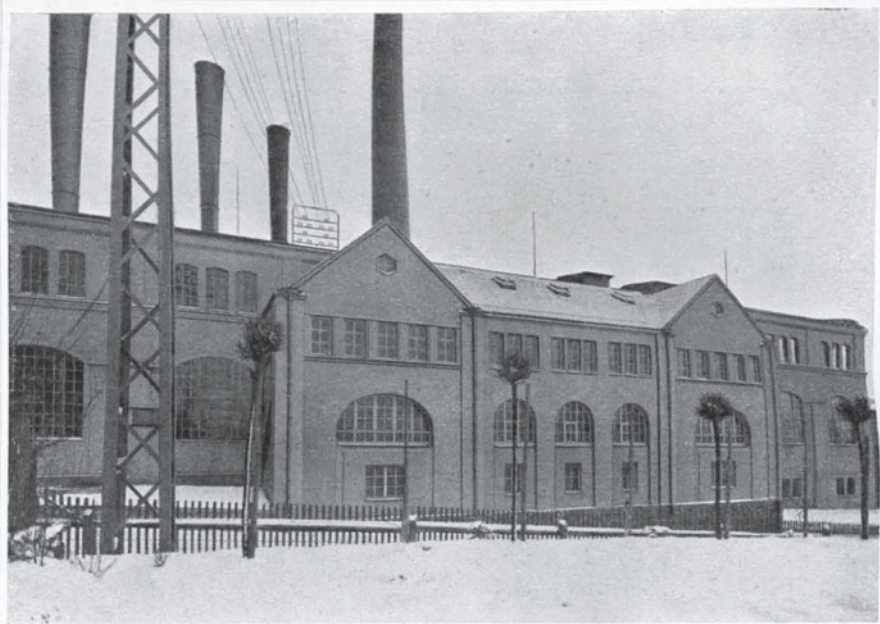
Die S. E. L. G. verfügt demzufolge über drei größere Überlandwerke, die im folgenden einzeln beschrieben sind.

1. Elektrizitätswerk an der Lungwitz.

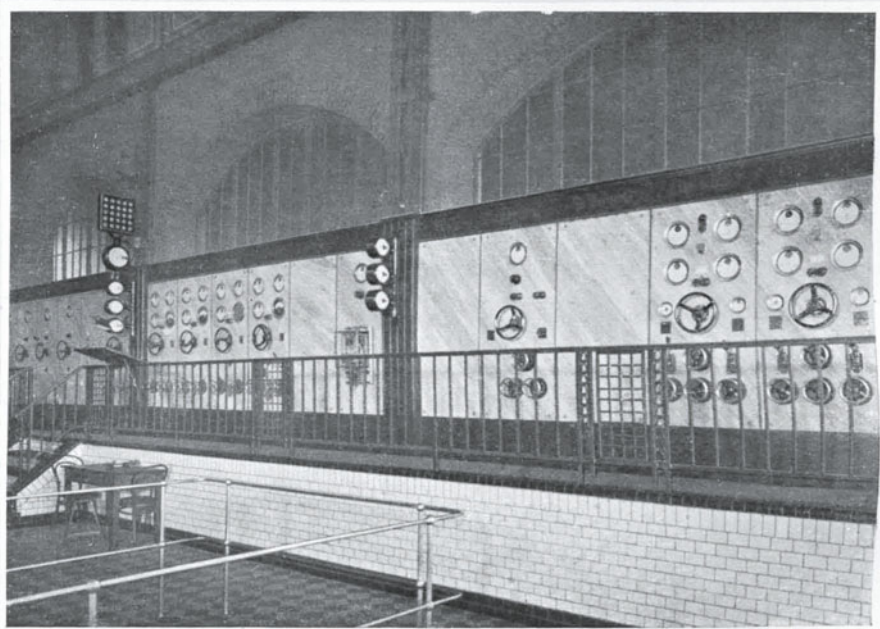
Die Geschichte des Elektrizitätswerkes an der Lungwitz geht zurück auf einen Vertrag, den die Gemeinde Oberlungwitz, ein in der Nähe von Chemnitz gelegener Ort mit lebhafter Strumpf- und Trikotagenfabrikation, im Jahre 1897 mit der noch heute dort ansässigen Diamantfärberei Kunath & Mecklenburg über Herstellung



E. W. a. d. Lungwitz, Rückkühlanlagen und Kohlenlagerplatz



E. W. a. d. Lungwitz, Anbau der Schaltanlage



E. W. a. d. Lungwitz, Bedienungsschalttafel

und Betrieb eines Elektrizitätswerks in Oberlungwitz abschloß. In diesen Vertrag trat alsbald die E. L. G. ein und begann mit dem Bau der Werksanlagen, die bereits Ende 1898, zunächst in bescheidenem Umfange, in Betrieb gesetzt wurden. In den vorausgehenden Blättern ist wiederholt darauf hingewiesen worden, wie sich dieses Unternehmen allmählich aus bescheidenen Anfängen zu einem umfangreichen Überlandwerk entwickelt hat und wie seine Verwaltung jederzeit bemüht war, die Stromerzeugung und -verteilung jeweils den technischen und wirtschaftlichen Anforderungen anzupassen, was bei dem raschen Fortschreiten der Technik und der häufig wechselnden Wirtschaftslage der ansässigen Wirkindustrie dauernd frischen Wagemut und große Geldmittel erforderte. Auch ist weiter dort ausgeführt, welchen Aufschwung gerade die Wirkindustrie durch die Verwendung des elektrischen Stromes nahm, indem ihr dadurch die bequeme Möglichkeit gegeben war, mit geringem Kapital und ungehindert durch sonstige mit der Errichtung einer eigenen Krafterzeugungsstelle verknüpfte Hemmnisse ihre Betriebsanlagen auszugestalten. Die Zahl der Gewerbebetriebe und die Steuerkraft des Gebietes haben sich denn auch seit Errichtung des Elektrizitätswerkes an der Lungwitz beträchtlich erhöht. — Später als die industriell entwickelten Orte haben die landwirtschaftlichen Gemeinden von der Möglichkeit des Anschlusses, dann aber auch in umfassendem Maße, Gebrauch gemacht. Neben zahlreichen unversorgten Gemeinden wurden dem Elektrizitätswerk an der Lungwitz einige bestehende Elektrizitätswerke angegliedert, so im Jahre 1907 die Elektrizitätswerke Burkhardtsdorf und Jahnsdorf, 1911 das Elektrizitätswerk Gelenau, 1920 das Gemeinde-Elektrizitätswerk Dittersdorf, das die Orte Dittersdorf, Gornau und Weißbach versorgt. Ein bemerkenswerter Beitrag für die Wandlungen kommunaler Elektrizitätspolitik bietet die im Gebiete des Elektrizitätswerkes an der Lungwitz gelegene Stadt Limbach i. Sa.; die Stadt wurde früher teilweise ohne Abschluß eines besonderen Vertrages von Oberlungwitz aus versorgt, ließ sich aber später nicht abhalten, ein eigenes Elektrizitätswerk zu errichten. Unter dem Zwange der Verhältnisse hat sie sich nunmehr wiederum entschlossen, dieses Werk stillzusetzen und die von den Einwohnern benötigte elektrische Arbeit von dem Elektrizitätswerk an der Lungwitz zu beziehen. Von dem Kraftwerk in Oberlungwitz aus wird auch die elektrische Bahn Hohenstein—Ölsnitz mit Strom versorgt.

Seit 1911 ist das Kraftwerk in Oberlungwitz durch eine 30 000-Volt-Leitung mit dem Kraftwerk Schwarzenberg verbunden.

Die Verteilung der elektrischen Arbeit erfolgte früher mit einer Spannung von 3000 Volt. Die Vergrößerung des Versorgungsgebietes machte die Erhöhung auf

6000 und damit den teilweisen Umbau der bestehenden Leitungen erforderlich. Später ergab sich die Notwendigkeit einer nochmaligen Erhöhung auf 10 000 Volt, welche Spannung heute im wesentlichen zur Fortleitung benutzt wird. Die Zuführung des Stromes zu den Haupttransformatorenstationen erfolgt durch eine Spannung von 30 000 Volt.

Im Kraftwerk stehen folgende Betriebsmittel zur Verfügung:

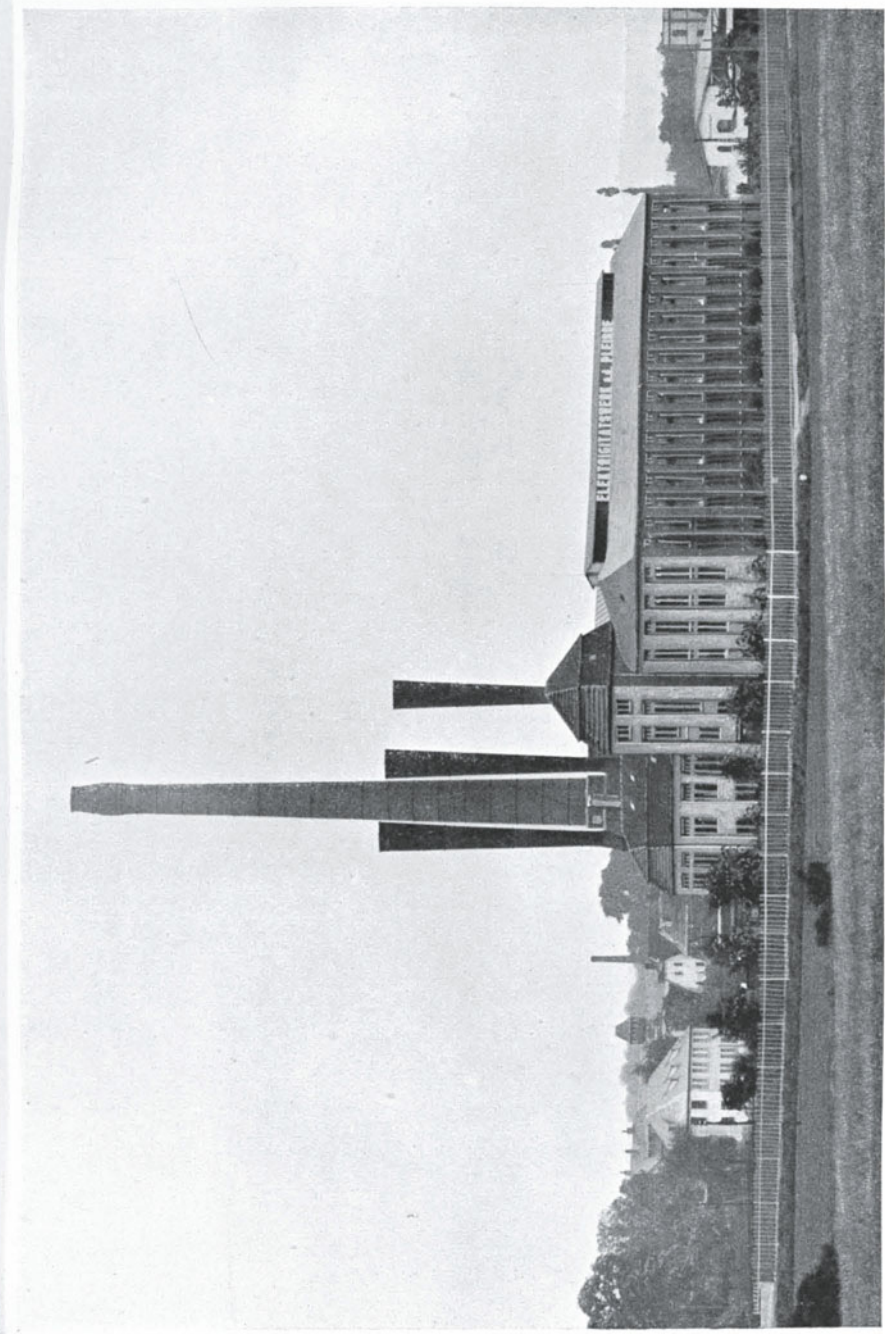
- 7 Wasserrohr- bzw. Hochleistungskessel von rd. 2400 qm Heizfläche,
- 5 Drehstrom-Turbodynamos von 8000 KW,
- 2 Bahnnumformer von 320 KW.

Entwicklungs-Übersicht.

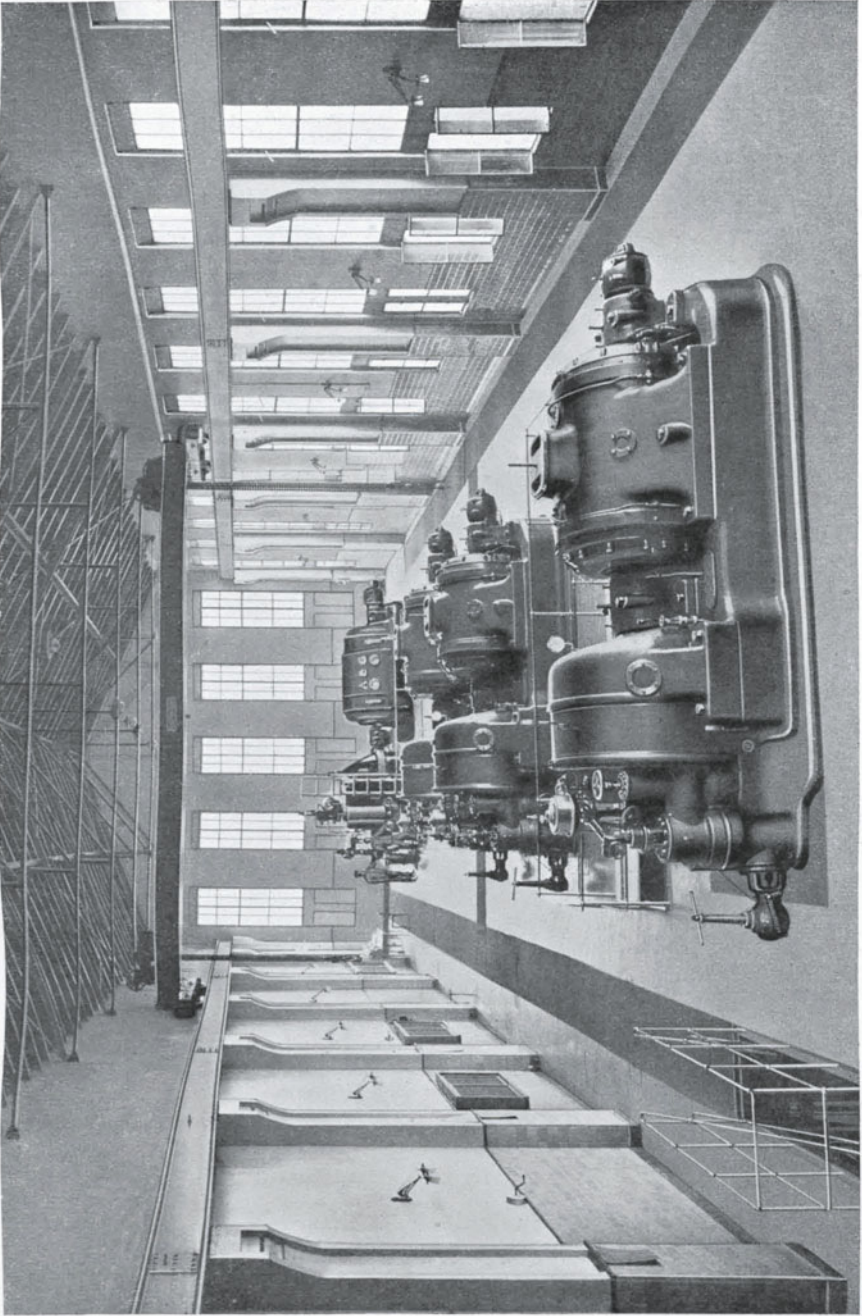
Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd			Aus aben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1900	12	47 511	603	160 000	55 000	34,38	10 244	21 212
1907	36	114 531	6 000	2 880 000	2 200 000	76,39	146 400	63 200
1913	60	178 871	25 546	10 410 000	8 120 000	78,00	251 889	118 145
1917	60	178 871	33 692	8 997 000	6 634 000	73,74	384 434	144 864
1921	64	181 163	39 660	14 698 000	11 512 000	78,33	10 600 394	2 196 768

2. Elektrizitätswerk an der Pleiße.

Anfang 1905 schloß die A. E. G. mit den Städten Werdau und Crimmitschau Verträge über die Versorgung der beiden Orte mit Licht und Kraft ab. Gleichzeitig war unter gewissen Voraussetzungen die Erbauung einer Verbindungsbahn zwischen den beiden Städten vorgesehen. Die Aussichten für die Entwicklungsmöglichkeiten des dort zu errichtenden Elektrizitätswerkes fanden eine sehr geteilte Beurteilung, da bei dem Charakter der dortigen Großindustrie und ihrem starken Dampfverbrauch kaum darauf gerechnet werden konnte, die Gewerbebetriebe als Abnehmer zu gewinnen. Trotzdem entschloß sich die E. L. G. nach eingehenden Erwägungen, wobei auch die Frage der Errichtung eines Kraftwerkes im Zwickauer Steinkohlen- bzw. im Altenburger Braunkohlengebiet geprüft wurde, zur Erbauung eines Kraftwerkes bei dem Orte Schweinsburg, ungefähr in der Mitte zwischen beiden Städten; doch war durch die Prüfung der verschiedenen Pläne so viel Zeit verfloßen, daß zunächst die Erstellung einer kleinen, vorläufigen Kraftstation bei Langenhessen notwendig wurde. Der Bau des Kraftwerkes in Schweinsburg wurde im Jahre 1906 begonnen und bald darauf der Betrieb eröffnet. Nach kurzer Betriebszeit zeigte sich, daß die früher gehegten Befürchtungen wegen zu geringen



E. W. a. d. Pleiße, Kraftwerk Schweinsburg



Dampfturbinen im Kraftwerk Schweinsburg

Stromabsatzes für Kraftzwecke grundlos waren. Die Handwerker und Kleingewerbetreibenden entschlossen sich sehr rasch zum elektrischen Betrieb, so daß die im Bezirk vorher zahlreich vorhandenen Gasmotoren bald verschwanden. Auch die Landwirtschaft machte sich, wenn auch zunächst zögernd, die Vorteile des elektrischen Betriebes zunutze. Die Großindustrie beschränkte sich im Anfang darauf, für die Nebenbetriebe, für abseits gelegene Fabrikteile und für zeitweiligen Bedarf Strom zu entnehmen. Allmählich zeigten die Versuche, die mit dem Einzel- und Gruppenantrieb von Spinnmaschinen, Selfaktoren und Krempeln gemacht wurden, die Überlegenheit des elektrischen Antriebes. Infolge des gleichmäßigen Ganges der Maschinen trat eine geringere Zahl von Fadenbrüchen ein, so daß nicht nur gleichmäßigere Erzeugnisse hergestellt wurden, sondern auch die Umdrehungszahl der Maschinen gesteigert und damit bei gleicher Anzahl Arbeitsmaschinen und gleichem Anlagekapital die Produktion erheblich vermehrt werden konnte. Daher entschlossen sich nach und nach zahlreiche Besitzer von Textilfabriken dazu, auf die eigene Energieerzeugung zu verzichten und ihre Betriebskraft vollständig aus den Netzen des Elektrizitätswerkes zu beziehen. Im Verlauf der Jahre zeigte sich, daß gerade diejenigen Betriebe sich besonders entwickelten und erweiterten, die ihre Betriebskraft vom Elektrizitätswerk entnahmen, da sie in der Lage waren, das ihnen zur Verfügung stehende Kapital statt für die Errichtung von Krafterzeugungsanlagen für die Verbesserung und Vermehrung der Arbeitsmaschinen zu verwenden, und in der örtlichen Gliederung ihrer Fabrikanlagen völlig freie Hand behielten. Die Ansicht, daß infolge des großen Dampfverbrauches für Färberei und Heizzwecke der Strombezug nicht vorteilhaft sei, hat sich bald als unzutreffend erwiesen, da das Verhältnis des Dampfbedarfs zum Kraftverbrauch in den seltensten Fällen sich so gestaltet, daß sich eine wirtschaftliche Überlegenheit der gleichzeitigen Erzeugung herausstellt.

Unter diesen Umständen wuchs nicht nur dauernd die Anzahl der angeschlossenen Ortschaften, sondern auch die Stromentnahme, wie aus der umseitig angeführten Aufstellung ersichtlich, bis durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen ein empfindlicher Rückschlag eintrat.

Die Verteilung der elektrischen Arbeit erfolgt von dem Kraftwerk Schweinsburg aus nach dem nördlichen Crimmitschauer und nach dem südlichen Werdauer Bezirk durch unterirdisch verlegte Hochspannungskabel, mit der Erzeugungsspannung von 6000 Volt. Weiter führt von der in der Nähe des Kraftwerkes gelegenen Transformatorenstation eine bereits im Jahre 1908 erbaute Freileitung für 30 000 Volt nach Lichtentanne und nach Oberplanitz, um verschiedene Großabnehmer zu versorgen und die Verbindung mit dem Elektrizitätswerk Obererz-

gebirg herzustellen. Eine Rückleitung von Lichtentanne nach Werdau gestattet, die 30 000-Volt-Leitung auch für die Versorgung des Werdauer Bezirkes heranzuziehen.

Die Betriebsmittel des Kraftwerkes Schweinsburg sind folgende:

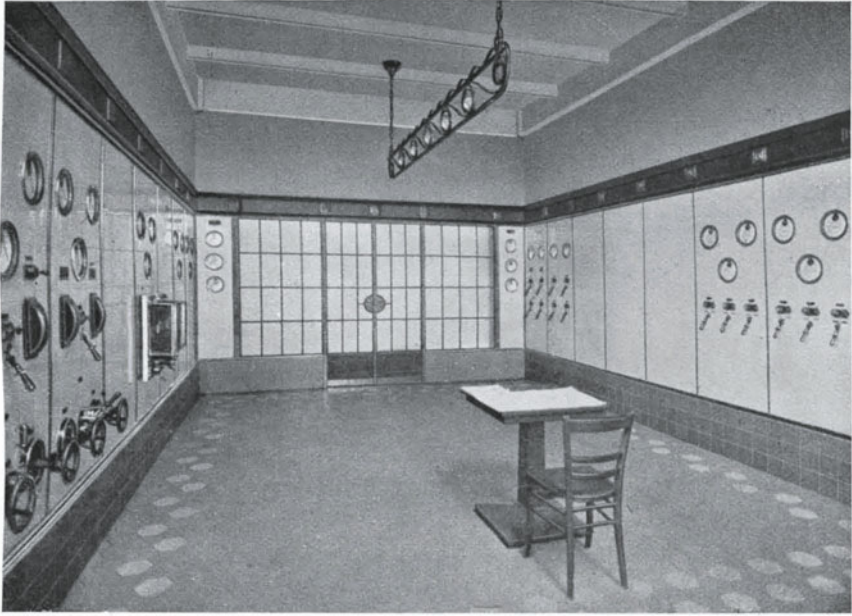
- 7 Wasserrohrkessel von insgesamt 2353 qm Heizfläche,
- 4 Drehstrom-Turbodynamos mit einer Leistung von insgesamt 7250 KW,
- 1 weitere Maschine von 6300 KW ist im Bau.

Entwicklungs-Übersicht.

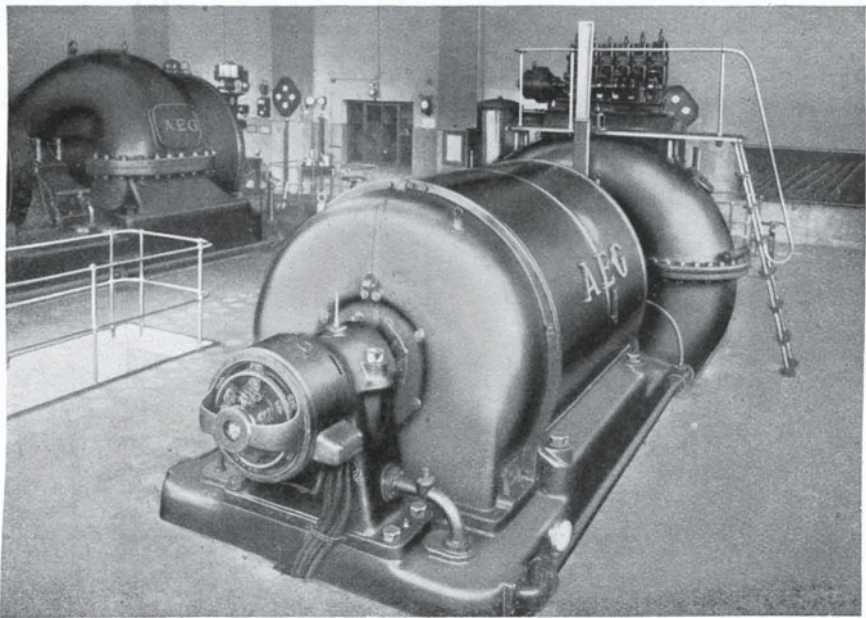
Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1906	9	64 818	920	321 393	183 715	57,16	22 263	12 426
1913	63	105 489	14 451	10 597 982	8 603 524	81,18	230 676	101 358
1917	63	105 489	18 305	10 431 583	8 581 177	82,26	412 627	143 120
1921	63	105 489	20 094	12 709 549	10 663 446	83,90	7 913 277	1 760 426

3. Elektrizitätswerk Obererzgebirg in Schwarzenberg.

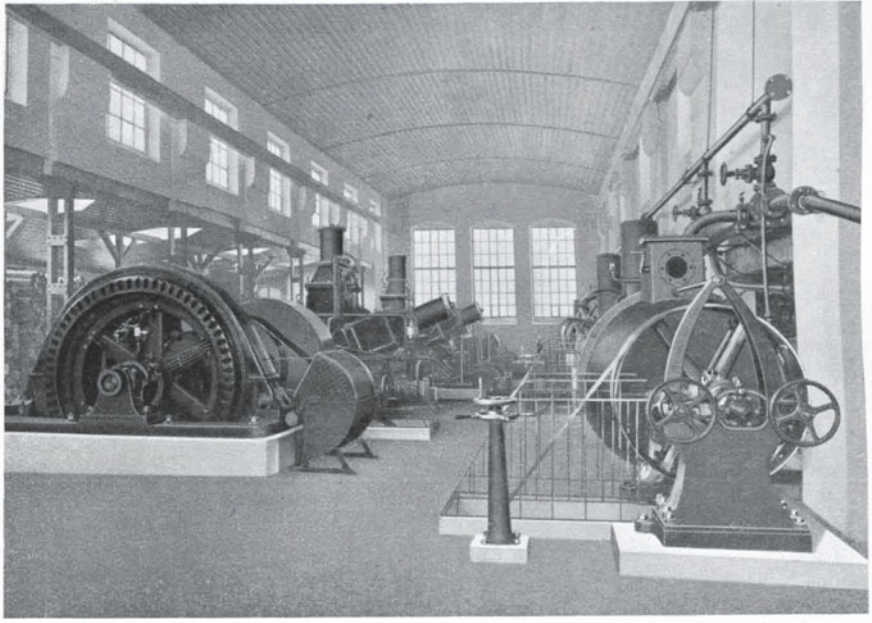
In den Tälern des oberen Erzgebirges ist eine umfangreiche, zum Teil jahrhundertalte Industrie ansässig, die, von wenig Ausnahmen abgesehen, nicht in größeren Orten zusammengeballt ist, sondern sich auf zahlreiche kleinere Plätze und Einzelsiedlungen verteilt. Mit der Entwicklung der Fernversorgung und der Erkenntnis ihrer Vorteile wuchs auch bei den Vertretern dieser Industrie das Verlangen nach einer großzügigen und wirtschaftlichen Ausgestaltung gemeinsamer Krafterzeugung. Einige Großindustrielle traten im Jahre 1908 mit der E. L. G. in Verbindung und regten die Errichtung eines Überlandwerkes in der dortigen Gegend an. Die E. L. G. nahm, dieser Anregung folgend, Anfang 1909 die Verhandlungen mit den Gemeinden und Städten des in Frage stehenden Versorgungsgebietes auf und vereinbarte zunächst gemeinsam mit der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg den Wortlaut der Konzessionsverträge, deren wesentliche Bestimmungen bereits früher Erwähnung gefunden haben. In lebhaftem Wettstreit mit anderen Bewerbern gelang es, die erforderlichen Verträge abzuschließen, so daß noch gegen Ende des Jahres 1909 die technischen Vorarbeiten in Angriff genommen werden konnten. Für die Kraftstation wurde in der Nähe der Stadt Schwarzenberg ein für Kohlenzufuhr und Wasserbeschaffung günstiger Platz ausgewählt und die Bauarbeiten so gefördert, daß bereits Anfang 1911 das Kraftwerk und ein großer Teil der Netze in Betrieb gesetzt werden konnten. Die im Versorgungs-



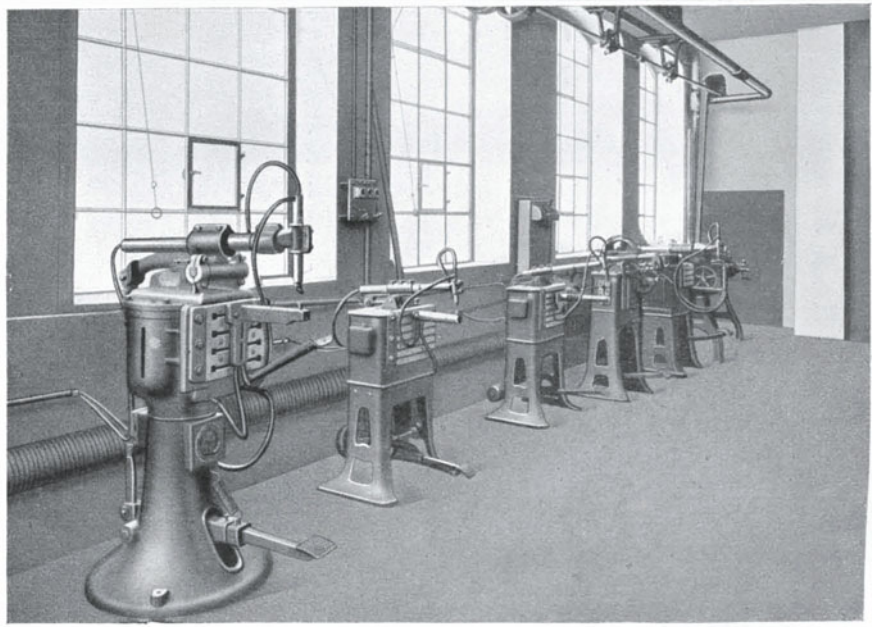
Betätigungsschalttafel im E. W. Obererzgebirg



4500-KW-Turbine im E. W. Obererzgebirg



Elektrischer Antrieb von Holzschleifern (E. W. Obererzgebirg)



Elektrisch betriebene Schweißmaschinen im Anschluß an das E. W. Obererzgebirg

gebiet gelegenen kleineren Elektrizitätswerke in Thalheim, Schönheide sowie das Elektrizitätswerk des Falckschachtes, das die Vororte von Zwickau mit elektrischer Arbeit versorgte, wurden aufgekauft und die Verbindung mit den Kraftwerken in Schweinsburg und Oberlungwitz durch 30 000-Volt-Leitungen hergestellt, so daß gegenseitige Ergänzung und Aushilfe möglich war, ein Vorgehen, das sich nach Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten gut bewährt hat.

Da die Preispolitik des Elektrizitätswerkes Obererzgebirg, wie die aller anderen Unternehmungen der E. L. G., darauf eingestellt war, allen Bewohnern und Gewerbezeigen die ausgedehnteste Verwendung elektrischer Arbeit zu ermöglichen, nahm der Stromabsatz bald einen großen Umfang an. Auch die Einführung der elektrischen Arbeit in den früher mit Dampfkraft, Dieselmotoren usw. arbeitenden Betrieben gestaltete sich günstig; es gelang, sie fast restlos zum Anschluß zu gewinnen, wobei das Elektrizitätswerk vielfach die Veranlassung gab, die in den Betrieben neben der Krafterzeugung nötige Wärme durch die Ausnutzung vorhandener Abwärmequellen, wie Glühöfen usw., zu erzeugen. Selbst die in dem Versorgungsgebiet stark vertretene Papierfabrikation wurde in nicht geringer Zahl mit Erfolg zum Anschluß gewonnen; die Vorteile der so umgestalteten Betriebe zeigten sich namentlich bei der großen Wasserknappheit der letzten Jahre. Wie in den Gebieten anderer Elektrizitätswerke machte sich der günstige Einfluß des Unternehmens auf die wirtschaftliche Lage des Bezirkes dadurch bemerkbar, daß zahlreiche Gewerbebetriebe neu eingerichtet wurden; auch wurde während der Kriegszeit den hohen Anforderungen der sehr ausgebreiteten Blechindustrie, deren sämtliche Betriebe sich auf Kriegslieferungen umgestellt hatten, in vollem Umfange Genüge geleistet.

Das Kraftwerk verfügt über folgende hauptsächliche Betriebsmittel:

- 7 Hochleistungs- bzw. Steilrohrkessel mit insgesamt 2935 qm Heizfläche,
- 3 Drehstrom-Turbodynamos von zusammen 12 000 KW Leistung.

Entwicklungs-Übersicht.

Jahr	ange- schloss. Gemeind.	Zahl der		Nutzbar abgegebene Kwstd.			Ausgaben für	
		Einwohner	Abnehmer	insgesamt	davon für Kraft Kwstd.	%	Brennstoffe M.	Gehälter, Löhne M.
1912	82	183750	12585	13162864	12207328	92,74	307886	90142
1917	89	183750	26784	24484548	22901830	93,54	1056310	161864
1921	90	166960	34600	23175819	20797921	89,74	13500000	1815144

Additional material from Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin
ISBN 978-3-662-27566-5 (978-3-662-27566-5_OSFO5.pdf),
is available at <http://extras.springer.com>



*
DIESES WERK
WURDE HERGESTELLT VON DER
LINDENDRUCKEREI
BERLIN

*
INITIALEN
UMSCHLAGZEICHNUNG
SATZ- UND DRUCKANORDNUNGEN
VON
FRANZ RUTZEN

*
DIE BILDSTÖCKE
SIND GELIEFERT VON DER FIRMA
RICHARD LABISCH & CO.
G. M. B. H. / BERLIN

*